

Gemeinderat der Bundeshauptstadt Wien

19. Wahlperiode

52. Sitzung vom 29. April 2014

Wörtliches Protokoll

Inhaltsverzeichnis

1. Entschuldigte Gemeinderätinnen bzw Gemeinderäte	S. 3	8. Ordnungsruf an GR Siegi Lindenmayr	S. 44
2. Fragestunde		9. 00378-2014/0001-GSK; MA 21, P 17: Plan Nr 8025: Flächenwidmungs- und Bebauungsplan in 21., KatG Großjedlers- dorf	
1. Anfrage (FSP - 01285-2014/0001 - KVP/GM)	S. 3	Berichterstatterin GRin Susanne Bluma	S. 44
2. Anfrage (FSP - 01279-2014/0001 - KFP/GM)	S. 6	Rednerin bzw Redner:	
3. Anfrage (FSP - 01278-2014/0001 - KSP/GM)	S. 8	GR Mag Christoph Chorherr	S. 44
4. Anfrage (FSP - 01286-2014/0001 - KU/GM)	S. 12	GR Dipl-Ing Omar Al-Rawi	S. 46
5. Anfrage (FSP - 01283-2014/0001 - KVP/GM)	S. 16	GRin Uta Meyer	S. 46
		Abstimmung	S. 47
3. AST/01336-2014/0002-KGR/AG: Aktuelle Stunde zum Thema "Tag der Arbeitslosen, Tag der Arbeit: aktive Arbeitsmarktpolitik in Wien und Europa"		10. Ordnungsruf an GR Anton Mahdalik	S. 46
Rednerinnen bzw Redner:		11. 00882-2014/0001-GIF; MA 17, P 1: Verein für österreichisch-türkische Freundschaft; Subvention	
GRin Dr Monika Vana	S. 18	Berichterstatterin	
GRin Mag Barbara Feldmann	S. 20	GRin Anica Matzka-Dojder	S. 47
GR Ing Bernhard Rösch	S. 21	Redner:	
GRin Barbara Teiber	S. 22	GR Senol Akkilic	S. 47
GR Dr Wolfgang Aigner	S. 23	GR Mag Wolfgang Jung	S. 48
GR Norbert Walter, MAS	S. 24	Berichterstatterin	
GR Dr Alexander Van der Bellen	S. 24	GRin Anica Matzka-Dojder	S. 50
GR Wolfgang Seidl	S. 25	Abstimmung	S. 50
GRin Mag (FH) Tanja Wehsely	S. 26	12. 00911-2014/0001-GFW; MA 5, P 3: 4. GR-Subventionsliste 2014	
4. Mitteilung des Einlaufs	S. 27	Berichterstatter GR Friedrich Strobl	S. 50
5. Gemäß § 26 WStV ohne Verhandlung angenommene Anträge des Stadtsenates	S. 27	Rednerin bzw Redner:	
6. Umstellung der Tagesordnung	S. 27	StR David Lasar	S. 50
7. 00126-2014/0001-GSK; MA 18, P 13: Stadt Wien Marketing GmbH; Walk 21 Konferenz 2015; Vertragsgenehmigung		GRin Dr Jennifer Kickert	S. 52
Berichterstatter GR Gerhard Kubik	S. 27	GR Mag Rüdiger Maresch	S. 52
Rednerinnen bzw Redner:		GR Mag Gerald Ebinger	S. 52
GR Ing Mag Bernhard Dworak	S. 27	GR Univ-Prof Dr Herbert Eisenstein	S. 54
GR Mag Rüdiger Maresch	S. 29	GR Ing Udo Guggenbichler, MSc	S. 55
GR Anton Mahdalik	S. 30	GR Dominik Nepp	S. 55
GR Siegi Lindenmayr	S. 33	GR Dr Kurt Stürzenbecher	S. 55
StR DDr Eduard Schock (zur Geschäftsordnung)	S. 36	Berichterstatter GR Friedrich Strobl	S. 56
GR Norbert Walter, MAS	S. 36	Abstimmung	S. 57
GR Mag Christoph Chorherr	S. 37	13. 00830-2014/0001-GJS; MA 44, P 6: Städtische Bäder; Tarifänderung	
StRin Veronika Matiasek	S. 38	Berichterstatter GR Heinz Vettermann	S. 57
GRin Susanne Bluma	S. 41	Rednerin bzw Redner:	
GR Michael Dadak	S. 42	GRin Ing Isabella Leeb	S. 57
GR Mag Rüdiger Maresch	S. 43	GR Mag Günter Kasal	S. 58
Berichterstatter GR Gerhard Kubik	S. 44	GR Ing Christian Meidlinger	S. 58
Abstimmung	S. 44	GR David Ellensohn	S. 60
		Abstimmung	S. 60
		14. 00809-2014/0001-GJS; MA 51, P 7: Subventionen an Sportorganisationen	
		Berichterstatter	

GR Mag Jürgen Czernohorszky	S. 60	Abstimmung	S. 65
Rednerin:			
GRin Ing Isabella Leeb	S. 60	16. PGL - 01346-2014/0001 - KFP/MDGF:	
Berichterstatter		Dringliche Anfrage von GR Mag Gerald	
GR Mag Jürgen Czernohorszky	S. 61	Ebinger, GR Univ-Prof Dr Herbert Eisen-	
Abstimmung	S. 61	stein und GR Christian Unger betreffend	
		"Missstände bei den Vereinigten Bühnen	
15. 00802-2014/0001-GJS; MA 13, P 8:		Wien"	
Verein Kulturzentrum Spittelberg; Subven-		Begründung durch GR Christian Unger	S. 66
tion		Beantwortung von Amtsf StR Dr Andreas	
Berichterstatter GR Mag Jürgen Czerno-		Mailath-Pokorny	S. 68
horszky	S. 61	Rednerin bzw Redner:	
Rednerinnen bzw Redner:		GR Mag Gerald Ebinger	S. 69
GRin Ing Isabella Leeb	S. 61	GRin Ing Isabella Leeb	S. 72
GRin Birgit Hebein	S. 62	GR Mag Klaus Werner-Lobo	S. 74
GR Dominik Nepp	S. 63	GR Ernst Woller	S. 75
GR Dr Wolfgang Aigner	S. 64	GR Univ-Prof Dr Herbert Eisenstein	S. 78
GR Heinz Vettermann	S. 65		

(Beginn um 9.02 Uhr.)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Sehr geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Wiener Gemeinderates! Ich wünsche einen wunderschönen guten Morgen und eröffne die 52. Sitzung unseres Gremiums.

Entschuldigt während des gesamten Tages sind GRin Mag Berger-Krotsch, GR Haslinger und GR Dipl.-Ing. Stiftner. Es gibt dann noch einzelne Personen, die stundenweise entschuldigt sind. Ich erlaube mir, sie nicht vorzulesen.

Wir kommen zur Fragestunde.

Die 1. Frage (FSP – 01285-2014/0001 – KVP/GM) wurde von Herrn GR Mag Alexander Neuhuber gestellt und ist an den Herrn amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung gerichtet. *(Wieder einmal zeigt sich, unter welchen merkwürdigen und aufklärungsbedürftigen Umständen die Stadt Wien große Immobilienprojekte abwickelt. Große, städtebaulich höchst relevante Grundstücke im Bereich der Wiener Krieau wurden im Lauf der letzten 10 Jahre über Firmenkonstrukte letztlich an eine bestimmte Immobilienentwicklungsfirma übertragen, wobei selbst das Kontrollamt diese Art der Grundstücksentwicklung und Kaufpreisfestsetzung seinerzeit massiv hinterfragt. Pikant ist diese Transaktion auch durch die in Medienberichten wiedergegebenen damaligen kritischen Aussagen von involvierten Magistratsmitarbeitern, die vor dieser Art des Immobilienverkaufes heftig warnten, weil der Deal zu sehr zum Nachteil der Stadt Wien ausgefallen sei. Welche Konsequenzen werden aus diesem offenkundig deutlich missglückten Immobilienverkauf der Stadt Wien gezogen?)*

Bitte, Herr Stadtrat.

Amtsf StR Dr Michael **Ludwig**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Hoher Gemeinderat! Sehr geehrter Herr GR Neuhuber!

Bei den von Ihnen angeführten Projekten handelt es sich einerseits um einen am 1. Dezember 2004 abgeschlossenen Kaufvertrag über Grundstücksflächen im Bereich Wien 2, Ernst-Happel-Stadion und die Liegenschaft Wien 2, Vorgartenstraße/Trabrennstraße sowie andererseits um einen Optionsvertrag betreffend die sogenannten Krieau-Flächen, die eine ganze Reihe von Objekten mit einbeziehen: Trabrennbahn, Stallungen, Westkurve und andere Einrichtungen, welche infolge auf Basis dieser eingeräumten Option teilweise verkauft wurden.

Beide Verträge, der Kaufvertrag und der Optionsvertrag, wurden mittels Beschluss des Wiener Gemeinderates vom 23. September 2004 genehmigt. Die Verträge wurden zwischen der Stadt Wien und der LSE, Liegenschaftsstrukturentwicklungs GmbH – das ist eine 100-prozentige Tochter der Wien Holding, die unter einem beherrschenden Einfluss der Stadt Wien steht – abgeschlossen. Im Zuge dessen wurden auch die Aufgaben im Zusammenhang mit der Entwicklung und Verwertung der gegenständlichen Liegenschaften an diese übertragen. Der Kaufpreis für die in dem von Ihnen zitierten Kontrollamtsbericht behandelte Transaktion – Kaufver-

trag vom 1. Dezember 2004 – wurde durch Amtssachverständige infolge von Vergleichswerten in Form eines Mischpreises über alle geplanten Nutzungen ermittelt.

Wie ebenfalls dem Kontrollamtsbericht entnommen werden kann, bestand der Vorteil beim gegenständlichen Immobilienprojekt für die Stadt Wien auch darin, dass für die Planung und Realisierung desselben keine Kosten anfielen und somit auch kein wirtschaftliches Risiko für die Stadt Wien vorhanden ist.

Ziel war auch, städtebauliche Entwicklungen zu definieren und steuernd einzugreifen, nämlich bei einer gleichzeitigen Garantie der Umsetzung der Projekte. Der Abschluss des Kaufvertrages hinsichtlich Teilflächen des Areals Krieau – auch hier sind wieder alle dort befindlichen Objekte wie Westkurve, Stallungen einbezogen – wurde auf Basis des ebenfalls vom Wiener Gemeinderat genehmigten Optionsvertrages geschlossen, und es wurde vor Vertragsabschluss, wie vorgesehen, ein Gutachten seitens eines externen allgemein beeideten und gerichtlich zertifizierten Sachverständigen eingeholt.

Ich kann daher die Vorwürfe eines „unter merkwürdigen Umständen abgewickelten Projektes“ sowie eines „missglückten Immobilienverkaufs der Stadt Wien“ nicht nachvollziehen. Auch sind mir die von Ihnen angesprochenen Aussagen ehemaliger Mitarbeiter, die angeblich zum damaligen Zeitpunkt gewarnt haben sollen, nicht bekannt. Aus diesem Grund kann ich mich zu solchen angeblichen Äußerungen auch nicht entsprechend mit einer Stellungnahme äußern.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Danke. Die 1. Zusatzfrage stellt GR Mag Neuhuber. – Bitte schön.

GR Mag Alexander **Neuhuber** (ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien): Schönen guten Morgen, Herr Stadtrat!

Wie Ihre Anfragebeantwortung gerade wieder zeigt, haben wir über dieses große Immobilienprojekt sehr unterschiedliche Wahrnehmungen hier im Haus. In einem werden wir uns aber alle hier einig sein, nämlich dass es sich um ein sehr großes Projekt handelt, das für die Wiener Stadtentwicklung von Bedeutung ist. Wir haben damals immerhin zirka 110 000 m² Grundfläche verkauft. Das ist also kein Schrebergarten, das ist schon eine ziemlich große Fläche.

Meine 1. Frage daher, Herr Stadtrat: Wenn wir jetzt die Diskussion über Erfolg oder Nichterfolg oder geglückt oder nicht geglückt einmal ausklammern, frage ich Sie, ob Sie als Mitglied der Stadtregierung einen Einblick haben, welchen Kaufpreis die Stadt Wien mittelbar in Form der Holding letzten Endes lukrieren konnte. Das ist ja nicht ganz klar aus dem ursprünglichen Kaufvertrag. Der Preis, der da drinnensteht, diese etwas mehr als 32 Millionen EUR aus 2004, stimmt ja nicht, weil davon noch eine ganze Reihe abzuziehen war. Deshalb meine Frage: Wissen Sie den Endpreis?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Herr Stadtrat.

Amtsf StR Dr Michael **Ludwig**: Der wirtschaftliche Grundgedanke beruht darauf, dass es einen Mindestkaufpreis in der Höhe von 7,24 Millionen EUR gibt. Die-

ser bezieht sich auf die vorliegende Grünlandwidmung, und dieser Betrag wurde auch entrichtet. Es kann somit nie die medial kolportierte Befürchtung eintreten, dass die Stadt Wien in Summe negativ aussteigt. Aber richtig ist, dass bestimmte Leistungen von diesem Betrag abzuziehen sind, insbesondere was die Behandlung der unter Denkmalschutz befindlichen Stallungen betrifft.

Man muss auch sehen, dass wir heute davon sprechen können, dass es sich dort, in diesem Bereich, um eine sehr gelungene Immobilienentwicklung handelt; dass vor Beginn dieses Optionsvertrages und vor Abschluss des Optionsvertrages im Jahr 2004 dieses Gebiet dort als wenig attraktiv einzuschätzen war und eigentlich auch durch die sehr bewusste, gezielte unternehmerische Leistung vor Ort es möglich war, aus diesem früher wenig attraktiven Gebiet ein sehr spannendes, neues, innovatives Projekt zu gestalten, das auch städtebaulich eine sehr hohe Qualität hat und dazu führt, dass es in der Umgebung rund um den gesamten Bereich der Krieau eine spannende städtebauliche Entwicklung gibt, auch mit der Folgewirkung, dass dort die Grundstückspreise steigen.

Das war aber in den Jahren vor dem Optionsvertrag in diesem Ausmaß sicher nicht abschätzbar. Daher finde ich es immer ein bisschen ungerecht, im Nachhinein unternehmerische Leistungen von Immobilienentwicklern, die mit Projekten an die Stadt herantreten, zu kritisieren. Denn es war damals das einzige Projekt in dieser Größenordnung, das an die Stadt herangetragen worden ist. Zweifellos hätten wir auch weitere Gebiete in unserer Stadt, wo unternehmerische Innovation gefordert ist und die Möglichkeit besteht, mit der Übernahme von Risiken, die gerade am Beginn der Entwicklung eines solchen Projektes bestehen, mit Projekten an die Stadt heranzutreten.

Richtig ist, dass wir als Stadt ganz bewusst das Risiko der Entwicklung delegiert haben. Ja, das ist richtig, es war damals nicht voraussehbar, dass es eine so positive Entwicklung geben wird. Wir sind natürlich froh darüber, und unsere Stadt bietet die Möglichkeit, in diesem Bereich auch weitere Schritte zu setzen.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Danke schön. Die nächste Zusatzfrage stellt GR Mag Chorherr. – Bitte schön.

GR Mag Christoph **Chorherr** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrter Herr Stadtrat!

Zum Kollegen Neuhuber möchte ich noch feststellen: Es ist ein Vertrag, der, wie gesagt, 2004 abgeschlossen wurde, also lange bevor die GRÜNEN in der Regierung waren. Vielleicht haben wir morgen die Möglichkeit, ein bisschen ausführlicher darüber zu diskutieren. Eine Konsequenz vieler dieser Diskussionen ist, dass die GRÜNEN – das ist Ihnen bekannt, Herr Stadtrat – für das Baurecht eintreten und nicht für den Verkauf städtischer Liegenschaften. Wir GRÜNE stehen insbesondere auch dafür, sozialen Wohnraum für Genossenschaften zu offerieren, und in diesem Zusammenhang möchte ich Sie etwas zu einem rechtlichen Detail fragen:

Wenn eine Liegenschaft, eine Genossenschaft veräußert wird, hat sie auf Grund bundesgesetzlicher Not-

wendigkeiten die Möglichkeit, nach zehn Jahren, dem Nutzer, dem Mieter das zu verkaufen. Baurecht jedoch hat neben vielen Vorteilen, die wir sehen, nämlich dass Liegenschaften im Eigentum der öffentlichen Hand bleiben, auch den Vorteil für den sozialen Wohnbau, dass nämlich auch nach zehn Jahren nicht verkauft werden muss.

Vor diesem Hintergrund und auch vor dem Hintergrund der Diskussionen, die in der Koalition über Verkäufe und das Baurecht geführt werden – wie bewerten Sie diesen Aspekt, nämlich dass bei Baurechtsvergaben langfristig die Wohnungen nicht verkauft werden können?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Herr Stadtrat.

Amtsf StR Dr Michael **Ludwig**: Eine sinnvolle Immobilien- und Grundstücksbevorratung ist zweifellos ein ganz wichtiges Element, um Mietkosten in unserer Stadt stabil zu halten. Wir sehen die Entwicklung der Grundstückspreise derzeit sicher als den Problempunkt in der Stabilisierung der Miethöhen; und natürlich werden wir alles daran setzen, um die Miethöhen stabil zu halten, indem wir mit den Grundflächen, die es in unserer Stadt gibt, sehr sorgfältig umgehen, insbesondere mit jenen, die für den Wohnbau zur Verfügung stehen.

Das ist auch der Grund, weshalb ich etwas angeregt habe, und ich bin sehr froh, dass wir uns da in der Stadt- und Landesregierung darauf verständigt haben, nämlich dass wir eine über die Ressortgrenzen hinweg gestaltete Immobilienstrategie beschlossen haben. Bei dieser Immobilienstrategie geht es darum, darüber nachzudenken, wie wir jene Immobilien, die wir im Bereich der Stadt Wien und in den Unternehmungen der Stadt Wien haben, so bewirtschaften, dass wir auf der einen Seite Erträge erzielen können, um mit diesen Erträgen weitere unternehmerische Entwicklungen vorzunehmen, umgekehrt aber auch dieses Potenzial an Grundstücken gezielt einsetzen, um die Grundstückskosten stabil zu halten.

Sie haben völlig recht, es ist zweifellos ein Vorteil, wenn wir Grundstücke im Baurecht vergeben können. Wir tun das auch. Ich möchte nur daran erinnern, dass mein ins Leben gerufenes Projekt der Smart-Wohnungen auch darauf beruht, dass wir die Grundstücke im Allgemeinen im Baurecht vergeben können. Dadurch haben auch die gemeinnützigen, das heißt, die nichtgewinnorientierten Bauträger, die Gelegenheit, hier nicht einmalige Grundstückskosten verrechnen zu müssen, sondern den Baurechtszins, der natürlich über einen sehr langen Zeitraum angelegt ist, schrittweise einzuheben. Das ist ein großer Vorteil, und ich sehe das auch so, dass wir gerade im geförderten Wohnbau Grundstücke im Baurecht vergeben, wie wir das in der Vergangenheit gemacht haben, und natürlich auch in Zukunft, gerade beim Smart-Wohnungsprogramm verstärkt tun werden.

Ich muss allerdings auch darauf hinweisen, dass es trotzdem auch in Zukunft notwendig sein wird, Grundstücke zu veräußern. Ich möchte nur erinnern: Wir sind ja beide gemeinsam auch in Leitungsfunktionen im Wohnfonds Wien, einem der beiden großen Fonds, die es in

unserer Stadt gibt. Neben der Wirtschaftsagentur, die sich mit den Grundstücken für gewerbliche Flächen bemüht, haben wir im Wohnfonds die Aufgabe, Grundstücke für den geförderten Wohnbau zu erschließen. Dieser Fonds lebt auch von einem gewissen Kreislauf der finanziellen Mittel. Das heißt, wir können natürlich immer dann Grundstücke ankaufen, wenn wir die finanziellen Ressourcen innerhalb des Fonds haben, und das finanzielle Potenzial, diese Grundstücke zu einem Zeitpunkt anzukaufen, wo sie für die Stadt noch möglichst günstig sind.

Das heißt, ich habe als Präsident des Wohnfonds Wien entschieden, dass wir einen größeren Teil der Grundstücke für Baurechte zur Verfügung stellen, um möglichst kostengünstig bauen zu können; dass wir aber immer wieder auch einen Teil an Grundstücken benötigen, die wir veräußern, um die wirtschaftlichen, ökonomischen Ressourcen zu haben, weitere Grundstücke anzukaufen.

Wir haben jetzt im Wohnfonds Wien ungefähr zwei Millionen Quadratmeter an Grundstücken im Portfolio für den geförderten Wohnbau. Wir wollen in etwa in dieser Größenordnung auch in Zukunft tätig sein. Das heißt, wir werden bei jedem Bauträgerwettbewerb – und ich habe erst gestern wieder das Bauträgerwettbewerbbuch des vergangenen Jahres präsentiert und die Vorschläge für das kommende Jahr – immer gegenrechnen müssen. Das heißt, wir werden rechnen müssen: Wie viel an Baurechtszinsen heben wir ein? Wie viele Grundstückserlöse können wir berechnen? Und wie viel Geld brauchen wir, um neue Grundstücke zeitgerecht anzukaufen?

Daher ein klares Ja zum Baurecht, wir werden es auch in Zukunft verstärkt zum Einsatz bringen; aber ich muss auch darauf hinweisen, dass es immer wieder auch die Notwendigkeiten geben wird, aus wirtschaftlichen und ökonomischen Überlegungen das eine oder andere Grundstück zu veräußern. Aber prinzipiell ein klares Ja zum Baurecht, gerade und besonders im geförderten Wohnbau.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke. Die nächste Zusatzfrage stellt GR Mag Dr Wansch. – Bitte schön.

GR Mag Dr Alfred **Wansch** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Guten Morgen, Herr Stadtrat!

Sie haben in Ihrer Beantwortung zur gegenständlichen Frage gesprochen von der Immobilienbevorratung. Hier beim gegenständlichen, anfrageanlässlichen Immobilienfall sind wir eigentlich beim Gegenteil, nämlich bei einer Privatisierung von öffentlichen Grundstücken durch die SPÖ in Wien. Dazu hat der „Falter“ getitelt: „Gemeinde Wien könnte lukrative Krieau-Gründe zu Spottpreis an Privaten verkauft haben. Verantwortlich für den Verkauf war Faymann.“

Nun wissen wir aus diesem gut recherchierten Artikel, dass auch andere Grundstücke und Häuser von der Stadt Wien an Private verkauft wurden, und zwar zu Preisen, die den Eindruck erwecken, dass sie zum Nachteil der Wienerinnen und Wiener zu billig verkauft wurden. Dabei ist das Ganze teilweise unter gefinkelten Konstruktionen zur Umgehung des Gemeinderats ge-

schehen, indem zum Beispiel Pachtverträge vorgelagert wurden.

Meine Frage: Haben Sie schon Maßnahmen gesetzt oder werden Sie Maßnahmen setzen, um die Verantwortlichen zu einer Schadenswiedergutmachung heranzuziehen, damit die Wienerinnen und Wiener ihr Geld wieder zurückbekommen?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Herr Stadtrat.

Amtsf StR Dr Michael **Ludwig**: Ich gehe davon aus, dass Sie sich jetzt in Ihrer Frage auf das Projekt Krieau beziehen. Oder ist das allgemein gemeint? (*GR Mag Dr Alfred Wansch: Allgemein! Krieau unter anderem!*) – Gut. Also ich gehe einmal davon aus, dass Sie das so meinen. Ich kann da keine Schädigung erkennen.

Ich möchte noch einmal in Erinnerung rufen, dass zum einen das Gebiet, bevor es entwickelt worden ist, ein Gebiet war, das von der Widmung bis zur Entwicklung neu zu definieren war. Es wäre merkwürdig gewesen, wenn wir als Stadt Wien das Risiko des gesamten Prozesses auf uns genommen hätten. Es ist im Nachhinein klar, dass das jetzt ein sehr pulsierender neuer Stadtteil ist. Das war am Beginn der Verhandlungen nicht so klar. Auch das Interesse von Unternehmungen, das Risiko zu übernehmen, dort eine Entwicklung vorzunehmen, war sehr, sehr überschaubar.

Wir haben damals als Stadt Wien von einem gerichtlich beeideten Sachverständigen entsprechende Gutachten einholen lassen, die auch ident waren mit jenen Gutachten, die innerhalb der Magistratsabteilungen erzielt worden sind. Ich möchte noch einmal daran erinnern, dass wir ja einen Mindestkaufpreis von 7,24 Millionen EUR damals vereinbart haben, und dass es, sofern es zu einer Umwidmung in Bauland kommt, auch zu einer Aufzahlung, und zwar im Ausmaß von 300 EUR pro Quadratmeter Bruttogeschossfläche, vorgesehen ist. Umgelegt auf die Nettonutzfläche liegt dieser Wert bei etwa 400 EUR. Das entspricht ziemlich genau dem, was es auch in den umgebenden Gebieten an Immobilienpreisen gegeben hat.

Die 300 EUR pro Quadratmeter, von denen ich vorher gesprochen habe, entsprechen dem Freigrundwert, das heißt, ohne Belastungen, zumal ja gerade dort, in diesem Bereich Pachtablösen zum Beispiel gegenüber dem Trabrennverband gültig waren und Ersatzdarstellungen für neue Stallungen zu finanzieren sind, sodass der Käufer diese Aufwendungen von der Aufzahlung abziehen kann, allerdings auch nur im Rahmen der tatsächlich nachgewiesenen Aufwendungen.

Also ich kann nicht sehen, wo hier eine Bevorzugung dieses Unternehmens vonstatten gegangen sein soll. Es hat auch eine laufende Überprüfung gegeben, ob all die Vereinbarungen, die getroffen worden sind, eingehalten worden sind. Daher sind mir auch keine Punkte bekannt, die die von Ihnen geforderten Maßnahmen aus meiner Sicht notwendig scheinen lassen.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke. Die letzte Zusatzfrage stellt GR Mag Neuhuber. – Bitte.

GR Mag Alexander **Neuhuber** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Herr Stadtrat!

Sie haben leider meine eingängliche Frage nach dem tatsächlichen Kaufpreis, den die Stadt Wien oder die Wien Holding letztendlich lukrieren konnten, nicht beantworten wollen oder können, das sei dahingestellt. Ich möchte darauf jetzt gar nicht weiter eingehen, weil es keinen Sinn hat.

Aber ich möchte zu einer prinzipielleren Frage kommen. Wir haben immer wieder Grundstückstransaktionen der Stadt Wien – Krieau, Feldgasse, Semmelweisklinik –, wir haben immer wieder ein ähnliches Muster und ähnliche Probleme, wenn „freihändig“ Grundstücke verkauft werden, nachdem zuvor ein Sachverständigengutachten bestellt wurde. Die beste Art, den Wert eines Grundstückes zu ermitteln, ist eine Ausschreibung, und der Bestbieter, der Meistbietende bekommt das Grundstück. Jetzt frage ich sie: Warum wird gerade bei so hochsensiblen und großen Projekten nicht dieser transparente, klare Weg gewählt?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Herr Stadtrat.

Amtsf StR Dr Michael **Ludwig**: Also zum einen möchte ich mich dagegen aussprechen, dass ich nicht beantwortet hätte, wie der Mindestkaufpreis aussieht. Ich habe das jetzt sogar mehrfach in meine Beantwortung einbezogen. Ich möchte es noch einmal wiederholen, zum dritten oder vierten Mal: 7,24 Millionen EUR, allerdings mit der Möglichkeit, für bestimmte Leistungen einen Abzug einzubringen. Da kann man jetzt noch nicht genau abschätzen, in welcher Größenordnung sich das bewegt, weil die Frage der denkmalgeschützten Stallungen beispielsweise jetzt noch nicht zu definieren ist. Aber da müssen ganz klar auch die Kosten, die entsprechend anfallen, vom zuständigen Unternehmer ausgewiesen werden. Aber es ist nicht so, dass wir als Stadt Wien nicht wüssten, wie hoch der Kaufpreis ist.

Zum anderen, zur Frage, warum das in diesem Bereich nicht ausgeschrieben worden ist: Ich glaube, es ist sogar von Ihnen eingangs völlig zu Recht darauf hingewiesen worden, dass es sich dabei um ein großes Areal handelt. Man kann sagen, durchaus um einen gewissen Stadtteil, um einen Bezirksteil, der zu entwickeln war. Es ist nicht darum gegangen, einen Grundstücksverkauf zu tätigen – das wäre ja noch die einfachere Variante gewesen –; sondern es ist darum gegangen, unternehmerische Leistungen einzufordern. Das heißt, nicht nur die Übernahme des Risikos, sondern auch die Kreativität, wie mit diesem Umfeld umgegangen wird, mit zum Teil erschwerenden Parametern, also zum Beispiel bestehenden Pachtverträgen, die einzulösen sind, mit denkmalgeschützten Gebäuden, die zu erhalten sind und vielem anderen mehr.

Das heißt, es ist nicht darum gegangen, ein Grundstück zu veräußern, wo man den Bieter sucht, der das meiste für das Grundstück bietet, das wäre eine einfache Variante. Sondern die Schwierigkeit war, unternehmerische Leistung einzufordern, die mit hoher Kreativität mit diesem Bezirks- beziehungsweise Stadtteil umgeht. Das ist auch geschehen. Und nachträglich gesehen ist das Gebiet dort wirklich zu einem boomenden Viertel geworden; zweifellos auch deshalb, weil das dort tätige Unter-

nehmen bereit war, Risiko zu übernehmen, unternehmerische Kreativität zum Einsatz zu bringen und in Kooperation mit der Stadt Wien gemeinsam einen neuen Stadtteil zu entwickeln.

Überall dort, wo es leichter möglich ist, beispielsweise bei einem Grundstücksverkauf, schreiben wir das aus, das ist oft einfacher. Um vielleicht gleich eine Zusatzfrage vorwegzunehmen, warum das beispielsweise in der Feldgasse nicht passiert ist, muss man sagen: Weil die Stadt Wien da ein ganz anderes Interesse gehabt hat. Da war das Interesse nicht primär, dass wir die Feldgasse verkaufen; sondern das Interesse der Stadt Wien war primär, in der Muthgasse neben einem schon bestehenden Amtsgebäude Zusatzgrundstück gleich daneben zu bekommen, und der dortige Grundstückseigentümer sich das nicht ablösen lassen wollte, sondern ein anderes Objekt in der Stadt Wien haben wollte. Daher waren wir dann angehalten, ein Grundstück oder eine Immobilie zu finden, mit der dieser Grundstückseigentümer einverstanden war.

Die Feldgasse war für uns deshalb auch attraktiv, weil wir dort unter den Rahmenbedingungen nie einen geförderten Wohnbau errichten hätten können. Es ist nämlich ein abgewohntes, denkmalgeschütztes Gebäude, wo es auf Grund aller Rahmenbedingungen unmöglich gewesen wäre, einen geförderten Wohnbau zu errichten.

Die Frage war daher, ob wir nicht diese Gelegenheit nützen, um ein Grundstück zu bekommen, das wir wollen, um einen städtischen Betrieb auszuweiten, und gleichzeitig ein Objekt, das in unserem Eigentum ist, sinnvoll von einem Privaten entwickeln zu lassen. Ich meine, wir haben ja nichts gegen Kreativität von Privaten. Ich hoffe, Sie auch nicht. Ich glaube, gerade die Kooperation, die Zusammenarbeit zwischen öffentlichen Einrichtungen und Privaten ist von Vorteil.

Der dritte große Vorteil ist, dass wir durch diesen Tausch eine Option auf ein Grundstück im 10. Bezirk haben, wo wir dann in der Tat in der Lage sind, geförderten Wohnbau zu errichten. Daher hat das nur Vorteile gehabt. Man muss das dann immer im Gesamten sehen; sich nicht einen Teil herausnehmen, sondern eine Gesamttransaktion in ihrer Breite und in allen Vorteilen für die Stadt bewerten. Und das ist in diesem Fall, wie ich meine, auch geschehen.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke, Herr Stadtrat, für die Beantwortung der 1. Frage.

Die 2. Frage (FSP – 01279-2014/0001 – KFP/GM) wurde von Herrn GR Ing Guggenbichler gestellt und ist an die Frau amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Umwelt gerichtet. *(Transparenz und Kontrolle sind bei der Vergabe öffentlicher Mittel unabdingbar. Den Mitgliedern der Oppositionsparteien wird dies im GRA Umwelt seit geraumer Zeit durch die Verweigerung der Einsichtnahme in die Originalakten erschwert beziehungsweise unmöglich gemacht, da nur mehr aufbereitete Unterlagen zur Verfügung stehen. Ein Rechtsgutachten, so der SPÖ-Ausschussvorsitzende, legitimiere diese Vorgangsweise. Dieses wurde bis dato nicht vorgelegt. Darüber hinaus spricht der Vorsitzende auch von Förde-*

rungen, „die auf Grund mündlicher Ansuchen“ bestehen würden und somit „gar keine schriftlichen Unterlagen vorhanden sein könnten“. Wie viele solcher vom Vorsitzenden des GRA Umwelt zitierten Ansuchen um Fördermittel hat es in den Jahren 2013/2014 gegeben, wer hat sie gestellt und wie viele Subventionen wurden auf Basis dieser Ansuchen tatsächlich vergeben?)

Bitte, Frau Stadträtin.

Amtsf StRin Mag Ulli **Sima**: Einen schönen guten Morgen!

Die Antwort auf die Frage lautet: Keine. (*Heiterkeit bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Dann kommen wir zur Zusatzfrage. Diese stellt GR Ing Guggenbichler. – Bitte schön.

GR Ing Udo **Guggenbichler**, MSc (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Guten Morgen, Frau Stadträtin!

Es freut mich, dass Sie die Zeit gefunden haben, mit uns heute hier zu sprechen. Da wir in den Ausschüssen das größere Problem haben, dass wirklich offensichtlich ein Akt der Verschleierung hier stattfinden soll; und die Antwort, die Sie hier geben, ist ein weiteres Zeichen dafür, dass Sie kein Interesse haben, in irgendeiner Art und Weise Akten so zur Verfügung zu stellen, wie es der Opposition zusteht.

Ich finde es ja schön, dass Sie das den Bürgern sehr transparent zeigen, auch heute. Wir haben in der Vergangenheit erleben müssen, dass sogar Geschäftsstücke von der Tagesordnung des Gemeinderates abgesetzt werden mussten, wie zum Beispiel beim Helmut-Zilk-Park. Deswegen, Frau Stadträtin, wollte ich Sie fragen: Haben Sie irgendetwas zu verstecken? (*Heiterkeit bei GR Mag Rüdiger Maresch.*) Haben Sie irgendetwas zu verschleiern? Warum agieren Sie so? Warum geben Sie die Originalaktenstücke nicht mehr an die Opposition weiter, so wie Sie das in der Vergangenheit getan haben und wie es in anderen Ausschüssen üblich ist?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Stadträtin.

Amtsf StRin Mag Ulli **Sima**: Also ich möchte diese Unterstellungen wirklich aufs Schärfste zurückweisen. Sie haben mich etwas gefragt, ich habe Ihre Frage beantwortet. Wenn Ihnen meine Antwort nicht passt, kann ich Ihnen in diesem Zusammenhang leider auch nicht weiterhelfen. Sie wissen, dass sehr transparent alle Akten bei uns zur Einsichtnahme aufliegen. Sie bekommen natürlich den Originalakt, denn der Originalakt stammt von der MA 22, die auch Antragsteller ist. Das wird im Übrigen im ganzen Magistrat in allen Ausschüssen gleich gehandhabt, so auch bei uns. Ich sehe da wirklich überhaupt kein Problem. Wir haben das ja auch schon öfter im Ausschuss diskutiert. Sie wollen offensichtlich ein Thema daraus machen. Bitte, das sei Ihnen überlassen.

Ich kann Ihnen nur sagen, dass wir uns da ganz klar an alle Vorgaben, die es im Magistrat der Stadt Wien gibt, ganz transparent halten. (*Zwischenruf von GR Mag Dietbert Kowarik.*) – Danke, Herr Gemeinderat. Ich brauche ihre Soufflierungen nicht (*GR Mag Dietbert Kowarik:*

Na offensichtlich doch!), aber wenn Sie sich bemüht fühlen, hier herauszurufen, es gibt auch noch andere Vorgaben außer der Stadtverfassung, die da bindend und tragend sind. Wir halten alles selbstverständlich ein. Das wissen Sie auch ganz genau. Sonst würden Sie ja dagegen vorgehen. Insofern sehe ich eigentlich nichts mehr, was ich zu diesem Thema sonst noch beitragen könnte.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Danke. Die 2. Zusatzfrage stellt GRin Mag Holdhaus. – Bitte schön.

GRin Mag Karin **Holdhaus** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Guten Morgen, Frau Stadträtin!

Transparenz ist natürlich nicht nur uns, der Opposition, ein Anliegen, sondern auch den Bürgerinnen und Bürgern von Wien. Ich denke – wie Sie richtig gesagt haben, es ist schon eine längere Diskussion, die wir hier führen –, dass sich die Opposition da mehr Transparenz wünschen würde. Ich glaube, das ist ganz legitim. Natürlich kann man sich darauf beschränken, was man rechtlich sozusagen tun muss, das ist richtig, aber es besteht ja immer die Möglichkeit, über das hinaus noch mehr zu tun; und wir von der ÖVP denken, dass es da noch Möglichkeiten und, ich sage jetzt einmal, noch Potenzial gäbe, um da mehr Transparenz hineinzubringen.

Meine Frage geht jetzt aber weniger in die Richtung, welche Anträge zugelassen werden und wie die Anträge genau ausschauen und die Begründung, warum sie wie viel Subvention bekommen. Meine Frage geht eher in folgende Richtung: Es gibt ja, nehme ich einmal an, auch viele Förderungsansuchen, denen nicht stattgegeben wird. Auch über diese hat die Opposition keine Information. Ich wollte Sie fragen, ob Sie sich vorstellen können, im Sinne der Transparenz und der konstruktiven Zusammenarbeit in Zukunft abgelehnte Förderanträge dem Umweltausschuss zur Kenntnis zu bringen.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Stadträtin!

Amtsf StRin Mag Ulli **Sima**: Ich kann gerne noch einmal wiederholen, was ich schon vorher gesagt habe. Es gibt eine einheitliche Vorgangsweise im Magistrat, in allen Ausschüssen, die überall gleich ist. Das ist kein Spezifikum des Umweltausschusses, sondern wird in allen Ausschüssen gleich gehandhabt. (*GR Johann Herzog: Schlimm, die Antwort!*) Wir gehen eben nach den Vorgaben des Magistrats vor und stellen eben transparent und offen alle Unterlagen zur Verfügung. Mehr habe ich dem nicht hinzuzufügen.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke. Die letzte Zusatzfrage stellt GR Ing Guggenbichler. – Bitte.

GR Ing Udo **Guggenbichler**, MSc (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Wie Sie Transparenz leben, haben wir auch im letzten Jahr erleben dürfen, als wir einen Datenträger gehabt haben und Ihr Büro uns angeboten hat, das in einem Kopierer abzulichten. So arbeiten Sie mit der Opposition. Und ich habe noch einmal die Frage: Wie kommt der Ausschussvorsitzende auf die Idee, wenn wir nachfragen, ob es originale Unterlagen zu diesem Thema gibt, zu sagen, es könnte ja sein, dass der Antrag mündlich eingebracht wurde. Der Ausschussvorsitzende hat im

Ausschuss immerhin ein gewichtiges Wort, und Sie sind gar nicht eingeschritten. Wie ist das möglich? Wenn er zu uns sagt, es könnte ein mündlicher Antrag sein, und Sie sagen, es gibt keine mündlichen Anträge, widerspricht sich das ein Stück. Das ist für mich nicht nachvollziehbar. Werden Sie das in Zukunft abstellen?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Stadträtin!

Amtsf StRin Mag Ulli **Sima**: Zu den Datenträgern möchte ich ergänzen: Das war ein Teil von Ausschreibungsunterlagen, die ungefähr so viel Volumen hatten, die alle für die Opposition einsichtig waren, die Sie auch gerne kopieren durften. Das ist eine spezielle Software. Wir haben Sie darauf aufmerksam gemacht, dass wir die nicht einmal im Büro haben, weil das eine spezifische Ausschreibungssoftware ist, die bei internationalen Vergabeverfahren verwendet wird. Wir haben dann versucht, das zu besorgen. Ich glaube nicht, dass Sie zusätzlich zu diesen Festmetern an Papier, den wir schon zur Verfügung gestellt hatten, aus dieser Software noch wahnsinnig viel an zusätzlichen Informationen herausbekommen konnten; aber wir haben uns auch da bemüht, wie wir uns immer bemühen, alle Informationen offenzulegen, und das können Sie hier, glaube ich, wirklich nicht bestreiten.

Ihre Unterstellung, wir seien intransparent, halte ich, ehrlich gesagt, für eine kühne Behauptung, denn gerade mein Büro war immer sehr, sehr bemüht, alle in ihrem Verlangen, bei ihren Nachfragen zu unterstützen. Und dann ist das die Antwort, die wir bekommen. Ich werde meine Lehren daraus ziehen, das habe ich Ihnen schon gesagt. Ich werde mich ganz strikt an die Vorgaben der Stadt Wien halten und diese auch ganz genau umsetzen. So haben wir es in der Vergangenheit gemacht und so werden wir es auch in der Zukunft halten; wenngleich ich zur Kenntnis nehme, dass Sie offensichtlich mit den gesetzlichen Vorgaben nicht zufrieden sind.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke für die Beantwortung der 2. Frage.

Wir kommen nun zur 3. Frage (FSP – 01278-2014/0001 – KSP/GM). Sie wurde von Frau GRin Dr Laschan gestellt und ist an den Herrn amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Information und Sport gerichtet. (Vor Kurzem wurde die Wiener Förderoffensive als neuer Meilenstein im Bildungsbereich vorgestellt. Warum investiert die Stadt gerade in den Förder- und Stützunterricht und wie wird das Projekt genau umgesetzt?)

Herr Stadtrat, bitte um Beantwortung.

Amtsf StR Christian **Oxonitsch**: Herzlichen Dank. Einen wunderschönen Vormittag auch von meiner Seite!

Sie fragen mich betreffend die Wiener Förderoffensive für die öffentlichen Pflichtschulen in Wien. Das ist eine Maßnahme, die seitens des Bürgermeisters politisch präsentiert wurde, eine Maßnahme, von der ich überzeugt bin, dass Sie tatsächlich einen wesentlichen Innovationsschritt in der Wiener Bildungslandschaft darstellen wird, weil sie letztendlich eine Maßnahme ist, die sicherstellen soll, dass Schülerinnen und Schüler in Wien optimale Förderung im Rahmen des Unterrichts erhalten

können.

Wir wissen, dass es eine Maßnahme ist, die natürlich auf unsere verfassungsrechtlichen und bildungspolitischen Möglichkeiten aufsetzt. Keine Frage, Sie kennen alle die bildungspolitischen Diskussionen nicht nur vor dem Hintergrund der letzten Wochen, sondern durchaus auch vor dem Hintergrund der letzten Jahre. Sie wissen, dass Bildungspolitik immer ein von verschiedenen Seiten sehr eifrig diskutiertes Thema ist, aber mit dem Makel behaftet ist, dass es letztendlich nie zu tatsächlich notwendigen Bildungsreformen kommt. Ich meine Bildungsreformen, die von vielen, auch internationalen Expertinnen und Experten empfohlen werden, deren wesentliche Eckpfeiler sind: Ganztagschulformen, gemeinsame Schulformen, individuelle Förderung und mehr.

Da diese Rahmenbedingungen von Seiten Wiens ja nicht verändert werden und auf bundespolitischer Ebene – nicht zuletzt auf Grund einer immer wieder sehr ideologisch geführten Debatte und auch einer klaren Blockadehaltung in erster Linie seitens der ÖVP und der FPÖ – eine Innovation im Bildungsbereich nicht zu erwarten ist, haben wir uns auf der Wiener Ebene entschlossen, auf den Bereich der Förderung zu setzen und hier eben das Projekt „Förderung 2.0“ letztendlich umzusetzen.

Was heißt dieses Förderungsmodell im Konkreten? Wir werden letztendlich 400 Lehrerinnen und Lehrer gemeinsam und in Kooperation auch mit den Volkshochschulen, die in diesem Bereich eingebunden werden sollen, in Einsatz bringen, nämlich an den 210 Wiener Volksschulen, den 93 Neuen Mittelschulen und den 64 AHS. Damit bekommen Kinder und Jugendliche, die es brauchen, 2 zusätzliche Stunden Stütz- und Förderunterricht pro Woche. Das ist klarerweise eine Schnittberechnung. Wenn man sich die Zahlen der Schulen ansieht und die Anzahl von 400 Lehrerinnen und Lehrern hernimmt, so ist das ein Ausmaß von rund 22 zusätzlichen Stunden, die eine Schule zur Verfügung gestellt bekommt, um eben entsprechenden Stütz- und Förderunterricht wieder bieten zu können. Dieser wurde nämlich leider, auch daran muss man erinnern, unter Unterrichtsministerin Gehrler gekürzt.

Wir gehen da ganz bewusst einen Weg – auch das sage ich ganz deutlich –, der bis jetzt von mir nicht immer wieder als Priorität gesetzt wurde, nämlich der Weg, sich in den Bereich der Entlohnung beziehungsweise der Anstellung von Lehrerinnen und Lehrern einzumengen.

Ich habe ja immer davor gewarnt, dass wenn wir diesen Schritt setzen, der Bund in Versuchung kommen könnte, auf der anderen Seite zu sagen, na, dann kürzen wir ein paar Lehrer, wenn Wien ohnehin welche finanziert. Ich hoffe, dass dies nicht passiert. Und es sind ja infolge der Verhandlungen mit der Unterrichtsministerin zumindest die entsprechenden Vorschläge hier am Tisch, die in Folge letztendlich auch in diesem Bereich gekommen sind.

Wir werden mit diesen 400 Lehrerinnen und Lehrern tatsächlich dieses Stütz- und Fördermodell in speziellen Bereichen einrichten, nämlich in den für uns wesentlichen Fächern: Deutsch/Lesen, Mathema-

tik/Naturwissenschaften sowie Spracherwerb Deutsch plus entsprechend Fremdsprachen, gemäß unserem gemeinsamen Ziel: Jedes Kind in dieser Stadt soll zwei Sprachen sprechen, nämlich einerseits Deutsch, andererseits soll jedes Kind beim Erlernen der zweiten Sprache – einer Fremdsprache oder möglicherweise seiner Muttersprache – optimale Förderung und Unterstützung bekommen.

Für die Umsetzung dieses Projekts wurde nun eine entsprechende Arbeitsgruppe eingesetzt, nämlich bestehend aus Stadtschulrat, MA 56 und den Volkshochschulen, die nun beauftragt sind, die Details dieses Projektes auszuarbeiten. Denn die Zielsetzung ist ja, dass wir im Bereich der Volksschulen bereits im kommenden September beginnen und im Bereich der Neuen Mittelschulen beziehungsweise im Bereich der AHS im 2. Semester des kommenden Schuljahres.

Es werden an den Volksschulen schwerpunktmäßig Lehrerinnen und Lehrer sein. Erfreulicherweise haben ja die vielfältigen Ausbildungsinitiativen in diesem Bereich dazu geführt, dass wir in diesem Bereich endlich wieder keinen Lehrermangel haben. Wir gehen also davon aus, dass der überwiegende Teil im Bereich der Volksschulen, was Lehrerinnen und Lehrer betrifft, abgedeckt werden kann, die natürlich auch zusätzlich eingestellt werden.

Im Bereich der Volksschulen unterscheidet sich die Situation grundlegend von jener im Bereich der Neuen Mittelschulen und der AHS. Da gibt es bekanntermaßen noch durchaus einen Mangel an Pädagoginnen und Pädagogen. Die Studierendenzahlen steigen erfreulicherweise, aber es wird noch einige Zeit dauern, bis sich die Lage ändert, weil nämlich auch eine Pensionierungswelle bevorsteht.

Deshalb ist es für uns ganz wichtig, gleichzeitig in jenem Bereich, wo wir nicht entsprechende Lehrerinnen und Lehrer finden, ein entsprechendes Angebot der Volkshochschulen anzunehmen. Diese Kooperation hat sich ja sehr stark und sehr positiv bewährt, nämlich im Bereich der Leseförderung, wo es ja Kooperationen mit den Volkshochschulen bereits gibt, indem die Volkshochschulen an den Schulstandorten spezielle Lesekurse am Nachmittag anbieten. Daher wollen wir natürlich diese Kooperation in diesem Bereich fortsetzen für diesen speziellen Bereich des Förderangebots. Ich habe schon gesagt, dieses Angebot an den Volksschulen wird bereits im September beziehungsweise Oktober starten. Die ersten Wochen im Schulunterricht sind noch nicht die Bereiche, wo der Förderunterricht entsprechend Platz greifen wird müssen.

Gleichzeitig ist es natürlich auch eine wesentliche Aufgabe der Lehrerinnen und Lehrer beziehungsweise der Schule, entsprechende Schwerpunkte zu setzen. Es ist viel Kompetenz an den Schulstandorten vorhanden. Die Schulen entscheiden, in welchen Bereichen sie zusätzliche Unterstützungsmaßnahmen von unserer Seite in Anspruch nehmen wollen, in welchen Fächern die Schwerpunktsetzungen erfolgen sollen. Wir wollen also ganz bewusst der Schule die Möglichkeit geben, letztendlich diese Unterstützung dort einzusetzen, wo die

Schule meint, dass sie sie am dringendsten notwendig hat, um eben Kinder optimal zu unterstützen. Ich glaube, dass, wenig überraschend, vor allem die Fächer Deutsch/Lesen und Mathematik da die Schwerpunkte sind.

Noch einmal, es sind rund 22 Stunden, wenn man es mit dem Gießkannenprinzip betrachtet. Aber wir wollen dieses Gießkannenprinzip nicht umsetzen. Für uns ist es natürlich wesentlich, den sozioökonomischen Hintergrund der Schulstandorte zu betrachten: Wie viele Schülerinnen und Schüler gibt es, die tatsächlich gefährdet sind im Bereich des positiven Schulabschlusses? Jenen Schulen, die mehr Bedarf haben, gilt es, mehr Ressourcen zur Verfügung zu stellen, und jenen Schulen, die weniger Bedarf haben, entsprechend weniger.

Wir wissen, dass das Know-how der Schulen ein sehr großes ist, und dieses Know-how soll auch im Rahmen des Fördermodells berücksichtigt werden. Diese Arbeitsgruppe hat den Zeithorizont, den dementsprechenden Teilplan bis Ende Mai/Anfang Juni vorzulegen, damit eben über die Sommermonate das entsprechende Implementieren des Fördermodells 2.0 an den Schulstandorten erfolgen kann.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke für die Beantwortung. Wir kommen nun zu den Zusatzfragen. Die 1. Zusatzfrage stellt GRin Ing Leeb. – Bitte schön.

GRin Ing Isabella **Leeb** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Schönen guten Morgen, Herr Stadtrat! Herzlichen Dank für die Beantwortung.

Wir haben nicht sehr viele Details von Ihnen erfahren können. Im Prinzip muss dieses Thema uns allen ein Anliegen sein, denn wir können nur allergrößtes Interesse haben, dass unsere Jugend gut ausgebildet aus der Schule kommt, auch ausbildungsfähig ist und sich weiterbilden kann. Es ist aber ein Stück weit auch eine Bankrotterklärung, wenn Sie sich verpflichtet fühlen, zu tun, was die Pflichtschule in Wien nicht erbringt, nämlich ausbildungsfähige Jugendliche noch einmal zusätzlich zu qualifizieren.

Interessant ist für mich auch, dass Sie gemeint haben, dass das in allen Schulformen angesetzt wird. Jetzt haben wir in Wien schon das „Allheilmittel“ der ver-schränkten Ganztags-schulformen. Es wird interessant sein, zu beobachten, ob auch dort Nachhilfe notwendig ist. Interessiert ist für mich auch, warum Sie, wenn Sie schon Lehrer am Nachmittag einsetzen, was sehr begrüßenswert ist, diese nicht gleich am Vormittag einsetzen und die Lehrer entlasten, indem Sie zum Beispiel Verwaltungspersonal beistellen. Wenn man sich vergegenwärtigt, dass 600 Beamte alljährlich in Wien in Früh-pension gehen, denke ich, wird wohl der eine oder andere in der Lage sein, eventuell seine Arbeitsstelle zu wechseln und nicht gleich in Früh-pension zu gehen.

Meine Frage ist, aber eine organisatorische. In der Ganztags-schule und der Offenen Schule müssen Kinder, die in Nachmittagsbetreuung sind, einen Beitrag zahlen. Bedeutet jetzt diese Gratisnachhilfeaktion, dass Betreuungskinder weiterhin bezahlen, während die anderen sozusagen im Nebenzimmer gratis Nachhilfe bekommen?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Herr Stadtrat.

Amtsf StR Christian **Oxonitsch**: Ganz egal, ob es sich um eine Offene Schule, eine Ganztagschule, ob es sich um den Bereich einer klassischen Halbtagschule handelt, ob es ein Kind ist, das in einem Hort betreut wird, auch das muss man bedenken, oder ob es Kinder sind, die sich in anderen Betreuungsformen beziehungsweise Bildungseinrichtungen aufhalten, soll dieses Fördermodell letztendlich – und das ist der wesentliche Grundsatz – all jenen zu Gute kommen, die eine dementsprechende zusätzliche Förderung brauchen.

Dieses Fördermodell – und ich habe zuerst schon ein bisschen darauf hingewiesen – ist nicht etwas komplett Neues, da wird die Schule mit zusätzlichen Ressourcen ausgestattet. Früher gab es zwei sogenannte Förder- und Stützstunden an den Schulen, aber sie wurden leider gekürzt auf eine Stunde in der Schule, nämlich von Ihrer damaligen Unterrichtsministerin. Wir werden jetzt zusätzlich zwei Förderstunden zur Verfügung stellen. Insofern ist das Implementieren des entsprechenden Stütz- und Förderunterrichts nicht etwas komplett Neues. Es ist nur das flächendeckende Ausrollen auch im Bereich der AHS, der Neuen Mittelschulen etwas Neues.

Es geht hier um einen Stütz- und Förderunterricht, wenn man so will, im Rahmen der entsprechenden schulrechtlichen Möglichkeiten. Es geht hier nicht um dementsprechende Betreuungszeit. So wie bisher zum Beispiel im Rahmen der Leseoffensive ein Kind einen Kurs zur Leseförderung der Volkshochschulen besucht, so ist es auch hier; ganz egal, ob es im Bereich der Ganztagschule oder der Offenen Schule ist, in jenem Bereich, wo die Förderung gebraucht wird.

Aber natürlich findet die Förderung eher in der Ganztagschule intensiver statt, weil die Kinder im verschränkten Unterricht beziehungsweise diese Schulen sich zusätzlicher Möglichkeiten bedienen können. Im Bereich der Offenen Schule ist es aber natürlich so, wenn dort ein Förderunterricht angeboten wird, der den Kindern in der Nachmittagsbetreuung, genauso wie im Hort, also wenn er extern irgendwo ist, in diesem Bereich diese Förderung in Anspruch nehmen kann, so wie es bisher mit der einen Förderstunde auch schon der Fall ist.

Also das zu verquicken letztendlich mit dem Bereich der Betreuungszeit, wo es ja Betreuungszeiten gibt, wo die Kinder bis 17 Uhr dort sind, ganz egal, ob der Tatsache, dass es von 17 bis 18 Uhr oder von 14 bis 15 oder 13 Uhr eine Betreuungszeit gibt. Das unterscheidet sich auch nicht von Angeboten im Bereich des Nachmittagsunterrichts im Bereich Turnen zum Beispiel, wo es auch an Neuen Mittelschulen oder vor allem im Bereich der AHS klares Nachmittagsangebot gibt. Das unterscheidet sich auch überhaupt nicht von den Bereichen, wo Kinder dann entweder wieder die Schule aufsuchen, vom Hort in die Schule gehen, dort zum Turnen gehen oder dort auch in den Förderunterricht gehen können.

Diese Vermengung ist also unzulässig. Was für uns der wesentliche Bereich ist, ist schlicht und ergreifend, sicherzustellen, dass es zusätzliche Förderangebote in

den wesentlichen Hauptfächern gibt, nämlich für jene Kinder, die eben gefährdet sind, einen dementsprechenden positiven Schulabschluss zu setzen.

Ich verahre mich hier auch gegen den Begriff Bankrotterklärung. Sie wissen ganz genau, wie sich die schulrechtlichen Möglichkeiten eines Landes darstellen. Verständigen wir uns einmal auf diese grundlegende Bildungsreform, die nicht zuletzt auch die Zukunftskommission Ihrer Unterrichtsministerin klar festgelegt hat, als man dann kalte Füße bekommen hat. Die heißt einfach Ganztagschule, die heißt einfach gemeinsame Schule der 10- bis 14-Jährigen, die heißt verstärkte Individualisierungsmöglichkeiten; und ich denke, dann kommen wir den Schritt weiter, der vielleicht einmal den entsprechenden Förderunterricht tatsächlich unmöglich macht.

Ich bin überzeugt, dass es ein Bildungssystem gibt, das auf diese Maßnahme verzichten könnte. Nur sind Sie diejenige Partei, die gerade maßgeblich Schritte in diesem Bereich in der Vergangenheit – ich spreche jetzt einmal nur von der Vergangenheit – immer wieder blockiert hat, auch wenn Ihre Expertinnen und Experten in diesem Bereich schon vielfach zu anderen Schlüssen kommen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Zweiter Punkt, den ich anmerken möchte, betreffend das Verwaltungspersonal. Auf der einen Seite sagt man immer wieder, in der Verwaltung soll man einsparen. Sie sagen jetzt, da sollte man zusätzliches Personal für die Verwaltung machen. Wenn es aber darum geht, für die Pädagogik Ressourcen freizubekommen, dann ist auch da der verfassungsrechtliche und letztendlich der gesetzliche Rahmen ein ganz klarer. Wenn man dafür sorgen will, dass tatsächlich mehr Lehrerinnen und Lehrer mehr Möglichkeiten für den Unterricht bekommen – und das ist der Bereich, der in die Zuständigkeit des Bundes fällt –, dann soll der Bund für diese Möglichkeiten auch sorgen und diese sicherstellen.

Ich erinnere daran, dass es der Wiener Gemeinderat ist, der ohnehin schon zusätzlich 63 Lehrerinnen und Lehrer für den Bereich der Ganztagschulen zur Verfügung stellt; weil natürlich, und das stelle ich gar nicht in Abrede, der organisatorische, der administrative Aufwand im Bereich einer Ganztagschule ein höherer ist. Da sind wir schon in Vorlage für den Bund getreten. Da haben wir schon, und zwar unter meiner Vorgängerin, hier den Beschluss gefasst, 63 zusätzliche Personen zu finanzieren.

Dabei sage ich noch einmal: Für die Unterrichtsqualität, für den Unterrichtsbereich und letztendlich für den pädagogischen Bereich ist nicht nur, was den Finanzausgleich betrifft, sondern letztendlich auch im Bereich der gesetzlichen Rahmen der Bund zuständig. Das heißt, wenn man mehr Ressourcen in die Schule bringen will – wir treten in Vorleistung für Ganztagschulen, wir treten jetzt in Vorleistungen mit 400 Lehrerinnen und Lehrern für den Bund –, dann hat auch im Bereich der Administration der Bund letztendlich seine Verpflichtungen und seine Aufgaben in diesem Bereich schlicht und ergreifend wahrzunehmen.

Dazu bekenne ich mich auch. Ich glaube, hier gäbe es günstige Möglichkeiten, auch seitens des Bundes

einzusparen, nämlich im Bereich von Entlastung von DirektorInnen mit einer entsprechenden Unterrichtsverpflichtung. Das heißt, dass DirektorInnen – und das wünschen sich auch viele – auch in den Unterricht kommen können. Aber daher wäre es Aufgabe des Bundes, zu sagen, suchen wir eine günstigere Lösung, wo wir nicht hochqualifizierte Personen mit der Administration zudecken, sondern wo wir Leute in den Unterricht bringen, die das auch wollen.

Ich sage auch ganz offen, dass ich durchaus für ein bisschen mehr Vorsicht in der Debatte über PädagogInnen und deren Arbeit bin. Ich glaube, das führt uns nicht weiter, sondern die wollen das auch vielfach und sagen, ich bin ausgebildet in Pädagogik, und ich bin jetzt Direktorin und bin letztendlich nicht Telefonistin, Kanzleikraft oder sonst etwas. Dann soll man den Direktoren die Möglichkeit geben, in den Unterricht zu kommen. Aber es wäre dies eine Einsparungsmaßnahme für den Bund, die wirken kann. Daher ist sie auch seitens des Bundes umzusetzen.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Danke. Die nächste Zusatzfrage stellt GRin Mag Wurzer. – Bitte schön.

GRin Mag Martina **Wurzer** (*Grüner Klub im Rathaus*): Guten Morgen!

Für die rot-grüne Regierung in Wien ist es ein absolutes No-Go, bei der Bildung zu sparen. Das ist gut und richtig so. Ganz im Gegenteil nehmen wir jetzt noch zusätzliches Geld in die Hand, um zusätzliches Personal an Schulen zu bringen, weil wir uns als öffentliche Hand verantwortlich für den Bildungserfolg von jedem einzelnen Kind fühlen, und das finde ich gut und richtig so.

Meine Frage jetzt ist: Das größte Wissen, welches Personal an welcher Schule, an welchem Schulstandort gebraucht wird, haben die DirektorInnen vor Ort. Inwiefern wird dieses Wissen in das Fördermodell jetzt einfließen?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Herr Stadtrat.

Amtsf StR Christian **Oxonitsch**: Sie haben auf einen ganz wichtigen Punkt hingewiesen. Auch ich denke, dass die Schulen sehr genau wissen, in welchem Bereich sie zusätzliche Förderung bekommen wollen. Wir haben auf der einen Seite durch den grundlegenden Rahmen, der jetzt den Handlungsrahmen der Arbeitsgruppe darstellt, festgelegt, in welchen Bereichen grundsätzlich hier Förderung stattfinden kann, und in welchen Bereichen seitens der Stadt Wien zusätzliche Ressourcen dafür zur Verfügung gestellt werden.

Auf der anderen Seite läuft es natürlich ganz maßgeblich einerseits über die Einteilung im Bereich der Volksschulen, über die Einteilung im Rahmen des Stundenplans und der entsprechenden Lehrerressourcen. Da geht es um die größtmögliche Autonomie für DirektorInnen, zu sagen, ich brauche mehr Förderung im Bereich Deutsch/Lesen als im Bereich Deutsch als Fremdsprache, ich brauche mehr Förderung vielleicht im Bereich der Fremdsprache bei diversen mehrsprachigen Schulmodellen. Hier soll ihnen größtmögliche Flexibilität gegeben werden, und wir denken, dass das natürlich auch im

Bereich der Neuen Mittelschulen ähnlich ist.

Wenn man sagt, wir bräuchten eigentlich ganz dringend in einem anderen Bereich noch eine Ressource, dann soll hier im Rahmen der Möglichkeiten, dass die Ressourcen auch noch gegeben sind, den Schulen durchaus die Flexibilität gegeben werden, über ein gewisses Stundenkontingent auch autonom zu verfügen. Das werden wir aber, muss ich auch dazusagen, natürlich erst dann wissen, wenn wir letztendlich den Förderbedarf bekommen.

Denn, und es ist mir wichtig, das noch einmal ganz klar zu betonen: Es geht bei dem Fördermodell darum, Kindern Unterstützung zu geben, um zu einem ordentlichen Schulabschluss zu kommen. Es geht bei dem Fördermodell nicht darum, ich sage jetzt einmal, den Zweier auf einen Einser zu verbessern. Sondern wir wollen sicherstellen, dass in Wien unabhängig der finanziellen Möglichkeiten die Kinder eine Förderung bekommen, um zu einem ordentlichen Schulabschluss und damit letztendlich auch zu einer Perspektive in weiterer Zukunft zu kommen.

Wir alle wissen, dass Qualifikation der Schlüssel am Arbeitsmarkt in der Zukunft sein wird, dass eine entsprechende Möglichkeit einer guten Qualifikation ein ganz entsprechender Faktor ist. Wir wissen aber auch, dass es darüber hinaus natürlich auch Erfolgserlebnisse in der Schule zur Persönlichkeitsentwicklung gibt. Ich will das eben nicht nur unter dem Gesichtspunkt des Arbeitsmarktes sehen, sondern auch unter dem Gesichtspunkt der Persönlichkeitsentwicklung für Kinder und Jugendliche. Auch das ist etwas ganz, ganz Wesentliches. Daher freue mich ja auch immer, dass derartige Fördermodelle entgegen der langlebigen Meinung von sehr vielen auch in Anspruch genommen werden, auch wenn sie unverbindlich angeboten werden.

Kinder und Jugendliche sind sehr wissbegierig. Daher, denke ich, haben wir mit diesem Fördermodell eine Möglichkeit, aber sicherlich nicht die entscheidende. Ich glaube trotzdem, und ich betone das noch einmal: Eine grundlegende Bildungsreform durchzuführen, erspart man sich mit diesem Fördermodell nicht; aber es ist eine Maßnahme, die, glaube ich, einiges sicherstellen kann. Wir werden uns nach vier Jahren, wo man es dann ein bisschen evaluieren kann, diese ganze Maßnahme auch intensiv ansehen und vielleicht am einen oder anderen Schräubchen im Laufe der Zeit auch drehen. Aber mir ist wichtig, gar nicht allzu lange vorzubereiten, sondern in einem ersten Schritt umzusetzen, dass Kinder zu dieser Förderung kommen, die sie dringend brauchen. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN*).

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Danke. Die 3. Zusatzfrage und damit letzte zur 3. Frage stellt GR Nepp. – Bitte schön.

GR Dominik **Nepp** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Guten Morgen, Herr Stadtrat!

Ich verstehe wirklich nicht Ihre Freude darüber, dass Sie Volksschülern Nachhilfe anbieten. Ich finde, es ist eigentlich eine peinliche Performance und wirklich ein Armutszeugnis, wenn man so etwas überhaupt anbieten muss. Ich verstehe schon, dass man vielleicht einmal

Nachhilfe braucht im Gymnasium bei der Übersetzung von Ovids Metamorphosen oder wenn man zwei Ebenen im Raum schneiden muss. Das kann ich verstehen, das sind schon komplexe Aufgaben. Aber in der Volksschule, da werden schon Sechsjährige gefördert, wer es nötig hat – ich meine, dort lernt man gerade das A+B, eins plus eins, et cetera! Ich meine, das ist ja wirklich ein Eingeständnis, dass die Bildung, vor allem im Pflichtschulbereich in Wien, so wie wir es ja schon seit Jahren sagen, im Argen liegt.

Weiters wissen wir, dass so viele Lehrer fehlen. Wenn Sie nun sagen, im Pflichtschulbereich gibt es neue Lehrer, dann muss man fragen: Woher wollen Sie überhaupt diese neuen 400 Lehrer nehmen? Sind das Sonderverträge für bestehende Lehrer, die dann am Nachmittag auch noch Förderunterricht geben, oder ist das wirklich mehr Personal? Ich meine, an Volkshochschulen kann ja wirklich schon jeder lehren. Da wird auch die Frau Brauner entsandt, das Einmaleins des Wiener Budgets zu erklären. Aber woher wollen sie die wirklich nehmen? Sind das 400 neue Personen, die Sie da anstellen, oder sind das einfach nur mehr Stunden, die die Lehrer dort am Nachmittag bezahlt verbringen?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Herr Stadtrat.

Amtsf StR Christian **Oxonitsch**: Also manchmal denke ich in der Fragestunde, es würde ganz gut tun, bei der Beantwortung voriger Fragen zuzuhören. Das würde schon reichen, um sich das eine oder andere zu ersparen. Vielleicht brauchen wir auch dafür einen Förderkurs. Ich werde einmal die Volkshochschule fragen, ob man im Bereich des Zuhörens einen anbieten kann. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Im Bereich der Volksschulen und nicht, wie Sie jetzt in ihrer Frage gesagt haben, ich hätte gesagt im Bereich der Pflichtschulen. Zur Erklärung: Volksschule – Pflichtschule, Neue Mittelschule – Pflichtschule, AHS-Unterstufe – Pflichtschule, aber nicht in der Kompetenz des Landes, nur damit das einmal klar ist. Im Bereich der Volksschulen haben wir keinen Lehrerinnen- und Lehrermangel. Im Bereich der Volksschulen gibt es ausreichend Lehrerinnen und Lehrer.

Wenn man mich fragt, ob es sie ausreichend für den Bereich der Volksschule für das Fördermodell geben wird, muss ich sagen, auch ich bin kein Wahrsager für den September. Aber wir haben mittlerweile einen Überhang an entsprechenden Volksschullehrerinnen und -lehrern, und daher wird im Fördermodell jetzt erste Zielsetzung sein, Lehrerinnen und Lehrer zum Einsatz zu bringen. Wie funktioniert das? Wie jetzt schon mit entsprechenden Fördermodellen durch den entsprechenden Überzug im Stellenplan, zum Beispiel bei den angesprochenen 62 Lehrerinnen und Lehrern für den Ganztagschulbereich.

Das ist relativ einfach, relativ klar, es werden zusätzlich Personen eingestellt. Ich bleibe jetzt bitte ganz grob in der Schätzung: 220 Volksschulen, 220 zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer. Wenn wir nur 180 finden, wird es so, wie es bisher war, wenn wir mit dem Lehrermangel konfrontiert waren. Wenn wir statt 220 nur 180 fin-

den, wird die Frage an Lehrerinnen und Lehrer gestellt, wer bereit ist. – Hören Sie vielleicht zu! – Dann werden Lehrerinnen und Lehrer gefragt, ob sie bereits sind, da Mehrdienstleistungen einzubringen. Kollege Aigner wird es wissen, es gibt immer wieder Lehrerinnen und Lehrer, die auch Mehrdienstleistungen machen wollen. Wenn dem nicht so ist – davon gehen wir nicht aus –, dann wird möglicherweise auf eine Ressource im Bereich der Volkshochschule zurückgegriffen werden.

Im Bereich der Neuen Mittelschulen, im Bereich der AHS, dort, wo es tatsächlich einen Lehrerinnen- und Lehrermangel gibt und auch noch im kommenden Jahr gegeben wird, werden entsprechende Förderungen – da gibt es vielleicht auch Ausreißer, auch da werden sich vielleicht Lehrerinnen und Lehrer finden, über MDLs in dem Bereich etwas zu machen – ganz stark vom Bereich der Volkshochschulen angeboten werden.

Da gibt es also eine klare Differenzierung nicht zwischen den Bereichen Volksschulen, Pflichtschulen und AHS, sondern im Bereich Volksschule und Neue Mittelschule beziehungsweise Sekundarstufe 1. Wo es einen Lehrermangel gibt, werden die entsprechenden Ressourcen seitens der Volkshochschulen zur Verfügung gestellt. Die Volksschulen weisen ja schon jetzt ein vielfältiges Angebot vor. Es sind teilweise Lehrerinnen und Lehrer, darunter auch pensionierte Lehrerinnen und Lehrer, die im Einsatz sind. Da werden diese das entsprechende Fördermodell in den von mir angesprochenen Schwerpunktsetzungen anbieten.

Da werden uns natürlich die Erfahrungen des Septembers dann zeigen, in welchem Bereich und in welchem Ausmaß wir tatsächlich Lehrerinnen und Lehrer finden. Das kann ich Ihnen dann ganz genau detailliert sagen. Deshalb ist es für uns eben ganz wichtig: Es ist uns völlig klar, dass es nicht nur Lehrerinnen und Lehrer sein können, denn das geht sich nicht aus. Dieses Einmaleins habe auch ich noch gelernt und zusammengebracht. Daher wird es eine Kooperation mit den Volkshochschulen, mit den Ressourcen, die der Stadtschulrat anbieten kann, geben, und das wird ein gutes Fördermodell für Wien sein.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke, Herr Stadtrat, für die Gesamtbeantwortung der 3. Frage.

Wir kommen nun zur 4. Frage (FSP – 01286-2014/0001 – KU/GM). Sie wurde von Herrn GR Dr Aigner gestellt und ist gleichfalls an den Herrn amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Information und Sport gerichtet. *(Während auf Bundesebene ein Schulsparpaket im Anrollen ist, betritt die Stadt Wien bildungspolitisches Neuland und will flächendeckend gratis Nachhilfeunterricht für schulpflichtige Schüler anbieten. In diesem Zusammenhang stellen sich zahlreiche rechtliche, organisatorische und finanzielle Fragen, etwa auf welcher rechtlichen Grundlage die Nachhilfe angeboten wird, wie die Budgetierung erfolgt oder wie die organisatorische Abwicklung aussehen wird. Wie sieht das von Ihnen ausgearbeitete Modell der Wiener Gratis-Nachhilfe diesbezüglich aus?)*

Bitte, Herr Stadtrat.

Amtsf StR Christian **Oxonitsch**: Ich glaube, die Erst-

beantwortung kann relativ kurz sein, denn mir fällt eigentlich nicht ein, was ich jetzt noch hinzufügen könnte; aber ich denke, die Zusatzfrage wird mir Gelegenheit geben, vielleicht die eine oder andere Information noch nachzuschließen.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Dann kommen wir zu den Zusatzfragen. Die 1. Zusatzfrage stellt Dr Aigner. – Bitte schön.

GR Dr Wolfgang **Aigner** (*Klubungebundener Mandatar*): Schönen guten Morgen, Herr Stadtrat! Vielen Dank.

Ich meine, es sind ja noch einige Fragen offen geblieben. Sie haben ja selber gesagt, das detaillierte Konzept wird erst ausgearbeitet; und ich gehe davon aus, dass das auch im Rahmen des Gemeinderates in irgendeiner Weise vorgestellt wird. Respektive müssen vielleicht sogar Beschlüsse gefasst werden.

Erlauben sie mir daher, bevor ich zu meiner Frage komme, vielleicht noch eine kurze Bemerkung zu Ihren Ausführungen. Ich möchte darauf hinweisen, dass die gemeinsame Schule im Bereich der Volksschule bereits verwirklicht ist; und man kann bei den Ergebnissen der Gesamtschule, Volksschule ja wirklich nicht davon sprechen, dass das ein Allheilmittel oder gar ein Erfolgsmodell ist, wenn man bei vier Jahren gemeinsamer Schule eigentlich die Basiskenntnisse erst mit Stütz- und Förderunterricht und Nachhilfe erreichen muss. Also ich weiß nicht, warum man sich davon verspricht, dass bei acht Jahren gemeinsamer Schule alles besser wird.

Weiters ist ja auch die Neue Mittelschule der teuerste Schultyp, den wir in Österreich haben, mit zusätzlichen Lehrerstunden, mit Teamteaching. Die Ergebnisse sind offenkundig so dramatisch, dass gleich der PISA-Test abgesagt wird, weil man sich das gar nicht vorrechnen lassen möchte.

Ich nehme aber erfreut zur Kenntnis, dass Sie sich als Bildungsstadtrat jetzt auch immer stärker in das operative Geschehen entsprechend einbringen. Es gibt natürlich da schon Möglichkeiten, dass Sie dieses sich Einbringen in das operative Bildungsgeschehen auch noch ausweiten. Da könnten wir auch im Bereich der Schulverwaltung sparen, ohne dass wir jemandem etwas wegnehmen.

Könnten Sie sich vorstellen, wenn Sie sich jetzt auch um die Nachhilfe kümmern, dass Sie auf Bitten des Herrn Bürgermeister oder Landeshauptmannes auch als Präsident des Wiener Stadtschulrates die Hauptverantwortung im operativen Geschehen übernehmen? (*Heiterkeit bei GRin Uta Meyer.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Herr Stadtrat.

Amts StR Christian **Oxonitsch**: Also da waren jetzt sehr viele Punkte angesprochen, wo es mir auf der Zunge liegt, dazu natürlich auch das eine oder andere zu bemerken.

Auf der einen Seite – und ich wiederhole mich, aber wie meine Vorgänger schon gesagt haben, Wiederholen sichert den Lernerfolg - muss man daran erinnern, dass das erfolgreiche Modell des Stütz- und Förderunterrichts im Bereich der Volksschulen unter Unterrichtsministerin Gehrler weggespart und die Stunden gekürzt wurden. Wir

haben gesagt, eine Stunde zur Verfügung stellen, stellen wir seitens Wien rechnerisch noch einmal zwei Stunden zusätzlich zur Verfügung, die hier an den Volksschulen angeboten werden können, ein Modell, das sich gerade auch im Rahmen von differenziertem Unterricht, von mehr Individualisierung bewährt hat. Das ist einfach für Kinder notwendig, die weniger Unterstützung zum Beispiel vom Elternhaus haben und letztendlich auch weniger Unterstützung haben, weil sie mit weniger Büchern aufgewachsen sind. Auch im Rahmen einer gemeinsamen Schule ist Stütz- und Förderunterricht für spezielle Gruppen notwendig. Darüber braucht man doch überhaupt nicht zu diskutieren. Es ist ja eine pädagogische Binsenweisheit, dass Kinder mit unterschiedlichen Startvoraussetzungen in jede Form der gemeinsamen Schule einsteigen, und es ist Aufgabe des Bildungssystems, diese Unterschiede im Laufe einer Bildungslaufbahn auszugleichen und nicht zu verstärken. Das ist ja die Grundkritik am Bildungssystem.

In Wahrheit werden letztendlich Bildungsbiographien in der österreichischen Bildungslandschaft fortgeschrieben und nicht ausgeglichen. Das ist auch die wesentliche Grundkritik der OSZE, die wesentliche Grundkritik der Zukunftskommission gewesen, das ist die wesentliche Grundkritik der Kepler-Universität mit ihren vielen Bildungsstudien und so weiter, und so fort, auch vieler Experten seitens der ÖVP. Das österreichische Bildungssystem gleicht letztendlich soziale Unterschiede nicht aus, und das ist der ganz wesentliche Bereich. Da jetzt so zu tun, dass eine gemeinsame Schule keinen Förder- und Stützunterricht benötigen würde, ist ja völlig falsch. Sie braucht natürlich zusätzliche Möglichkeiten und sie braucht im Rahmen ihrer Möglichkeiten mehr Ressourcen für die Lehrerinnen und Lehrer, um auch Kinder, die mehr Schwierigkeiten haben, einen Teil, einen Bildungsinhalt letztendlich zu erfassen, mehr fördern zu können gegenüber jenen, die es eh nicht brauchen. Das ist ein ganz wesentlicher Bereich und deshalb ist Stütz- und Förderunterricht natürlich überall, auch in erfolgreichen Bildungssystemen, ein integraler Bestandteil. Das in Bezug zu PISA zu bringen und von PISA abzuleiten, die Neue Mittelschule hätte sich nicht bewährt, wo jeder weiß, es ist nicht einmal noch eine Generation durch die Neue Mittelschule und schon gar nicht durch die Wiener Mittelschule gegangen, das heißt, ein entsprechender Bildungserfolg der Wiener Mittelschule oder auch der Neuen Mittelschule, wo die Wiener ÖVP ja erfreulicherweise anerkennt, wie wesentlich die Wiener Mittelschule letztendlich einen Innovationsschritt darstellt, das kann sich klarerweise in PISA noch nicht abbilden (*GR Mag Wolfgang Jung: Er kennt sich nicht aus!*), wenn sie in der 8. Schulstufe getestet werden und die Kinder letztendlich erst zwei Jahrgänge in diesem Schultyp überhaupt durchlaufen haben. Also da wird ja sehr viel vermengt.

Aber zur konkreten Frage. Es hätte ja morgen diese Frage gegeben, aber ich glaube, die ist ja nicht zulässig. Man muss schon daran erinnern: Den Konnex, den Sie durchaus mit zwei Bundesländern herstellen, wo das ja der Fall ist, zum Beispiel Tirol oder Vorarlberg (*GR Mag*

Wolfgang Jung: Ein anderer Schultyp!), da möchte ich schon daran erinnern, dass die Dimension von Tirol und Vorarlberg, ohne den Ländern nahezutreten, natürlich eine völlig andere ist. Mehr als doppelt so viele Schülerinnen und Schüler, mehr als doppelt so viele Schulstandorte (*GR Mag Wolfgang Jung: Das hat mit dem nichts zu tun!*) und mehr als doppelt so viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in diesem Bereich engagiert ihre Arbeit machen, sind einmal die ganz normalen demographischen Rahmenbedingungen, die hier einen wesentlichen Unterschied machen.

Der zweite wesentliche Bereich, an den ich auch erinnern möchte, ist nicht unwesentlich: Der Rechnungshof hält fest, es gibt eine Bildungslandschaft, die letztendlich ihre Effizienzmöglichkeiten am effektivsten ausgeschöpft hat, und das ist das Wiener Bildungswesen. Das hat der österreichische Rechnungshof festgehalten. Es gibt ein Bundesland, das eine sehr effiziente Schulverwaltung im Rahmen der verfassungsrechtlichen Möglichkeiten hat, und das ist Wien. Gerade das Vorarlberger, gerade auch das Tiroler Modell, wo es so ist, dass der Bildungslandesrat letztendlich auch Präsident des Landesschulrates ist, sind in zwei Ländern, die in diesem Bereich großes Einsparungspotenzial haben. Das widerspricht letztendlich genau Ihrer Grundüberlegung, dass man sich vielleicht einen Posten erspart, den einer Landesschulratspräsidentin oder eines Stadtschulratspräsidenten, wurscht, wer es jetzt macht, völlig egal, aber man braucht nichtsdestotrotz für diesen Bereich, und das ist ja eine Binsenweisheit, natürlich trotzdem einen entsprechenden Support im gesamten Bereich neben der Größe und der Dimension, der Wien hier natürlich zu einem wesentlichen Unterschied zu allen anderen bringt. Also denke ich mir, das ist natürlich auch ein Argument, wo man sagen muss, alle Länder, die dieses Modell haben, und das sagt auch der Rechnungshof, haben großes Einsparungspotenzial. Wien ist jenes Bundesland, wo der Rechnungshof sagt, das Einsparungspotenzial im Bereich der Verwaltung im Rahmen der verfassungsrechtlichen Möglichkeiten ist null. Und er hält diese Null auch ausdrücklich fest.

Nichtsdestotrotz gibt es natürlich eine Menge von Einsparungsmöglichkeiten in der Lehrerverwaltung und in diesem ganzen Bereich. Also wenn ich allein daran denke, wie viele Stellen mit der Auszahlung eines Gehalts an einen Wiener Lehrer befasst sind, also an einen sogenannten Landeslehrer, der zwar so heißt, aber wo ja das Geld vom Bund kommt, et cetera ganz egal: Sechs Stellen sind mit diesem Bereich befasst. Das zeigt natürlich, dass da großes Einsparungspotenzial ist. (*GR Mag Wolfgang Jung: Aber warum tun Sie dann nichts?*) Den Lehrerinnen und Lehrern ist es bei ihrer täglichen Arbeit, denke ich einmal, völlig egal, ob sie das Gehalt von der MA 2 bekommen oder vom Bundesrechenzentrum. Insofern gehe ich in diese Debatte ganz offen hinein. Ich glaube, dass hier tatsächlich auch viel Verwaltungseinsparung möglich wäre. Über die Dimensionen, die derzeit kolportiert werden, braucht man sich auch nichts vorzumachen: 60, 70 Millionen EUR. Daran glaube ich nicht, das sage ich ganz offen. Aber es ist Einsparungs-

potenzial vorhanden. Es ist Potenzial vorhanden, letztendlich weniger in der Verwaltung an Hirnschmalz zu investieren: Wie macht man die entsprechende Abrechnung mit dem Bund? Der Bund wird vom Finanzministerium und Unterrichtsministerium kontrolliert. Der Stadtschulrat wird von der MA 56 und vom Bundesministerium kontrolliert. Das alles muss derzeit so sein. Also ich glaube, da ist tatsächlich eine Verwaltungsreform notwendig und sinnvoll, aber sicher nicht in diesem von Ihnen angesprochenen Bereich. Der bringt mit Sicherheit nicht den Effekt, den Sie sich davon erwarten.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Danke. Die 2. Zusatzfrage stellt GRin Ing Leeb. Bitte schön.

GRin Ing Isabella **Leeb** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Ja, herzlichen Dank. Ich nehme an, Sie haben es ja nicht konkret beantwortet, Sie können es sich nicht vorstellen, auch den Job des Stadtschulratspräsidenten zu übernehmen.

Ich habe gestern schon die Aussendung vom Herrn Vettermann mit großer Freude zur Kenntnis genommen. Sie haben sich jetzt auch darauf bezogen und haben Tirol und Vorarlberg zitiert. Man kann es auch umdrehen, Herr Stadtrat. Wenn man sich die demographische Lage anschaut, Tirol vom Außerfern bis Osttirol, vom hintersten Zillertal bis Kufstein, dann ist so ein Landesschulratspräsident oder Bildungslandesrat viel unterwegs, Sie schaffen es mit einer 365 EUR-Jahreskarte. Also ob das für Sie in Wien jetzt so ein Mehraufwand ist, dass man da noch einen politisch besetzten Posten braucht, ist die Frage. Eines ist schon klar: Wir haben jetzt in Wien mittlerweile drei Politiker, die für Bildung zuständig sind: Bürgermeister, Bildungsstadtrat, Stadtschulratspräsident inklusive Vize.

Und damit wir nicht immer so, sage ich, im Trüben fischen, hätte ich eine sehr konkrete Frage: Wie hoch wäre denn das Einsparungspotenzial, wenn man den Stadtschulrat einspart? Es gibt ja dort ein Budget, es gibt Dienstwagen, es gibt Personal. Also wie hoch wäre das Potenzial, das Sie ja hier immer so als nicht relevant abtun, in Euro?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Herr Stadtrat.

Amtsf StR Christian **Oxonitsch**: Ich wiederhole mich: Im Bereich der Schulverwaltung Österreichs ist Wien hier tatsächlich ein Musterbeispiel. Nachdem sich ja durchaus dieselbe Frage zum Beispiel in Oberösterreich stellt, würde ich Sie jetzt bitten, die Frage vielleicht einmal an den oberösterreichischen Landeshauptmann zu stellen (*GRin Ing Isabella Leeb: Da sind wir nicht zuständig!*), denn gemeinsam ist hier zum Beispiel Niederösterreich, Oberösterreich und auch dem Burgenland relativ klar, dass natürlich durch die Übertragung der vielfältigen Agenden, die das Land theoretisch erfüllen könnte, und der Aufgabenstellung an den Stadtschulrat - und noch einmal der Rechnungshof - hier null Einsparungspotenzial ist. Punkt 1.

Punkt 2: Ich erinnere letztendlich auch an das Finanzierungsmodell des Stadtschulrates, das für die Länder und auch den Bund eine optimale Lösung darstellt. Wir finanzieren 40 Prozent des Aufwandes des Stadtschulra-

tes mit und ersparen uns letztendlich die in Ihren schwarzen Bundesländern praktizierte Parallelstruktur, wo es eben das Amt der Landesregierung gibt, das Teile der Agenden macht, und letztendlich auch einen entsprechenden Landesschulrat gibt. Das heißt, die einzige Differenz ... (*Aufregung bei GRin Ing Isabella Leeb. - GR Mag Wolfgang Jung: Und warum streichen Sie nichts?*) Eben gar nichts! Schauen Sie in den Rechnungshofbericht 2003: Null. Null, sagt der österreichische Rechnungshof, und das ist jene Zahl, auf die ich mich beziehe. (*GR Mag Wolfgang Jung: Sie können doch nicht sagen, dass der Stadtschulratspräsident nicht rot ist!*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Danke. Die nächste Zusatzfrage stellt Frau GRin Mag Wurzer. Bitte.

GRin Mag Martina **Wurzer** (*Grüner Klub im Rathaus*): Da auch diesmal schon wieder so viel von Sparen, Sparen vor allem im Bildungsbereich die Rede ist und, wie wir wissen, im Bund ein hoher Spardruck auf verschiedene Ministerien besteht, gleichermaßen einzusparen, wollte ich jetzt noch einmal nachfragen, wie es mit unseren Verhandlungen mit der Familienministerin in Bezug auf die 15a-Vereinbarung steht, also eine Vereinbarung zwischen Bund und Ländern zur Finanzierung des Ausbaues von Kinderbetreuung, die ja auch eine wichtige Bildungsmaterie ist?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Herr Stadtrat.

Amtsf StR Christian **Oxonitsch**: Entgegen der kolportierten Darstellung, die immer wieder in den Medien auftaucht, dass es eine Vereinbarung und letztendlich ein Übereinkommen der Länder über diese von Ihnen angesprochene 15a-Vereinbarung gibt, muss ich leider sagen, es gibt diese Vereinbarung noch nicht. Es gab eine politische Verhandlungsrunde, es gab eine Gesprächsrunde auf Beamtenebene über diese 15a-Vereinbarung, aber bei der damals vorliegenden Textfassung hat was ganz Wesentliches und haben ein paar wesentliche Punkte gefehlt, nämlich zum einen: Über welche Summe reden wir eigentlich? Sie wird medial immer dargestellt, und ich begrüße das selbstverständlich sehr, mit über 350 Millionen EUR. Die Frau Bundesminister Karmasin sagt das ja auch im Interview des „profil“. Es ist heute in allen Zeitungen und letztendlich auch im Rahmen der Budgetdarstellung zu lesen. Im Gegensatz zu dem, was medial kolportiert wird, dass in dieser 15a-Vereinbarung für die Jahre 2014, 2015 und 2016 100 Millionen und für das Jahr 2017 50 Millionen zur Verfügung stehen wurde uns gestern um 15.30 Uhr eine 15a-Vereinbarung - begrüßenswert - zumindest endlich einmal mit Zahlen übermittelt. Ich musste aber an dieser Stelle leider feststellen, dass hier für die Jahre 2014/2015 zwar 100 Millionen eingepreist, glaube ich, heißt das auf der Bundesebene immer so wunderschön, und vorgesehen sind, interessanterweise aber statt 150 Millionen für die Jahre 2016 und 2017 nur 52,5 Millionen. Das heißt, es ist leider in der gestern Nachmittag übermittelten 15a-Vereinbarung plötzlich nur mehr von 305 Millionen die Rede. Ich habe noch gestern beziehungsweise heute Früh in einem Mail meine Verwunderung so wie viele andere Landesbildungsreferenten kund getan,

dass hier 45 Millionen schlicht und ergreifend verschwunden sind. Ich kenne die Gedanken nicht, die dem zugrunde liegen, aber es ist für uns natürlich inakzeptabel. Es ist aus der Wiener Sicht auch nicht verständlich, dass sich in dieser 15a-Vereinbarung der Aufteilungsschlüssel an der alten 15a-Vereinbarung orientiert, der ja bekanntermaßen über alle Bundesländer nach der Kinderanzahl der Null- bis Sechsjährigen verteilt ist, immer über einen Zeitraum von vier Jahren. Also in der Vereinbarung 2010 bis 2014 gelten eh die Zahlen der Statistik Austria aus dem Jahr 2009. Wundersamerweise findet sich in dieser neuen 15a-Vereinbarung auch für das Jahr 2014 der Aufteilungsschlüssel basierend auf den Zahlen der Statistik Austria von 2009/2010. Also ich denke, man braucht nur das Handbuch der Statistik Austria und das Statistische Jahrbuch zur Hand zu nehmen und wird feststellen können, dass Wien mittlerweile in dem Bereich der Bevölkerung der Null- bis Sechsjährigen um fast einen halben Prozentpunkt gestiegen ist. Aber ich denke, wir werden in intensiven Gesprächen hier noch zu einer Vereinbarung kommen. Ich habe gestern, wie gesagt, unsere Stellungnahme, ohne eine vertiefte inhaltliche Prüfung vorzunehmen, bereits kund getan, weil wir natürlich in diesem Bereich sehr verwundert sind, dass sich hier entgegen den bisherigen eh nur zwei Gesprächsrunden in der 15a-Vereinbarung 45 Millionen nicht wiederfinden. Aber vielleicht handelt es sich um einen Schreibfehler. Ich würde mich darüber freuen, weil ich denke, dass natürlich die Ankündigung dieser 350 Millionen für alle Bundesländer eine wesentlich Voraussetzung darstellen wird, um das Bildungs- und Betreuungsangebot für Kinder in Österreich tatsächlich intensiv ausbauen zu können.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Danke. Die letzte Zusatzfrage stellt Herr GR Kops. Bitte schön.

GR Dietrich **Kops** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Danke. Grüß Gott, Herr Stadtrat!

Sie verwehren sich ja gegen den Begriff Bankrotterklärung. Aber es ist eine Bankrotterklärung der sozialistischen Bildungspolitik, Sie stellen den Bundeskanzler und die zuständige Ressortchefin.

Konkret meine Frage. Da es sich ja nur um zwei Förderstunden handelt, ist meine Frage dahin gehend: Wäre es nicht sinnvoller und einfacher gewesen, statt dieses Wahlkampf-Gags Gratisförderunterricht direkt mit den Lehrern und der Gewerkschaft in Verbindung zu treten und zu verhandeln, dass die Lehrer diese so und so nur zwei Stunden pro Woche direkt in den Schulen stehen und unterrichten und jetzt nicht zusätzlich irgendwelche Förderunterrichtseinheiten zu schaffen, sondern direkt mit den Lehrern zu sprechen, die ja teilweise jetzt nicht sehr oft in den Schulen anzutreffen sind. Zwei Stunden pro Woche wären nicht gerade großartig gewesen.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Herr Stadtrat.

Amtsf StR Christian **Oxonitsch**: Also ich glaube, zumindest kann ich das unzulässigerweise, sage ich auch dazu, aus Ihrer Wortmeldung schließen, dass Sie diesen Dialog mit Lehrerinnen und Lehrern nicht sonderlich intensiv führen, denn gerade von Seiten der Lehrerinnen

und Lehrer war es ein ganz wesentlicher Bereich, hier zu sagen, wir brauchen zusätzliche Unterstützung für jene Schülerinnen und Schüler, die zusätzlicher Förderung bedürfen. Gerade seitens dieser Lehrerinnen und Lehrer wurde immer wieder dieser Wunsch formuliert. Und gerade vor dem Hintergrund, dass auf der einen Seite Lehrerinnen und Lehrer diesen Wunsch formulieren und auf der anderen Seite gerade viele Schülerinnen und Schüler zu der notwendigen Unterstützung im Rahmen des normalen Unterrichts und die Eltern zu dieser zusätzlichen Förderung nicht kommen können, weil sie sich die Nachhilfe nicht leisten können und daher letztendlich viele Kinder in bildungspolitischen Laufbahnen auf der Strecke bleiben, haben wir jenes Fördermodell geschaffen. Also Sie können sicher sein, dieser Dialog mit Lehrern im Vorfeld, im Nachfeld, in der Umsetzung, ist auch in der Kompetenz der Schulen. Ich habe schon darauf hingewiesen, auch viel Kompetenz im Rahmen des Fördermodells ist seitens der Schulen zu berücksichtigen, diese Stunden dort einzusetzen. Wenn Sie jetzt von zwei Stunden zusätzlich sprechen, dann sage ich: Jeder Schulstandort bekommt hier letztendlich, noch einmal als Durchschnittsrechnung, einen zusätzlichen Lehrer zur Verfügung gestellt. Die Schule denkt in Stunden und darum, ich sage es jetzt trotzdem so, damit man es vielleicht versteht, geht es nicht um zwei Stunden, die eine Schule kriegt, sondern jede Schule hat pro Woche 22 zusätzliche Unterrichtseinheiten, die sie den Schülerinnen und Schülern zur Verfügung stellen kann, wenn sie sie brauchen. Wenn eine Schule nur 10 braucht, dann nur 10, dafür kriegt eine andere halt 30. Hierfür investieren wir in etwa 18 bis 20 Millionen EUR. Also es ist ein Modell, das gerade auch dort einsetzt, was Sie ja richtigerweise sagen: Es soll in der Schule implementiert sein, es soll am Schulstandort implementiert sein, es soll nicht notwendig sein, dass die Kinder irgendwie noch in ein drittes Objekt gehen. Vielleicht braucht man an dem einen oder anderen Standort auch Räumlichkeiten der Volkshochschule. Das schließe ich auch nicht aus. Aber dann wird man ein gutes Modell finden. Kinder brauchen im Rahmen des Bildungssystems immer zusätzliche Förderung, das will ich noch einmal ausdrücklich festhalten. Dass wir das leider als Land übernehmen müssen, ist tatsächlich ein Problem, das gestehe ich gerne zu. Aber Sie wissen, man braucht im Parlament wie im Wiener Landtag und Gemeinderat Mehrheiten. Sollten Sie für eine Reformmehrheit im Bildungsbereich endlich einmal zur Verfügung stehen und Ihre Blockade aufgeben, dann würden wir uns darüber durchaus auch sehr freuen. Uns ist wichtig, dass es optimale Bildungsrahmenbedingungen in diesem Land gibt, nur man braucht die Mehrheiten im Parlament und die sind leider seitens der reformfreundigen Kräfte im Moment nicht zu erzielen. Aber vielleicht schaut es bei einer nächsten Wahl anders aus. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke, Herr Stadtrat, für die Beantwortung der 4. Frage.

Wir kommen nun zur 5. Frage (FSP - 01283-2014/0001 - KVP/GM). Sie wurde von Herrn GR Ing Mag Dworak gestellt und ist an die Frau amtsführende Stadt-

rätin der Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung gerichtet. *(Wann ist mit der endgültigen Fertigstellung der verkehrstechnischen Neugestaltung der Mariahilfer Straße auf Grundlage der Befragungsergebnisse (inkl. mehrerer Querungen) zu rechnen?)*

Bitte, Frau Vizebürgermeister.

VBgmin Mag Maria **Vassilakou**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat!

Zu Ihrer Frage kann ich Ihnen Folgendes mitteilen: Die Verkehrsexperten haben ihr Querungskonzept heute Früh der Öffentlichkeit präsentiert. Sie sehen für den westlichen Teil der Begegnungszone zwei Querungen für den motorisierten Individualverkehr vor, jeweils eine Querungsmöglichkeit vom 6. in den 7. Bezirk und umgekehrt. Diese zwei Querungsmöglichkeiten sind die Relationen Stumpergasse/Kaiserstraße sowie Schottenfeldgasse/Webgasse. Zusätzlich schlagen die Experten Begleitmaßnahmen vor, die den Durchzugsverkehr hintanhaltend, im Wesentlichen aber sicherstellen sollen, dass die Besorgungen und Fahrten, die für die Bevölkerung des 6. und 7. Bezirks erforderlich sind, möglich bleiben. Die Experten erachten diese zwei Querungsmöglichkeiten im Westabschnitt als ausreichend. Im Ostabschnitt der Begegnungszone war die zentrale Frage, mit der sich die Experten befassten, ob nun die Zufahrtsrelation zur Mariahilfer Straße über die Windmühlgasse/Capistrangasse möglich sein soll und zwar für den motorisierten Individualverkehr. Sie kamen zu dem Schluss, dass diese Relation für den Querungsverkehr von nachrangiger Bedeutung ist und daher nicht zwingend erforderlich. Zudem kamen sie zur Einschätzung, dass die Befahrung der Capistrangasse für den motorisierten Individualverkehr und dann der entsprechende zusätzliche motorisierte Individualverkehr in der Kirchengasse zu einer Behinderung des 13A in der Kirchengasse führen würde.

Der 13A hat bereits jetzt eine um sechs Minuten verlängerte Fahrzeit auf Grund der geänderten Streckenführung über die Windmühlgasse und Capistrangasse zu bewältigen. Eine weitere Verzögerung des Busses wurde als kontraproduktiv und unzumutbar eingestuft. Für den Lieferverkehr sollen vier Querungsrelationen beziehungsweise Zufahrtsmöglichkeiten zur Verfügung stehen, nämlich: Stumpergasse/Kaiserstraße, Schottenfeldgasse/Webgasse sowie die Zufahrt zur Mariahilfer Straße jeweils über die Neubaugasse und über die Capistrangasse.

Die Umgestaltung der Mariahilfer Straße erfolgt nicht zuletzt auf Grund ihrer Bedeutung als Einkaufsstraße in mehreren Abschnitten. Der erste Bauabschnitt zwischen Mariahilfer Gürtel und Kirchengasse wird von 19. Mai bis 14. November 2014 umgebaut, der zweite Abschnitt von Kirchengasse bis Getreidemarkt erfolgt bis 2015. Die einzelnen Bauabschnitte zerfallen wieder in Teilabschnitte, wobei die Nutzung der Mariahilfer Straße für Fußgängerinnen und Fußgänger selbstverständlich durchgehend gewahrt bleibt.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke für die Beantwortung. Die 1. Zusatzfrage stellt GR Ing Mag

Dworak. Bitte.

GR Ing Mag Bernhard **Dworak** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Einen schönen guten Morgen, Frau Vizebürgermeisterin!

Es ist schon verwunderlich, dass das Ergebnis heute in der Früh unter - wie sag ich es? - dem Druck der Opposition offensichtlich zustande kommt, denn Sie hatten ja schon in Ihren Presseinformationen angekündigt, dass es letzte Woche hätte sein sollen, dass Sie die Ergebnisse veröffentlichen. Aber gut, soll so sein.

Jetzt stellt man fest, dass nur zwei Querungen geöffnet werden sollen, während man ursprünglich von vier Querungen gesprochen hat, wobei die ÖVP sich durchaus dazu bekennt, dass mehr Querungen als diese vier geöffnet werden sollen. Wir fordern aber zumindest das, wofür sich die SPÖ im 6. Bezirk, der Bezirksvorsteher oder der designierte Bezirksvorsteher Rumelhart ausgesprochen hat: Dass die Querung Amerlingstraße und Neubaugasse ebenso geöffnet wird. Wie stehen Sie dazu?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte.

VBgmin Mag Maria **Vassilakou**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat!

Also vorweg: Ich habe immer gesagt, dass das Ergebnis nach Ostern vorgelegt wird, zeitnah nach Ostern, und die Experten haben die Ergebnisse gestern in der Früh vorgelegt. Wir mussten selbstverständlich auf die betroffenen Bezirke Rücksicht nehmen und diese auch während des gestrigen Tages informieren, sodass der erste mögliche und sinnvolle Zeitpunkt, um den Vorschlag der Experten der Öffentlichkeit zu präsentieren, ganz einfach heute Früh war. Ansonsten meine ich, dass ich natürlich, jetzt individuell betrachtet, ein wesentlich einfacheres Leben hätte, nicht zuletzt mit Ihnen und mit weiteren anderen Kreisen, wenn sie zu dem Schluss und zu der Einschätzung gekommen wären, dass mehr als zwei Querungen ausreichen. So ist es aber und ich nehme es zur Kenntnis.

Der Herr Bezirksvorsteher Blimlinger hat indes auch angeregt, dass es eine zeitlich befristete Möglichkeit geben soll, dass man über die Zollergasse in die Mariahilfer Straße beziehungsweise Nelkengasse fahren kann und das während der Lieferzeiten, die für die Fußgängerzone gelten. Dies ist geprüft worden und ist als nicht zielführend ebenso abgelehnt worden. Ansonsten kann ich nur darauf verweisen, dass sämtliche Wünsche, die deponiert worden sind, einzeln geprüft wurden. Wie gesagt, das abschließende Ergebnis ist das, was ich hier vorgetragen habe. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Die nächste Zusatzfrage stellt GR Mahdalik. Bitte schön.

GR Anton **Mahdalik** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Wir durften zwar der APA jetzt atemlos entnehmen - was sicher ein unglaublicher Zufall ist, dass es gerade jetzt passiert -, dass eine zweite Querung geöffnet wird, wobei noch immer, wie erwähnt, eine fehlt wie zugesagt.

Aber ich möchte zu einem anderen Thema etwas fragen, nämlich die Geschäftsleute hatten ja nach sehr vielen Umfragen teilweise Umsatzeinbußen von 20 bis

30 Prozent während der Testphase zu verzeichnen gehabt, die ja nicht sehr glücklich gelaufen ist. Sie haben sich sicher schon auf 50 bis 60 Millionen EUR summiert, wenn man sich einen Jahresumsatz von 1 Milliarde EUR vor Augen führt. Nachdem die Umbauzeit bis weit ins Jahr 2015 reichen soll, teilweise sogar bis Ende 2015, könnten sich die Umsatzverluste auf 100 Millionen und mehr summieren.

Jetzt meine Frage an Sie: Was werden Sie tun, damit die Geschäftsleute die Umsatzeinbußen ganz oder teilweise ersetzt bekommen?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Vizebürgermeister.

VBgmin Mag Maria **Vassilakou**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat!

Nun ist es so, dass sich auf der einen Seite bei einem Teil des Handels tatsächlich Umsatzeinbußen eingestellt haben. Bei einem anderen Teil des Handels, und das will ich niemals unerwähnt lassen, haben sich sogar Umsatzzuwächse eingestellt. Dennoch ist jeder Rückgang des Umsatzes, und sei es auch nur für ein einziges Geschäft, aber darum geht es jetzt nicht, immer bedauerlich. Ich bedaure sehr, dass die hohe Verunsicherung, die in der Bevölkerung entstanden ist, nicht zuletzt auch - wie wollen wir das jetzt vorsichtig formulieren - durch einen gehörigen Beitrag der Politik und der politischen Auseinandersetzung während der Testphase dazu geführt hat, dass viele leider nicht mehr wussten, dass sie mit dem Auto zur Mariahilfer Straße fahren können, dass es durchaus möglich ist, die Begegnungszone mit dem Auto der Länge nach zu befahren, und dass es möglich ist, alle gewünschten Adressen und darüber hinaus auch alle Garagen anzusteuern, sodass hier unter Umständen, wie gesagt, der eine oder andere in dieser Phase der maximalen Aufregung auf Grund von falschen Informationen fern geblieben ist und es zu diesen Einbußen gekommen ist.

Wir sind nun bemüht, den Umbau so zu gestalten, dass er möglichst zügig stattfindet. Wir werden daher bereits zwei Drittel der umzugestaltenden Fläche noch in diesem Sommer umgestalten. Hierbei handelt es sich um die gesamte Fußgängerzone sowie auch um den westlichen Abschnitt der Begegnungszone. Der untere Abschnitt beziehungsweise der östliche Abschnitt wird von den Umbaumaßnahmen nicht und in keinster Art und Weise beeinträchtigt sein. So gehen wir davon aus, dass dort das Geschäft stattfinden kann genauso wie in jedem anderen Sommer auch.

Wenn dieser erste Abschnitt fertiggestellt ist, das wird auch rechtzeitig vor dem Adventgeschäft sein, werden die Arbeiten erst einmal eingestellt. Sie beginnen erneut in der warmen Jahreszeit 2015. Wir streben 2015 möglichst früh einen Baubeginn an, der dann auch wesentlich kürzer gehalten sein wird, denn nun gilt es, den dritten und letzten Abschnitt, der, gemessen an dem, was in diesem Sommer entsteht, wesentlich kürzer ist, anzugehen. Das ist der östliche Abschnitt, sodass wir davon ausgehen, dass bereits im Sommer 2015 die gesamte Mariahilfer Straße fertiggestellt sein wird.

In dieser Zeit gibt es intensive Kommunikation mit

dem Handel vor Ort. Es gibt intensive Kommunikation mit den verschiedensten Stakeholdern, mit den verschiedenen Akteurinnen und Akteuren. Zu diesem Zweck wird es auch regelmäßige Foren geben, die abgehalten werden. Hier gibt es auch eine Vielzahl von Maßnahmen, die bereits mit dem Handel in Diskussion sind, nicht zuletzt zum Beispiel auch eine App, damit man auch die besten Möglichkeiten für Zufahren, Abfahren beziehungsweise auch alle relevanten Informationen, die die Baustelle betreffen, erhält. Wir werden alle gemeinsam auch sehr bemüht sein, die Beeinträchtigungen für den Handel möglichst gering zu halten.

Wie Ihnen bekannt sein sollte, ist es bei sämtlichen Verkehrsmaßnahmen der Stadt so, sprich, nicht nur dann, wenn wir eine Begegnungszone oder eine Fußgängerzone neu gestalten, sondern etwa auch dann, wenn wir eine Straße neu bauen oder wenn wir Straßen erweitern, also welche Verkehrsmaßnahmen auch immer erforderlich sind, dass diese nicht mit Kompensationsansprüchen seitens des Handels verbunden sind.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Danke. Die allerletzte Zusatzfrage für heute stellt GR Ing Mag Dworak. Bitte schön.

GR Ing Mag Bernhard **Dworak** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Offensichtlich, Frau Stadträtin, soll es auch eine App für die Bewohnerinnen und Bewohner geben, wie sie dann mit ihrem Auto parken können. Es gibt ja schon sehr viel Erfindungen, das dürfte die neueste sein.

Aber was mich eigentlich viel mehr verwundert, ist die Zusammensetzung des sogenannten Verkehrsexpertenteams.

Sie haben verkündet, dass das Herr Prof Knoflacher ist, Dipl-Ing Harald Frey, Dr Roman Molitor und Dr Werner Rosinak. Jetzt wissen wir, dass der Herr Prof Knoflacher sicher nicht pro Auto in dieser Stadt ist. Er hat unter anderem neun Thesen wie: „Wien könnte total autofrei sein.“ Also wie das funktionieren kann? (*GRin Dr Jennifer Kickert: Das sind ja Experten! Wissen Sie das nicht?*) Dass Dr Rosinak in puncto Verkehrsorganisation sehr von den Aufträgen der Stadt Wien abhängig ist, dürfte auch nicht unbekannt sein. Und dass Dr Molitor in der Schottenfeldgasse wohnt, also unmittelbarer Anrainer ist, ist vielleicht auch nicht ganz ohne Interesse. Also ich sehe ein bisschen diese Art der Zusammenstellung als ein wenig fragwürdig an. Wie stehen Sie zu diesem Team? (*GR Mag Rüdiger Maresch: Das sind Verkehrsexperten!*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Bitte, Frau Vizebürgermeister.

VBgmin Mag Maria **Vassilakou**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat!

Ich finde den Versuch interessant, alles partout und auf Teufel komm raus in ein Freund-Feind-Schema in Zusammenhang mit dem Auto hineinzupressen. Verkehrsexperten sind Verkehrsexperten. Sie sind Verkehrsexperten und ihre Aufgabe ist, Konzepte anhand von ganz klaren Vorgaben, die ihnen in diesem Fall von der Politik mit auf den Weg gegeben wurden, zu erarbeiten, die nach fachlichen Kriterien die bestmöglichen sind.

Die Vorgaben, die die Experten hatten, waren eindeutig. Die Politik hat gesagt:

Erstens: Es ist sicherzustellen, dass die Querungsverkehre, die für den 6. und 7. Bezirk erforderlich sind, bewältigt werden können, aber Durchzugsverkehr ist hintanzuhalten, um hier sicherzustellen, dass nicht die Anrainergrätzler der Mariahilfer Straße mit Verkehr schon wieder zugestopft werden.

Zweitens: Die Vorgabe war, es ist ein Verkehrs- und Querungskonzept so zu erarbeiten, dass sichergestellt ist, dass der 13A möglichst ungehindert vorankommt.

Drittens: Die Vorgabe war, es ist ein Querungskonzept mit der Vorgabe sicherzustellen, dass auch alle Garagen, und es sind nicht wenige in der Umgebung Mariahilfer Straße, gut erreichbar sind.

Viertens: Die Vorgabe war, es ist ein Querungskonzept so zu erstellen, dass auch der Lieferverkehr, der für eine Einkaufsstraße wesentlich ist, möglichst hier auch gute Bedingungen vorfindet.

Nach diesen vier Vorgaben haben sie gearbeitet und das ist der Vorschlag, den sie erarbeitet haben. Hierbei handelt es sich um ausgewiesene Verkehrsexperten, die nicht zuletzt und nicht nur seit etlichen Jahren viele, viele, viele Verkehrskonzepte für die Stadt in vielen Bereichen erarbeitet haben, sondern die darüber hinaus, bitte, gebe ich zu bedenken, auch genau dieses Fach sogar an der Uni unterrichten. Wenn Sie daher jetzt die Kompetenz von jemandem hinterfragen, der nahezu den überwiegenden Anteil der Verkehrsexperten Österreichs sogar ausbildet, ja, dann wird es für Sie wirklich sehr schwierig, das Ergebnis zu akzeptieren. (*Beifall bei den GRÜNEN und von GR Siegi Lindenmayr.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Die Fragestunde ist beendet.

Wir kommen nun zur Aktuellen Stunde. Der Grüne Klub im Rathaus hat eine Aktuelle Stunde mit dem Thema „Tag der Arbeitslosen, Tag der Arbeit: aktive Arbeitsmarktpolitik in Wien und Europa“ verlangt. Das Verlangen wurde gemäß § 39 Abs 2 der Geschäftsordnung ordnungsgemäß beantragt. Ich bitte die Erstrednerin, Frau GRin Dr Vana, die Aktuelle Stunde zu eröffnen, wobei ich bemerke, dass ihre Redezeit mit zehn Minuten begrenzt ist. Bitte schön.

GRin Dr Monika **Vana** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste auf der Galerie!

Die GRÜNEN machen heute den morgigen Tag der Arbeitslosen und den Tag der Arbeit 1. Mai und aktive Arbeitsmarktpolitik in Wien und Europa zum Thema der Aktuellen Stunde. Die Wiener GRÜNEN haben vor 16 Jahren den Tag der Arbeitslosen ins Leben gerufen, um auch den Schattenseiten von Arbeit, der Arbeitslosigkeit und den Betroffenen eine Bühne zu geben und nicht nur am 1. Mai die Arbeit und die Schaffung von Arbeitsplätzen hochzuhalten, sondern auch auf den Preis hinzuweisen, den unsere neoliberale Erwerbsgesellschaft für die betroffenen Menschen, deren Familien und deren Zukunftschancen hat. Tag der Arbeitslosen und Tag der Arbeit stehen heuer im Zeichen der Rekordarbeitslosigkeit, der steigenden Working-Poor-Gesellschaft, also von

immer mehr Menschen, die Arbeit haben, Beschäftigung haben, aber von dieser nicht leben können, und damit auch von steigender Armut in Europa.

Sie kennen alle die Zahlen: 26 Millionen Arbeitslose, 125 Millionen Armuts- und Ausgrenzungsgefährdete in Europa, in manchen Regionen fast jeder zweite Jugendliche, jede zweite Jugendliche arbeitslos, das geht uns alle an. Der soziale Zusammenhalt in Europa ist gefährdet. Und auch wenn die Arbeitslosenzahlen in Wien weit entfernt sind von jenen anderer europäischer Städte - Paris, vor allem französische Städte, um nicht immer Spanien und Griechenland zu nennen, wo die Austeritätspolitik der EU-Troika in den letzten Monaten verheerende Auswirkungen gezeigt hat -, sind Wiens ArbeitnehmerInnen von der Politik der Europäischen Union trotzdem massiv betroffen, sei es einerseits durch die Folgen des Fiskal- und Stabilitätspaktes, über den wir auch in diesem Haus schon öfter auf Antrag der GRÜNEN diskutiert haben, der dringend nötige Investitionen in die Bildung, in das Sozialsystem und in den Arbeitsmarkt verhindert.

Wir sehen das gerade bei der Budgetrede des Herrn Vizekanzlers und Finanzministers, die jetzt gerade im Nationalrat stattfindet, die eindeutig Antworten auf die wesentlichen Zukunftsfragen auch der Bildung, des Arbeitsmarktes, des Sozialsystems vermissen lässt. Kein Wort zum Ausbau der Bildung, kein Wort zu einem so dringend nötigen gesetzlichen Mindestlohn, kein Wort zu der dringend nötigen Umverteilung zwischen Reich und Arm zum Beispiel durch eine Vermögensbesteuerung, kein Wort zu einer intelligenten, neuen Arbeitszeitpolitik, denn ich denke, der 12-Stunden-Tag ist sicher nicht die richtige Antwort auf die Probleme der Zeit. Österreich ist mit 43 Wochenstunden zum Beispiel EU-Spitzenreiter bei der Arbeitszeit. Da wäre es doch höchst an der Zeit, wie es auch das WIFO und andere ExpertInnen fordern, wieder über eine generelle Arbeitszeitverkürzung nachzudenken. Ich freue mich zum Beispiel, dass auch der SPÖ-Landesparteitag am Samstag diese uns GRÜNEN auch wichtigen Fragen der Arbeitsumverteilung, der Arbeitszeitverkürzung diskutiert hat. Ich denke, wir könnten da auch weiterhin darüber nachdenken (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*), und zwar laut darüber nachdenken.

Der Arbeitsmarkt ist aber auch in anderer Weise durch die EU-Politik beeinflusst. Wir haben an dieser Stelle auch schon öfters über die Deregulierungspolitik der Europäischen Kommission diskutiert, die Druck auf die Privatisierung von öffentlichen und kommunalen Dienstleistungen ausübt. Wir in Wien spüren das beim sozialen Wohnbau, bei Fragen der Infrastruktur, bei Fragen der Ausgliederungen. Die Arbeitsmärkte werden durch die Europäische Union beinhaltet flexibilisiert. ArbeitnehmerInnenschutzrechte, die in Europa hart erkämpft wurden, werden abgebaut, um den Wettlauf um die niedrigsten Standards in Europa zwischen den Mitgliedsstaaten zu eröffnen. Die Kommission setzt auf die sogenannte Flexicurity. Sie kennen das Schlagwort. Flexicurity soll heißen flexibility and security, also Flexibilität und soziale Sicherheit. Eingelöst wird nur die Flexibi-

lisierung, die einen weiteren Abbau von ArbeitnehmerInnenschutzrechte bringt. Die soziale Sicherheit wird seitens der EU nicht eingelöst. Aktuelle Beispiele, die Bedrohungen für ArbeitnehmerInnenschutzrechte bringen und auch auf Wien massive Auswirkungen haben, sind das TTIP, das Transatlantische Freihandelsabkommen, zu dem der Wiener Gemeinderat auch schon einen Antrag gestellt hat, dass das eine Gefährdung sämtlicher ArbeitnehmerInnen-, KonsumentInnen- und Sozialschutzstandards in Europa wäre, die, wie schon gesagt, in den letzten Jahren mühsam von den Gewerkschaften, von der Zivilgesellschaft, von den GRÜNEN, auch von Teilen der Sozialdemokratie mühsam erkämpft wurden.

Oder auch der Wettbewerbspakt, der ja jetzt nur wegen der Europawahl auf Eis gelegt wird, aber auch weiteren Druck auf Löhne, auf Privatisierungen, auf Pensionsysteme bringen würde. Kein Wunder, steht die Europäische Kommission doch einer aktuellen Studie zufolge zu 70 Prozent unter dem Einfluss der Finanzindustrie. Die Gewerkschaften und die Zivilgesellschaft kommen hier bei der Einflussnahme auf die Europäische Kommission nicht vor. Die Mittelausstattung ist 170 zu 4 von Finanzindustrie zu Gewerkschaften. Das zeigt auch, welche Kräfte hier am Werk sind. Es zeigt, dass es uns nicht egal sein kann, wer der nächste Kommissionspräsident oder Kommissionspräsidentin wird. Die GRÜNEN kämpfen für fortschrittliche, neue Allianzen in Europa, die ein soziales Europa und starke ArbeitnehmerInnenrechte zur Priorität erheben. Kommunalpolitik ist Europapolitik.

Deshalb ist es unsere gemeinsame Verantwortung als GemeinderätInnen, hier für ein soziales Europa, für einen Kurswechsel in Europa und eine europäische Sozialunion zu kämpfen.

In Wien läuft derzeit noch bis 29. Mai - vielleicht haben es einige von Ihnen schon gesehen, wir bieten nächste Woche eine Führung an, wenn Sie spontan Lust bekommen - die Ausstellung „Die Arbeitslosen von Marienthal“. Die meisten von Ihnen werden die zugrundeliegende Studie aus dem Jahr 1933 von Jahoda, Lazarsfeld und Zeisel kennen. Sie war bahnbrechend und hat bis heute Bedeutung. Auf Grund der Wirtschaftskrise verloren damals 1929/1930 fast alle BewohnerInnen/Bewohner eines Dorfes in der Nähe von Wien durch den Konkurs eines einzigen Industriebetriebes ihren Arbeitsplatz. Ich denke, anlässlich des Tages der Arbeitslosen und des Tages der Arbeit ist es wert, darüber nachzudenken, was wir heute aus der Studie der „Arbeitslosen von Marienthal“ lernen können. Die Studie zeigt auf eindrucksvolle Weise, wie Arbeitslosigkeit zu Mutlosigkeit, zu Hilflosigkeit führt, der Rhythmus des Lebens durch das damals vierzehntägige Arbeitslosengeld, Arbeitslosenunterstützung bestimmt wird, Arbeitslosigkeit und Gesundheitszustand, insbesondere der Gesundheitszustand der Kinder damit einen eindeutigen Zusammenhang haben und auch die Möglichkeit der Betroffenen, der Arbeitslosen und zum Teil auch ihrer Familie zu einer aktiven Herangehensweise ihrer Probleme dramatisch reduziert wird, je länger die Arbeitslosigkeit dauert. Seit damals hat sich natürlich vieles verändert, keine Frage. Die Strukturen und die Dynamik des

Arbeitsmarktes sind heute völlig andere. Mehr Frauen sind am Arbeitsmarkt integriert. Der Bildungsstand ist ein anderer. Die Arbeitslosenversicherung wurde ausgeweitet und auch 1968/1969 mit dem Arbeitsmarktförderungsgesetz die aktive Arbeitsmarktpolitik in Österreich eingeführt, ein ganz wichtiger Schritt.

Die Problematiken und insbesondere die Problematik der Langzeitarbeitslosigkeit sind aber dieselben geblieben: Ein hohes Armutsrisiko von arbeitslosen Personen, psychologische und gesundheitliche Probleme, Entqualifizierung, soziale Stigmatisierung bis Isolation, Schuldgefühle, familiäre Spannungen bis zur Aggressivität.

Zentrale Aufgabe von aktiver Arbeitsmarktpolitik ist es daher, und das ist ein Leitbild der rot-grünen Stadtregierung, den Menschen Mut zu machen, ihnen Perspektiven zu eröffnen, Strukturen zu schaffen und dauerhafte Ausgrenzung aus dem Arbeitsmarkt zu verhindern und die Arbeitsmarktpolitik nach den Bedürfnissen der Menschen auszurichten, nach ihren Fähigkeiten, ihren Ressourcen und ihren Interessen. Wir brauchen gute, qualitätsgesicherte Aus- und Weiterbildungen, denn Bildung ist ein Schlüsselfaktor für nachhaltige Integration in den Arbeitsmarkt, letztendlich Existenzsicherung und auch für Karrierechancen. Mein Kollege Van der Bellen wird nachher noch näher auf den Aspekt der Bildung auf dem Arbeitsmarkt eingehen.

Das Leitbild des rot-grünen Wien ist daher ein Arbeitsmarkt für alle, niemand wird zurückgelassen. Arbeitsmarktpolitik ist für uns eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung und kein individuelles Versagen.

Wien, ich habe es schon angesprochen, hat die europaweite Krise vergleichsweise gut bewältigt. Schönreden kann man die Situation in Wien natürlich nicht. Auch wir haben einen Rekordstand an Arbeitssuchenden, an Working Poor, atypische Beschäftigung vor allem von Frauen steigt und nichtexistenzsichernde Beschäftigung wird fast schon zur Normarbeit. Die Einkommensschere steigt, die Reallöhne sinken. Ich denke aber, Wien ist dank offensiver rot-grüner sozialer Arbeitsmarktpolitik mit dem WAFF für die Herausforderungen gut gerüstet, einem europaweit einzigartigen Instrument aktiver kommunaler Arbeitsmarktpolitik, wo wir ausgezeichnet zusammenarbeiten. Herzlichen Dank an dieser Stelle an Fritz Meißl, Tanja Wehsely und andere, mit denen wir gemeinsam kämpfen.

Wien hat die aktive Arbeitsmarktpolitik in letzter Zeit auch wieder ausgebaut mit dem Ausbau des Weiterbildungstausenders und auch der Ausweitung der Zielgruppe eines wichtigen Projekts FRECH, und auch mit dem Qualifikationsplan, der Wiener Ausbildungsgarantie, der Koppelung der Auftragsvergabe an Frauenförderung und Lehrlinge und auch mit unseren starken kommunalen Dienstleistungen. Und da denke ich mir: Europa schaut auf Wien. Wir sind hier Vorbild und auf das können wir auch stolz sein.

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik** (*unterbrechend*): Frau Kollegin, ich bitte um den Schlusssatz. Ihre Redezeit ist abgelaufen.

GRin Dr Monika **Vana** (*fortsetzend*): Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wien ist das Gegenmodell zu sozialem Abbau und Austeritätspolitik. Wien steht für aktive Arbeitsmarktpolitik. Wer die Idee des europäischen Wohlfahrtsstaats retten will, muss die EU zu einer Sozialunion verändern. Das geht vor allem mit starken GRÜNEN nach dem Vorbild des rot-grünen Wien. Danke. (*GR Mag Wolfgang Jung: Deshalb steigt die Arbeitslosigkeit in Wien auch so! - Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Für weitere Wortmeldungen bringe ich in Erinnerung, dass sich die Damen und Herren des Gemeinderats nur ein Mal zum Wort melden dürfen und ihre Redezeit mit fünf Minuten beschränkt ist. Als nächste Rednerin hat sich GRin Mag Feldmann gemeldet. Ich erteile ihr das Wort.

GRin Mag Barbara **Feldmann** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Vorsitzender!

Ich freue mich, dass dieses Thema gewählt wurde, denn es gibt damit Anlass, über die Verantwortlichkeit zu sprechen, welche die Stadt Wien und auch die Bundesebene im Bereich des Arbeitsmarkts haben und auch die Programme der Europäischen Union. Viel zu oft wird so getan, als wäre die EU verantwortlich für Dinge, die in der Verantwortung der Kommunen und Staaten stehen. In diesem Fall ist es mit dem heutigen Thema jetzt die Beschäftigungspolitik. Aber die Beschäftigungspolitik ist ein Bereich, der den Mitgliedsstaaten obliegt. Das heißt, die EU fördert und unterstützt Projekte zur Hebung dieser Beschäftigung. Dazu muss man allerdings auch Projekte einreichen. Es wäre schön, wenn wir dann doch den Ausschuss so hinkriegen würden, dass wir eine eigene Geschäftsgruppe haben, um eben auch für Projekte aus dem Ausschuss heraus einzureichen. Dass Wien die strukturell höchste Arbeitslosigkeit hat, ist nicht Verantwortung der EU. Das ist die Verantwortung der rot-grünen Stadtregierung. Das kann man nicht auf Brüssel schieben, sondern da muss man sich selber anschauen, was hier hausgemacht ist und wie man diese Dinge verändern kann.

Wir haben eine Standortdebatte, und viele namhafte Unternehmen überlegen sich, ihren Standort zu wechseln, was auch nicht Verantwortung der EU ist. Es hat immer wieder von den verschiedenen Vereinigungen oder der Wirtschaftskammer, et cetera Rahmenbedingungen gegeben, die sich Unternehmen für Standorte wünschen. Die sind ignoriert worden. Ganz klar, was war's? Die bürokratischen Hürden in der Bundeshauptstadt, die wesentlich schwieriger sind als in allen anderen Ländern, die exorbitant hohen Gebühren und ein wirtschaftsresistentes Umfeld der Stadtregierung. Ich finde es immer wieder gut, wenn man etwas weiß und findet, was man verändern kann, denn dann gibt es wenigstens eine Veränderungsmöglichkeit. Allerdings gibt's die nur, wenn man sie tut.

Überlegen Sie sich in Bezug auf die EU Folgendes: 1997 wurde die Europäische Beschäftigungsstrategie geschaffen, welche die nationale Politik und Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit koordiniert, und seit 2005 ist die Beschäftigungsstrategie in die Wachstumsstrategie der EU integriert. Seit EU-Eintritt haben wir

hier in Österreich 400 000 Arbeitsplätze dazugewonnen, das macht 17 000 pro Jahr, und wir haben ein um 20 Prozent höheres Einkommensniveau als 1995. Wir haben in der gesamten EU rund 24 Millionen Klein- und Mittelbetriebe, weil wir hier immer so über die reichen und superreichen Konzerne sprechen. Das heißt, die EU ist nicht eine EU der Konzerne, sondern eine EU der Klein- und Mittelbetriebe. Wenn wir uns vorstellen, dass es 26 Millionen Arbeitslose gibt und man mit Bedingungen jeden Klein- und Mittelbetrieb dazu bringt, auch nur einen Arbeitslosen dazuzunehmen, dann hätten wir das Thema weg. Also es liegt an der Struktur und vor allem an den Rahmenbedingungen.

Staaten mit der höchsten Arbeitslosigkeit sind Staaten mit höchsten Schulden. Bei den Krisenländern gibt es eine Verbindung zwischen den beiden Faktoren. Das heißt, Schuldenpolitik bedeutet, hinarbeiten auf hohe Arbeitslosigkeit. Ich will doch noch erwähnen, dass die drei Krisenländer, die wir hatten, zuvor doch über eine lange Zeit sozialistische Ministerpräsidenten aufweisen konnten. Die EU gibt auch der Stadt Wien Geld, damit WAFF-Projekte gemacht werden können. Die nächste Strategie ist die „Europa 2020“ zur Überwindung der Krise in Europa, die 2010 geschaffen worden ist und auf intelligentes Wachstum abzielt. Das ist Förderung von Wissen, Innovation, Bildung und auch der digitalen Gesellschaft. Das zweite Ziel der Strategie „Europa 2020“ zielt auf nachhaltiges Wachstum ab, ressourceneffizientere Produktion, aber bei gleichzeitiger Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und integratives Wachstum.

Das wären Erhöhung der Beschäftigungsquote, Qualifizierung und Bekämpfung der Armut. Der Europäische Sozialfonds wiederum dient dabei der finanziellen Unterstützung und stützt die Projekte in den Mitgliedsstaaten, unter anderem auch die Maßnahmen des WAFF, falls das noch nicht durchgedrungen ist. Was man als Stadtregierung nur tun muss, und diese Verantwortung hat man selbst und das muss man selber machen, ist: Das wirtschaftliche Umfeld verbessern, Arbeitsplätze schaffen, indem gute Rahmenbedingungen für die Unternehmen geschaffen werden und man ein wirtschaftsfreundliches Wien, ein wirtschaftsfreundliches Klima schafft. Dann schaffen Sie die verbreitete Armut von selber ab, weil einfach ein wirtschaftsfreundliches Klima Jobs kreiert. Wir wissen, dass wir einen Reformstau haben. Diesen Reformstau werden wir abbauen müssen, um nicht nur mit den Arbeitslosen zu trauern und ihnen auch nicht Mut zu machen beim Trauerprozess, sondern was sollte man machen? Die Bedingungen so schaffen, dass sich ihre Arbeitslosigkeit in einem Job verändert, und das funktioniert nur durch Reform, die wirklich dringend notwendig ist.

Schauen wir uns jetzt schnell das Beispiel an. Schweden hat es geschafft, mittlerweile eine, zwar nicht viel, aber geringere Abgabenquote als Österreich zu haben und weist auch nur noch die Hälfte der Verschuldung auf. Die Gründe, warum Schweden das geschafft hat, das können Sie gut auflisten, das steht mittlerweile in jedem Wirtschaftsmagazin drinnen, weil es so interessant ist, sind: Weil sie die Reformen in der Bürokratie,

Einsparungen in der Regierung selbst, in der Verwaltung selbst endlich angegangen sind. Das steht in Österreich an, das steht in Wien an. Ich glaube, wenn wir damit beginnen, tun wir das meiste, was wir tun können, gegen die Arbeitslosigkeit. Danke. *(Beifall bei der ÖVP. – Aufregung bei GRin Mag (FH) Tanja Wehsely.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner hat sich Herr GR Ing Rösch zum Wort gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

GR Ing Bernhard **Rösch** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Werte Besucher auf der Tribüne!

Ich habe der Kollegin Vana zuerst wirklich verblüfft zugehört, weil vieles davon ja eine Analyse war, die man unterschreiben muss, unterschreiben kann. Wenn wir aber nicht wüssten, dass dieser „Tag der Arbeitslosen“ für die GRÜNEN ja in Wirklichkeit als Hohn gemeint ist, weil sie ja auch diejenigen sind, die uns in Wirklichkeit in eine Situation gebracht haben, wie wir sie jetzt vorfinden. Mir scheint das immer ein bisschen so wie eine DDR-Nostalgie zu sein, wo damals der Honegger gesagt hat: „Gestern standen wir noch vor dem Abgrund. Heute sind wir einen besonderen Schritt weiter, einen bedeutenden Schritt weiter.“ So ist es auch hier irgendwie das, was bei mir mitklingt, wenn ich mir immer die Worte der GRÜNEN anhöre. Unkontrollierte Zuwanderung haben wir in der letzten Zeit erlebt und haben dabei ein ordentliches Lohndumping mitmachen müssen. Wir haben einen Kaufkraftverlust erleiden müssen, wie wir ihn überhaupt noch nicht erlebt haben. Das alles war ja rot-grüne Politik, das, was sich Rot-Grün ja immer gewünscht hat: In der Europäischen Union mitzuwirken, zu destabilisieren, den Markt aufzumischen, keinen Stein mehr auf dem anderen zu lassen. Ja, und dann immer über die Armen zu reden, das kommt nicht ehrlich, das muss ich euch wirklich sagen! Das glaubt euch auch niemand mehr! In Wien gibt es mittlerweile einen Arbeitnehmerstrich zwischen 3 und 5 EUR Jobs pro Stunde. Da macht man kaum etwas, das lohnt sich ja gar nicht, diese armen Leute, und sie sind wirklich arm, das muss man sagen, aber durch uns, durch unsere Gesellschaft, durch die rot-grüne Gesellschaft arm gemacht. Und wenn man sich dann anschaut, wie Beschäftigungen geschaffen werden, nicht Arbeitsplätze, Beschäftigungen geschaffen werden in ausgelagerten Betrieben, in ausgelagerten Vereinen für Radfahrbeauftragte, für Fußgängerbeauftragte, für Autobeauftragte, für Uni-Beauftragte, wo viel Geld hineinfließt, nämlich genau das Geld, das den anderen, die auf dem Arbeitnehmerstrich für 3 und 5 EUR die Stunde dort stehen und ihre Arbeit anbieten, vorenthalten wird. Weil ich das weiß, kann ich nur sagen: Es ist ein Hohn, wie da vorgegangen wird. Da gibt es dann einen Fußgänger- oder Radfahrbeauftragten um 100 000 EUR, ich weiß gar nicht, wer das war, aber wo es dann zum Galaessen kommt. Ja, 100 000 EUR als Jahresgage kann sich kaum ein Österreicher vorstellen. Aber da geht man feudal essen! Grüne können das, weil Grüne wissen, wo in der Stadt etwas zum Anzapfen ist und wo man Arbeitnehmern die Gage vorenthalten kann.

Wir können uns gerne einmal über Beschäftigung, über Arbeit und über Erwerb unterhalten. Wenn wir dann nämlich ganz ehrlich sind, dann wissen wir, was Arbeit ist, und dass ihr maximal ja einmal die Leute Beschäftigung bringt's und natürlich im Erwerb lasst und diejenigen, die es schaffen, die die Wertschöpfung und die Dienstleistung dahinter erbringen, in Wirklichkeit die Zeche zahlen müssen. Genauso geschönt sind die Arbeitslosenzahlen, man muss es einfach einmal sagen. Das habe ich nicht gehört, dass 450 000 offiziell in Arbeitslosigkeit sind, 80 000 in Schulungen, 200 000 Arbeitssuchende, die nicht dem AMS zur Verfügung stehen, weil sie wirklich Arbeit suchen und sich wirklich weiterbilden und es nicht hinnehmen wollen, dass sie beim AMS gefrotzelt werden. Da muss man schon dazu sagen, daran sind nicht die Mitarbeiter beim AMS schuld, sondern das System, das dahintersteht, weil diese Kurse, und wir haben das in der Vergangenheit schon sehr, sehr oft gelesen, in Wirklichkeit mit einem Service nichts zu tun haben, sondern eher etwas mit einer Arbeitslosenverwaltung.

Wenn ich dann in der Früh von einem netten Mädchen, das FSG-Zettel austeilt, so einen Zettel bekomme und dann lese: „Faire Bezahlung für wertvolle Leistung“, dann kann ich nur lachen. Das Mädchen war nett, die weiß wahrscheinlich gar nicht, was da draufsteht und wie es da draufsteht. Aber dass die Gemeinde Wien fair ist bei der Bezahlung, kann man nicht sagen, weil die 35 EUR, die da draufstehen, die hat die FSG letztendlich ja wirklich nur deswegen machen müssen, weil wir gesagt haben, dass wir einer Nulllohnrunde nicht zustimmen werden (*Aufregung bei GR Ing Christian Meidlinger.*), und das war der schlechte Kompromiss und das, was übrig geblieben ist, ein Schandlohn oder das, was einfach nur mehr draufgekommen ist. Der Kaufkraftverlust ist durch die FSG und durch die GRÜNEN gemacht! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Wir wollen für unsere österreichischen Bewohner ganz einfach ein Einkommen zum Auskommen und dass man mit den Leuten fair umgeht und sie nicht verhöhnt! Die Bevölkerung weiß, wie sie an und für sich verhöhnt wird. Das DDR-Konzept, das könnt ihr euch aus dem Kopf schlagen! Das ist schon einmal gescheitert! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächste Rednerin hat sich Frau GRin Teiber zum Wort gemeldet. Ich erteile das Wort.

GRin Barbara **Teiber** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Vorsitzender!

Noch ein paar Anmerkungen zu meinen Vorrednern und Vorrednerinnen. Zuerst zur Abg Feldmann: Wenn Sie das Beispiel Schweden erwähnen - vielleicht war Schweden durchaus erfolgreich im Schuldenabbauen, aber wir reden heute über das Thema Arbeitsmarkt und aktive Arbeitsmarktpolitik und über die Arbeitslosigkeit. Da braucht man nicht nach Schweden zu schauen, weil Schweden eine weitaus höhere Arbeitslosigkeit als Österreich hat. (*GR Mag Wolfgang Jung: Aber nicht eingerechnet die Schulungen!*) Ja, wie auch immer.

Und vielleicht auch noch zum Kollegen Rösch. Zu diesen Ausführungen kann man ernsthaft eigentlich nicht viel sagen außer nur eines: Dass die Wiener Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen Gott sei Dank wissen, wo ihre Interessen am besten aufgehoben sind. Das haben die Ergebnisse der Arbeiterkammerwahlen gezeigt: Nicht bei Ihnen, beim Hammer in der Kammer. (*GR Ing Bernhard Rösch: 70 Prozent! - Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Aber ist schon gut, eins noch: Wenn man sich die Zeit anschaut, wo Sie mitregiert haben, Schwarz-Blau, da war die Arbeitslosigkeit ähnlich hoch, da hat es aber ein paar Jahre zuvor keine Wirtschaftskrise und Finanzkrise gegeben! Nur das, ja. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Aber jetzt zum Thema unserer heutigen Aktuellen Stunde, ein ganz, ganz wichtiges Thema. Es spricht wirklich eines der dringendsten Probleme an, mit dem wir uns heute in ganz Europa und natürlich auch in Wien konfrontiert sehen, die steigende Arbeitslosigkeit. Die Politik steht hier wirklich vor enormen Herausforderungen, auf allen Ebenen mehr Mittel in die aktive Arbeitsmarktpolitik zu investieren. Wien tut dies und nimmt auch seine Verantwortung wahr.

Aber auf eines möchte ich heute bei dieser Debatte auch eingehen, und das ist ja zuvor schon von der Kollegin Feldmann angesprochen worden: Nicht nur die Politik hat Verantwortung, wenn es um das Thema Arbeit geht, sondern in gewisser Hinsicht auch die Arbeitgeber. Und was erleben wir da? – Da erleben wir seit Wochen, dass einige namhafte Arbeitgeber den Wirtschaftsstandort Österreich und somit auch den Wirtschaftsstandort Wien schlechtreden, massiv schlechtreden. Das ist unverantwortlich und auch brandgefährlich.

Die Abwanderungsdrohungen bewirken vor allem eines – sie bewirken eine massive Verunsicherung. Diese Debatte erzeugt wahrlich keine Stimmung, die es leichter macht, neue Betriebe in Wien und in Österreich anzusiedeln. Bei der Betriebsansiedelung und bei den neuen Investitionen waren wir in Wien in den letzten Jahren wirklich sehr erfolgreich, auch im Vergleich zu den anderen Bundesländern. Das andauernde Schlechtreden des Standortes schadet – und das möchte ich wirklich betonen – der gesamten Wirtschaft, ist auch wirklich ein Hohn und ein Angriff auf die Leistung der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in unserem Land.

Dabei stehen, wenn man sich die Daten und Fakten anschaut, Wiens und Österreichs Betriebe wirklich gut da, auch im europäischen Vergleich. Wir haben eine hohe Produktivität und die Lohnstückkosten beispielsweise liegen in unserem Land im Mittelfeld. Was sich aber auf einem außergewöhnlich hohen Niveau befindet, sind die ständig steigenden Dividendenausschüttungen. Und hier möchte ich an die Unternehmer appellieren, dass sie vielleicht ein Stück von den gemeinsam erwirtschafteten Gewinnen auch in den Standort investieren, oder besser noch in die Menschen vor Ort. Letztlich sind es nämlich die Unternehmen, die von Höherqualifizierungen ihrer Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen profitieren. Insofern ist es auch traurig, dass immer mehr von

den Ausbildungskosten die öffentliche Hand oder die ArbeitnehmerInnen selbst begleichen müssen.

Jetzt noch ein letzter Aspekt von meiner Seite: Die von den Unternehmen zu bezahlenden Gewinnsteuern in Österreich sind niedrig. Der niedrige Steuersatz und eine Vielzahl von Gestaltungsmöglichkeiten führen dazu, dass die Einnahmen an Gewinnsteuern in Österreich in Relation zum Bruttoinlandsprodukt bei nur 2,3 Prozent liegen – im OECD-Durchschnitt sind es 3 Prozent. Und da möchte ich – das ist auch noch wichtig – als Gewerkschafterin betonen, dass die österreichischen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen von einer unterdurchschnittlichen Besteuerung nur träumen können. Deshalb brauchen wir dringend eine Steuerreform, die eine spürbare Senkung des Einstiegssteuersatzes mit sich bringt. Diese Maßnahme würde per se zwar keine Arbeitsplätze schaffen (*GR Mag Wolfgang Jung: Gehen Sie zum Bundeskanzler! Nicht wünschen, tun Sie es!*), aber diese Maßnahme würde dazu führen, dass Arbeiten, Erwerbsarbeit sich wieder ein Stückchen lohnt. – Vielen Dank. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner hat sich Herr GR Dr Aigner zu Wort gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

GR Dr Wolfgang **Aigner** (*Klubungebundener Mandatar*): Sehr geehrte Damen und Herren!

Das ist fürwahr ein wichtiges und brandaktuelles Thema. Ich möchte am Beginn meiner Ausführungen meine Überzeugung voranstellen, dass die beste Arbeitsmarktpolitik eine gute, aktive Wirtschaftspolitik ist. Eine Wirtschaftspolitik, die Unternehmertum ermöglicht, die Industriebetriebe im Land hält und zusätzliche Industriebetriebe auch nach Österreich bringt. Das ist die Herausforderung, vor der wir stehen. Von Seiten der Arbeitsmarktpolitik kann man nur versuchen, allfällige Defizite im Schul- und sonstigen Ausbildungssystem zu beseitigen, aber ohne Unternehmen, die Arbeitsplätze zur Verfügung stellen, hat das Ganze relativ wenig Sinn.

Und da befinden wir uns in einem globalen Wettbewerb mit verschiedenen großen Wirtschaftsräumen auch innerhalb der sogenannten entwickelten und industrialisierten Welt. Die Amerikaner haben die Zeichen der Zeit schon längst erkannt und versuchen, durch entsprechende steuerliche Maßnahmen, durch Maßnahmen im Bereich der Energie, der Umweltstandards ganz gezielt hochwertige Arbeitsplätze in ihr Land zu ziehen. Und da sind wir in einem Wettbewerb, Amerika ist ein hochindustrialisiertes und -technisiertes Land.

Wenn die Frau Kollegin vorhin vom Schlechtreden des Wirtschaftsstandortes gesprochen hat, sehe ich das anders. Ich glaube, dass die Industriemanager nicht leichtfertig mit Abwanderung drohen oder Abwanderungen in den Raum stellen, sondern dass sie einfach aufzeigen, einen Hilferuf an die Politik abgeben wollen, dass es in Österreich immer unrentabler und immer schwieriger wird, ordentliche Industriebetriebe im Land zu halten. Und diesen Hilferuf soll man nicht abtun, sondern das ist ein Alarmzeichen. Denn wenn es einmal die Voest nicht mehr gibt, wenn der Palfinger weggeht, und so weiter, hängen ja auch sehr viele Klein- und Mittelbetriebe da-

ran.

Da muss man aber auch sagen, dass die Infrastruktur wichtig ist. Denken wir an die Bedeutung der Autoindustrie, dazu gehört halt auch, dass man mit den Autos, die bei uns produziert werden, auch fahren kann. Jetzt schauen Sie sich bitte Ihre Verkehrspolitik an. Die Verkehrspolitik geht nur in die Richtung, möglichst nicht mehr Auto zu fahren. Aber wenn die Leute nicht mehr Auto fahren können und alles erschwert wird, dann werden sie keine Autos mehr kaufen, und wenn keine Autos gekauft werden, dann werden die Autos woanders produziert, meine Damen und Herren. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Und dann sagt man, das ist ein Angriff auf die Arbeitnehmer. – Ich glaube, Arbeitgeber und Arbeitnehmer sitzen doch genau in einem Boot. Ich weiß nicht, woher Sie das mit den vielen Dividendenzahlungen haben, denn so viele große Aktiengesellschaften haben wir bei Gott nicht mehr, dass da wahnsinnig viel Dividenden ausgeschüttet werden. Es geht schlicht und einfach darum, sind wir konkurrenzfähig oder nicht.

Zur Arbeit gehört auch, dass Arbeit sich lohnen muss. Dass wir sinkende Realeinkommen haben, liegt nicht daran, dass die Gewerkschaft nicht gut verhandelt und dass die Arbeitgeber knausrig sind, sondern daran, dass immer mehr wegbesteuert wird. Ich meine, nachdem heute Budgetrede ist: Wenn man die Rezeptgebühr Jahr für Jahr automatisch anhebt, wenn man die Parkgebühren und andere Gebühren anheben kann, kann man mit einem Federstrich die Steuerstufen anheben und dann gibt es diese kalte Progression nicht. Das Problem ist nur, dass die Einnahmen aus der kalten Progression für die nächsten zehn Jahre schon im Vorhinein ausgegeben worden sind und deshalb kann man das Ganze nicht reparieren. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Da beißt sich dann irgendwo die Katze in den Schwanz. Die nominellen Gehälter gehen ein bisschen in die Höhe und real bleibt immer weniger über, dann wird weniger eingekauft, und so weiter, und dann sind wir genau in der wirtschaftlichen Misere drinnen, in der wir uns eben befinden. Und wann immer man einen Vorschlag macht, zu Einsparungen im Speck, der sich angesetzt hat – wir haben es heute in der Fragestunde gesehen –, dann gibt es hundert Gründe, warum es nicht geht. Diese hundert Gründe mal Tausend, mal einer Million, und so weiter, sind genau die Milliarden, die uns letztendlich fehlen, die den Betrieben fehlen, die den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern fehlen, die uns im Konsum fehlen und die uns immer weiter ins Hintertreffen geraten lassen.

Das ist auch wirklich etwas, was wir uns auch im Rahmen der EU massiv überlegen müssen. Wir brauchen nicht in allen möglichen Bereichen den Musterschüler spielen. Ich denke da auch gerade an diverse bürokratische Vorschriften. Es kommen so viele unsinnige Vorschriften aus Brüssel. Jetzt werden dann die Speisekarten im Restaurant wie der Beipacktext eines Medikamentes sein, als ob das Schnitzel irgendetwas ist, vor dem man sich fürchten müsste. Auch das hindert Beschäftigung, das hindert Unternehmertum, das ist unsinnige Bürokratie. Das ist eine Selbstbeschäftigung eines

völlig sinnlos gewordenen bürokratischen Apparates und das hat alles mit dem Frieden in Europa überhaupt nichts zu tun. Das ist reine Bürokratie und völlig unsinnig.

Und zuletzt noch das Schlimmste, das uns jetzt auf europäischer Ebene auch blühen könnte, wenn wir uns von den Amerikanern in einen Wirtschaftskrieg mit Russland hineinhetzen lassen. Das wäre dann wirklich super für Wachstum und Beschäftigung, wenn die Banken verstaatlicht, das Gas abgedreht wird, und so weiter, nur damit die Amerikaner ein paar tausend Soldaten in der Ukraine stationieren können. Das wäre der echte Wahnsinn, dann ist unser ganzes Wachstum – und das ist ohnedies schwach genug – hinüber. Da kann man nur hoffen, dass Europa sich nicht als Bettvorleger der Amerikaner missbrauchen lässt. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner hat sich Herr GR Walter zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

GR Norbert **Walter**, MAS (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

In der Tat glaube ich, dass das Thema der heutigen Aktuellen Stunde ein sehr wichtiges ist, denn jede Arbeitslose/jeder Arbeitsloser in dieser Stadt, in diesem Lande, in diesem Europa ist eine oder einer zu viel. Aber was tut die rot-grüne Stadtregierung?

Die Kollegin Teiber hat einige Punkte angesprochen. Wenn ich mir jetzt anschau, dass sie von den Dividenden spricht, dass sie von den Gebühren und Steuern spricht, dann würde ich mich als Allererstes selbst an der Nase nehmen, denn die Gebühren in Wien – Strom, Gas, Wasser, Müll, und so weiter – steigen jährlich automatisch. Aber was wird dafür mehr geboten? – Nichts, gar nichts. *(GR Dipl-Ing Rudi Schicker: Im Landtmann kann man sich das H₂O nicht mehr leisten. Die verlangen 3 EUR für ein Glaserl Wasser, das ist keine Relation!)* – Ja, das ist auch eine Dienstleistung, Herr Kollege. Herr Kollege Schicker, Sie wissen schon, dass die Dienstleistung auch bezahlt werden muss. Die Kollegin Teiber hätte ja gerne große und gute Löhne und da bin ich auch dafür, dass die ... *(GR Dipl-Ing Rudi Schicker: Ich kann nicht ein Glaserl für 3 EUR trinken!)* – Ja, aber das muss ja jemand hintragen, es muss jemand abwaschen und es muss ... *(GR Kurt Wagner: Ich kann nicht ein Glaserl für 3 EUR trinken!)* – Ja, du musst ja keines trinken, du kannst ja auch ein Mineralwasser trinken. *(GR Kurt Wagner: Ich trinke kein Mineralwasser!)*. Es ist ja jedem freigestellt, dort ein Glas Wasser zu trinken oder nicht. Und wenn er es nicht zahlen will, dann soll er woanders hingehen. Wir leben in einem freien Land, da kann jeder entscheiden, wo er hinget. Und ob der eine das anbietet oder nicht, ich meine, das ist Unternehmersache und das soll er entscheiden, das ist sein Thema.

Aber zum Thema, das die Kollegin Teiber angesprochen hat, möchte ich schon noch sagen: Wenn heute Wirtschaftstreibende, große Manager von unseren Paradeunternehmen – Voest, OMV und so weiter – davor warnen, wohin dieses Land und dieses Europa gehen, dann geht es nicht nur um die Standortfrage. Da geht es auch um die Energiefrage und da geht es um vieles

mehr. Und zu den GRÜNEN gesagt: Es ist ja schön und gut Windräder, Sonnenpaneele und so weiter aufzustellen, nur sich dann keine Gedanken zu machen, was das in Summe für die Betriebe bedeutet, auch im nationalen und internationalen Energieaustausch – das Defizit der Wien Energie, das wisst ihr schon, warum das so passiert? –, davor die Augen zu schließen, das halte ich persönlich für eine echte Heuchelei.

Worum geht es letztendlich in der aktiven Arbeitsmarktpolitik? – Ich glaube, Wien hat Chance und Risiko zugleich. Wien soll ja in den nächsten Jahren jährlich bis zu 15 000, 20 000 Menschen dazubekommen. Aber was bedeutet das? – Die Menschen brauchen zum einen eine Wohnung, zum anderen auch einen Arbeitsplatz. Und wenn Sie heute in Wien die produzierenden Betriebe nicht mehr haben wollen – mit Dienstleistung alleine wird es nicht gelingen.

Mich hat am letzten Sonntag ein Unternehmer aus dem 20. Bezirk angesprochen, ob ich nicht ein Grundstück für ihn weiß, er brauche ein neues, weil er zu wenig Platz hat. Ich habe ihn gefragt, ob er mit der Wirtschaftsagentur gesprochen hat. Das hat er. Und dort sei ihm gesagt worden, er soll im Internet nachschauen, da sei alles drin. – Wenn das aktive Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik ist, meine sehr geehrten Damen und Herren, dann wünsche ich diesem Wien „Gute Nacht“. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die aktive Wirtschaftspolitik kann nur vor der eigenen Haustür passieren, ihr wisst das alle selbst ganz genau. Kollegin Teiber, es ist schon schön und gut, und ich bin dafür, dass sich jeder Betrieb, den wir haben können, in Wien ansiedelt. Aber so zu tun, als ob wir dabei Weltmeister sind – da sind wir weit davon entfernt –, das ist ungefähr so, als wenn der Neuseeländer bei der Olympia-Abfahrt mitfährt und dort dann irgendwo mit der roten Laterne herumguckt.

Lassen Sie mich abschließend, weil heute auch immer wieder vom Sparen die Rede war, Elbert Hubbard zitieren, der gesagt hat: „Wahre Wirtschaftlichkeit ist das Gegenteil von bloßem Sparen, Knausern und Verzichten. Sie besteht vielmehr in der Verhütung von Verschwendung, in der Erhaltung aller Energien und in der Abschaffung der Schlamperei.“ – Bitte nehmen Sie sich das zu Herzen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner hat sich Herr GR Dr Van der Bellen zu Wort gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

GR Dr Alexander **Van der Bellen** (*Grüner Klub im Rathaus*): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Monika Vana hat die Arbeitsmarktpolitik richtigerweise in den Kontext der europäischen Politik gestellt, und ich möchte diesen Gedanken fortsetzen. Es ist ja so, dass die Entwicklung des Arbeitsmarkts, die Entwicklung der Beschäftigung und der Arbeitslosigkeit natürlich von verschiedenen Faktoren abhängt, wie zum Beispiel der demographischen Entwicklung – also wie verändert sich das Arbeitsangebot von Personen im erwerbsfähigen Alter, wer darf überhaupt arbeiten – Asylsuchende zum Beispiel nicht –, und so weiter.

Natürlich ist die Frage von Bildung und Ausbildung

von zentraler Bedeutung, und damit die Frage des Matchings zwischen den angebotenen Qualifikationen am Arbeitsmarkt und den nachgefragten Qualifikationen am Arbeitsmarkt. Und das ist keine triviale Frage. Denn wir sehen zum Beispiel in Spanien, das über ein vorzügliches Universitätssystem verfügt, dass die Arbeitslosigkeit unter den jüngeren Personen nicht nur jetzt extrem hoch ist, sondern auch schon vor der Krise sehr, sehr hoch war. Das heißt, die Matching-Frage wurde dort nicht gelöst.

Ein dritter Faktor, und darauf möchte ich jetzt eingehen, ist das makroökonomische Umfeld, in dem sich die Arbeitsmarktpolitik abspielt – egal, in welchem Bereich, ob die aktive Arbeitsmarktpolitik oder die Bildungspolitik. Und hier haben wir in Österreich ja einen Erfahrungswert, der sich über Jahrzehnte bewährt hat: Wenn das Wirtschaftswachstum niedriger ist als 1,5 bis 2 Prozent pro Jahr, dann haben wir ein Problem. Das heißt, unterhalb dieser Grenze stabilisiert sich der Arbeitsmarkt nicht, sondern die Arbeitslosigkeit steigt.

Nur muss man sich schon die Frage stellen, ob die Mitgliedsstaaten der Union in diesen letzten Jahren genug getan haben, damit – je nach Situation – also in Österreich diese 2 Prozent erreicht werden. Und meine Antwort darauf lautet: In den letzten Jahren leider nein.

Was ist passiert? Es ist etwas höchst Bemerkenswertes passiert, dass nämlich bei Ausbruch der Krise und in den ein, zwei Jahren danach – also nach dem Zusammenbruch der Lehman Brothers – die Reaktionen der Mitgliedsstaaten der Union im Großen und Ganzen richtig waren. Das 100-Milliarden-Paket im Herbst 2008 zur Stabilisierung des Interbankenmarktes in Österreich halte ich grosso modo für richtig, ungeachtet einzelner Schönheitsfehler. Und so ähnlich war es in den anderen Mitgliedsstaaten auch. Ein, zwei Jahre später, Ende 2010 war es klar, dass in den einzelnen Mitgliedsstaaten – bald in jedem Mitgliedsstaat – die öffentliche Verschuldung deutlich gestiegen ist, weil Bankenrettung, weil Wirtschaftskrise. Das heißt, die automatischen Stabilisatoren haben gewirkt – niedrigere Steuereinnahmen, höhere Ausgaben und einzelne Konjunkturpakete haben dazu beigetragen, dass die staatliche Verschuldung gestiegen ist. Aber damals war noch allen klar, das ist eine Folge der Finanzkrise und damit eine Folge der Krise im privaten Sektor, bei bestimmten privaten Banken.

Mir ist nicht ganz erklärlich, warum sich – so gegen Anfang, Mitte 2011 – eine – wenn man so will – neokonservative, neoliberale Denkrichtung durchgesetzt hat, bei der plötzlich nicht der private Sektor die Ursache der Krise war, sondern die hohen Defizite, die hohe Verschuldung des Staates das Problem schlechthin war, unter Vernachlässigung der Ursachen, und es plötzlich en vogue wurde – dann auch mit konkreten Maßnahmen –, dass alle – das kann man nicht genug betonen –, alle Mitgliedsstaaten der Union gleichzeitig ihre Defizite und ihre öffentliche Verschuldung herunterfahren sollen.

Noch einmal, zur Erinnerung: In den USA, in Island, in Irland, in Spanien, in Großbritannien – „you name it“ – ging die Krise vom privaten Sektor aus, dort lag die Ur-

sache des Problems. Die steigende öffentliche Verschuldung war die Folge dieses Problems, aber nicht die Ursache. Wenn jetzt in einem eng integrierten Binnenmarkt, wie dem der Europäischen Union, alle zugleich zu sparen beginnen, das heißt, die Defizite einschränken, die Verschuldung herunterfahren, dann bekommen wir das, was im Grund genommen seit mindestens 70, 80 Jahren bekannt ist, „the paradox of thrift“, das Paradox des Sparens, das in jeder Einführung in die Volkswirtschaftslehre lang und breit beschrieben wird. Es ist gut, wenn die schwäbische Hausfrau spart, aber wenn alle sich plötzlich wie die schwäbische Hausfrau verhalten und ihre Ersparnisse erhöhen, das heißt, die Konsumausgaben reduzieren, dann wird das dazu führen, dass alle weniger sparen können als zuvor, weil die verfügbaren Einkommen gesunken sind.

Dieser makroökonomische Zusammenhang wurde von den Mitgliedsstaaten der Union ignoriert – namentlich muss man dazusagen, unter der Führung von Deutschland. Es ist die eigentliche Tragödie der letzten Jahre, dass von Deutschland nur Austeritätseffekte ausgegangen sind und keine richtigen Antworten auf diese Situation. Wobei ich hinzufügen möchte – (*in Richtung des Vorsitzenden*) habe ich noch zwei Sätze?

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik** (*unterbrechend*): Kurze Sätze.

GR Dr Alexander **Van der Bellen** (*fortsetzend*): Danke, Herr Vorsitzender. – Die EU als solche ist ja vollkommen überfordert damit, weniger als 1 Prozent des BIP der Mitgliedsstaaten reicht nicht für eine Konjunkturpolitik. Aber jeder einzelne Mitgliedsstaat ist auch überfordert, weil die Sickerffekte zu groß sind – das braucht man sich nur in Österreich anschauen. Wir bräuchten also ein abgestimmtes, koordiniertes gemeinsames Vorgehen der Mitgliedsstaaten. Namentlich Deutschland hätte die Zügel in den letzten Jahren etwas lockerer lassen sollen und die anderen hätten in einem konsequenten Vorgehen dann ihre Defizite und Verschuldungen reduzieren können. – Ich danke sehr für Ihre Großzügigkeit, Herr Vorsitzender. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN. – GR Mag Wolfgang Jung: Und die steigenden Zinsen, Herr Professor?!*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Fünf Minuten Redezeit sind wirklich wenig, ich weiß das aus eigener Erfahrung. – Als nächster Redner hat sich Herr GR Seidl zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

GR Wolfgang **Seidl** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Herr Vorsitzender! Meine Damen, meine Herren!

Die aktivste Arbeitsmarktpolitik in Wien, meine Damen und Herren, könnten Sie dadurch setzen, indem sie am besten heute zurücktreten. Das wäre mein Wunsch – besser heute als morgen.

Ich möchte ganz kurz darauf eingehen, was eine meiner Vorredner, die Frau Teiber, gesagt hat. Sie hat von Steuersenkungen gesprochen. – Wunderbar. Sehr geehrte Frau Teiber, Sie wissen schon, die Gebührenerhöhungen in Wien – es ist ja heute schon angesprochen worden – erfolgen jedes Jahr. Sie sind mit dabei. Ein paar Meter von hier, im Parlament, hält heute der neue Finanzminister seine erste Budgetrede, da werden auch

Steuererhöhungen dabei sein. Wer wird dabei sein? – Mitglieder Ihrer Fraktion im Hohen Haus. Und dann reden Sie von Steuersenkungen? – Das kann ja wohl nur ein sehr, sehr schlechter Scherz sein. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Meine Damen und Herren, wir haben heute in Wien einen Rekord an Mindestsicherungsbeziehern, wir haben heute einen Rekord in Wien an Arbeitslosen. Und sieht man sich die Arbeitslosenzahlen in Wien an – wir sind mittlerweile über der 100 000er-Marke. 102 000 Menschen in Wien haben keinen Job, zusätzlich sind noch 35 000 Personen in Schulungen, das ergibt insgesamt 137 000 erwerblose Wienerinnen und Wiener. Das ist ungefähr vergleichbar mit der Einwohnerzahl der gesamten Stadt Salzburg.

Die Tendenz ist leider Gottes steigend. Gegenüber dem Vorjahr haben wir ein Plus von 13,9 Prozent, das ist alles andere als ein Ruhmesblatt, meine Damen und Herren. Ich habe mir auch kurz angesehen, wie es ausgeschaut hat, bevor die GRÜNEN in die Landesregierung eingetreten sind. Im Jahr 2011 hatten wir 80 000 Arbeitslose, heute 137 000 – also so ganz unschuldig können die GRÜNEN auch nicht sein. Wir haben in Wien eine tatsächliche Arbeitslosenquote von 14 Prozent und seit 2011 ein Plus von 6 Prozentpunkten.

Ich habe mir dann auch das Arbeitslosen-Ranking der Statistik Austria angesehen. Wien war im Jahr 1994 am 6. Platz – ganz bestimmt kein Ruhmesplatz, aber trotzdem im guten Mittelfeld, behaupte ich jetzt einmal. Wo wir heute sind, das können wir uns ungefähr ausrechnen oder wissen es sowieso. Wir sind heute Schlusslicht, wir sind heute am 9. und letzten Platz. *(Zwischenruf von GR Mag Wolfgang Jung.)* – Ja, das hören die Genossen halt leider nicht so gerne. Und seit der letzten Ostöffnung des Arbeitsmarktes im Jahr 2014, also seit 1. Jänner haben 6 000 Wienerinnen und Wiener den Arbeitsplatz verloren.

Das sind die Fakten, meine Damen und Herren, das sind leider Gottes die nackten Zahlen. Und schauen wir uns die Arbeitslosen an, und zwar nur jene Personen, die Sie nicht in Schulungen teilweise zwangsbeglücken und zwangsbelustigen, wie schaut die Arbeitslosenquote aus? – Inländer sind in Wien zu 9 Prozent arbeitslos, Ausländer zu 12,8 Prozent. Und wie sieht die Beschäftigungsquote der EU-Bürger in Österreich aus? – 72,1 Prozent der EU-Bürger in Österreich haben Beschäftigung, die Beschäftigungsquote von Drittstaatenangehörigen lag jedoch nur bei unter 60 Prozent, bei 59,8 Prozent. – Das sind die wahren Probleme, meine Damen und Herren, die wir heute hier in Wien haben.

Wissen Sie, was mich trotz dieser traurigen Zahlen freudig stimmt? – Es stimmt mich freudig die Tatsache, dass spätestens in eineinhalb Jahren der rot-grüne Spuk in Wien vorbei sein wird, dann werden wir Freiheitlichen mit Heinz-Christian Strache an der Spitze in Wien die Nummer 1 sein, und das ist gut für Wien. – So soll es sein, herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächste Rednerin hat sich Frau GRin Mag Tanja Wehsely zu

Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

GRin Mag (FH) Tanja **Wehsely** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Zum Vorredner kann man einfach wirklich nichts sagen. Ich denke immer nur an einen Hans Christian, und das war ein guter Geschichtenerzähler. Vielleicht sind ein Heinz-Christian und seine Freundinnen und Freunde schlechte G'schichtldrucker. – Das ist das, was mir zu der ganzen Thematik einfällt.

Die Kollegin Teiber hat es ja auch schon richtig gesagt, wir haben ja gesehen, was der Hammer in der Kammer zuwege bringt: Was Sie hier, gerade die Kollegen der Freiheitlich, an Sammelsurien und Verschwörungstheorien und Hinz und Kunz zusammentragen, entbehrt jeder Grundlage, jeder Sinnhaftigkeit. Es ist einfach unglaublich. *(GR Mag Wolfgang Jung: Ist Statistik eine Verschwörungstheorie?!)* Es wird nicht dazu kommen, dass sie hier das Sagen haben, das ist auch gut so. Die verheerenden Auswirkungen von blauer Beteiligung hat man nicht nur in Österreich, sondern auch in Kärnten gesehen, und das wird uns hier mit Sicherheit nicht passieren. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN. – Heiterkeit bei der FPÖ.)*

Die Vielfalt und die Weitläufigkeit der Beiträge, die wir jetzt zu diesem ganz, ganz wichtigen Thema – wie glücklicherweise auch alle betont haben – gehört haben, zeigt auch die große Komplexität auf, mit der wir es zu tun haben, wenn wir über Beschäftigungspolitik, Arbeitsmarktpolitik und Arbeit sprechen. Es hat sich wieder einmal auch die unterschiedliche Herangehensweise gezeigt, insbesondere die Unterschiede zwischen fortschrittlicher und konservativer und sozusagen neoliberaler – oder wie auch immer sie sich nennen – Herangehensweise, wie man zu diesem Lebensthema, diesem prioritären Thema der Menschheit schlechthin steht, der Arbeit.

Ein ganz kurzer Sidestep zur hier öfter genannten Standortdebatte, ganz besonders mit den jetzt gerade aktuell diskutierten Investitionen der Voest in Texas, zur Energiepolitik und der Diskussion über Energie, was das für die Industriepolitik in der Welt, für Europa und auch für Österreich bedeutet. Ich finde, es ist schon ganz richtig, was wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten tun. Es ist wichtig, daran zu denken, wie es mit dem, was man tut, den Menschen geht. Und es ist auch wichtig, sowohl international solidarisch als auch an die eigenen Leute zu denken, an die eigene Stadt, aber schon auch an die Menschen im globalen Sinne. Ich kann Ihnen sagen, ich kenne Texas. Ich habe dort gelebt, ich war dort in der Schule, ich kenne Corpus Christi, ich kenne Austin und Houston und San Antonio, et cetera. Ich möchte, ehrlich gesagt, mit den Menschen, die dort neben der Voest-Anlage leben werden, mit den Menschen, die in Fracking-Gebieten leben werden, nicht tauschen. Ich finde nicht, dass wir die Diskussion aufzäumen sollten, wer dumpen und wer besser ausbeuten kann – egal, ob die Umwelt oder den Menschen –, sondern wir sollen – hoffentlich in überwältigendem Maße –

am 25. Mai Martin Schulz dazu verhelfen, der nächste Kommissionspräsident zu werden (*Beifall bei der SPÖ.*), um nämlich den Menschen in Europa ein sozialdemokratisches und fortschrittliches Europa garantieren zu können, in dem es um eine Sozialunion geht, in dem es um Gerechtigkeit geht, in dem es um einen gerechten Lohnanteil am Erwirtschafteten geht. Denn wie Sie erst heute zum Beispiel in den „Salzburger Nachrichten“ nachlesen können, sind Deutschland und Österreich ungerecht aufgeteilt, was den Anteil des Lohns am Erwirtschafteten betrifft.

Wir brauchen die Vermögensbesteuerungen, wir brauchen die Finanztransaktionssteuern, wir brauchen vermögensbezogene Steuern, um unseren Wohlfahrtsstaat gut ausgestalten zu können. Denn diese Verteilung ist die einzige, die Gerechtigkeit für arbeitende Menschen sichert, nicht nur in dieser Stadt, nicht nur in diesem Land, sondern weltweit. Und das, was wir sonst noch tun, ist schon beschrieben worden, auch an Maßnahmen an persönlicher Unterstützung, um im Beruf weiterzukommen, was die Bildung betrifft, was die Arbeitsmarktpolitik betrifft, was die Unterstützung der Einzelnen zum Weiterkommen betrifft. Da bin ich übrigens auch der Meinung, dass die Unternehmungen mehr dazu beitragen könnten, dass Weiterbildung im Betrieb stattfindet und nicht nur durch die private beziehungsweise die gemeinschaftlich private Kasse – das ist nämlich gleich die öffentliche Hand. Dafür bin ich. Das heißt, Ja zur Sozialunion, Ja zur internationalen Solidarität, denn wir wollen nämlich unsere Wiener Kinder zum Bauvolk der kommenden Welt machen. Das war immer schon unser Ziel und das wird es auch weiter bleiben. (*GR Mag Wolfgang Jung: Hoch der 1. Mai!*) Sie sind Seemann, Schnitter und Mahd. – Jawohl, Herr Kollege Jung, er weiß es: Hoch der 1. Mai! (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Die Aktuelle Stunde ist nun beendet.

Bevor wir zur Erledigung der Tagesordnung kommen, gebe ich gemäß § 15 Abs 2 der Geschäftsordnung bekannt, dass an schriftlichen Anfragen von Gemeinderatsmitgliedern des ÖVP-Klubs der Bundeshauptstadt Wien acht, des Klubs der Wiener Freiheitlichen zehn eingelangt sind.

Von den GRen Mag Ebinger, Dr Eisenstein und Christian Unger wurde eine Anfrage an den Herrn amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Kultur und Wissenschaft betreffend Missstände bei den Vereinigten Bühnen Wien gerichtet. Das Verlangen auf dringliche Behandlung dieser Anfrage wurde von der notwendigen Anzahl von Gemeinderäten unterzeichnet. Gemäß § 36 Abs 5 der Geschäftsordnung wird die Beantwortung der Dringlichen Anfrage vor Schluss der öffentlichen Sitzung erfolgen. Ist diese um 16 Uhr noch nicht beendet, wird die Gemeinderatssitzung zur tagesordnungsgemäßen Behandlung der Dringlichen Anfrage unterbrochen.

Vor Sitzungsbeginn ist von Gemeinderatsmitgliedern des Klubs der Wiener Freiheitlichen ein Antrag eingelangt. Den Fraktionen wurde dieser Antrag schriftlich bekannt gegeben, die Zuweisung erfolgt wie beantragt.

Von den GRen Mag Gudenus und Anton Mahdalik wurde ein Ersuchen an den Stadtrechnungshof gemäß § 73e Abs 1 der Wiener Stadtverfassung betreffend Umgestaltung der Mariahilfer Straße eingebracht. Dieses Prüfersuchen wurde an den Stadtrechnungshof weitergeleitet.

Die Anträge des Stadtsenates zu den Postnummern 2, 4, 5, 9 bis 12 und 14 bis 16 gelten gemäß § 26 der Wiener Stadtverfassung als bekannt gegeben. Bis zu Beginn dieser Sitzung hat kein Mitglied des Gemeinderates zu diesen Geschäftsstücken die Verhandlung verlangt. Ich erkläre daher gemäß § 26 der Wiener Stadtverfassung diese als angenommen und stelle fest, dass die im Sinne des § 25 der Wiener Stadtverfassung erforderliche Anzahl von Mitgliedern des Gemeinderats gegeben ist.

In der Präsidialkonferenz wurde nach entsprechender Beratung die Postnummer 13 zum Schwerpunkt-Verhandlungsgegenstand erklärt – der Berichterstatter scharrt schon in den Startlöchern – und gleichzeitig folgende Umreihung der Tagesordnung vorgeschlagen: Postnummern 13, 17, 1, 3, 6, 7 und 8. Die Postnummern werden daher in dieser Reihenfolge zur Verhandlung gelangen.

Es gelangt nunmehr Postnummer 13 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft die Walk 21 Konferenz 2015. Ich bitte den Herrn Berichterstatter, Herrn GR Kubik, die Verhandlungen einzuleiten.

Berichterstatter GR Gerhard **Kubik**: Danke schön. – Ich ersuche um Zustimmung.

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Danke. – Ich eröffne die Debatte, wobei ich in Erinnerung bringe, dass die Erstredner jeder Fraktion 40 Minuten, die weiteren Redner 20 Minuten zur Verfügung haben. Zu Wort gemeldet ist Herr GR Ing Mag Dworak. Ich erteile ihm das Wort.

GR Ing Mag Bernhard **Dworak** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrte Frau Stadträtin! Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen!

Wenn Richard Schmitt von der „Kronen Zeitung“ seinen Kommentar mit „ein Festel um 20 Milliarden“ beginnt, dann muss Feuer am Dach der grünen Vizebürgermeisterin sein, wenn er davon schreibt, dass der Kongress zur Fußgängerförderung vulgo Walk 21 laut der grünen Verkehrsstadträtin viel, viel mehr bringt, als dieser Event kostet, und dann von den Kosten pro Teilnehmer von 1 650 EUR und Bewirtungskosten von 81 EUR für das Galadinner schreibt. Damit wird die Wirtschaft der Stadt ganz toll gefördert. Dass niemals ein Plus aus dieser Veranstaltung herauskommt, bestenfalls ein Minus in der Gesamtrechnung des Kongresses bei der Endabrechnung steht, ist für alle klar.

Der Kongress soll laut dem vorliegenden Aktenstück gerade einmal wohlfeile 1,2 Millionen EUR kosten, bei voraussichtlich nicht einmal 700 TeilnehmerInnen. Ein fürstlicher Aufwand von mehr als 1 700 EUR pro Teilnehmer. Auf der Wertschöpfungsseite wird uns von 1,1 Millionen EUR berichtet, die ein solcher Kongress für Wien bringen kann. – Man spricht also hier durchaus in der Möglichkeitsform. – Mit rund 700 Kongressteilnehme-

rInnen ist dieser Kongress wohl eher ein kleinerer Kongress – München, wo der Kongress 2013 abgehalten wurde, hatte nicht einmal diese 700 Teilnehmer.

Bei Kosten von 1,2 Millionen an einer Wertschöpfung von rund 1,1 Millionen besteht nach Adam Riese eine Lücke von 100 000 EUR. Und diese 1,2 Millionen, meine Damen und Herren, sind nun einmal Steuergeld, das für eine eher dubiose Veranstaltung verschwendet wird. Und offenbar hat sich Richard Schmitt auf diese eigenartige – jetzt zitiere ich ihn – „Erfolgsrechnung der Frau Vizebürgermeisterin“ bezogen.

Als ganz besonders interessant erscheint in diesem Aktenstück auch, dass keinerlei Einnahmen budgetiert werden. Im Durchschnitt sollten nämlich 230 000 EUR an Kongressgebühren lukriert werden. In München hat man davon gesprochen, dass zumindest 500 000 EUR aus der Stadtkassa bezahlt werden müssen. In Wien sind das dann gleich 1,2 Millionen geworden, abgesehen davon, dass im Akt steht, dass die Konferenz noch nie in so einem Rahmen und so einem schönen Ambiente stattfand. Dass das Rathaus als Veranstaltungsort mit keinem Beitrag eine Miete erhält, ist auch nur ein kleiner Schönheitsfehler, es sei denn, man verpackt die Miete unter dem Ansatz 20 000 EUR als Konferenz-Package für 700 Teilnehmer. Und dass die Abwicklung gleich in die bewährten Hände der Stadt Wien Marketing GmbH gelegt wurde, ist auch klar. – Man macht also Geschäfte unter Freunden. Und dass bei einem allfälligen Sponsor 20 Prozent als Provisionen an die Stadt Wien Marketing GmbH gehen, spricht Bände, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Seit dem Jahr 2000 gibt es diese Fußgängerkonferenzen. Gestartet wurden sie in London, und jedes Jahr wurde eine Menge Papier produziert und ins Netz gestellt. Ich darf Ihnen hier die Berichte der 14 oder 13 Jahre zeigen. *(Der Redner hält einen Stapel Dokumente in die Höhe.)* An der Situation des zu Fuß Gehens hat sich aber wenig geändert. In München sprach man 2013 vom überflüssigsten Kongress, der in der Stadt stattfindet, oder von organisierter Steuergeldverbrennung im öffentlichen Raum. Man sprach auch von langen Palaver-Runden, an deren Ende eben das besagte viele Papier, aber wenig Konkretes steht. *(GR Mag Rüdiger Maresch: Wer ist man? Warst du dort? Du sprichst von etwas, was du nicht weißt!)* – Na bitte, ich habe mir das auch angesehen. Ich hab mir die Berichte durchgelesen. Natürlich, selbstverständlich, man muss sich ja informieren, was dort passiert ist.

Offenbar will man, und das steht auch zu, in wachsenden Städten wie in München – und Wien wächst bekannterweise auch – durch Propaganda zum zu Fuß Gehen aufrufen, damit das zu Fuß Gehen attraktiver wird. Aber ob nur Propaganda beim zu Fuß Gehen hilft, das bezweifle ich. Denn dass solche PR-Aktionen offensichtlich Steuergeldverbrennungsmaßnahmen sind, zeigt, da selbst der Anteil der Radfahrer, das Prestige-Projekt der grünen Verkehrsstadträtin, 2013 im Modal-Split von 6,3 auf gerade 6,4 Prozent gestiegen ist. Beim zu Fuß Gehen gab es sogar einen Rückgang um 0,5 auf 27 Prozent, und dass dann noch die öffentlichen Ver-

kehrsmittel um 0,2 Prozent weniger genutzt wurden, muss auch für die Frau Vizebürgermeisterin Vassilakou ein herber Schock gewesen sein.

Die Radfahragentur wird von Martin Blum geleitet, der vom Verkehrsclub Österreich kommt. Der VCÖ ist eine Non-Profit-Organisation, der zum größten Teil durch öffentliche Gelder gesponsert wird und teilweise mit Zivildienern arbeitet. Wie man an diese öffentlichen Gelder herankommt, hat Herr Blum offensichtlich beim Gründer des VCÖ gelernt, indem Studien für jene Institution gemacht werden, die den richtigen Nutzen davon haben – nämlich, dass die Sponsoren ihre Studien gleich mitbekommen. Denn der Nutzen beispielsweise für die Wiener Linien oder für die Linz AG oder für die ÖBB liegt auf der Hand, wenn gegen den Individualverkehr Stimmung gemacht wird. Das, meine Damen und Herren, ist offensichtlich.

Die Radfahragentur wurde bekanntermaßen mit den Agenden der Fußgängerbeauftragten Petra Jens zusammengeführt, unter der Mobilitätsagentur, und dafür wurden für 4 Jahre 8,9 Millionen EUR durch die rot-grüne Regierung hier im Gemeinderat beschlossen. Meine Damen und Herren, übrigens ist diese Agentur ein PR-Betrieb für mehrheitlich grüne Funktionäre, die mit ihrem Geld keinen Meter Radweg oder Fußweg geschaffen haben beziehungsweise jemals schaffen werden. Ausschließlich für PR-Zwecke geschaffen und auch dann noch mit falschen Zahlen operierend, wie Martin Blums Bauchfleck bei Radfahren im Winter deutlich gemacht hat. Und die tatsächlich von der Stadt Wien operativ Beauftragten – für das Radfahren, Franz Blaha, und für das zu Fuß Gehen, Gabriele Steinbach –, haben für ihre Tätigkeiten nämlich keine zusätzlichen Mittel aus dem Budget erhalten. Der Radwegebau stagniert auf niedrigem Niveau, auch wenn es so bekannte Prestige-Projekte gibt wie den Ring-Radweg, der außer viel Kosten nur Ärger gebracht hat; für den Ausbau der von der Fußgängerbeauftragten erträumten sogenannten Fußgänger-Highways gab es auch noch nichts. Anstatt nämlich, meine Damen und Herren, auf tatsächliche Maßnahmen zu setzen, erschöpft sich die grüne Verkehrsstadträtin in PR-Maßnahmen und philosophiert von „Wünsch dir was“ oder „Was wäre, wenn“.

Nein, Frau Vizebürgermeisterin, so lassen sich die Leute nicht an der Nase herumführen. Setzen Sie hier endlich Taten, nehmen Sie das Geld in die Hand und investieren Sie es dort, wo es auch bei den Bürgerinnen und Bürgern ankommt, damit die entsprechende Verkehrsinfrastruktur endlich schnell ausgebaut werden kann. Wenn wir heute Früh von der Mariahilfer Straße gesprochen haben, über die lange Zeit des Umbaus und über die Benachteiligung der Anrainer und der dort ansässigen Wirtschaft reden, dann wissen wir, was wir hier offensichtlich nicht wollen: Mit Propaganda im schlechten Sinn lassen sich, meine Damen und Herren, keine nachhaltigen Werte für unsere geliebte Wienerstadt schaffen. Daher ein Nein, meine Damen und Herren, zu diesem Propagandaakt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr GR Mag Maresch. Ich

erteile ihm das Wort.

GR Mag Rüdiger **Maresch** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Berichtersteller! Meine Damen und Herren!

Ich habe eigentlich von dir eine andere Rede erwartet, lieber Bernhard, aber ich habe mir in der Zwischenzeit die Homepage der neuen Abspaltung der ÖVP in Mariahilf angesehen. Und die sagen, sie haben sich deshalb abgespalten – das sind immerhin der Klubobmann und zwei Mandatäre aus einer Fraktion von insgesamt acht, und damit seid ihr jetzt so groß wie die FPÖ in Mariahilf –, weil ihnen die ewige Stichelei und das Schlechtreden von guten Dingen nicht gefallen haben. (*StR Mag Manfred Juraczka: Beim Abspalten habt ihr mehr Erfahrung!*) Eure Politik war nur vom Versuch gekennzeichnet, einen Keil zwischen Rot-Grün hineinzutreiben und die gute Sache der Mariahilfer Straße zu verunglimpfen. Deswegen sind sie ausgetreten. Letzter Satz, den man übrigens auf seiner Homepage beziehungsweise in der „Presse“ oder auf „orf.at“ nachlesen kann: „Das Schiff der ÖVP ist bereits untergegangen, und es hilft nichts mehr, Löcher zu stopfen.“ – So viel zu der Geschichte mit guter Verkehrspolitik. Und wer in der ÖVP gute Verkehrspolitik unterstützt, muss eine andere Politik machen. Das ist einmal das eine.

Die zweite Sache ist die Walk 21 Konferenz: Da hat es eine Einladung gegeben, auch an die Stadt Wien. Es war eine Delegation dort, bei der ich und der Kollege Lindenmayr dabei waren. Die ÖVP hat die Walk 21 nicht besucht. Und wenn man genau sein möchte, die Zitate von Kollegen Bernhard Dworak waren diejenigen, die die dortige CSU verwendet hat, denn das war genau während der Wahlkampfzeit. Es war genau während des Wahlkampfes für die bayerische Landesregierung und dann für die deutsche Bundestagswahl. Da war das ganz klar, dass das ein Politikum ist. – Wir machen die Konferenz nicht vor der Gemeinderatswahl, sondern sie wird nach der Gemeinderatswahl stattfinden, deshalb kann man uns das einmal nicht vorwerfen. (*GR Mag Wolfgang Jung: Eh klar! Vielleicht macht ihr es dann nicht mehr!*) – Das glaube ich zwar nicht, denn die Wahl wird in Wirklichkeit ganz anders ausgehen, als Sie gerne hätten.

Die zweite Geschichte war, dass wir dafür rund 1,2 Millionen ausgeben. Dieser Akt ist vorgelegen, ich habe ihn mir extra für diese Rede mitgenommen. Dieser Akt ist einige Tage aufgelegt, es gab die Möglichkeit, den Akt zu kopieren, ihn genau durchzulesen, und es gab die Möglichkeit, den Akt auch im Ausschuss zu diskutieren. Auf meine Frage, ob es eine Wortmeldung zu diesem Akt gibt, kam eine Wortmeldung, nämlich: nur abstimmen. – Und dann haben wir nur abgestimmt. Die ÖVP hat also die eine Möglichkeitsrunde, den Akt zu diskutieren, ausgelassen, von der FPÖ werden wir noch hören, warum sie die Diskussion ausgelassen hat. Faktum war aber – ich glaube, der ganze Ausschuss hat fünf Minuten gedauert –, ihr hättet Zeit gehabt, wir hätten auch stundenlang diskutieren können. Es war aber nicht so.

Die andere Sache: In München waren an dieser Konferenz rund 700 Teilnehmer, mit sehr interessanten Beiträgen aus der ganzen Welt, sogar aus Indien hat es

Beiträge gegeben, aber auch zahlreiche aus Europa; übrigens auch aus Österreich, denn auch die Stadt Wien war dort mit einem interessanten Beitrag der MA 18 und der FußgängerInnenbeauftragten vertreten. Die ÖVP hat sich um das nicht gekümmert. Es könnte ja sein, dass man sich das im Internet angeschaut hat. Das war aber nicht so. Stattdessen kommt der Kollege Dworak heraus und zitiert uns irgendwelche nebulöse CSU-Schriebe. Darüber kann man sagen, ja, das passt oder passt nicht. Faktum ist aber, dass wir die Einnahmen von den Konferenzteilnehmern, die zwischen 400 und 500 EUR Gebühr bezahlen, nicht dazugerechnet haben, auch die Sponsorgelder nicht. Deshalb kann man nicht sagen, es werden 1,2 Millionen sein, und das ist auch schon das Ende. – Nein, das wird nicht so sein.

Im Zusammenhang mit der Sorge der FPÖ, dass wir nach der Wahl die Konferenz nicht machen werden, bin ich völlig entspannt. Denn wenn man sich die letzten Wahlergebnisse der FPÖ anschaut, dann schaut es finster aus für die FPÖ. Und für die ÖVP schaut es ganz zappenduster aus. Wenn das so weitergeht wie in Mariahilf, dann viel Spaß, dann haben wir nicht nur die NEOS, sondern die ÖVP 1 und die ÖVP 2, und vielleicht noch die ÖVP 3, was weiß ich. (*GR Dkfm Dr Fritz Aichinger: Die GRÜNEN haben sich gedrittelt in Mariahilf, Herr Kollege!*) – Wir haben die Lektion aus Mariahilf gelernt, die ÖVP wird es noch lernen müssen. Das glaube ich auch, ganz sicher. (*Beifall bei den GRÜNEN.*) Wir haben die Lektion aus Mariahilf gelernt, und Sie sind gerade dabei, dass Sie sich ... (*Zwischenruf von GR Dkfm Dr Fritz Aichinger.*) – Ja, das glaube ich, aber ob sich das noch ausgeht, werden wir noch sehen.

Jetzt weiter zur Walk 21. Die Walk 21 ist eine internationale Organisation, die aus England stammt – mehr oder weniger – und jedes Jahr FußgängerInnenkonferenzen durchführt. Das haben so illustre Städte wie Sydney, München, London, New York, Kopenhagen, Zürich, Barcelona, Melbourne, Vancouver und Mexiko City durchgeführt. Es ist für Wien eine Ehre, das zu tun, und wir werden das auch gemeinsam machen, weil – und das ist ganz wichtig – wir in Wien einen hohen Anteil an Fußverkehr, und zwar 28 Prozent haben. Den gilt es nicht nur zu halten, sondern letztendlich auch zu verbessern. Uns ist es wichtig, den öffentlichen Raum – und das halten wir für besonders wichtig – in Wirklichkeit so zu gestalten, dass zu Fuß gehen, flanieren, wenn man so will, sich auf der Straße bewegen einfach ganz angenehm werden. (*Zwischenruf bei der FPÖ: Zum Flanieren muss man Zeit haben!*) – Die Berliner, zum Beispiel, nennen diese großen strategischen Wegstrecken Flaniermeilen, ein Ausdruck, der mir sehr gut gefällt, denn flanieren heißt, sich freiwillig bewegen, auf der Straße zu schauen, einfach Freizeit zu verbringen und dabei nicht von irgendwelchen AutofahrerInnen, RadfahrerInnen oder sonst jemandem gefährdet zu werden.

Zur Mobilitätsagentur: Da muss ich gleich wieder auf den Kollegen Dworak replizieren, der gemeint hat, das sei ja eine Agentur, wo lauter Grün-Funktionäre herumtümpeln. – Interessant. Die Stellvertreterin von Herrn Blum ist nämlich eine ehemalige ÖVP-

Bezirksvorsteherin, und zwar aus der Wieden. Susanne Reichard war damals sogar im Gespräch als eine der ÖVP-ChefInnen auf Wiener Ebene, hat aber dann offensichtlich abgelehnt, denn jetzt haben wir einen anderen ÖVP-Chef. Also noch einmal, zu sagen, die Susanne Reichard wäre eine abgehalfterte Grün-Funktionärin halte ich für echt steil. Sie hat um wenige Stimmen die BezirksvorsteherInnen-Nominierung –, wenn man so will – versäumt, weil sie um zirka 15 Stimmen weniger gehabt hat als die Nummer 1, und um etwa 8 Stimmen weniger als die Nummer 2. Zu sagen, das ist eine Grün-Funktionärin –, na ja, Welch eine Ehre für Susanne Reichard. Offensichtlich ist sie keine ÖVP-Funktionärin mehr, sonst wäre das nicht über die Lippen des Herrn Dworak gekommen.

Noch einmal ein wichtiger Punkt dazu: FußgängerInnenpolitik ist dieser Koalition ganz, ganz wichtig, weil alle Menschen zu Fuß gehen in Wien, und zwar zu 100 Prozent. Deswegen ist es uns wichtig, dass es nicht nur die Mobilitätsagentur und demnächst auch ein Strategiepapier gibt – das auch ein wichtiger Punkt im STEP 2025 ist –, sondern dass wir die Impulse aus dem Walk 21, die in allen Städten – ganz, ganz wichtig – auch umgesetzt worden sind, auch in Wien genießen werden, auch wenn jetzt die Unkenrufe kommen. *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Mahdalik. Ich erteile es ihm.

GR Anton **Mahdalik** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: *(Der Redner betritt das Rednerpult mit einer Tafel unter dem Arm. – Zwischenrufe bei der SPÖ und den GRÜNEN: Ein Taferl! Er hat lange schon kein Taferl mehr gehabt! Schilderwald! – GR Heinz Hufnagl: Ist der Mölzer noch drauf?!)* – Da fällt mir wieder ein Wortspiel ein, auf das die geheime Sprachpolizei dann wieder aufspringen würde, nämlich die Gestapo, wenn ich statt Flachgeher das Wort Negerant verwenden würde, was ich ja nicht tue. Aber dazu kommen wir dann später.

Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Herr Berichterstatter! Sehr geehrte Damen und Herren! – Das habe ich eingangs vergessen. – Der Kollege Dworak hat ja einiges schon vorweggenommen, vor allem die Zahlen für die rot-grüne Stadtregierung, die angetreten ist, den motorisierten Individualverkehr zurückzudrängen, und auf ganzer Linie gescheitert ist. Das zeigen ja die aktuellen Erhebungen, der ÖVP-Mandatar hat es erwähnt. Den einzigen Verkehrsanteil, der wirklich merklich gestiegen ist, die 0,1 Prozent vom Radverkehr, vergesse ich jetzt, weil wir werden nachher noch erwähnen, wie viel wirklich nominell in den Radverkehr investiert wird – ein Postenpöstchen. Während in Wahrheit nur in Feste und Festeln investiert wird, ist der Radverkehr nur marginal gestiegen, was angesichts der Kilometerleistung, die von Rot-Grün in den letzten beiden Jahren etwa beim Radwegneubau an den Tag gelegt wurde, auch durchaus nicht verwunderlich ist.

Die Konferenzen sind ja ursprünglich aus großen Flächenstädten gekommen, aus New York, London, Los Angeles, wo überall eine stattgefunden hat, damit man dort den Leuten erklärt, wie sie in dreieinhalb Stunden aus den Suburbs ins Stadtzentrum kommen – wahr-

scheinlich von Nike gesponsert. Es hat sich auch dort nichts am Verkehrsverhalten geändert. Und in Wien brauchen wir solche Sinnlos-Konferenzen natürlich noch viel weniger, Konferenzen, wo ein Galadinner 57 000 EUR kostet, mit der Location-Miete 77 000 EUR, wo das übrige Konferenz-Catering über 115 000 EUR verschlingt. Also hier wurde geklotzt und nicht gekleckert – ist ja nicht euer Geld, wird ja nicht aus der Parteikassa bezahlt, sondern vom Steuerzahler. Und deshalb werden wir – aber das wird keine große Überraschung sein – diesen Akt auch ablehnen.

Und weil sich Rüdiger Maresch gewundert hat, dass im Ausschuss keine Fragen dazu gestellt wurden: Der Akt ist selbsterklärend, schön aufgeschlüsselt. Die Zeitungen haben schon darüber berichtet. Daher weiß ich nicht, was man da noch viel hätte fragen sollen. Die Antworten wären vorausszusehen gewesen – dass nämlich diese Konferenz ähnlich wichtig ist wie die Velocity Konferenz 2013, die ungefähr 500 000 EUR gekostet hat und genauso null für die Stadt gebracht hat, in diesem Fall für die Radfahrer, denn sonst hätte es ja einen signifikanten Anstieg gegeben und nicht nur lächerliche 0,1 Prozent.

In den Radverkehr beziehungsweise in die Mobilitätsagentur wurde ja viel Geld investiert – 8,9 Millionen EUR. 1,9 Millionen davon für die Fußgängerbeauftragte, die bis jetzt mit zwei glorreichen Ideen von sich reden gemacht hat. Nämlich mit den Fußgänger-Highways, bei denen sie dann ein halbes Jahr später gesagt hat, das geht eigentlich nicht, weil die Bezirke nicht wollen und die das zu entscheiden haben. Das war einmal nichts. Und dann war da noch das Einkaufswagerl-Sharing – ein Billa-Sackerl-Sharing fehlt noch. *(GR Mag Wolfgang Jung: Geschoren werden nur die Wähler!)* Das Einkaufswagerl-Sharing stelle ich mir schon lustig vor, wenn man dann vom Billa oder vom Zielpunkt oder von sonst wo kommend in Richtung der großen Wohnhausanlagen mit dem Einkaufswagerl über die Gehsteige holpert; dann über die Straße vielleicht noch, in Zeitlupentempo, das Muatterl mit dem Einkaufswagerl – die haben sowieso diese althergebrachten Wagerl, die sie hinter sich herziehen. – Das war die zweite gloriose Idee. Bis jetzt ist mir noch nicht mehr aufgefallen. Und die kostet 1,9 Millionen EUR, der Posten insgesamt, mit PR, mit Festen, mit sonstigen Sachen.

Und was macht Rot-Grün? – Nicht nur diese 1,9 Millionen EUR verschwenden, sondern auch 1,2 Millionen EUR nachschmeißen für die Walk 21 Konferenz, die im nächsten Jahr stattfinden wird. Und was hat Rot-Grün nicht alles gemacht, um den motorisierten Individualverkehr zurückzudrängen? – Eine ganze Menge. Das hat den Autofahrer viel Geld gekostet, nämlich die Erhöhung der Kurzparktarife, die Erhöhung der Parkstrafen, die Ausweitung des Parkpickerls, Parkplatzvernichtung, und, und, und. Was hat es gebracht? – Der Autoverkehr ist mehr geworden – Auch wieder kein Wunder, das haben wir schon siebzehn Mal besprochen. Und kurz erwähne ich es noch, obwohl ich es selber nicht mehr hören kann: Wenn man eine neue U-Bahn-Linie baut beziehungsweise diese verlängert, und man baut keinen einzigen Park-

platz, damit die Pendler aus Gänserndorf, aus dem Raum Groß-Enzersdorf ihr Auto auch abstellen können, dann können sie natürlich nicht umsteigen, sondern fahren weiter mit ihren Kraftfahrzeugen.

Rot-Grün hat es sogar zustande gebracht - aber vielleicht ist der Bezirk schuld oder die Wiener Linien. Aber es gibt ja im Bezirk zum Beispiel einen U-Bahn-Koordinator. Wir haben drei bis vier Verkehrssprecher bei den GRÜNEN. Bei den Roten haben wir auch einen Verkehrssprecher oder zwei oder drei; das weiß ich nicht genau, ob der Siegi Lindenmayr auch noch für irgendetwas spricht, außer für sich selbst.

Wir haben es sogar zustande gebracht, also ihr habt es zustande gebracht - das war auch in den Zeitungen -, bei der U-Bahn-Station, U2-Station Aspern Nord. Dort hat man nicht stehen bleiben können, um jemanden aussteigen zu lassen, falls man selber mit dem Auto weiterfährt oder wieder umdreht, damit der regulär aussteigen kann. Ihr habt nämlich diese Ein- und Aussteigebereiche vergessen oder - ich weiß nicht, warum - habt sie eingespart. Die Leute haben im Feld stehen bleiben müssen, illegal eigentlich, oder es waren nachher die Autos saudreckig - Entschuldigung! - oder die Leute selbst, wenn sie ausgestiegen sind. Oder sie sind illegalerweise in den Stationsvorplatz eingefahren, der eigentlich nur für Fahrräder und für die Fahrzeuge der Wiener Linien legal befahrbar ist.

Dann haben wir gemeinsam mit der „Kronen Zeitung“ auf das Thema aufmerksam gemacht, einen Antrag im Bezirk gestellt. Und siehe da, so schwer war es ja gar nicht: Einen Monat später wurden diese neuen Kiss-and-ride-Zonen eröffnet. (GR Mag Rüdiger Maresch: ... die „Krone“!) Man kann jetzt auch legal zur U2-Station Aspern Nord zufahren. - So viel zur Kompetenz von Rot und Grün in vielen Bereichen der Verkehrspolitik.

Insgesamt wurden - um noch einmal zum Radverkehr zurückzukommen - seit Beginn der rot-grünen Koalition 2010 etwa 14 Millionen EUR in Posten und Pöstchen, Feste und Festln investiert, mit dem Radjahr 2013 - das ist zwar unbemerkt an uns vorübergegangen, hat aber 4,5 Millionen EUR gekostet -, 500 000 EUR für die Velocity Konferenz und, und, und, dazu die Mobilitätsagentur. (Zwischenrufe bei den GRÜNEN.)

Um diese 14 Millionen EUR wurde genau kein Meter neuer Radweg gebaut. Und was hätte man bauen können? Da sind die Preise schon sehr, sehr hoch angesetzt: Nämlich 110 km vollwertige Radwege, also sichere, von Fahrbahn und Fußweg getrennte Radwege, oder gar 450 km Mehrzweckstreifen hättet ihr auf die Straße pinseln können!

Auf das beschränkt sich ja der größte Teil der Radwegneubaupolitik von Rot und Grün, denn 80 bis 90 Prozent sind Mehrzweckstreifen. Ich habe jetzt 30 000 EUR pro Kilometer angenommen, die das Aufpinseln kostet; das ist maßlos übertrieben, das mache ich um die Hälfte nach der Arbeit und lasse mir noch eine Hand auf den Rücken binden. (GR Mag Rüdiger Maresch: Das probieren wir aus ...) Aber sonst kämen wir noch auf viel, viel größere Beträge, also Kilometerleistungen, die Rot-Grün hätte machen können, um den Radverkehr wirklich

zu fördern. (GR Mag Rüdiger Maresch: Glaubst, können wir das ausprobieren mit dir?)

Was hat die SPÖ-Alleinregierung zustande gebracht? Nicht viel, zugegebenermaßen, aber im Schnitt 45 km neue Radwege jedes Jahr. Dann kommen die GRÜNEN in die Regierung, sagen, was sie nicht alles machen werden für den Radverkehr - die Neubauleistung stürzt ab auf 18 km, in diesem Jahr auf 16 km! Und ihr genießt euch nicht einmal dafür.

Bei den 18 km im Vorjahr, möchte ich auch noch erinnern, bei der U2-Verlängerung wurden ja einige Radwege auf der Ostbahnbegleitstraße gebaut. Die ist sehr lang, ich fahre ja sehr oft drüber, auch mit dem Fahrrad. Dort wurden insgesamt, also rechts und links, 5 km Mehrzweckstreifen aufgepinselt. Der Rest ist wirklich ein schöner Radweg, sehr breit, es ist auch genug Platz dort; das ist noch einmal ein Kilometer. Locker also 6 km von diesen 18 km im Jahr 2013 wurden allein dort gebaut. Dann bleiben eigentlich für den restlichen Teil der Bundeshauptstadt nur mehr 12 km übrig. Darauf könnt ihr wirklich nicht ernstlich stolz sein!

Darum ist es auch kein Wunder, dass der Radverkehrsanteil seit Jahren herumgrundelt, einmal bei 6 Prozent, jetzt sind wir offiziell bei 6,4 Prozent. Und wenn ich nicht so viel fahren würde, dann hättet ihr überhaupt keine Steigerung zu verzeichnen. (Heiterkeit und Beifall bei der FPÖ. - GR Mag Rüdiger Maresch: Was ist mit dem Taferl? - Weitere Zwischenrufe bei den GRÜNEN.)

Taferl kommt schon! (GR Mag Rüdiger Maresch: Musst ja eh erst lang erklären!) Ich muss nur meine Zettel der peniblen Vorbereitung ein bisschen ordnen (GR Mag Rüdiger Maresch: Du hast eine Tafel ...), weil wir jetzt natürlich beim Thema Verkehr im Allgemeinen sind.

Die öffentlichen Verkehrsmittel, die Wiener Linien, haben im Vorjahr, obwohl sehr viel Werbung gemacht wird, sieben Millionen Fahrgäste verloren. Schuld war das Schaltjahr, die Mondphasen, wahrscheinlich Schwarz-Blau, ich weiß nicht, die Hypo war wahrscheinlich auch schuld. Aber die Wiener Linien haben (GR Mag Wolfgang Jung: Der Heilige Mercer!) abgebaut, was auch kein Wunder ist.

In den letzten zwei Jahren wurden, wenn wir die nächste Preiserhöhung schon mitrechnen, drei Mal einige Tarife empfindlich erhöht. Mai 2012, bezeichnenderweise am Tag der Arbeit: Einzelfahrschein von 1,80 EUR auf 2 EUR. Jetzt kostet er bald 2,20 EUR, dazwischen ist er auf 2,10 EUR erhöht worden. Obwohl StRin Brauner noch im Februar in Abrede gestellt hat, dass eine Tarif-erhöhung auch nur ansatzweise denkbar wäre, werden ab 1. Juli schon wieder einige Tarife empfindlich erhöht. Wie gesagt: 2,20 EUR für den Einzelfahrschein.

Wohin das führt, darf ich den Damen und Herren zeigen. (Der Redner hält eine Fotografie in die Höhe, auf der ein unbekleideter Mann zu erkennen ist.) Es ist ohnehin verschwommen, ist aber ein Bildnis von heute in der Früh. Früher waren die Nackerten im Hawelka anzutreffen, heute flanieren sie singend und schwingend durch die U1-Station Vorgartenstraße. Denn man kann es sich aussuchen in Wien: Entweder leistet man sich

einen Fahrschein und fährt nicht schwarz, oder man hat ein Hemd und auch eine Hose zum Anziehen (*Heiterkeit bei der FPÖ.*), wenn die Kleidungsstücke nicht schon von der Regierung mit ihrer Belastungspolitik ausgezogen wurden. So weit kommt es! Er hat zumindest noch Schuhe an, aber wenn ihr es noch einmal erhöht bis 2015, ist er auch die los.

Wenn das der Charly Hora wüsste, wäre er nicht ganz glücklich. Jetzt ist er endlich die Straßenprostitution los (*Heiterkeit bei der FPÖ.*), und da greift eine andere Folklore im 2. Bezirk Platz. Also, Wolfgang, bitte rede einmal mit dem Charly! Ich vergönne ihm das nicht.

Darum fordern die Freiheitlichen auch eine Rücknahme der Preiserhöhungen der letzten beiden Jahre und eine Rückkehr zu einem sozial verträglichen Tarif, etwa für den Einzelfahrschein von 1,80 EUR. Das kann man sich vielleicht noch leisten, und man kann dann vielleicht auch bekleidet, wenn auch leicht bekleidet, in die öffentlichen Verkehrsmittel umsteigen.

Da möchte ich gleich folgenden Antrag einbringen. Das wäre auch umweltpolitisch eine sinnvolle Maßnahme: Dann würden nicht sieben Millionen weniger fahren, sondern vielleicht sieben Millionen mehr. Und der Rückgang des Autoverkehrs wäre nicht nur eine Mär oder ein frommer Wunsch, sondern würde wirklich eintreten. Ihr könntet etwas gegen die Lärm-, Feinstaub- und Abgasbelastung in Wien machen. Aber dafür dürft ihr die Tarife nicht teurer machen, sondern billiger!

Den einen Schmah möchte ich jetzt auch einmal ausräumen: Um 1 EUR pro Tag kann man alle Verkehrsmittel benutzen. Rechnerisch stimmt es ja. Aber wer fährt denn sieben Tage in der Woche mit den öffentlichen Verkehrsmitteln? Kein Mensch! (*GR Mag Rüdiger Maresch: Nein, du sicher nicht!*)

Die Verkehrsstadträtin fährt mit dem Dienstauto oder geht zu Fuß. Auf dem Rad habe ich sie noch nicht so oft gesehen (*GR Dkfm Dr Fritz Aichinger: Gestern!*), außer jetzt mit dem Alec Hager, da habe ich sie bei einer Aktion gesehen. Lustigerweise an dem Tag - nur habe ich die Vorschau von der Rathauskorrespondenz nicht gesehen -, als die Presseaktion war, bin ich wieder einmal mit dem Fahrrad von Eßling 20 km nach Wien gefahren (*GR Mag Rüdiger Maresch: Geh!*) und wäre genau richtig zum Fototermin gekommen. Aber da hätte sich wahrscheinlich der Hager übergeben. (*GR Mag Rüdiger Maresch: Du bist noch nie mit dem Radl ...*) Der schaut mich eh immer so böse an, wenn wir uns bei einer Diskussion treffen, als hätte ich ihm die Luft aus dem Reifen gelassen. Aber es hätte wieder gepasst.

Ich wiederhole es noch einmal: Ich fahre schon im Halbjahr mehr als der ganze grüne Klub miteinander. Ich weiß, wovon ich spreche, wenn ich über die Schwächen des Radwegnetzes in Wien spreche (*GR Mag Rüdiger Maresch: Aber auf dem Zimmerfahrrad!*) und über den fehlenden Radwegausbau. (*GR Mag Rüdiger Maresch: Auf dem Zimmerfahrrad!*) Wir haben uns auch schon öfters gesehen. (*GR Mag Rüdiger Maresch: ... mit dem Radl!*) Aber du hast es immer nur angebunden. (*Heiterkeit bei der FPÖ.*) Das ist, glaube ich, so ein Alibi-Radl, so ein potemkin'sches Radl. (*GR Mag Rüdiger Maresch:*

Ja, genau, auf dem Zimmerfahrrad bist du Weltmeister! - GR Johann Herzog: Besser als keines! - Weitere Zwischenrufe.) Und meines schaut schon aus als wie!

Aber zurückkommend zum Antrag betreffend Fahrpreissenkung beziehungsweise Rücknahme der Erhöhungen seit dem Jahr 2012: Der Gemeinderat soll sich nämlich aussprechen für die Rückgängigmachung aller Tarifierhöhungen bei den Wiener Linien seit dem 1. Mai 2012, sodass etwa der Einzelfahrschein wieder leistbare 1,80 EUR kostet. Wir verlangen hier die sofortige Abstimmung. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Zum Fußgängerverkehr und zum Mauterweg komme ich ganz zum Schluss, um den Antrag einzubringen. Unsere StRin Veronika Matiassek wird dann inhaltlich darauf eingehen.

Aber wir wollen natürlich die aus unserer Sicht - und nicht nur aus unserer Sicht - sinnlos verpulverten 1,2 Millionen EUR für die Walk 21 Konferenz sinnvoll investiert wissen, nämlich in die Schulwegsicherung in Wien, wo noch sehr, sehr vieles im Argen liegt, wo noch zahlreiche Gefahrenstellen auf unsere Kinder lauern, wo Gefahr für die Gesundheit oder gar fürs Leben besteht, wo Blink-Ampeln fehlen und sehr viele bauliche Maßnahmen noch zu treffen wären, um die Sicherheit unserer Kinder in Zukunft mehr zu gewährleisten als bisher.

Darum fordern wir, dass die 1,2 Millionen EUR für die Walk 21 Konferenz - von euch vorgesehen, von uns abgelehnt - in bauliche und technische Maßnahmen wie etwa Blink-Ampeln im Rahmen der Schulwegsicherung investiert werden, wobei wir auch hier die sofortige Abstimmung verlangen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Damit bin ich auch schon wieder beim Ausgangspunkt des Redebeitrags beziehungsweise beim Akt selbst. Denn wenn wir über den Fußgängerverkehr reden, dann reden wir nicht nur über Fußgänger-Highways, die nie stattfinden werden, oder Einkaufswagenl-Sharing, sondern auch über seit Jahrzehnten bestehende Fußverbindungen, wie etwa der sogenannten Mauterweg im 17. Bezirk eine darstellt - ich bin selbst dort in Dornbach aufgewachsen und viele, viele Male in Richtung Schafbergbad diesen Trampelpfad hinaufgegangen -, der jetzt aus unerfindlichen Gründen - aus unserer Sicht völlig sinnlos, eine reine Schikane für die Bevölkerung - gesperrt ist. Inhaltlich wird Veronika Matiassek das genauer ausführen.

Wir wollen im Interesse der Bevölkerung - Dornbach, Neuwaldegg, Hernals, 17. Bezirk im Allgemeinen - diesen beliebten und immer sehr gut angenommenen Weg wieder öffnen und stellen daher folgenden Antrag an die amtsführenden Stadträte, jenen für Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung sowie an die Frau Verkehrsstadträtin: Sie sollen nämlich Maßnahmen setzen, um eine ehebaldige Öffnung, Wiedereröffnung des Fußweges zwischen Handlirschgasse und Korngasse, des Mauterwegs, sicherzustellen. Auch hier verlangen wir die sofortige Abstimmung. (*Beifall bei der FPÖ.*)

So, jetzt habe ich eh keinen Schlusssatz, aber ich habe eigentlich noch ein Taferl, wie ich gerade merke. Das muss ich natürlich auch noch anbringen. (*GR Mag Gerald Ebinger: Es interessiert uns selber!*) Es ist eh

mehr für die GRÜNEN gedacht. Ich habe ein altes Taferl verwendet, weil ich berufstätig bin und jetzt kein neues habe schreiben können. Es war ja das Taferl „Eure Schande heißt Schwarzer Block“ (*Zwischenrufe bei der FPÖ.*), und ich habe es umgeändert, auch nach dem 1. Juli ganz besonders, auf „... Fahrscheinblock“, weil der immer teurer wird.

Früher hat man sich einen Block Fahrschein gekauft, 5 Stück nimmt man sich meistens, 1,80 EUR hat einer gekostet: 9 EUR. Ab 1. Juli kostet er dann 11 EUR. Das ist auch nicht so ohne. Es geht sich zwar nicht einmal ein Spritzer aus bei den Preisen heutzutage, aber sehr viele Menschen müssen in Zukunft vielleicht Abstand davon nehmen, nicht schwarz zu fahren, oder müssen Abstand davon nehmen, überhaupt mit den Öffis zu fahren. Sie müssen dann halt gehen, vielleicht nackt durch die U1-Station Vorgartenstraße.

Aber ihr habt euch mit dieser erneuten Preiserhöhung im Verbund mit der SPÖ trotz gegenteiliger Versprechung, so hoffe ich im Hinblick auch auf die nächste Wahl, einen Bärendienst erwiesen. Insgesamt hat das der Mobilität in dieser Stadt massiv geschadet. Massiv geschadet, weil ihr all eure Ziele mit dieser erneuten Erhöhung ad absurdum führt: Eure eigene Politik, die ihr früher noch, in Oppositionszeiten, in Sonntagsreden angeführt habt, propagiert habt, verrätet ihr damit genauso! (*GR Mag Rüdiger Maresch: 365 EUR!*)

Denn man muss die Tarife der öffentlichen Verkehrsmittel, die ja chronisch unzuverlässig sind - jeden Tag bleibt irgendwo eine U-Bahn stehen, das ist ja keine Werbung für die Wiener Linien, darum muss man zumindest die Preise so sozial verträglich gestalten, dass die Leute, obwohl kein Geld in die Qualitätssicherung und die Kundenzufriedenheit investiert wird, trotzdem auf die öffentlichen Verkehrsmittel umsteigen, dass der Fußgängerverkehr - weil sie ja irgendwie zu den Öffis hinkommen müssen - gesteigert wird und dass nicht der Autoverkehr weiter ansteigt, sondern die grüne Mobilität in Wien wirklich gefördert wird.

Dafür stehen nämlich wir. Wir sind die richtigen Grünen (*Heiterkeit bei den GRÜNEN*), ihr seid nur das Beiwagerl von den Roten! - Danke schön. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Lindenmayr. Ich erteile es ihm.

GR Siegi **Lindenmayr** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrter Herr Berichterstatter! Sehr geehrte Damen und Herren!

Beginnen möchte ich mit dem Kollegen Dworak von der ÖVP, der uns da heute eine ältere Kolumne von Richard Schmitt aus der „Kronen Zeitung“ bringt. Sie hätten die heutige Kolumne lesen sollen. Heute, 29. April, schreibt Richard Schmitt unter der Überschrift „1 000 Polizisten mehr“: „Wissen Sie noch, was für eine ultrawichtige Presseaussendung am 16. September 2009 über die hiesige Rathauskorrespondenz an alle Medien rausgeschossen wurde? Vermutlich ebenso wenig wie jeder andere Wiener erinnern auch Sie sich an diese Eildepesche aus dem Wiener ÖVP-Hauptquartier.

Hahn verkündete gemeinsam mit der im Jahr 2009 noch als ÖVP-Innenministerin werkelnden Maria Fekter, dass Wien 1 000 Polizisten mehr erhält. Mit dem aus heutiger Sicht nicht unwesentlichen Zusatz: bis zum Jahr 2013.“

Wie gesagt: heutiger Richard Schmitt in der „Kronen Zeitung“. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Und da ich ja 40 Minuten Zeit habe, habe ich auch Zeit, viel zu zitieren. Irgendwo weiter unten schreibt er dann: „Die ÖVP kündigte also bereits damals, vor fünf Jahren, an, Wien zur sichersten Metropole der Welt zu machen.“ Dann geht es damit weiter: „Irgendwas dürfte schiefgelaufen sein,“, und so weiter, „sonst müsste auch die jetzt aktuelle ÖVP-Innenministerin nicht erneut 1 000 Polizisten mehr für Wien bis 2015 versprechen. Was Politikerversprechen wert sind, zeigt also auch diese ÖVP-Presseaussendung aus dem Jahr 2009, rechts als Faksimile,“ - das ist jetzt also noch abgedruckt in der heutigen „Kronen Zeitung“ beim Richard Schmitt -, „ganz gut.“ Als Basteltipp schreibt er noch: „Jetzt ausschneiden und an die Pinnwand heften, zur Erinnerung für die nächste Wahl und für die übernächste.“ - So weit Richard Schmitt.

Ich glaube, für die übernächste Wahl muss man es sich gar nicht mehr im Zusammenhang mit der Wiener ÖVP an die Pinnwand heften. Denn ich bin ganz sicher, die Wiener ÖVP wird die übernächste Wahl hier in diesem Haus politisch nicht mehr überleben. Es ist ja heute ohnehin schon gesagt worden (*GR Mag Wolfgang Jung: Hochmut kommt vor dem Fall, Herr Kollege!*): Der 6. Bezirk löst sich auf.

Wenn man sich überhaupt überlegt im Zusammenhang mit der Verkehrspolitik der ÖVP: Wie war denn das noch in den goldenen Zeiten der ÖVP-Wien, als es den Erhard Busek gegeben hat? Ich gebe gern zu, der hat uns schon ein bisschen zugesetzt. Der hat immerhin aus eigener Kraft für die ÖVP über 33 Prozent erreicht und ist dadurch aus eigener Kraft Vizebürgermeister geworden. (*Zwischenruf von GR Ing Mag Bernhard Dworak.*) Das ist natürlich schon sehr, sehr lange her.

Jetzt kämpfen Sie ums politische Überleben (*StR Mag Manfred Juraczka: So werden Sie nicht mehr Klubobmann, Herr Kollege!*), wenn man sich überlegt, dass Sie in den letzten 25 Jahren auch viele Bezirke verloren haben. Vor 25 Jahren hatte die Wiener ÖVP, die stolze Wiener ÖVP, 9 Bezirksvorsteher, ja, 9 BezirksvorsteherInnen, sagen wir einmal, mit großem I.

Heute stellt sich der Herr Dworak her und meint. Ja, wie ist denn diese Expertenkommission zusammengesetzt? Das sind ja lauter Autogegner, und so weiter, und so weiter. Die Frau Vizebürgermeisterin hat Ihnen ohnehin gesagt, Sie zeichnen immer nur schwarz-weiß, und es geht nicht gegen das Auto. Es geht um ein gedeihliches Miteinander in dieser Stadt. (*Zwischenruf von GR Ing Mag Bernhard Dworak.*) Ein gedeihliches Miteinander in dieser Stadt, ja - wir werden bald zwei Millionen Einwohner haben, und gedeihliches Miteinander heißt, dass es für alle Chancengleichheit gibt und für alle eine faire Verteilung des ganzen Straßenraums.

Aber - und da schließt sich jetzt der Kreis wieder (*GR Ing Mag Bernhard Dworak: ... die SPÖ anders geredet! Da hat die SPÖ etwas anderes ...*), Herr Dworak, da

schließt sich jetzt der Kreis wieder - seit 25 Jahren vertreten Sie eben diese Politik von vorgestern für diese Stadt. Sie haben ja noch viel früher einmal plakatiert: „Diese Stadt ist krank.“, und da sind Sie dann zu Recht noch abgestraft worden vom Wähler. Sie haben jetzt gerade noch eine Bezirksvorsteherin im 1. Bezirk, na gut. 4. Bezirk: verloren! 6. Bezirk: verloren! (GR Ing Mag Bernhard Dworak: 40 Stimmen!) 7. Bezirk: verloren! 8. Bezirk: verloren, jetzt wieder zurückgewonnen. 9. Bezirk: verloren!

Das heißt, Ihnen bleibt gerade noch der 13. Der 18.: Da hat Rot-Grün auch schon eine Mehrheit, im 18. Bezirk. Und im 19. Bezirk sieht man gerade noch, der Herr Tiller - gut, der macht Ihnen selber auch viele Probleme, das wissen wir in der Zwischenzeit - hat halt noch bei Bezirksvertretungswahlen eine satte Mehrheit. Aber bei den gleichzeitig stattfindenden Gemeinderatswahlen schaut es ganz anders aus.

Also, die ÖVP wäre gut beraten, und vor allem der jetzige, gerade noch Vorsitzende (StR Mag Manfred Juraczka: ... haben Sie die absolute Mehrheit verloren!), der gerade noch Vorsitzende Juraczka wäre gut beraten (StR Mag Manfred Juraczka: Früher waren es 60 Prozent: verloren!), hier herauszugehen und zu sagen: Ja, wir haben uns geirrt in den letzten Jahren! (StR Mag Manfred Juraczka: Ja, Sie werden weiter verlieren!) Wir haben uns geirrt, wir haben falsche Politik gemacht. Wir stehen kurz vor dem Untergang, die ÖVP gibt es bald nicht mehr. Ja, wir ändern jetzt unsere Politik!

Damit würden Sie eingehen in die Geschichte der Wiener ÖVP. Da wären Sie mutig, da könnten Sie stolz zeigen: Ja, die ÖVP-Wien ist mir nicht egal! (StR Mag Manfred Juraczka: Geniert sich nicht Ihre Fraktion für das Gestammel, das Sie da hervorbringen?)

Jetzt ... (GR Mag Wolfgang Jung: Jetzt merkt man, warum Sie nicht mehr Klubobmann sind!) Jetzt komme ich zurück - der Herr Jung kann seinen Schlapfen nicht halten -, jetzt komme ich zurück zur Konferenz ... (Heftige Zwischenrufe bei FPÖ und ÖVP. - StR Mag Manfred Juraczka: Niveau kann man nicht kaufen!)

Ja, dann machen Sie keine Zwischenrufe! (StR Mag Manfred Juraczka: Niveau kann man nicht kaufen!) Dann machen Sie keine Zwischenrufe, dann machen Sie intelligente Zwischenrufe. (GR Mag Wolfgang Jung: Sie sind die Hilflosigkeit in Person!) Machen Sie intelligente Zwischenrufe! (Zwischenrufe bei FPÖ und ÖVP.)

Ich komme jetzt zum Aktenstück. (StR Mag Manfred Juraczka: ... wer wirft einen Schatten?) Im Aktenstück geht es heute um die Walk 21, und Wien ist Weltmeister bei den Konferenzstädten. (GR Ing Mag Bernhard Dworak: Bei der Geldverschwendung!) Es ist nicht nur - Sie sagen immer, na ja, der Heilige Mercer; also Wien ist schon mehrmals als Stadt mit der höchsten Lebensqualität genannt worden. (Ironische Heiterkeit bei der FPÖ.)

Wien ist aber auch acht Mal in Folge (GR Mag Wolfgang Jung: Mit der höchsten Arbeitslosigkeit!), acht Mal in Folge zur besten Kongressstadt gewählt worden. Zur besten Kongressstadt, acht Mal in Folge! (GR Mag Wolfgang Jung: Radfaherkongress!) Und zwar die Quelle: Es ist aus der International Congress and Convention

Association. Acht Mal hintereinander beste Kongressstadt! Und: Über die Umwegrentabilität fließt daher sehr, sehr viel Geld in den Steuertopf der Stadt Wien. Ich kann Ihnen das nicht ersparen. Ich werde Ihnen vorlesen, wofür wir wie viel Geld durch Kongresse in Wien hereinbekommen. (GR Mag Dietbert Kowarik: Ist Ihnen das nicht selber peinlich, was Sie da von sich geben, Herr Kollege?)

Nein, das ist mir nicht peinlich. (Heiterkeit und Zwischenrufe bei FPÖ und ÖVP.) Ich habe das ja nicht ausgesucht, dass das der Schwerpunktgegenstand ist. Ich habe 40 Minuten Zeit, und die nütze ich, auch wenn es Ihnen nicht passt. (GR Mag Wolfgang Jung: Sie können sich noch mehr blamieren! - Weitere Zwischenrufe.)

Also, Kongressstadt Wien 2013: Es waren 3 389 Kongresse in Wien mit insgesamt über 500 000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern - damit wurde die Halbe-Million-Marke überschritten, wenn Sie das ausrechnen -, und die Wertschöpfung hat 832 Millionen EUR betragen. Wertschöpfung: 832 Millionen EUR! Sehr, sehr viel Geld fließt hier in die Wirtschaft, in die Wiener Wirtschaft, aber auch in die österreichische Wirtschaft (GR Mag Dietbert Kowarik: Das eine hat mit dem anderen nichts zu tun!), da ja nicht nur Wien davon profitiert.

Durchschnittliche Tagesausgaben sind 430 EUR pro Gast hier in Wien. Vieles waren Firmenveranstaltungen, vieles waren Kongresse. Wir haben 1,4 Millionen Nächtigungen in Wien durch Kongresse; 1,4 Millionen Nächtigungen, das sind immerhin 11 Prozent der Gesamtnächtigungen in dieser Stadt. Das muss man sich einmal überlegen: 11 Prozent der Gesamtnächtigungen in dieser Stadt kommen allein durch den Konferenztourismus herein. Also jede Konferenz in Wien rechnet sich!

Jede Konferenz rechnet sich jetzt einmal unabhängig vom Inhalt, aber auch die Inhalte dieser Konferenzen tragen sehr, sehr viel zur Bewusstseinsbildung bei. Das hat man beispielsweise auch beim Redebeitrag des Kollegen Mahdalik gemerkt. Denn früher, bevor es die Radkonferenz gegeben hat, hat die FPÖ immer gesagt: Nein, Radwege, pfui Teufel! Radwege brauchen wir ja überhaupt nicht, das ist Teufelswerk!

Aber die Bewusstseinsänderung bei der FPÖ ist schon eingetreten, denn heute hat es uns der Herr Mahdalik vorgerechnet. Er hat nämlich nachgeschaut: Was kann denn ein Radweg kosten? Was kostet eine Mehrzweckstreifen?, und so weiter, und hat es uns vorge-rechnet. Ich will jetzt nicht nachrechnen, ob das stimmt oder nicht stimmt; wahrscheinlich werden Sie sogar richtig gerechnet haben: Wir hätten 110 km vollwertige Radwege bauen können. Da sieht man, eine Bewusstseinsbildung ist beim Herrn Mahdalik und bei der FPÖ eingetreten! Denn früher waren Radwege eben Teufelswerk; jetzt sagt die FPÖ, ja, da könnte man das und das und das bauen. Also: Konferenzen wirken!

Wenn ich mir auch überlege: Der Herr Mahdalik hat darüber gesprochen, die SPÖ hätte da einen, zwei, drei Verkehrssprecher. Bei der FPÖ frage ich mich ja, wozu Sie überhaupt einen Verkehrssprecher haben! Denn mit Ihnen verkehrt sowieso niemand, weder hier noch in Brüssel noch sonst irgendwo. Also Sie bräuchten das

sowieso überhaupt gar nicht. *(GR Mag Dr Alfred Wansch: ... echt demokratisch!)*

Heute hat er ein besonderes Stück geliefert, der Herr Mahdalik. Es ist ja derzeit so modern, Selfies ins Internet zu stellen. Der Herr Mahdalik wollte heute nicht zurückstehen und hat uns selber gezeigt, was er heute in der Früh in der U-Bahn-Station für ein Selfie von sich gemacht hat. *(GR Mag Wolfgang Jung: Sie sind ja so witzig!)* Er hat dieses Foto da hergezeigt, und über unsere Kamera, mit der wir da ins Internet übertragen werden, ist dieses Selfie jetzt sicher auch auf Social Media. Soll so sein, Herr Mahdalik!

Ich komme jetzt ... *(GR Mag Wolfgang Jung: Wissen Sie noch, was Sie reden?)* Ja, ich weiß noch, was ich rede. Ich komme jetzt nämlich zu den Wiener Linien. *(GR Mag Wolfgang Jung: Das ist schlimm!)* Ich komme jetzt zu den Wiener Linien. Die Tarife der Wiener Linien ... *(GR Mag Wolfgang Jung: Zur nächsten Peinlichkeit! - GR Mag Dietbert Kowarik: Glauben Sie nicht, dass Sie lustig sind! Sie sind nur halbblutig!)*

Das geschieht ja nicht aus Jux und Tollerei, dass hier die Tarife etwas angepasst worden sind. Denn das geschieht im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen und finanziellen Verantwortung, die wir für diese Stadt tragen. Wir investieren nämlich sehr, sehr viel in den öffentlichen Verkehr. *(GR Mag Wolfgang Jung: Deshalb haben wir immer die Probleme wie mit der U6!)* Es gibt natürlich auch die Kollektivvertragserhöhungen und Ähnliches, und ich nutze gerne die Gelegenheit. Nachdem da jetzt Anträge zu den Wiener Linien eingebracht worden sind, nutze ich gerne die Gelegenheit, Ihnen zu erzählen, was im heurigen Jahr mit dem Geld alles gemacht wird. *(GR Mag Dietbert Kowarik: Festln!)* Ich habe mir das zusammengeschrieben.

Also als Beispiel *(GR Mag Wolfgang Jung: Richtig zusammengeschrieben?)*: Die Betriebskosten sind von 2009 bis 2013 um knapp 80 Millionen angestiegen. Im Jahr 2013 haben wir allein 11 Millionen EUR in kürzere Intervalle gesteckt, auf den U-Bahnen außerhalb der Stoßzeiten - in den Stoßzeiten kann man nicht mehr viel verdichten *(GR Mag Wolfgang Jung: Bauen Sie auch sichere Fahrerkabine ein ...)* - sowie auf einigen Straßenbahn- und Buslinien. *(GR Mag Wolfgang Jung: Als Folge der Kriminalität?)*

2014 investieren die Wiener Linien 140 Millionen *(GR Mag Wolfgang Jung: Keine Antwort!)* in neue Fahrzeuge und damit in mehr Qualität. 140 Millionen im Jahr 2014! Im Vorjahr haben wir neue Strecken eröffnet, nämlich die U2 und die Linie 26. *(GR Mag Wolfgang Jung: Die Bediensteten sind so zufrieden, dass sie Betriebsversammlungen abhalten!)*

Derzeit wird die U1 vom Reumannplatz bis Oberlaa verlängert. Die U4 wird modernisiert, denn in Wahrheit ist das ja noch aus dem Umbau der Stadtbahn; da muss wirklich einmal eine Modernisierung bei den Schienen einsetzen. Vor Kurzem wurde ein neuer U6-Zug übernommen, allein der kostet 10 Millionen EUR, und es wird auch hier kürzere Intervalle geben. Auch wegen kürzerer Intervalle braucht man höheren Personal- und Energieaufwand, auch das kostet Geld. Und da wollen Sie uns

diese minimale Erhöhung vorrechnen!

Wenn man noch dazu berücksichtigt, wenn man es nämlich vergleicht - wir leben zwar in Wien und nicht im Vergleich, aber man muss da immer ein bisschen über den Tellerrand hinausschauen. Das fällt Ihnen natürlich sehr schwer, das ist mir klar. Aber man muss das einmal mit anderen Städten vergleichen. Beispielsweise ein Einzelfahrschein kostet in Linz 2 EUR, in Graz 2,10 EUR; das ist günstig, aber das Leistungsangebot ist wesentlich geringer.

Ausgegangen ist die Anpassung ja vom VOR, vom Verkehrsverbund Ost-Region. Wir hätten hier in Wien unterschiedliche Preise gehabt. Also allein aus dem Grund mussten wir das anpassen, dass man mit demselben Fahrschein weiterhin auch im gesamten VOR unterwegs sein kann.

Vergleichen wir das einmal mit deutschen Städten. Die haben ein geringeres Leistungsspektrum und teilweise sogar wesentlich höhere Preise. Der Einzelfahrschein kostet in München und in Berlin 2,60 EUR, in Köln kostet er 2,80 EUR, in Hamburg 3 EUR. Das ist damit deutlich höher, über unseren Tarifen. Zürich: 3,40 EUR. Stockholm: 3,90 EUR. Und in London kostet der Einzelfahrschein 4,70 EUR. München hat noch dazu in der Früh 20-Minuten-Intervalle. In Wien nicht: Wir haben maximal 7,5 Minuten, und die Wiener U1 hat ein 3-Minuten-Intervall.

Die vier wichtigsten Tickets, die es in Wien gibt, sind unverändert geblieben! Das möchte ich auch sehr betonen. Der Preis der Jahreskarte beträgt unverändert 365 EUR, die Senioren-Jahreskarte kostet 224 EUR, das Top-Jugendticket 60 EUR, und die Studierenden-Semestertickets kosten 75 EUR. Wir haben den neuen Rekord von mehr als 600 000 verkauften Jahreskarten erreicht. Wir haben neun Millionen Fahrgäste im Jahr. Allein das zeigt die Investitionen, die wir gesetzt haben. Diese Investitionen lohnen sich!

Das bedeutet - und jetzt möchte ich zu Ihrer Freude möglicherweise doch schon zum Schluss kommen ... *(StRin Veronika Matiasek: Nein, das war so schön!)* Na, ich kann mich ja noch einmal zum Wort melden. Schauen Sie, ich habe immer noch 24 Minuten! *(StRin Veronika Matiasek: Das war so lustig heute! - Weitere Zwischenrufe bei der FPÖ.)* Na gut, gerne. Ja, gerne! Also: neue Züge auf der U6. *(GR Armin Blind: Kombination mit der Sadomaso...)* Sie haben mich ja herausgefordert. *(Aus dem Sektor der FPÖ ist das Geräusch einer Ratse zu hören.)* Neue Züge auf der U6, ja - darf ich weiterreden? Ich habe Zeit, wenn Sie mich unterbrechen, ich habe Zeit.

Neue Züge auf der U6: Bombardier wird fünf neue Züge ausliefern. Und so weiter, und so weiter.

Elektrobusse: Citybus-Linien 2A und 3A vollständig mit 12 Elektrobussen. Hybridbusse, Mercedes-Busse und so weiter, und so weiter.

2014 werden 18 neue ULF-Niederflurstraßenbahnen angeschafft, et cetera.

Sollte ich mich noch einmal melden müssen, habe ich noch einiges übrig. Ich möchte vorläufig einmal schon schließen und möchte festhalten, dass beide Vizebür-

germeisterinnen im Verkehrsbereich, also StRin Brauner und StRin Vassilakou, dazu beitragen, dass es in Wien einen ganz, ganz tollen Modal-Split gibt. Der Umweltverbund im Modal-Split ist sehr, sehr gut vertreten.

Dies zeigt, die rot-grüne Stadtregierung macht gute Politik für die Wienerinnen und Wiener. Wir werden das auch im heurigen Jahr so fortsetzen. - Danke schön. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Der nichtamtführende Stadtrat DDr Schock hat sich zur Geschäftsordnung zum Wort gemeldet. - Bitte.

StR DDr Eduard **Schock**: Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren!

Kollege Lindenmayr hat in seinem Beitrag, wenn ich das richtig vernommen habe, gemeint: GR Jung „kann seinen Schlapfen nicht halten“. - Ich meine, dass diese Äußerung eigentlich zweifelsfrei die Würde sowohl dieses Hauses, vor allem aber die Würde eines Gemeinderates dieses Hauses, nämlich des Abg Jung, verletzt.

Frau Vorsitzende! Ich ersuche Sie daher, das Protokoll zu überprüfen, ob diese Äußerung so, wie ich sie gehört habe, wirklich gefallen ist.

Meine Damen und Herren! Die Ernsthaftigkeit des Beitrages eines Gemeinderates zu überprüfen, ist sicherlich nicht die Aufgabe dieses Hauses. Inwieweit ein Redner hier ernst genommen werden kann, das muss letztendlich seine eigene Fraktion überprüfen. Aber wenn die Würde dieses Hauses verletzt wird, Frau Vorsitzende, wenn hier die Würde eines anderen Kollegen verletzt wird, dann ist es sehr wohl Aufgabe dieses Hauses, dann ist es Aufgabe des Vorsitzes, hier einzuschreiten.

Frau Kollegin Vana! Ich ersuche Sie daher: Überprüfen Sie das Protokoll, und wenn diese Äußerung wirklich so gefallen ist, dann erteilen Sie dem Kollegen Lindenmayr bitte einen Ordnungsruf. *(Beifall bei der FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.)*

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Herr nicht amtsführender Stadtrat! Ich kann Ihnen versichern, ich werde in der üblichen Weise verfahren und das Protokoll prüfen lassen, so wie in allen anderen Fällen auch.

Zum Wort gemeldet ist Herr GR Walter. Ich erteile es ihm.

GR Norbert **Walter**, MAS (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrter Berichterstatter! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Kollege Lindenmayr, eines ist mir schon klar: dass Sie im 9. Bezirk wohnen und wahrscheinlich noch nicht oft über der Donau gewesen sind, weil Sie sonst nicht so euphorisch über die Wiener Verkehrspolitik reden könnten. *(Beifall bei der ÖVP.)* Denn zu behaupten, Wien hat einen tollen Modal-Split - na ja, dann frage ich mich: Wozu brauchen wir dann den Walk 21? Warum haben wir die Velo-Konferenz gebraucht, wenn wir ohnehin schon so toll sind?

Es erinnert mich diese ganze Geschichte ein bisschen daran, dass der Architekt Lampugnani einmal ein Buch geschrieben hat: „Die neue Beschaulichkeit der Stadt“. Möglicherweise mag das zutreffen auf den inneren Stadtkern, sprich, die Innergürtelbezirke, aber sicher-

lich nicht auf die Flächenbezirke. Denn zu behaupten, dass man dort mit der U-Bahn überall hinkommt, oder mit den Bussen oder mit der Straßenbahn, dann würde ich einigen hier in diesem Hause empfehlen, einmal öffentlich nach Strebersdorf zu fahren. Es dauert nämlich von da ungefähr eine dreiviertel Stunde. Mit dem Auto brauchst du 10 Minuten, 15 Minuten, je nachdem. *(GR Mag Rüdiger Maresch: Na geh! - GR Mag Christoph Chorherr: 10 Minuten? In 10 Minuten nach Strebersdorf?)*

Ja, das geht sich aus. *(GR Mag Rüdiger Maresch: Wenn du mit 200 fährst?)* Das geht sich aus. Aber auf jeden Fall ... *(Heiterkeit bei den GRÜNEN. - GR Mag Christoph Chorherr: 10 Minuten! Nach Strebersdorf!)* Ja, du solltest vielleicht einmal ... *(GR Mag Rüdiger Maresch: Wenn man 200 fährt, vielleicht!)*

Schau, Kollege Maresch, das ist auch dein Problem: Du bist eben auch ein bisschen wenig über der Donau, du bist auch mehr nur in der Stadt unterwegs. Ich weiß es ja. Tu nicht so, du brauchst ja deswegen nicht ... *(GR Mag Rüdiger Maresch: 10 Minuten nach Strebersdorf!)* Ja - bist du schon einmal gefahren? Nein, offensichtlich nicht. *(GR Mag Rüdiger Maresch: Aber 10 Minuten braucht keiner!)* Na, siehst! Ich fahre dort öfter hin, weil zufällig mein Betrieb dort ist. Ich kann dir also versprechen, dass das so ist. *(GR Mag Rüdiger Maresch: Das Landschaftsschutzgebiet auch noch ...)*

Wenn der Kollege Lindenmayr davon spricht, dass wir 3 389 Kongresse haben, 500 000 Teilnehmer, finde ich das super, weil das Wirtschaftsförderung ist. Das ist Wertschöpfung. Das mit den 832 Millionen finde ich auch super. Nur: Wie kommen denn die Teilnehmerinnen und Teilnehmer nach Wien? Großteils doch wohl entweder mit dem Auto, mit dem Flieger oder mit dem Zug. Zu Fuß, glaube ich, kommen die wenigsten! *(Beifall bei ÖVP, FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.)*

Ich würde ein bisschen dafür plädieren, wenn wir schon bei diesem Thema sind, dass man etwas mehr Ernsthaftigkeit in die Sache bringt. Ich meine es durchaus nicht ironisch, wenn ich sage, dass die Bezirke über der Donau stiefmütterlich behandelt werden. Jetzt wird nachgedacht, eine neue U5 zu bauen, die Lächerlichkeit vom alten AKH in der ersten Ausbaustufe bis zum Rathaus. Und die Anbindung an die U2 finde ich ja sowieso, gelinde gesagt, einen Scherz.

Aber ihr seid nicht einmal in der Lage, einen Bus zu machen, der von der Leopoldau am Abend bis zum Stammersdorfer Friedhof fährt und dann umdreht. Wenn Jugendliche dort am Abend mit dem Bus nach Hause fahren, dann können sie dort beim Friedhof aussteigen, und ich weiß nicht genau, was sie dort tun sollen. Jedenfalls kann ich mich nicht erinnern, dass dort viele Jugendliche wohnen. Ihr seid nicht in der Lage, den nach Stammersdorf/Strebersdorf zu führen.

Die ganzen Radialverbindungen sind bis heute ein echter Witz. Der Schnellbahnring um Wien, großspurig angekündigt: Wo ist er denn? Da könnt ihr jetzt euer Hirnschmalz und das Geld investieren! Aber stattdessen in einem Kongress zusammensitzen und zu überlegen, wie man noch besser zu Fuß gehen kann, finde ich

super, denn jeder von uns geht gerne zu Fuß. Aber man muss es auch möglich machen, denn die Radwege und Radwegkreuzungen, auch Autokreuzungen: Was wir dort in der Stadt erleben, ist zum Teil ein Wahnsinn! Ich erinnere nur an den Ring-Radweg und auch die Unfälle, die dort ständig passieren.

Im Übrigen, Herr Kollege Lindenmayr, weil Sie gesagt haben, die ÖVP wird es nicht mehr geben: Ich erinnere nur daran, Sie sollten nicht so großspurig reden, denn in den zwei westlichen Bundesländern Vorarlberg und Tirol geht die SPÖ, glaube ich, mittlerweile schon unterm Teppich spazieren, aber jedenfalls nicht mehr darüber.

Also: Immer vor der eigenen Haustür kehren und dann erst auf andere hinzeigen, sage ich, ist ein bisschen einfacher. (GR Dipl.-Ing Rudi Schicker: *Ihr habt ja nichts anderes gesagt! Die Wiener ÖVP ...*) Ja, ich habe nur gesagt, man soll selber in den Spiegel schauen. Dann schaust du gegen Westen, Rudi, und dann weißt du, dass es so ist. Dann braucht man nicht auf andere ... (GR Dipl.-Ing Rudi Schicker: *Schön, dass du anerkenntst, dass es bei euch so ist! - Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

Das werden wir dann sehen, was der Souverän entscheidet. Ich bin mir nur ziemlich sicher: Wenn ihr so weitermacht, wird es euch nicht viel besser gehen. Unter Umständen sitzt dann in 15 Jahren gar keiner von euch mehr da. Also muss man ... (GR Godwin Schuster: *Das ist aber leicht möglich auf Grund des Alters!*) Ja, siehst du! (GRin Martina Ludwig-Faymann: *... können wir nicht diskutieren!*) Habe ich ja gesagt: Das macht der Souverän.

Um noch einmal auf das Thema zurückzukommen: Ich finde es gut, dass man Kongresse veranstaltet. Das finde ich auch wichtig. Ich bin aber auch dafür, wenn man viel Geld für solche Dinge ausgibt, dass man sie evaluiert. Ich habe bis heute nichts gehört vom Velo-city Kongress, was an Evaluierung passiert ist, was man besser machen kann.

Ich habe noch nichts gehört von dem riesig anwachsenden Radverkehr. Wenn ich mich erinnere, haben die Zeitungen kürzlich erst geschrieben, dass in Wahrheit der Radverkehr in etwa gleich geblieben ist gegenüber den Jahren, zumindest im Winter. Abgesehen davon, dass falsche Zahlen veröffentlicht worden sind - das kann einmal passieren, wenn man das kleine und große Einmaleins nicht kann. Das kann schon einmal sein.

Aber jedenfalls bin ich dafür, dass wir in dieser Verkehrspolitik nicht die Augen verschließen. Ich sage Ihnen ganz ehrlich, so zu tun, als ob auch die U-Bahnen auf bestem Stand sind, das würde ich auch nicht behaupten, wenn man sich die Störanfälligkeit der U4 anschaut, auch der U6.

Was habt ihr den Straßenbahnfahrerinnen und -fahrern für die Sicherheit angeboten? Die haben ja nicht umsonst zuletzt eine Betriebsversammlung gemacht. Jetzt hat schon wieder einer einen Faustschlag bekommen. Ich glaube, solche Dinge, das ist wahre Politik, und das ist echte Politik.

Kollege Maresch! Zum Abschluss ein Zitat von Georg

Bernhard Shaw: „Die besten Reformer, die die Welt je gesehen hat, sind die, die bei sich selber anfangen.“ - Danke. (Beifall bei der ÖVP und von GR Dr Wolfgang Aigner.)

Vorsitzende GRin Dr Monika Vana: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Mag Chorherr. Ich erteile es ihm.

GR Mag Christoph Chorherr (Grüner Klub im Rathaus): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Rede vom Kollegen Walter hat mich nicht ruhen lassen, insbesondere seine Aussage, von hier nach Stammersdorf in 10 Minuten zu fahren. Da musste ich jetzt meinen Computer zücken. Dieser Computer sagt - es gibt einen Routenplaner (Zwischenrufe bei der ÖVP) -, von hier bis Stammersdorf sind es 13 km. Dann hoffe ich, ich verrechne mich jetzt nicht mit der Durchschnittsgeschwindigkeit: Wenn der Kollege Walter in 10 Minuten 13 km fahren kann, kommen wir auf eine Durchschnittsgeschwindigkeit des Kollegen Walter mit dem Auto von 78 Stundenkilometern! (Heiterkeit bei den GRÜNEN.)

Ich hoffe - ich habe nur kurz rechnen können -, ich blamiere mich jetzt nicht für die nächsten 10 000 Jahre vor allen, dass ich mich hier verrechnet habe. (GRin Ing Isabella Leeb: *Er fährt ja mit der U-Bahn!*) So viel zu den Zahlenaussagen der Wiener ÖVP. (GR Mag Rüdiger Maresch: *Weißt eh, man muss immer bei sich selber anfangen, Isabella! Immer bei sich selber anfangen!*)

Mit einem haben Sie natürlich recht: Der Modal-Split in Wien ist nicht nur sehr gut, er ist hervorragend! Genau deswegen werden solche Dinge gemacht, um eine der erfolgreichsten Verkehrspolitiken, die Städte auf der ganzen Welt tun, umzusetzen.

Nur so viel zum abwesenden Kollegen von der FPÖ, auch nur ganz schnell: 600 000 Menschen, Zahl weiter steigend, haben eine Jahresnetzkarte! Wenn man sich nur ganz schnell anschaut, was vergleichbare Karten in Europa kosten - ich habe es auch nur ganz schnell recherchieren können -: Wien hat 365 EUR, München hat 474. Wien hat 365, Zürich hat 598. Wien hat 365, Paris hat 701. (GR Mag Wolfgang Jung: *Wie viel verdient man denn in der Schweiz, Herr Kollege?*) Und eine Zahl einer Stadt, die ich sehr schätze (GR Mag Wolfgang Jung: *Wie viel verdient man in der Schweiz?*), die in der Tat größer ist: Wien hat 365, London hat 1 532! (GR Mag Wolfgang Jung: *Mit Zahlen lässt es sich trefflich lügen!*) Aus Redezeitgründen zähle ich jetzt nicht Städte wie auch Madrid auf, also Städte, die von der Kaufkraftparität her deutlich geringer sind als Wien.

Es ist in der Tat eine politische Entscheidung! Kein öffentliches Verkehrssystem der Welt ist kostentragend. Die Frage ist, welche Anreize man schaffen will. Wien bemüht sich besonders, mit der Jahresnetzkarte jenen, die in Wien leben und täglich mit den öffentlichen Verkehrsmitteln fahren - zumindest jenen, die nicht mit 78 Stundenkilometern als Durchschnittsgeschwindigkeit nach Stammersdorf fahren wollen -, eine Alternative anzubieten, um mit diesem Geld auch neue U-Bahnen, Straßenbahnen, Schnellbahnen, et cetera zu errichten.

Deswegen ist ja der Modal-Split so hervorragend. Denn es gibt kaum eine Stadt auf der Welt, die sich zum Ziel gesetzt hat - so der rot-grüne Stadtentwicklungsplan

in seinen Zielvorgaben -, den motorisierten Individualverkehr mit 20 Prozent zu begrenzen und zu 80 Prozent vor allem öffentlichen Verkehr, Radfahrerverkehr und Fußgängerverkehr vorzunehmen.

Aber man soll sich nicht auf Lorbeeren ausruhen. Deswegen gibt es weitere Maßnahmen wie eben diese Konferenz des zu Fuß Gehens, denn zu Fuß zu gehen ist sozusagen (*GR Mag Wolfgang Jung: Glauben Sie, das wird etwas ändern?*) die wahre urbane Fortbewegungsart. Das setzt voraus, dass man sich wohl fühlt, wo man geht, dass man sicher ist, wo man geht. Dort kann man Leuten begegnen. Da gibt es Dinge, die zu verbessern sind, von den Ampelschaltungen über die Breite der Fußwege, über die Querungen bis hin zu den Möglichkeiten, mit Kinderwagen unterwegs zu sein. Da sind wir noch lange nicht dort, wo das Ziel ist, da gilt es, permanente Verbesserungen vorzunehmen.

Diese Konferenzen, sowohl die Velo-city Konferenz als auch jene über das zu Fuß Gehen, zeigen eines, nämlich das, was die Antragsteller sind: Sie sind nämlich neugierig. Was passiert denn auf so einer Konferenz? Da kommen Verkehrsplaner aus der ganzen Welt und zeigen, wie sie das in ihren Städten machen. Eben, weil wir nicht glauben, in allem die Besten zu sein und niemand aus einer anderen Stadt kann Wien etwas sagen, werden diese Konferenzen veranstaltet. Wir sind froh, dass die kommt, und freuen uns schon über die Inputs, die wir umsetzen können.

Ein letzter Punkt sind die oft zitierten geringen Zuwächse des Radverkehrs im letzten Jahr. Ja, es stimmt, im letzten Jahr waren die Zuwächse sehr gering. Aber erinnern Sie sich ein bisschen an etwas, worüber man im privaten Kreis im letzten Jahr sehr intensiv geredet hat, nämlich an das Wetter. (*GR Mag Wolfgang Jung: Das ist jedes Jahr ...*) Im Februar, im März und teilweise noch im April, da ist zu Zeiten, wo heuer die Bäume geblüht haben, in Wien so der Schnee gelegen. Das ist der überraschende Grund, dass im letzten Jahr der Radverkehr in diesen Monaten zurückgegangen ist. Na klar, wenn es so ist wie jetzt, fährst du mit dem Rad. Wenn der Schnee liegt, fahre auch ich nicht mit dem Rad, und ich fahre nahezu 365 Tage im Jahr.

Da hat der Kollege Mahdalik recht: Ich habe ihn schon einige Male mit dem Fahrrad getroffen. Hier zeigt sich, dass unsere Verkehrspolitik keine Klientelpolitik ist, denn kein Mensch wird uns unterstellen, dass die Klientel der grünen Basis der Kollege Mahdalik ist. Ich freue mich also, dass der Kollege Mahdalik in der Tat sogar vom 22. Bezirk mit dem Fahrrad hier war. Und zu manchen seiner Vorschläge, was die Radwegführung betrifft: Ja, da gehören Dinge ausgebaut.

Heuer jedoch - Zuwachsraten - ist es kein Kunststück, einen signifikanten Zuwachs zu erreichen! Das liegt aber nicht vor allem an der sensationellen Radausbaupolitik der rot-grünen Regierung in diesem Jahr, sondern das liegt am Frühjahr, das liegt am Wetter. Das liegt daran, dass im Jänner, Februar, März in einer Intensität in Wien gefahren wurde wie überhaupt noch nie!

Jetzt klopfen wir uns nur insofern auf die Schultern, dass das beste Jahre ever zu haben zumindest bis jetzt,

Ende April, auch damit zu tun hat, dass die Infrastruktur deutlich verbessert wurde über die vielen Jahre. Und es wird wahrscheinlich schwer sein, die Werte Jänner bis April im nächsten Jahr zu übertreffen, weil dieses Wetter vom Radfahrsektor und auch sonst, vom zu Fuß Gehen her, in diesem Jahr unbenommen war.

Lange Rede, kurzer Sinn: Radfahren, aber vor allem - und ich nenne es fast eine gewisse Reihenfolge in diesem Bereich - das zu Fuß Gehen ist die städtische Fortbewegungsart. Ich glaube, es war sogar Martin Blum, der, durchaus auch kritischerweise, völlig richtig zum Thema Mariahilfer Straße gesagt hat: Die Radfahrer sind in Zonen wie der Mariahilfer Straße die Gäste und sollen sich auch wie die Gäste verhalten. Jeder ist froh, wenn er Gäste bekommt, aber es gibt Rahmenbedingungen, wie sich Gäste zu verhalten haben. Das ist eine Fußgängerzone, und ich sage das durchaus auch aus der Sicht von kleinen Kindern, die sich dort bewegen können und bewegen sollen. Wir wollen diese Politik fortsetzen.

Ich ersuche abschließend noch den Kollegen Walter: Bitte im Interesse der Verkehrssicherheit Wiens nicht mit 78 Stundenkilometern vom Rathaus bis nach Stammersdorf fahren! - Danke schön (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Zum Wort gemeldet ist Frau nichtamtsführende Stadträtin Matiasek. Ich erteile es ihr.

StRin Veronika **Matiasek**: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Frau Stadträtin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ja, ich glaube schon, dass der Herr Kollege Chorherr und seine Freundinnen und Freunde jede Menge Spaß bei dieser Konferenz haben werden, so wie einige andere Leute auch. Allein unterm Strich ist zu finden: Für die Bevölkerung wird das nicht sehr viel bringen. Sie glauben doch nicht wirklich, dass Sie den Menschen beibringen müssen, dass man zu Fuß geht! Die Urform, sich fortzubewegen - also das nenne ich schon leicht in die Richtung von Größenwahn gehend, wenn man glaubt, man muss den Menschen beibringen, wo, wann und wie sie sich zu bewegen haben.

Ich sage das so, weil Sie so denken. Das ist Ihre Ideologie, die da sehr stark in die Verkehrspolitik hineinspielt: Sie glauben, Sie können die Menschen verwalten und sie dazu zwingen. Jetzt geht es vorrangig nämlich nicht ums Flanieren, das Ihnen, Herr Kollege Maresch, so wahnsinnig wichtig ist. Ich glaube, es muss in erster Linie darum gehen, sicherzustellen, dass die Menschen zu ihrem Arbeitsplatz, zu den Bildungseinrichtungen möglichst sicher und rasch gelangen und dass sie einfach die Wege des täglichen Lebens einmal in erster Linie sicher und rasch in dieser Stadt abwickeln können. Das Staunen und Flanieren, das kommt dann etwas später. (*Beifall bei der FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.*)

Wie doppelbödig Sie gerade beim Thema Gehen sind, das möchte ich - Herr Kollege Mahdalik hat es schon eingeleitet, weil ich ja keinen Antrag einbringen darf - anhand eines Fußweges in Wien-Hernals, am Südhang des Schafbergs, sagen.

Jahrzehntelang ist man dort - ich sage es jetzt einmal ein bisschen weiter gefasst - vom Zentrum Güpferlingstraße/Hernalser Hauptstraße hinauf auf den Schafberg gelangt, ohne Probleme. Wer diesen Weg aus körperlichen Gründen nicht gehen konnte, der ist ihn eben nicht gegangen und hat einen anderen gewählt. Aber sehr viele Menschen haben sich von unten hinauf auf den Schafberg oder vom Schafberg hinunter zur Alseile, zur Hernalser Hauptstraße auf diesem Weg bewegt, ohne Probleme. Es hat nie einen Unfall gegeben. Falls sich einmal jemand den Knöchel verstaucht hat, na ja, dann hat er das auch nicht an die große Glocke gehängt. Er wusste nämlich, wo er geht.

Das ist auch eine Grundsatzhaltung von uns, dass Menschen wissen, wo sie sich bewegen, dass wir sie nicht ununterbrochen verwalten müssen und ihnen vorschreiben müssen, wie sie sich wo zu bewegen und aufzuhalten haben! Das möchte ich wirklich einmal klarstellen. *(Beifall bei der FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.)*

Vor einigen Jahren hat man diesen Weg mutwillig gesperrt, und zwar unter dem Argument, er sei zu gefährlich, es könnten Hangrutschungen stattfinden. Einfach zugesperrt; zuerst nur ein bisschen halbherzig, man konnte also an diesen Türen vorbeigehen, er ist weiter benützt worden. In weiterer Folge wurde er ganz gesperrt.

Es hat - ich mache jetzt ein bisschen einen Zeitraffer - schließlich dazu geführt, dass es den Menschen, die diesen Weg gerne benutzen, ein Anliegen ist, dass vor allem auch im locker verbauten Bereich des Bezirkes die fußläufigen Verbindungen gut erhalten sind und dass man nicht gezwungen wird auf den einen oder anderen Weg. Es gibt dort zwei steile, asphaltierte Wege, die auch auf den Schafberg führen, das ist der Grünbergweg und das ist auf der anderen Seite der Himmelmutterweg. Der sogenannte Mauserweg ist eine nette Alternative für jemanden, der ein bisschen anders gehen will.

Trotz wiederholter Diskussionen auf Bezirksebene hat das zu nichts geführt, weil immer um den Brei herumgeredet worden ist. Es hat einer dem anderen die Verantwortung zugeschoben. Es geht da jetzt nicht um Kilometer, es geht um einen kleinen Fußweg; das muss man dazusagen, das ist unglaublich! Es wurde also diese heiße Kartoffel hin und her geschoben. Jeder hat gemeint: Ja, er ist eh dafür, dass unbedingt geöffnet bleiben soll, aber es ist so gefährlich, und es kostet ja so viel, diesen Weg auszubauen.

Sehr geehrten Damen und Herren! Kein Mensch, der diesen Weg benützt, hat verlangt, dass er ausgebaut wird. Es hat wunderbar funktioniert, auch mit dem - Kollege Mahdalik hat es so bezeichnet - Trampelpfad; ich sage, es ist eben ein Fußweg, der teilweise unbefestigt ist. Manchmal war es ein bisschen gatschig - na ja, soll sein, das bringt einen ja nicht um.

Dann ist dieses Hin und Her entstanden, und die Befürworter dieses Weges oder die Personen, die sich für den Erhalt dieses Weges eingesetzt haben, sind wirklich gepflanzt worden. Es ist geradezu unanständig, wie man Menschen, die sich für ein positives Thema einsetzen,

dermaßen von Pontius zu Pilatus schickt, dermaßen pflanzt und sich auf der anderen Seite hinstellt und sagt, wir befürworten das zu Fuß Gehen in Wien. Na, dann kann ich euch nur sagen: Fangt doch einmal an, die Wege, die es gibt, offenzuhalten und die Möglichkeiten, die es gibt, einigermaßen so herzurichten, dass die Menschen da überhaupt gehen können!

Ich glaube wirklich nicht, dass es dieser Konferenz bedarf - außer zur eigenen Bespaßung -, wenn man darauf hört, was in den einzelnen Bezirksvertretungen, auch oft von der Opposition, an Anträgen eingebracht wird. Die haben sehr oft mit dem Gehen zu tun, mit den kurzen, fußläufigen Verbindungen im Grätzel oder eben in den einzelnen Bezirken. Kommen Oppositionsanträge, kennen wir das alle: Abgelehnt! Nicht einmal überlegt wird, ob es vielleicht doch etwas Interessantes ist oder ob die Bevölkerung etwas davon hat. Es geht ja hier ähnlich zu.

Es gibt seitens der unterschiedlichen Vereine für behinderte Menschen, für mobilitätseingeschränkte Menschen immer wieder Vorschläge, wo man Absenkungen, Rampen machen sollte. Die müssen jahrelang um eine kleine Rampe kämpfen. Auch hier kann ich ein Beispiel aus der eigenen Umgebung bringen, das ist die U-Bahn-Station an der Alserstraße. Da gibt es eine Rampe am äußeren Gürtel, es gibt aber keine am inneren Gürtel. X Mal verlangt, keiner ist zuständig - einmal ist es der Bezirk, einmal sind es die Verkehrsbetriebe -, und die Menschen, die diese Rampe brauchen, werden im Regen stehen gelassen.

Ich kann Ihnen als Arbeitsprogramm für die nächsten Jahre empfehlen: Nehmen Sie sich doch einmal all diese Forderungen, Wünsche und Anregungen seitens der Bevölkerung her - es wird auch genug beim Bürgerdienst aufliegen -, und arbeiten Sie diese einmal ab! Ich kann Ihnen versprechen, dann wird Wien in vielen Bereichen für die Fußgänger durchaus besser dastehen. *(Beifall bei der FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.)*

Ich komme weiter zu diesem Weg, zu dem es endlos viele Anfragen und Anträge gegeben hat. Gerade jetzt erst ist wieder eine Antwort der zuständigen Stadträtin Vassilakou an uns ergangen, wo natürlich auf die Fragen, die man stellt, nicht wirklich eingegangen wird, sondern wieder absatzweise irgendwelche Plattitüden abgefasst wurden. Immer wieder wird davon gesprochen, dass die Ausgestaltung so teuer ist.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich sage es noch einmal nachdrücklich: Es geht hier nicht um eine Verbreiterung und Asphaltierung, es geht dort auch nicht um eine Behübschung und eine Bemöbelung dieses Weges, sondern einfach nur um eine Öffnung, um von A nach B zu gelangen! Damit würden Sie den Anrainern und den Benutzern dieses Weges schon eine große Freude bereiten und so manchen Fußweg oder so manchen zu Fuß zurückgelegten Kilometer in Wien durchaus ermöglichen.

Es wird noch angeführt - und das war ja wirklich haarsträubend -, wie im Petitionsausschuss mit diesem Ansuchen umgegangen wurde. Es wird noch angeführt im Absatz: „Wie Ihnen sicherlich bekannt ist, hat sich

auch der Petitionsausschuss damit beschäftigt. Eine entsprechende Stellungnahme ist an die EinbringerInnen der Petition ergangen.“, die alles andere als glücklich waren. Ich sage, diese Petition ist ja nicht abgewürgt, die ist geradezu stranguliert worden! Daher ist auch eine Überarbeitung des Petitionsrechtes, wo es um die Lebensqualität vieler Leute geht, dringend angesagt. *(Beifall bei der FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.)*

Es gibt auch einen weiteren Punkt, wie Sie das zu Fuß Gehen im öffentlichen Raum ohne Konferenz oder das sinnvolle Benützen mehrerer Verkehrsmittel, die nicht unbedingt zum motorisierten Individualverkehr gehören, fördern können. Wir haben gerade in den Stadtrandgebieten oft steile Bezirksteile, auch dazu fällt mir ein Beispiel aus meinem eigenen Bezirk ein. Viele Anrainer können zwar zu Fuß zum Einkauf, zum Arzt oder zur Arbeitsstätte gelangen, sie sind aber am Ende eines Tages oft sehr müde und erschöpft, und es sind eben nicht alle so fit wie Herr Maresch und seine Freunde, sondern es gibt auch ältere Personen oder Personen, die unter Umständen etwa auch ein Knie- oder Fußleiden haben. Auch diese sollten aber in unserer Stadt gut vorankommen, wie ich immer glaube. Daher ist die Idee beziehungsweise der Wunsch unter den Anrainern entstanden, man möge dort ein Anrufsammeltaxi installieren, weil eben das eine oder andere Gebiet zu weit entfernt vom Bus liegt und für eine Buslinie nicht groß genug ist. Was aber ist mit dem Antrag geschehen? Er wurde – drei Mal dürfen Sie raten! – natürlich abgelehnt. So geht man nämlich mit den Wünschen und Vorschlägen der Leute, die sich in Wien bewegen wollen, tatsächlich um!

Zum Verhalten im öffentlichen Raum: Ich weiß nicht, warum es Ihnen so ein Anliegen ist, den Leuten immer nur das Flanieren schmackhaft zu machen. – Das dürfte in erster Linie für unausgelastete Sympathisanten von Ihnen gedacht sein!

Wir sagen vorrangig: Natürlich muss man sich rasch und sicher von A nach B bewegen können. Und warum soll man die Freizeit immer im dicht verbauten Teil von Wien verbringen? Das ist Ihnen aber das größte Anliegen, nämlich diese Gestaltung Ihrer – und ich liebe diesen Ausdruck mittlerweile wirklich! – Flanierzonen beziehungsweise Flaniermeilen und Begegnungszonen. Es gibt kaum einen Antrag, in dem Sie diese Worte nicht verwenden, wenn es um die Nutzung des öffentlichen Raumes geht, den Sie natürlich unbedingt verteilen wollen! – Ich glaube, Sie wollen ihn in erster Linie so teilen, dass Sie das dort vollziehen können.

Jetzt fällt mir ein Sager des ersten grünen Klubobmannes in meinem Bezirk Hernals ein. Es gab damals eine Diskussion zum Grillplatz im Schwarzenbergpark. Er sagte zu uns ... *(GR Mag Rüdiger Maresch: Das haben wir jetzt aber schon lange nicht gehört, Frau Kollegin!)* Ja, das ist lange her, aber es zeigt Ihren Geist sehr gut: „Was habt ihr denn eigentlich, warum seid ihr so dagegen? Wir treiben sie dort alle zusammen, und dann haben wir sie unter Kontrolle!“ – Das war damals seine Aussage. *(Zwischenrufe bei den GRÜNEN.)* Und das zeigt genau Ihre Haltung: So wollen Sie es haben! Sie

wollen die Menschen kontrollieren! Sie wollen den Menschen alles vorschreiben! Sie wollen sie kontrollieren! *(Beifall bei der FPÖ. – GR Mag Wolfgang Jung: Das zeigt die Weltsicht dieser Herrschaften! – Zwischenruf von GR Mag Rüdiger Maresch.)*

Sie brauchen nicht zu wacheln! Das wissen die Leute mittlerweile auch. Die vielen Zugezogenen, Herr Kollege Maresch, haben oft keine Freude mit Ihrem Verkehrskonzept. Das kann ich Ihnen sagen! Gehen Sie einmal durch unseren Bezirk und reden Sie mit denen: Die haben keine Freude! *(Zwischenrufe bei den GRÜNEN.)*

Die Frau Stadträtin hat gestern bei einer Ehrung ein bisschen salopp gesagt: „Ich habe einen sehr entspannten Zugang zur Macht.“ – Sie hat aber auch einen entspannten Zugang zur Ausgabe von Steuergeld. Dabei ist ihr Zugang auch sehr entspannt!

Abgesehen von dem heute schon sehr minutiös erklärten Geschäftsstück, über das zu reden ist, welches diese Konferenz betrifft, muss man noch etwas sagen: Es fällt auf, wie unglaublich viele Druckwerke Sie produzieren, in denen Sie sich immer dazu bekennen, dass Sie ja so modern und zukunftslastig sind. – So viel Papier ist überhaupt noch nie erzeugt worden!

Ich habe mir da zum Beispiel ein Druckwerk vorgenommen, das alles andere als einfach konzipiert ist. Es ist lustig, das gefällt Ihnen. Ich weiß, das kommt Ihrem etwas kindlichen Zugang zur Politik sehr entgegen! *(GR Mag Rüdiger Maresch: Hallo, was war das jetzt, Frau Kollegin?)*

In diesem Druckwerk heißt es: „Bleib gelassen bei der Ampel.“ – Ich möchte wirklich wissen, was das Papier, auf dem das steht, kostet, und ich weiß auch nicht, an wen Sie es verteilen wollen! Darin wird den Menschen, weil sie Ihrer Ansicht nach ja so dumm sind, nahegelegt, sie sollen zügig bei Grün gehen und auf den Verkehr achten. – No na! Das lernt man schon in der Volksschule beziehungsweise im Kindergarten oder von seinen Eltern, dass man zügig gehen und auf den Verkehr achten soll, aber ohne Hektik. Dann aber – wupp! – wird das Täfelchen herausgezogen, und es heißt: „Räumphase ist LEO!“ – Ist das nicht lustig? Und dann wird auch erklärt, wie das auch bei Rot ist.

Räumphase ist LEO – und ich mache jetzt einen kleinen Reim darauf, wir Freiheitlichen machen das nämlich gerne –, und Pink ist NEO. Und diese werden Sie beim nächsten Mal durchaus das Fürchten lehren!

Ich habe dann unter den vielen, vielen Hochglanzbroschüren und Druckwerken auch noch eine nette Einladung ins „Geh-Café“ gefunden. *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Wie schreibt man das: „Gay“?)* All das natürlich auf Steuergeld. Dort sitzt offensichtlich die FußgängerInnenbeauftragte und lädt zu lustigen Stadtexpeditionen ein. Und da steht zum Beispiel: „Sehen Sie sich auch manchmal nach Ruhe und Frieden, einfach keinen Lärm mehr, Vogelzwitschern hören, frische Luft spüren, durchatmen und das Leben in der Stadt genießen.“ – Meine sehr geehrten Damen und Herren! Öffnen Sie den Weg auf den Schafberg, dann können Sie all das dort wunderbar genießen! Ich appelliere an Sie: Weniger Ideologie und mehr Hausverstand in die Ver-

kehrspolitik! *(Beifall bei der FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.)*

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Zu Wort gemeldet ist Frau GRin Bluma. Ich erteile es ihr.

GRin Susanne **Bluma** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Werte Damen und Herren! Werte, verehrte Kollegin Matiasek!

Wenn Flanieren in Ihrem Leben nicht vorkommt, dann tut mir das sehr, sehr leid, denn dann haben Sie ein Leben mit sehr geringer Lebensqualität!

Wenn Sie auf der anderen Seite teilweise Politikerinnen und Politiker hier in diesem Haus beschuldigen, einen sehr kindlichen Zugang zur Politik zu haben – was ich nicht nachvollziehen kann –, dann möchte ich etwas feststellen: Besser ein kindlicher als ein aufhetzerischer, verhärmter Zugang zur Politik! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Ich möchte gleich bei Ihnen bleiben: Wenn Sie davon sprechen, dass wir immer wieder den Menschen vorschreiben wollen, dass sie sich bewegen sollen und wie sie Wege zurücklegen sollen, dann möchte ich Sie gerne fragen, warum die Krankenkassen Bewegungsprogramme für Kinder machen. *(StRin Veronika Matiasek: Es geht ja nicht darum, dass sie sich bewegen sollen, sondern um das Wie, Wo und Wann!)*

Wir leben in einer Zeit, in der Krankenkassen Bewegungsprogramme für Kinder machen, und wir alle gehen – und manche fahren – mit offenen Augen durch diese Stadt. Dabei sehen wir, dass Kinder oft im Alter von 11, 12 oder 13 Jahren von ihren Eltern mit dem Auto zur Schule gebracht werden. – Deswegen müssen die Krankenkassen und wir alle Bewegungsprogramme für Kinder finanzieren! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Zum Mauerweg und warum dieser jetzt gesperrt ist: Liebe Kollegin Matiasek! Wir haben Verantwortung in dieser Stadt, und wir nehmen diese Verantwortung jeden Tag aufs Neue wahr. Und wenn ein Weg eine Stützmauer hat, die einzustürzen droht, dann werden wir diesen Weg sperren. Sie kennen wahrscheinlich die Besitzverhältnisse. Wenn nicht, dann schauen Sie sich diese an, bevor Sie hier reden! Dann wissen Sie nämlich auch, warum die Instandsetzung der Stützmauer nicht allein Sache der Stadt sein kann.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Um zum Akt zurückzukommen: Von einer dubiosen Veranstaltung beziehungsweise von einer Sinnlos-Konferenz haben meine Vorredner im Zusammenhang mit der Walk 21 gesprochen. – Der erste Ausspruch stammt von Kollegen Dworak, der zweite vom Toni Mahdalik, und der intellektuelle Unterschied, der sich schon in dieser Begrifflichkeit zeigt, hat sich dann durch beide Reden gezogen, das muss man schon sagen. So wird eine Konferenz bezeichnet, die positive Auswirkungen auf alle Menschen in dieser Stadt haben soll!

Wir alle, und auch diejenigen, die das von sich selbst nicht behaupten, sind nämlich Fußgängerinnen und Fußgänger in dieser Stadt. 28 Prozent aller Wege in Wien werden zu Fuß zurückgelegt. Dabei sind manche ihrer Wege nicht mit eingerechnet, nämlich der Weg zum

öffentlichen Verkehrsmittel oder der Weg zum Parkplatz, wo ihr Auto schläft. Diese Wege sind bei den 28 Prozent nicht dabei.

28 Prozent ist gut, aber es kann und muss besser werden, und eine Konferenz wie diese dient zunächst einmal dazu, zu überlegen, was am zu Fuß Gehen in einer Stadt, in einem Gebiet, in einem Bezirk gut ist und was nicht so gut ist. Es ist dies eine internationale Konferenz, das heißt, sie ist Kontinent übergreifend, und die Menschen allerorts beschäftigen sich mit dem Thema zu Fuß Gehen.

Was ist zu Fuß Gehen? – Zu Fuß Gehen ist die natürlichste Art der Fortbewegung. Wir alle lernen es bereits als Kleinkind: Eine der ersten motorischen Fähigkeiten, die ein Mensch erlernt, ist das zu Fuß Gehen. *(GR Mag Wolfgang Jung: Und das ohne SPÖ!)* Und es ist dies hoffentlich bis ins hohe Alter – wenn man darauf achtet, dass der Bewegungsapparat immer aktiv und in Bewegung ist – unsere natürlichste Art der Mobilität.

Und das gehört ausgebaut und gefördert. Warum gehört das gefördert? *(Zwischenruf von GR Mag Dr Alfred Wansch.)* Herr Kollege! Melden Sie sich bitte nach mir! Hören Sie auf, dauernd reinzuschreien! Das ist respektlos! Ich spreche, ich bin am Wort! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Gehen ist natürlich, Gehen ist gesund, Gehen ist attraktiv, und, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, es macht auch attraktiv, glauben Sie mir das! Und das viel mehr, als wenn man mit dem Auto fährt. *(Zwischenruf von GR Mag Dr Alfred Wansch.)* Es ist kostengünstig, es ist zeitsparend, es ist umweltfreundlich, es ist kommunikativ, und es fördert unsere sozialen Kontakte. Zu Fuß Gehen ist jedem Mann und jeder Frau zu empfehlen, auch Ihnen, werte Kolleginnen und Kollegen! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Jede zweite Fahrt mit dem Auto in dieser Stadt ist kürzer als 5 km. Jede 4. Fahrt mit dem Auto in dieser Stadt ist kürzer als 3 km. 5 km sind eine Distanz, die zu Fuß zurückzulegen einem gesunden Menschen zumutbar ist, die man leicht und schnell zurücklegen kann, und 3 km ohnehin. Überlegen Sie einmal, wie viele völlig unnötige Fahrten mit dem Auto getan werden! *(GR Mag Wolfgang Jung: Wer entscheidet, was unnötig ist?)* Es wird gefahren, wo wir leicht zu Fuß gehen könnten! Ich wünsche Ihnen ... *(Weiterer Zwischenruf von GR Mag Wolfgang Jung.)* Nein! Nein! Jeder vernünftige Mensch, Herr Kollege Jung, weiß das, Sie kennen es nicht, und ich wiederhole es jetzt nicht, aber ich gebe meinem Vorredner auf dieser Seite vollkommen recht: Sie sind unhöflich! Sie sind respektlos! Sie können nicht akzeptieren, wenn jemand anderer am Wort ist und etwas Gehaltvolleres von sich gibt, als Sie das immer tun! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen! Selbstverständlich entscheidet jeder Mensch in seiner jeweiligen Lebenssituation, welche Art der Mobilität die gescheiteste ist. Das heißt nämlich intelligente Mobilität. *(GR Mag Wolfgang Jung: Und was intelligent ist, entscheiden Sie?!)* Und zu Fuß Gehen gehört zu einer Stadt, zu einer Smart City, zu einer gescheiterten Stadt, wie Wien das eindeutig ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Diejenigen, die immer ganz besonders empfindlich sind und Ordnungsrufe verlangen, weil ein Kollege einmal etwas salopp formuliert, sind auch die, die eine andere Rednerin ununterbrochen stören. Das ist nicht gut! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN. – (GR Mag Wolfgang Jung: Sie stören die Argumente, das ist es!)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir unterstützen die Abhaltung dieser Konferenz. Wir unterstützen die Abhaltung einer Konferenz, bei der für die Wienerinnen und Wiener klare Vorteile des zu Fuß Gehens herausgearbeitet werden sollen. Wir sind für die Menschen da. Kein Cent, der in diese Konferenz investiert wird, ist umsonst investiert.

Wir wollen, dass der öffentliche Raum in dieser Stadt den Wienerinnen und Wienern gehört, und in diesem Zusammenhang darf ich einen Antrag einbringen, der sich auch auf den öffentlichen Raum bezieht. Es ist dies ein Beschluss- und Resolutionsantrag der GemeinderätInnen Gerhard Kubik, Omar Al-Rawi, Muna Duzdar, Kathrin Gaal, Ernst Holzmann, Siegi Lindenmayr, Erich Valentin und GenossInnen sowie Mag Rüdiger Maresch und FreundInnen, und er betrifft die Regelung hinsichtlich der Aufstellung von Zeitungsentnahmeboxen. Wir sprechen uns in dieser Resolution ganz deutlich für die Einschränkung einer weiteren Aufstellung aus, und in formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt. – Ich darf den Resolutionsantrag überreichen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Herbst 2015 wird die Walk 21 in Wien stattfinden, in einer der schönsten Städte der Welt. Es wird eine erfolgreiche Konferenz sein. Es wird eine Konferenz für die Menschen, für die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt sein, und ich schliesse mit dem von mir ja schon bekannten Spruch, der besonders ein Appell an Sie ist. Glauben Sie mir: Nur ein bewegtes Leben ist ein gutes Leben. – Danke. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Dadak. Ich erteile es ihm.

GR Michael **Dadak** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren!

Kollegin Bluma hat es jetzt schon gesagt: Die Konferenz wird 2015 kommen. Das lässt sich leider nicht mehr vermeiden. Es ist dies eine Konferenz zum Thema FußgängerInnenverkehr, und das lässt sich die Stadt Wien immerhin 1,2 Millionen EUR kosten.

Man könnte meinen, 1,2 Millionen EUR fallen bei dem riesigen Budgetdefizit gar nicht mehr ins Gewicht. Wahrscheinlich fallen sie auch gar nicht ins Gewicht, aber dennoch sind die Kosten für das Zusammentreffen sogenannter Experten für den Fußgängerverkehr ein Schlag ins Gesicht jedes Wieners und jeder Wienerin, die arbeitslos sind oder von der Mindestsicherung leben müssen und nicht wissen, wie sie sich die monatlichen Mieten oder die gestiegenen Fixkosten leisten können. Und unter diesen Wienerinnen und Wienern, denen es nicht so gut geht, befinden sich sicherlich auch jene Personen, die dazu beitragen, dass 28 Prozent der Wege zu Fuß zurück gelegt werden, weil sie sich ganz ein-

fach kein Auto mehr leisten können.

Es gibt auch eine Aufstellung, wie sich die 1,2 Millionen EUR zusammensetzen, ich habe dabei aber leider einige typische rot-grüne Faktoren vermisst. So wurden da zum Beispiel der „Ich habe mich verrechnet“-Faktor, der „Das haben wir nicht gewusst“-Faktor oder der „Budget schönreden“-Faktor beziehungsweise „Budget schönrechnen“-Faktor nicht mit einberechnet, was uns wahrscheinlich die Frau Finanzstadträtin im Zuge dieser Einmaleins-Tour durch Wien dann im Nachhinein erklären wird. Das Ganze bezeichnet man dann wahrscheinlich als „budgetelastisch“, das sind die Wiener ja schon hinreichend gewohnt.

Aber jetzt zurück zu dieser Konferenz: Es wäre interessant, zu beobachten, wie die Teilnehmer zu einer Konferenz anreisen, bei der es ums zu Fuß Gehen geht: Kommen sie tatsächlich zu Fuß, wie man es erwartet? Oder reisen sie ganz normal per Flugzeug, Auto oder Bahn zu dem 77 000 EUR teuren Buffet an? – Ich glaube eher, die letztere Variante wird bevorzugt werden.

Auf der Konferenz wird unter anderem viel über Fußgänger-Highways geredet werden. Solche Highways, wie auch immer diese aussehen werden, sollen bei uns kommen, kommen werden sie aber letztlich wahrscheinlich eh nicht. – Ich persönlich suche mir, wenn ich zu Fuß gehe, gern selbst die Wege aus, die ich gehe. Ich brauche keine von den GRÜNEN vorgeschriebenen Routen, die ich zu benutzen habe. Wenn ich schneller irgendwohin komme möchte, dann suche ich mir den Weg schon selber aus!

Aber einen billigeren und effizienteren Vorschlag als diese Fußgänger-Highways könnte ich sofort machen: Schicken wir doch endlich die Radfahrer von den Gehsteigen und aus den Fußgängerzonen wieder zurück auf die Radwege! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Somit bin ich heute schon der zweite freiheitliche Redner, der sich für Radwege ausspricht, darüber wird sich Herr Kollege Lindenmayr sicherlich freuen! *(GR Mag Rüdiger Maresch: Statt der Parkspuren? Geht sich das aus?)* Die Parkspuren kommen ein bisschen später! Wir brauchen dann aber auf jeden Fall kein Geld für solche teuren, sinnlosen Konferenzen ausgeben. *(GR Mag Rüdiger Maresch: Dann spielen Sie Dadak gegen Dadak!)*

Weil ich jetzt davon geredet habe, dass wir die Radfahrer von den Gehsteigen verbannen: Ihr werdet jetzt sicherlich sagen, das Fahren auf dem Gehsteig ist eh verboten, dort fahren eh nur schwarze Schafe. – Ich habe einen Artikel gefunden, den der „Standard“ mit der Überschrift veröffentlicht hat: „Jeder zweite Fußgänger hat schon schlechte Erfahrungen mit Radfahrern gemacht. Geben 68 Prozent der Befragten Radfahrer zu, zumindest fallweise den Gehsteig zu benutzen,“ – und 68 Prozent sind ja nicht wenig! – „auf gemischten Radwegen räumen sogar nur 28 Prozent der Radfahrer den Fußgängern den Vorrang ein, und bei einer Engstelle sind 70 Prozent der Radler der Meinung, dass der Fußgänger auszuweichen hat.“ – Da stimmt doch irgendetwas nicht! Das Unverständnis für den Fußgänger steigt, je häufiger jemand mit dem Rad unterwegs ist. So hat es

im „Standard“ geheißen. (GR Mag Rüdiger Maresch: *Wie viele Autofahrer fahren bei Rot über die Kreuzung? – 32 000 bei 3 Ampeln im Jahr!*)

Das nächste Beispiel – und ich muss jetzt leider immer wieder negative Beispiele bringen – betrifft die Fußgängerzone Meidlinger Hauptstraße. Obwohl dort in der Fußgängerzone das Radfahren größtenteils verboten ist, fahren die Radfahrer ungehindert durch die Fußgängerzone, wodurch bewirkt wird, dass sich die Fußgeher dort verunsichert fühlen, weil sie nicht wissen, wohin sie gehen sollen, weil eventuell doch vielleicht ein Radfahrer von hinten kommt.

Wir haben damals 3 000 Unterschriften gegen das Radfahren gesammelt. Diese wurden von der Bezirksvorsteherin einfach ignoriert. Es wurde lediglich eine Tafel dort aufgestellt oder soll aufgestellt werden, dass das Radfahren in der Fußgängerzone verboten ist. – Ich meine, es sollte eigentlich für jeden Radfahrer sowieso klar sein, dass er dort nicht fahren darf!

Als kleines Zeichen des guten Willens hat die Bezirksvorsteherin dann zusätzlich noch gemeinsam mit der Fußgängerbeauftragten medienwirksam eine Stunde lang einen Folder verteilt – jetzt sind wir wieder bei den Druckwerken, die verteilt werden – so quasi nach dem Motto: „Tschuldigung, passt schon, das Ganze!“

Jetzt soll noch im Zuge des Umbaus der Meidlinger Hauptstraße, der über 20 Millionen EUR kostet – das kommt also der Mariahilfer Straße schon sehr nahe –, in der Reschgasse eine Begegnungszone entstehen. Die Kosten belaufen sich auf zirka 800 000 EUR, diesmal für den Bezirk. Und Begegnungszone heißt: Verlust einer kompletten Parkspur zwischen Meidlinger Markt und Meidlinger Hauptstraße. Das freut ganz besonders die Standler und Marktbesucher, die jetzt schon trotz des aufgezwungenen Parkpickerls im Kreis fahren müssen, weil sie dort keinen Parkplatz finden.

Aus diesem Grund haben jetzt Geschäftsleute und Anrainer dort eine Petition gestartet, die binnen weniger Tage einige Hundert Personen unterschrieben haben. Die Begegnungszone dort schafft nämlich wiederum zusätzlich Konflikte zwischen Autofahrern, Radfahrern und Fußgängern. Aber leider ist zu befürchten, dass diese Unterschriften genauso gekübelt werden wie die 3 000 gegen das Radfahren!

Jetzt muss ich etwas Positives zur Velo-city Konferenz voriges Jahr sagen. Ich habe also doch etwas Positives gefunden, gleich im Zusammenhang mit der Meidlinger Hauptstraße oder auch mit der Mariahilfer Straße: Selbst der Verkehrsexperte Alberto Castro – er ist ein ehemaliger Mitarbeiter der Technischen Universität Wien – hat im Rahmen der vorjährigen Velo-city Konferenz aufgezeigt, dass Konflikte zwischen Fußgängern und Radfahrern oft künstlich erzeugt werden. Der Verkehrsexperte – das ist jetzt wiederum ein Auszug aus dem „Standard“ – belegt seine Thesen mit zahlreichen Bildern, auf denen Radwege mitten durch Fußgängerzonen führen, sich Passanten auf lächerlich schmalen Fußwegen drängen oder Fahrradabstellplätze Wege versperren. Deshalb fordert der Verkehrsexperte vor allem mehr planerische Sorgfalt, die Förderung von

Fußgängerbereichen und klare Verkehrsregeln, die Radfahrer- von Fußgängerbereichen trennen. – Es sind also keine neuen, aber überaus wirksame Ideen, die der Mann hat.

Als positives Beispiel führt er dann noch Mödling an: Damit die Radfahrer nicht in die Fußgängerzone einfahren, wurden in der Stadt Schilder angebracht, die die Radfahrer in eine Nebenstraße umleiten. – Das ist für den Verkehrsexperten ein gutes Beispiel dafür, wie Konflikte vermieden werden könnten.

Für mich ist das Ganze ein gutes Beispiel dafür, wie man zum Beispiel diese Zone auf der Mariahilfer Straße für die Fußgänger attraktiver machen könnte. Viele trauen sich dort immer noch nicht auf die Fahrbahn, weil sie Angst vor den Radrasern haben. Auf der Mariahilfer Straße ist dieser Bereich nämlich so breit, dass man geradezu zum schneller Fahren verleitet wird, und daher sage ich: Weg mit den Radfahrern aus der Fußgängerzone oder aus den Fußgängerzonen! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Zur Sicherheit für Fußgänger gehört auch noch etwas anderes: Man darf nicht außer Acht lassen, dass sich viele, speziell ältere Bürger und Bürgerinnen in Wien bei Dunkelheit gar nicht mehr auf die Straße trauen. Wien ist ihnen zu unsicher beziehungsweise zu gefährlich geworden. Und die täglichen Zeitungsberichte bestätigen das ja: Täglich wird von Übergriffen und Überfälle auf Passanten in Wiens Straßen, aber auch in den Öffis berichtet. In letzter Zeit kann sich ja nicht einmal mehr der Bim- oder Busfahrer sicher sein, heil wieder von seiner Arbeit nach Hause zu kommen!

Abschließend möchte ich noch einmal festhalten: Eine FußgängerInnenkonferenz brauchen wir nicht! Die Wiener Bevölkerung braucht keine Bevormundung seitens der GRÜNEN. Sie weiß ganz genau, wann und wo sie zu Fuß gehen kann, und das Geld für die Konferenz wäre in anderen Bereichen sicherlich besser investiert.

Da die Konferenz aber ziemlich zeitgleich mit dem wahrscheinlichen Wiener Wahltermin zusammenfällt, wird es sich die grüne Partei nicht nehmen lassen, die Konferenz ihrer Wählerklientel als grünes Wahlzuckerl zu präsentieren. Zahlen müssen aber alle dafür, und so bleibt nur zu hoffen, dass sich dieses Zuckerl bei der Wahl als bittere Pille für die GRÜNEN herausstellt! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzende GRin Dr. Monika **Vana**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Mag Maresch. Ich erteile es ihm.

GR Mag Rüdiger **Maresch** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrter Berichterstatter! Meine Damen und Herren!

Das mit der bitteren Pille wird sich natürlich am Wahltag herausstellen, gar keine Frage!

Ich habe mich jetzt nur wegen des Mauserlwegs nachgemeldet. Der Mauserlweg passiert sozusagen mehrere Besitzer, darunter unter anderem die MA 69, und auch die MA 28 hat dort eine Grundfläche. Der Weg wurde jedoch wegen eines rutschenden Hanges und einer sich sehr schwer neigenden Stützmauer gesperrt. Und diese Stützmauer befindet sich auf einem Privatgrund, und weil Gefahr im Verzug war, musste dieser

Weg gesperrt werden. Wir werden uns jetzt gemeinsam mit den Dienststellen der Stadt Wien Mittel und Wege überlegen, wie man das Problem lösen kann und eventuell den Privaten dazu bringt, den Weg zu sanieren. – Das war der eine Punkt.

Zweitens: Kollege Dadak hat mich natürlich ein bisschen herausgefordert, als er gesagt hat: Radwege auf die Straße! Und: Radfahren nicht am Gehsteig! – Da bin ich völlig Ihrer Meinung!

Wenn ich mir jetzt aber die Straßen Wiens anschau, dann sehe ich da einen – hoffentlich! – breiten Gehsteig, eine Parkspur, zwei Richtungsfahrbahnen, dann wieder eine Parkspur und dann wieder einen Gehsteig. – Ich bin durchaus der Meinung, dass alles, was Räder hat, auf die Straße gehört, gar keine Frage. Und über Ihre Argumentation, dass Sie sagen, der Radweg muss auf die Straße, das kann aber nur auf Kosten der Parkspur gehen, sollten Sie ein bisschen länger nachdenken! Ich finde die Idee gar nicht schlecht! – Danke schön. *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Der Berichterstatter hat das Schlusswort.

Berichterstatter GR Gerhard **Kubik**: Ich denke, es ist viel gesagt worden über diese Konferenz. Jede Konferenz ist aber nicht nur wegen ihres Inhalts wichtig, sondern natürlich ist sie für ganz Wien wichtig. Es werden viele Leute nicht nur nach Wien kommen, sondern auch Wien anschauen, und ich denke, das ist auch gut angelegtes Werbegeld im Rahmen dieser Veranstaltung. Deshalb bitte ich um Zustimmung.

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Wir kommen nun zur Abstimmung. Ein Gegen- oder Abänderungsantrag wurde nicht gestellt. Ich bitte daher jene Damen und Herren des Gemeinderates, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen wollen, die Hand zu erheben. – Dies ist mit den Stimmen von SPÖ und GRÜNEN so angenommen.

Wir kommen nun zu vier Beschluss- und Resolutionsanträgen.

Erstens kommen wir zum Beschluss- und Resolutionsantrag der FPÖ betreffend Tarifsenkung der Wiener Linien. Wer diesem Antrag seine Zustimmung erteilen möchte, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Dieser Antrag wird nur mit den Stimmen von FPÖ, ÖVP und des klubunabhängigen Mandatars unterstützt und ist daher abgelehnt.

Der zweite Beschlussantrag ist ein Beschlussantrag der FPÖ betreffend Erhöhung der finanziellen Mittel für die Schulwegsicherung in Wien. Wer diesem Antrag die Zustimmung erteilen möchte, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. – Dieser Antrag wird nur mit den Stimmen von FPÖ, ÖVP und des klubunabhängigen Mandatars unterstützt und ist daher abgelehnt.

Ich komme zum dritten Beschlussantrag der FPÖ zum Thema Öffnung des Mauserwegs. Wer diesen Antrag unterstützen möchte, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Dieser Antrag wird nur mit den Stimmen von FPÖ, ÖVP und des klubunabhängigen Mandatars unterstützt und ist daher abgelehnt.

Ich komme nun zum vierten Beschluss- und Resolutionsantrag der GRe Kubik, Bluma, Al-Rawi, Duzdar, Gaal, Holzmann, Lindenmayr, Valentin, Maresch und KollegInnen betreffend Aufstellung von Zeitungsentnahmeboxen. Wer diesem Antrag die Zustimmung erteilen will, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. – Dieser Antrag ist einstimmig so angenommen.

Bevor wir zum nächsten Tagesordnungspunkt kommen, möchte ich bekannt geben, dass ich mir das wörtliche Protokoll der Debatte kommen lassen habe, und ich erteile Herrn GR Lindenmayr einen Ordnungsruf für den Ausdruck: „Der Herr Jung kann seinen Schlapfen nicht halten ...“, und zwar ausschließlich unter dem Aspekt, dass einem anderen Abgeordneten in diesem Haus nicht das Wort verboten werden sollte, außer von den Vorsitzenden.

Ich erteile aber auch Herrn GR Wansch einen Ordnungsruf, der in der gleichen Debatte genau denselben Ausdruck als Aufforderung als Zwischenruf an Herrn Kollegen Lindenmayr gerichtet hat. Das haben verschiedentlich mehrere KollegInnen einschließlich mir hier so gehört. Sie haben denselben Ausdruck verwendet, also erteile ich auch Ihnen einen Ordnungsruf.

Es gelangt nunmehr Postnummer 17 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft das Plandokument 8025 im 21. Bezirk, KatG Großjedlersdorf. Ich bitte die Berichterstatterin, Frau GRin Bluma, die Verhandlungen einzuleiten.

Berichterstatterin GRin Susanne **Bluma**: Ich ersuche um Zustimmung zum vorliegenden Akt.

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Ich eröffne die Debatte. Zu Wort gemeldet ist Herr GR Mag Chorherr. Ich erteile es ihm.

GR Mag Christoph **Chorherr** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Sehr geehrte Damen und Herren!

Der Tagesordnungspunkt betrifft ein Plandokument im 21. Bezirk. Ich möchte einige wenige Sätze darauf verwenden, weil das auch gut die Komplexitäten der Stadtentwicklung zeigt, dass nämlich nicht sozusagen eine abstrakte Idee am Anfang steht, das Ganze dann von kenntnisreichen Beamten entwickelt wird und am Ende ein Widmungsakt steht, sondern dass das ein komplettes Ausverhandeln von Interessen ist.

Worum geht es hierbei? – Ich halte das auch für ein schönes Beispiel dafür, was BürgerInnenbeteiligung kann beziehungsweise auch nicht kann. Es handelt sich um ein Grüngelände und auch Schutzgebiet am Marchfeldkanal. Dort gibt es oder gab es eine alte Widmung, wonach unmittelbar angedockt an ein bestehendes Wohnhaus eine weitere Widmung möglich war.

Es gab nun eine Reihe von Überlegungen, dass man diese Situation deutlich verbessern kann. Deswegen wurde durch „PlanSinn“ moderiert und eine Bürgerbeteiligung gestartet, und es ist dies einmal eine Bürgerbeteiligung, bei der es nicht darum geht, dass einerseits die Stadt etwas möchte und andererseits die dortigen Anrainer aus verständlichen Gründen eine Entwicklung nicht wollen. Vielmehr geht es um die Frage: Wie kann man diese Form der Bebauung naturnäher, aber vielleicht auch mehr im Interesse der Anrainer umsetzen?

Es gab dann viele Diskussionen und einen sehr ernsthaften Prozess, in welchem Mehrwertszensarien mit Streuobstwiesen, Gemeinschaftsgärten und naturnahen Spielplätzen berechnet wurden. All das wurde diskutiert, und dann wurde ein Entwurf vorgesehen. Das war nicht ganz einfach, aber auch das ist Flächenwidmung zwischen den Interessen der Anrainer, die dabei waren, den Vorstellungen des Bezirkes, der MA 21 und der Geschäftsgruppe! Die Interessen gingen oft auseinander, schließlich ist es aber in einem sehr intensiven Prozess gelungen, einen sehr guten Kompromiss zu realisieren, der auch geförderten Wohnbau ermöglicht. Es geht dort also nicht wie so oft um freifinanzierte Wohnungen in einem Grünbereich, sondern um Genossenschaftswohnungen, in diesem Fall von der GEWOG.

Ich darf mich jetzt bei zwei Personen speziell bedanken, nämlich einerseits bei unserem grünen Gemeinderat Jordan, der jetzt in der Bezirksentwicklungskommission ist und sich sehr engagiert hat. Außerdem darf ich Kollegen Spitzer nennen, der sich dabei auch sehr bemüht und erreicht hat, dass das Ganze, nachdem nicht nur alles in dieselbe Richtung gegangen ist, am Schluss dazu geführt hat, dass wir heute gemeinsam einen, wie ich glaube, sehr guten Entwurf präsentieren können. Ich danke also den Beteiligten! – Geschildert habe ich das nur deswegen kurz, weil das sozusagen das Amalgam der Flächenwidmung ist, wie es nämlich gelingt, die verschiedenen Interessen unter einen Hut zu bringen.

Jetzt möchte ich nach Vorberatungen in der Präsidiale einen sehr grundlegenden Beschlussantrag einbringen: Es geht um baukulturelle Leitsätze des Wiener Gemeinderates. Dem ist ein sehr langer Prozess vorausgegangen, der in einem neunseitigen Papier zusammengefasst ist. Diese baukulturellen Leitlinien der Stadt Wien werden Mitte Mai veröffentlicht werden.

Manche werden sagen, auf so allgemeine Sätze kann man sich schnell verständigen! – Wir sagen Nein! „Baukultur“ – ich lese jetzt einmal vor – „ist die Summe aller von Menschen gestalteten Räume, Gebäude und Freiräume.“ 99,9 Prozent dessen, was unser Lebensraum in der Stadt und weltweit für 60 Prozent der Menschen Lebensraum in Städten ist, ist von Menschenhand Gebautes. Und ohne jetzt in die Tiefe zu gehen, möchte ich sagen: Wie das gebaut ist, mit welchen Vorgaben das gebaut ist, mit welcher BürgerInnenbeteiligung und mit welchen Qualitätsansprüchen das gebaut ist, macht die Qualität von Städten aus. Deswegen verpflichtet sich die Stadt zu gewissen Prinzipien, an denen man sich immer wieder versucht und hinterfragt: Haben wir diesen Lebensraum ausreichend berücksichtigt, der ja weit über unser aller Lebensalter hinausgeht?

Wenn wir heute durch die gewachsene Stadt gehen, stellt sich heraus: Diese wurde lange bevor wir geboren wurden, erdacht, geplant und gebaut. Und wir können sicher sein, dass in den Bereichen, die wir heute bauen, unsere Kinder, Enkel und Urenkel irgendwann am Ende des 21. Jahrhunderts leben werden.

Ich sage das jetzt deswegen einmal so prinzipiell, um die Wichtigkeit dessen, mit welcher Haltung man an diese Fragen herangeht, in den Vordergrund zu stellen.

Das kann man nicht abtun und sagen, dass das ein paar allgemeine Sätze sind, die man halt irgendwann am Nachmittag um halb zwei beschließt. Vielmehr bemühen wir uns ernsthaft um die Abklärung der Fragen beziehungsweise nehmen uns das immer wieder vor, dabei allerdings auch wohl wissend, dass das Bemühen nicht immer zu 100 Prozent im Detail umgesetzt werden kann.

Ja. Auch diese baukulturellen Leitsätze, die wir heute beschließen, stellen einen Kompromiss aus verständlichen Überlegungen dar. Auch stadtnahe Unternehmen haben gesagt, wir können uns aus wirtschaftlichen Gründen nicht mehr binden als andere. Es wurde um Formulierungen gerungen. Ich glaube aber, es ist das eine gute Grundlage, auf welcher jetzt die Frau Vizebürgermeisterin ersucht wird, entsprechende Prozesse einzuleiten.

Die MA 19 wird jetzt einen ersten themenbezogenen Workshop veranstalten, bei dem anhand eines ganz spezifischen Themas, nämlich am Bereich des Schulbaus, einmal die Fragen diskutiert werden: Wie kann Baukultur mit Lernen zusammengehen? Wie hat sich Lernen verändert? – Daran werden maßgeblich der Herr Bildungsstadtrat und die Frau Stadtschulratspräsidentin mitwirken.

Ich glaube, dass das etwas sehr Relevantes ist, das wir beherzigen sollten. Ich möchte das jetzt so formulieren: Das Wesen und die Seele einer Stadt ist ihre Baukultur, und man merkt, mit welchem Spirit an das herangegangen wurde.

Ich nenne jetzt ein Beispiel von gebautem Raum. Ich habe das nicht in meiner Vorbereitung, aber es liegt mir jetzt auf der Zunge: Wenn man in den weiten Teilen Österreichs in einen Ort hineinfährt, sieht man neben dem Ortsschild stets das Gleiche. Weil ich am Wochenende dort war, sage ich Ihnen sogar den Ort dazu, wo mir das besonders aufgefallen ist: Frauenkirchen. – Man fährt in diesen Ort, dann sieht man rechts einen ebenerdigen Billa und davor einen Parkplatz. Links sieht man einen Penny Markt und davor einen Parkplatz, und weiter hinten sieht man einen Fressnapf.

Auch das ist unser gebauter Raum. Und wenn man durch Österreich fährt, dann weiß man, dass wir das nicht ein Mal oder zwei Mal haben, sondern dass das oft der Regelfall ist, wie an Stadträndern gebaut wird. Auch das ist Baukultur, aus meiner Sicht allerdings im üblen Sinne. Der einzige Vorteil dieser Art von Stadtentwicklung ist, dass all das nach 30 Jahren hin ist und hoffentlich dann entsprechend anders gebaut wird.

Im Hinblick darauf wollen wir uns mit diesen baukulturellen Leitsätzen vornehmen, nicht so an die Stadt heranzugehen, sondern Räume zu schaffen, wo man sehr wohl Lust hat, zu verweilen, Leute zu treffen oder ein Lokal aufzumachen. Dort können – um jetzt die Diskussion von vorher aufzugreifen – Fußgängerinnen und Fußgänger stehen bleiben und sich miteinander unterhalten, weil es dann so etwas wie Lebendigkeit und Qualität gibt, die bewirken, dass man sich wohl fühlt. – Die Umgebung des Rathauses ist dafür ein gutes Beispiel.

Abschließend: Wir diskutieren viel über das Weltkul-

turerbe, und zwar sollte das insofern geschehen, als wir letztlich sagen dürfen: Wie interferieren Neubauten mit dem bereits Gebauten, auf das wir so stolz sind? – Ich meine: Überlegen wir uns, wie wir mit Neubauten ein Weltkulturerbe des nächsten Jahrhunderts produzieren können! Stellen wir heute Qualitäten her, dass unsere Urenkel, unter denen sich Denkmalschützer und Stadtforscher befinden, sagen: Das, was im Jahr 2022 gebaut wurde, hat eine Qualität, auf die man 100 Jahre später noch stolz sein kann!

Ich weiß nicht, in welcher Form das betrachtet werden wird, das führe ich jetzt nicht aus. Jedenfalls sollten wir aber stolz darauf sein können, dass wir im Jahr 2014 baukulturelle Leitlinien besprochen und beschlossen haben, die die Grundlagen dafür bilden, dass Weltkulturerbe für das nächste Jahrhundert möglich ist. – Danke schön. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, muss ich nach Absprache mit Frau Dr Vana etwas korrigieren: Sie hat Herrn Dr Wansch wahrscheinlich zu Recht einen Ordnungsruf erteilt. *(GR Mag Wolfgang Jung: Das war ungerecht!)* Ich war leider nicht hier, habe aber auch von zwei Gemeinderäten die gleiche Information bekommen wie Frau Dr Vana: Daraufhin hat Dr Wansch einen Ordnungsruf für eine Aussage erhalten, die er nicht gemacht hat. Unmittelbar darauf ist nämlich Kollege Mahdalik zum Vorsitz gekommen und hat gesagt, Wansch war es nicht, sondern ich war es! *(GR Mag Wolfgang Jung: Das sieht man: Es gibt ehrliche Menschen!)*

Ehrlich währt am längsten. Daher werden wir auch diese Tradition fortführen. Toni Mahdalik ist, glaube ich, gerade nicht im Raum, aber ich erteile ihm jetzt anstatt Kollegen Dr Wansch den Ordnungsruf. *(GR Mag Wolfgang Jung: Wer waren die Bösewichter?)* Zwei Männer, wie immer. *(GR Prof Harry Kopietz: Vielleicht waren es beide!)*

Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Dipl-Ing Al-Rawi. – Ich erteile es ihm.

GR Dipl-Ing Omar **Al-Rawi** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich möchte etwas ergänzen zu den Ausführungen, die Herr Chorgherr heute hier über die Baukulturrichtlinie gebracht hat. Im Vordergrund stand, dass wir Räume mit einer gewissen Baukultur errichten wollen, dass diese lebenswert sein und sich die Menschen dort gerne aufhalten werden.

Es ist natürlich auch die Rede von den Materialien, die wir benützen: Diese sollen umweltgerecht sein und auch einen Lebenszyklus haben. Sehr wichtig ist aber auch – und das möchte ich hier unterstreichen –, dass dieser Wohnraum und diese Bauwerke natürlich auch von Menschen errichtet werden. In diesem Antrag steht explizit in Punkt 2, dass Wien sozial gerechter sein und bleiben soll. Dabei wollen wir noch einmal unterstreichen, dass wir mit sozialer Gerechtigkeit nicht nur meinen, dass die Konsumentinnen und Konsumenten durch diesen Wohnraum beziehungsweise öffentlichen Raum soziale Gerechtigkeit erfahren sollen, sondern auch

diejenigen, die diese Plätze errichten.

Das heißt: Es ist dies ein ganz klares Bekenntnis gegen das immer wieder in Erscheinung tretende Lohndumping und soziale Dumping. Wir sollen nachdenken über unsere Errichtungskultur. Auch auf Menschlichkeit im Sinne der Einhaltung der Arbeitsbedingungen und Sicherheitsbedingungen ist zu achten, also auf all die Dinge, die auch mit der Sicherung von Arbeitsplätzen und mit der Lebensqualität des Menschen zu tun haben.

Es war mir wichtig, hier in diesem Zusammenhang festzuhalten, dass wir die soziale Gerechtigkeit sozusagen inklusive verstehen, nämlich nicht nur im Sinne der Konsumentinnen und Konsumenten, sondern auch im Interesse der Menschen, die diese Bereiche errichten. Auch diese dürfen wir nicht vergessen. – Danke.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als nächste Rednerin zu Wort gemeldet hat sich Frau GRin Meyer. Ich erteile es ihr.

GRin Uta **Meyer** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Herr Vorsitzender! Frau Berichterstatterin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Dieser Antrag ist für mich eigentlich eine Farce. Wenn Sie davon reden, baukulturelle Qualität zu erhalten, möchte ich sagen: Allein, mir fehlt der Glaube! – Das schaffen Sie nicht! Sie scheuen sich nämlich nicht, bewusst Ensembles zu zerstören. Sie treffen Anlasswidmungen. Diese finden am laufenden Band statt.

Ein sehr gutes Beispiel dafür ist die Hohe Warte. Dort hat die Gemeinde Wien um ein Drittel des ortsüblichen Kaufpreises 25 000 m² Grund verkauft. Wie das zu verantworten ist, kann ich nicht sagen. Was aber ist dort entstanden? – Bauklötze, hässliche Bauklötze! Wir konnten Gott sei Dank ein fünf- bis sechsstöckiges Bürohaus verhindern. Aber ein Kinderspielplatz musste diesem Projekt weichen.

Wer hat den großen Schnitt gemacht? – Das war „Raiffeisen evolution“. Wie dieses Unternehmen mit der Gemeinde Wien zusammenhängt, werden Sie mir vielleicht einmal beantworten!

Die Zerstörung in dieser Stadt findet pausenlos statt. Was wollen Sie denn erhalten? Schauen Sie sich Neustift an! Dort kommt ein Bauklotz neben dem anderen! An die Verkehrssituation wurde überhaupt nicht gedacht, denn man kann am Platz in Neustift die Straße gar nicht mehr überqueren, weil ein Auto nach dem anderen fährt. Das ist heller Wahnsinn!

Oder was ist in Grinzing mit seinem dörflichen Charakter? – Ohne nachzudenken, werden dort Häuser hineingesetzt! Es wird alles zerstört!

Zu guter Letzt möchte ich als Beispiel noch den Eislaufverein nennen. Sie reden von Weltkulturerbe. Glauben Sie, dass das Hochhaus neben dem Konzerthaus dazu beiträgt, in Wien das Weltkulturerbe darzustellen? Das kann es wohl nicht sein! *(Beifall bei der FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.)*

Die Bürgerinitiativen, die an allen Ecken aufstehen, werden von Ihnen nicht gehört, und diese zehn Punkte sind ein Hohn und echt unglaubwürdig! Das kann ich Ihnen sagen. Daher werden wir diesem Antrag nicht zustimmen. *(Beifall bei der FPÖ und von GR Dr Wolf-*

gang Aigner.)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Zu Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Frau Berichterstatterin hat auf das Schlusswort verzichtet.

Wir kommen daher zur Abstimmung. Wer der Postnummer 17 die Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Ich stelle die Einstimmigkeit fest.

Eingebracht wurde ein Beschluss- und Resolutionsantrag der GemeinderätInnen Christoph Chorherr und Rüdiger Maresch von den GRÜNEN sowie Gerhard Kubik, Dipl.-Ing. Al-Rawi, Susanne Bluma, Dr. Kurt Stürzenbecher, Eva-Maria Hatzl und Georg Niedermühlbacher betreffend baukulturelle Leitsätze. Die sofortige Abstimmung wurde verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Das wird von den Regierungsparteien unterstützt und hat die ausreichende Mehrheit.

Es gelangt nunmehr die Postnummer 1 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft eine Subvention an den Verein für österreichisch-türkische Freundschaft. Ich bitte die Berichterstatterin, Frau GRin Matzka-Dojder, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatterin GRin Anica **Matzka-Dojder**: Ich bitte um Zustimmung.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke und eröffne die Debatte. Zu Wort gemeldet ist Herr GR Akkilic, und ich erteile es ihm.

GR Senol **Akkilic** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Berichterstatterin! Meine Damen und Herren!

Dass wir heute über dieses Geschäftsstück sprechen können und dieses letztendlich auch beschließen werden, ist ganz wichtig, weil wir heuer in Österreich das 50. Jahr der Immigration aus der Türkei begehen. Dazu ist nicht nur in der Bundeshauptstadt einiges geplant. Herr Staatssekretär Sebastian Kurz hat zur Würdigung der 50-jährigen Immigration aus der Türkei in Österreich Feierlichkeiten organisiert. Es wird eine Ausstellung in Ankara zum Thema „50 Jahre Migration aus der Türkei“ geben. Es wird aber auch zusätzliche Veranstaltungen in Wien und in anderen Bundesländern zum Thema 50 Jahre Immigration aus der Türkei geben.

50 Jahre! Stellen Sie sich vor, Sie haben Ihr Ursprungsland verlassen und befinden sich schon seit 50 Jahren in einem anderen Land und haben in diesen 50 Jahren einiges durchgemacht. Einen Blick auf diese 50 Jahre, aber auch auf die zukünftigen 50 Jahre zu werfen oder für immer in die Zukunft zu werfen, wird von großer Bedeutung sein.

Warum? – Ich glaube, dass diese 50 Jahre großteils davon geprägt waren, dass wir ein durchaus friedliches, gutes Zusammenleben mit Menschen aus der Türkei entwickelt haben, dass wir in Wien einiges gemeinsam aufgebaut haben und dass wir in Wien sehr viel für Gemeinsamkeiten gesorgt haben. War es zunächst einmal in den Anfängen die Hilfsarbeitertätigkeit an Baustellen oder in Textilunternehmen, befinden wir uns derzeit bereits auf Ebenen der Politik. Wir haben mittlerweile zwei Abgeordnete mit Ursprüngen in der Türkei in Öster-

reichs Nationalrat, wir haben auch sehr viele Landtagsabgeordnete, Gemeinderäte und BezirksrätInnen, die im Gemeinwesen und im Alltagsleben das Zusammenleben gestalten.

Ich glaube, der Anlass 50 Jahre Migration aus der Türkei gibt sehr viel Stoff her, um die Zukunft gemeinsam besser zu gestalten. Dazu gehört in erster Linie, dass wir mit diesem Phänomen und mit der damit verbundenen Geschichte respektvoll umgehen, und ich glaube, dass die meisten österreichischen politischen Parteien, aber auch die Bevölkerung bis jetzt mit dieser Geschichte respektvoll umgegangen sind, dass wir uns gegenseitig gestützt haben, in schweren, aber auch in guten Zeiten.

Außerdem glaube ich, dass das ein sehr gutes Beispiel auch für unsere Kinder und Kindeskinde für die Zukunft anbietet, worauf wir die Zukunft gemeinsam aufbauen können. Wie wird die Zukunft in diesem Zusammenhang zu gestalten sein? – Ich glaube, dass sich die gesellschaftliche Durchmischung, indem wir gemeinsam Familien gründen und gemeinsam neue Ufer entdecken, verstärken wird. Ich nehme an, dass es immer mehr Wienerinnen und Wiener geben wird, die ihre Ursprünge zwar in der Türkei haben, den Schwerpunkt und die Betonung aber darauf legen, dass sie Wienerinnen und Wiener sind, und ich glaube, dass es ein sehr großer Gewinn für uns ist, wenn wir Menschen mit einem breiten Aktionsradius haben, die auch neue Verknüpfungspunkte für Wien im Zusammenhang mit der Stadt als Wirtschaftsstandort schaffen können. Dabei geht es um Fragen wie: Wie können wir den Wirtschaftsstandort Wien im puncto Mehrfachkompetenz gestalten? Wie können wir die Kompetenzen dieser Menschen für unser Wirtschaftsleben, aber auch für unser kulturelles Leben nutzbar einsetzen?

Ich denke, dass es in diesem Zusammenhang der richtige Weg ist, dass wir aus diesen Erfahrungen und aus dieser Geschichte vor allem lernen, dass Migration eine Geschichte in Österreich hat, dass Migration in Österreich gegenwärtig ist und dass Migration eine Zukunft in Österreich haben wird.

Leider sind die Unterlagen dieser Migrationsgeschichte derzeit total verstreut und nicht an einer Stelle gebündelt und zusammengefasst. Rot-Grün wird aber in diesem Zusammenhang einen Schritt in die Richtung unternehmen, dass wir ein Archiv der Migrationsgeschichte gestalten werden, mit dessen Hilfe wir all die im Laufe der Migrationsgeschichte gesammelten Erfahrungen der Bevölkerung zur Verfügung stellen wollen. Wir wollen einen Teil unserer Geschichte zur Verfügung stellen, damit die Zukunft gestaltet werden kann.

Der Umgang mit Migrationsgeschichte ist auch ein Umgang mit der eigenen Geschichte, mit der eigenen Entwicklung, mit der eigenen Einstellung zur Gesellschaft. Dabei muss man sich die Frage stellen: Gehe ich mit meiner eigenen Vergangenheit und mit meiner eigenen Geschichte schlecht um, beziehungsweise gehe ich mit der Geschichte Wiens im Zusammenhang mit der Migration aus der Türkei oder generell mit der Geschichte der Migration schlecht um? – Wenn wir uns diese Frage stellen, werden wir auch die Zukunft besser ge-

stalten können.

Ich weiß, dass Österreich und Wien nicht nur mit der Arbeitsmigration aus der Türkei Berührungspunkte haben. Die Türkenbelagerungen haben eine identitätsstiftende Rolle in Österreich. Wir wissen auch, dass das Bündnis im Ersten Weltkrieg eine wichtige Rolle in der österreichischen Geschichte spielt. Und nun befinden wir uns in der Etappe der Migration aus der Türkei nach 1945. – Es gibt mehrere Komponenten, mit welchen wir die Türkei in unserer Politik thematisieren können, und ich glaube, dass die Migration nach 1945 und die jetzigen Entwicklungen uns einen sehr klaren und guten Nährboden dafür geben, dass die Freundschaft zwischen Menschen aus der Türkei und allen anderen Nationen gedeihen kann.

Auf einen Punkt möchte ich noch hinweisen: Wenn wir über Migration aus der Türkei sprechen, herrscht die allgemeine Annahme, dass alle Menschen, die aus der Türkei nach Österreich kommen, Türken seien. Das ist ein Fehler! Herr Herzog wird das auch bezeugen können. Wir waren letztes bei einer armenischen Veranstaltung, die von Leuten armenischen Ursprungs aus der Türkei, die hier in Wien leben, ausgerichtet wurde. (*GR Johann Herzog: Diese Leute sind aber schon lange nicht mehr dort!*) Ja. Es gibt aber Leute, die auch ständig Kontakt haben.

Das heißt: Die Vielfältigkeit der Migration ist ein Thema, mit dem wir uns unbedingt auseinandersetzen müssen. Wir können die Migration nicht auf ein Land oder auf eine Ethnie reduzieren. Sehen wir uns etwa Ex-Jugoslawien oder Serbien oder Kroatien an! Wir wissen, dass nicht nur Kroaten aus Kroatien kommen, sondern dass es dort auch serbische Minderheiten und moslemische Personen gibt. Der Blick auf die Vielfältigkeit der Migration ist also von besonderer Bedeutung, weil wir so unseren diesbezüglichen Zugang und unsere diesbezügliche Politik entwickeln können.

Betrachten wir das in puncto Religion: Nicht alle Menschen, die aus der Türkei kommen, sind Moslems. Es gibt Menschen aus der Türkei, die Christen sind. Es gibt Menschen aus der Türkei, die Aleviten sind. Es gibt Menschen aus der Türkei, die Yeziden sind, und so weiter und sofort.

Das heißt: Es gilt die Vielfältigkeit der Migration an Hand des Anlasses „50 Jahre Migration aus der Türkei“ zu analysieren, damit wir besser darauf reagieren und uns besser darauf einstellen können. So dürfen wir zum Beispiel in unseren Bildungseinrichtungen bei der Gestaltung des Unterrichts in den Schulen nicht davon ausgehen, dass wir nur mit Hilfe eines Überbegriffs über Nationalitäten beziehungsweise Ethnie sprechen können, sondern wir müssen davon ausgehen, dass es eben sehr unterschiedliche Menschen aus einem Land oder aus einer Region in Wien geben kann.

Warum sage ich das? – Wir wissen nämlich, dass es auch innerhalb dieser Communities unterschiedliche politische Einstellungen gibt. Es gibt Republikaner, es gibt Konservative, es gibt streng Gläubige, es gibt Liberale, es gibt Weltoffene, es gibt Linke, Rechte, und so weiter, und sofort. Für mich ist es ganz wichtig, dass wir

der Gesellschaft diese Differenziertheit signalisieren und nicht mit einer allgemeinen Beschreibung ein Bild erzeugen, an Hand dessen Menschen nur Vorurteile entwickeln können.

Meine Damen und Herren! Der türkisch-österreichische Freundschaftsverein arbeitet in diesem Bereich seit Jahren und versucht, die Brücken zwischen den beiden Bevölkerungsgruppen zu stärken. Ich meine aber, dass wir jetzt bereits eine andere Stufe erreicht haben, auf welcher diese Freundschaft zur Normalität und ein Teil unseres Lebens geworden ist. Diese Freundschaft können wir aber natürlich noch forcieren und unterstützen.

Im Sinne einer besseren Gestaltung des Zusammenlebens in Zukunft gibt es mittlerweile Jugendliche, die in gemischten Gruppen leben und so viel voneinander lernen und einander viel geben können.

Ich sage noch einmal: Es gibt nicht das Bild einer sozusagen total verschlossenen Gruppierung, auf welcher wir nicht aufbauen können, sondern es gibt eine Öffnung in dieser Gesellschaft. Die Vielfalt in unserer Gesellschaft ist Normalität geworden. Das können wir an Hand sehr vieler – wie ich jetzt sagen möchte – aus der Türkei stämmiger Unternehmen, Betriebe, aber auch Menschen, die in sämtlichen Bereichen des Lebens arbeiten, sehen.

Daher denke ich mir, dass die Arbeit des Vereins für österreichisch-türkische Freundschaft unterstützungswürdig ist. Allerdings sollen wir, aufbauend darauf, die allgemeine Migrationsgeschichte generell, aber auch die Geschichte der Türkei erforschen, damit wir bessere Schlüsse für die Zukunft ziehen können. – Danke. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Es wurde ein sehr weiter Bogen zu diesem Thema gespannt. Nachdem ich die Gründungsgeschichte dieses Vereins kenne, weiß ich: Er geht nicht so weit hinaus.

Als Nächster zu Wort gemeldet ist GR Mag Jung. Ich erteile es ihm.

GR Mag Wolfgang **Jung** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Ich werde an den Bogen anknüpfen. Herr Kollege Akkilic! Es gibt keine Einwände gegen einen Verein für österreichisch-türkische Freundschaft. Diesen gibt es wahrscheinlich sogar, nehme ich an, nämlich sogar einen parlamentarischen Verein. Es gibt auch keine Einwände gegen österreichisch-russische Freundschaft oder sonst etwas.

Worum es aber da jetzt geht, das sind eigentlich Förderungen. Und da muss man sich schon fragen, ob es 20, 30, 40 oder 50 Vereine gibt, die gefördert werden müssen und ob das auf die Dauer – und das haben wir auch heute schon gemerkt: aus knappen Kassen – finanzierbar ist und solche Dringlichkeit in der Finanzierbarkeit besitzt.

Sie kennen unsere Standardkritik an diesen zahllosen Vereinen, die hier zur Förderung der Integration betrieben werden. Sie machen, wie wir immer sagen, im Wesentlichen alle das Gleiche. Sie haben Deutschkurse, sie haben gewisse soziale Zusammenkünfte, aber für die

Deutschkurse gibt es keine Effizienzüberprüfung, und zusätzlich – das kritisieren wir besonders – sind in den Vereinen überall haupt- und teilamtliche Mitarbeiter angestellt, die in einem Abhängigkeitsverhältnis zu den Förderern, sprich, zur SPÖ und ein bisschen auch zu den GRÜNEN, stehen. Und dagegen wehren wir uns, dass hier zusätzlich so folgsame Personen unter Druck geschaffen werden, zumal hier eine ganz gewaltige und überbordende Bürokratie entsteht. Denn jeder dieser Vereine hat Kassiere, hat Vereinslokale, da werden Heizung, Telefon, Computer, alles Mögliche, fällig. Das könnte und müsste unserer Meinung nach eigentlich in Zeiten knappen Geldes – und in denen sind wir – gestrafft werden und zusammengeführt werden.

Sie haben von der erfolgreichen Integration der Türken in Österreich gesprochen. Teilweise erfolgreich. Ich gebe Ihnen in Teilen recht. Es gibt Bereiche, etwa in Oberösterreich oder sonst wo, wo es keine Probleme gibt. Dort gibt es aber auch Vertreter der türkischen Minderheit, wie Sie richtig gesagt haben, mit denen man reden kann. Der Herr Efgani Dönmez ist ganz was anderes als das, was man hier in Wien manchmal zu hören bekommt. Deswegen wird er interessanterweise auch in den eigenen Reihen bei Ihnen kritisiert. Hier muss differenziert werden.

Österreich hat eine ganze Serie von Einwanderungen freiwilliger oder unfreiwilliger, meist unfreiwilliger, Art in den letzten 40, 50, 60 Jahren hinter sich gebracht. Das Erste war die große Flüchtlingswelle nach dem Zweiten Weltkrieg, das Zweite war 1956 Ungarn, und das Dritte war die Tschechoslowakei nach dem Prager Frühling. Alle diese Einwanderungswellen wurden von Österreich gut verkraftet, wurden, Herr Kollege, gut verkraftet ohne zig Vereinsgründungen. Die Leute sind hier, haben sich von sich aus integriert, haben sich eingesetzt und haben nicht Sonderrechte, Sonderzahlungen und Sondervereine beansprucht. Und das ist, glaube ich, ein ganz, ganz großer Unterschied.

Das Geld ist knapp, und wir haben damit sorgsamer zu wirtschaften als bisher. Wir haben ja heute schon eine große Debatte zu der Thematik gehabt. Das berühmte Galadinner um, wie die „Kronen Zeitung“ schreibt, 77 000 EUR, von dem die Kollegin Bluma behauptet hat, kein Cent wird schlecht verwendet. Na ja, ich glaube schon, dass das den Herrschaften schmecken wird. Ob kein Cent schlecht verwendet wird, darüber kann man diskutieren.

Was wir kritisieren, ist – wir werden ja heute auch beim Amerlinghaus noch darüber reden –, dass hier Probleme in doppelter Hinsicht bestehen. Zum einen ist weniger Geld da, wir müssen auf sinnvollere Verteilung drängen, zum anderen stehen die Vereine, die es gewohnt sind, Geld zu bekommen, und zwar viel, viel Geld zu bekommen, plötzlich vor knappen Kassen, und dann bläst Ihnen auch von dieser Seite der Gegenwind ins Gesicht. Wir haben es ja gestern wieder gesehen. Da waren ein paar seltsam gekleidete Personen hier, die protestieren wollten, und Sie haben ja nicht die erste Demonstration wegen des Amerlinghauses hier im Haus gehabt.

Wir kritisieren also, wie gesagt, die Gießkanne bei der Förderung. Wir wollen eine Konzentration auf das Wesentliche. Sprachförderung ja, aber durch eine einzige Dachorganisation und nicht, wie in Österreich halt üblich – ich glaube, wir haben 16 Krankenkassen –, mit zig verschiedenen Vereinen und Trägern des Ganzen, um hier sparsamer umgehen zu können.

Und was wir auch sagen: Es wäre bei diesen Kursen ein – es muss kein großer sein, aber doch – Eigenmittelbeitrag einzufordern. Wenn die Sprachkurse ordentlich bestanden werden, kann man den zurückgeben als Belohnung. Das kann ja niemand kritisieren. Denn umgekehrt läuft es so: Es werden mehr oder weniger Kurse wie „Mama lernt Deutsch“ bei Kaffee und Kuchen absolviert, aber der Lerneffekt ist eben offenkundig nicht in dem Ausmaß da, in dem er notwendig wäre. Denn: Was nichts kostet, ist nichts wert. Das ist halt in der Bevölkerung leider weit verbreitet.

All diese zahlreichen Beratungsvereine hätten daher aus unserer Sicht zurückgedreht zu werden, denn das sind ganz beträchtliche Summen, um die es da geht. Wenn ich nur den Verein für österreichisch-türkische Freundschaft hernehme, sind das jetzt 41 000 EUR. Ja, das ist auf den ersten Blick nicht so furchtbar viel, das ist etwas mehr als die Hälfte dessen, was Sie bei dem Fußgängerkongress fürs Essen ausgegeben, aber wir haben im ersten Vierteljahr allein im Bereich Integration ungefähr 6,25 Millionen EUR für solche und ähnliche Vereine ausgegeben. Das macht dann aufs Jahr hochgerechnet um die 25 Millionen EUR.

Wir haben in den letzten Wochen einen Riesenwirbel gehabt, weil im Budget für die Schulen heuer 52 Millionen EUR fehlen. Die Hälfte hätten wir allein schon aus diesem einen Bereich und diesem einem Ressort heraus sanieren können. Der Bund hat natürlich noch ganz andere Möglichkeiten, das zu tun.

Sie gehen also – das behaupte ich – sehr, sehr sorglos mit dem Geld der Wiener um, indem Sie sich Vereine gefügig machen, auf der anderen Seite aber die Heizkostenzuschüsse und Ähnliches streichen.

Der Herr Kollege Akkilic meint, dass die Integration ein Erfolgskapitel in Wien ist. Herr Kollege Akkilic, schauen Sie sich das Erfolgskapitel in der Realität an. Schauen Sie sich an, wie die Sprachkenntnisse unser Schüler in Wien sind, anhand der PISA-Studie, die jetzt nicht durchgeführt werden kann. Hier hat es nicht geklappt, ganz, ganz eindeutig nicht, trotz vieler Mittel, trotz vieler Vereine und trotz vieler, vieler Förderungen. Also ist etwas falsch. Man muss umdenken und muss einen anderen Weg beschreiten.

Der andere Weg ist auch notwendig im Bereich der sozialen Integration. Auch hier klappt vieles nicht, auch wenn Sie es schönreden. Gehen Sie hinaus in die großen Wohnbauten in den Bezirken und hören Sie sich an, was die Leute erzählen. Das meine ich jetzt ernst. Das schaut nicht gut aus mit einer funktionierenden Integration, in vielen, vielen Bereichen nicht, gar nicht gut, Herr Kollege. Hier stauen sich Wut und Unmut auf, und das wird eine gefährliche Entwicklung nehmen. Seit Jahren weise ich darauf hin, was in Paris, was in Marseille, was

mittlerweile auch schon in Berlin und in anderen Städten als Folge dieser Entwicklung passiert, weil man blind einen falschen Weg geht. Als ich vor einigen Jahren von der Bandenkriminalität und von Jugendbanden gesprochen habe, war – daran kann ich mich gut erinnern – der große Aufschrei da. Na, was haben wir denn heute? Schlagen Sie die heutigen Zeitungen auf: Jugendbanden im Bereich Lugner-City. Schießerei. Das wäre früher auf der Titelseite aller Zeitungen ganz groß gewesen. Heute ist es schon fast Selbstverständlichkeit, denn zur gleichen Zeit haben wir eine riesige Schlägerei und Messerstecherei beim Prater, und zur gleichen Zeit haben wir – na, wie heißt dieses schöne Haus, dieser Pizza-Treff der Linken, wie heißt das (*GR Mag Dietbert Kowarik: Anarchia!*), ja, genau – bei der Pizzeria „Anarchia“ auch einen Riesenpolizeieinsatz, plus andere Messerstechereien. Alles an einem Tag!

Vor fünf, sechs, zehn Jahren haben Sie das abgeleugnet, jetzt ist es Realität. Und Sie müssen, verdammt noch mal, endlich begreifen, dass hier ein falscher Weg gegangen wird und dass man diesen rückgängig machen kann und muss, wenn man den wirklich großen Konflikt vermeiden will.

Man kann Ihnen und auch den hier zu uns Zugereisten und denjenigen, die hier bleiben wollen und sich integrieren wollen, nur wünschen, dass Sie endlich begreifen, dass das in die falsche Richtung geht und dass der Weg des Träumens, den Sie gehen, nicht der richtige ist, denn so werden diese Konflikte unvermeidlich viel, viel größer werden. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Zu Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Die Frau Berichterstatterin hat das Schlusswort.

Berichterstatterin GRin Anica **Matzka-Dojder**: Danke, Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Hier liegt ein Subventionsantrag des Vereins für österreichisch-türkische Freundschaft vor. Dieser Verein existiert schon seit 1982. Das ist ein Verein für soziale und gesellschaftliche Information, ein Verein, der sich eine Dialogplattform nennen kann. Dieser Verein entspricht all diesen Subventionsanforderungen der Magistratsabteilung 17. Sie sind sehr transparent und werden jedes Mal sehr streng überprüft.

Wir brauchen in unserer aktiven Integrationsarbeit diese Verbindung zwischen institutioneller Arbeit und zivilgesellschaftlichen Aktivistinnen und Aktivisten. Dieser Verein dokumentiert das auch sehr gut, wie niederschwellig und wie intensiv diese Vereinsarbeit ist, und zwar gerade deswegen, weil wir diese Kooperation zwischen institutionellen und nichtinstitutionellen Vereinigungen haben. Von dieser Integrationsarbeit können wir sagen – das können Sie im Integrationsmonitor lesen und mit vielen anderen Städten in Europa vergleichen –, dass sie, gerade weil wir die Kompetenz der zugewanderten Menschen in diese Arbeit mit einbeziehen, ein Erfolgskonzept ist. Wir wollen diesen Menschen ermöglichen, dass sie muttersprachlich umfassend in allen rechtlichen und sozialen Fragen beraten werden, dass sie sich mit den Institutionen vernetzen und dass sie

brauchbare Informationen über alle sozialen und rechtlichen Angebote in dieser Stadt bekommen.

Dieser Verein tut diese Arbeit seit Jahren sehr gut. Deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, bitte ich Sie um Zustimmung zu diesem vorliegenden Subventionsantrag.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke vielmals.

Wir kommen nun zur Abstimmung. Wer der Postnummer 1 der Tagesordnung die Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Dies wird von den Regierungsparteien unterstützt und hat damit die entsprechend notwendige Mehrheit.

Es gelangt nunmehr die Postnummer 3 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft die 4. GR-Subventionsliste 2014. Ich bitte den Berichterstatter, Herrn GR Strobl, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter GR Friedrich **Strobl**: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bitte um Zustimmung zur vorliegenden Subventionsliste.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke und eröffne die Debatte. Zu Wort gemeldet ist Herr StR Lasar. Ich erteile es ihm.

StR David **Lasar**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Berichterstatter! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Als wir letzte Woche, am vergangenen Mittwoch, im Stadtsenat bezüglich der Subvention über 800 000 EUR für den Verein Aids-Life abgestimmt haben, haben wir diese abgelehnt. Ich werde Ihnen auch begründen, warum wir diese Subvention auch in den letzten Jahren abgelehnt haben.

Wir Freiheitlichen, meine Damen und Herren, sind mit Sicherheit nicht gegen den Life Ball – es ist ganz wichtig, das einmal anzuführen –, wir sind aber dagegen, wie in Zeiten wie diesen, wo bei den Wienern und Wienerinnen an allen Ecken gespart wird, vorgegangen wird, wo es zum Beispiel Einsparungsmaßnahmen in vielen Bereichen gibt, von denen ich dann noch einige aufzählen werde. Aber was ich nicht verstehe und viele andere natürlich auch nicht, ist, dass das Rathaus zum Beispiel für den Life Ball kostenlos zur Verfügung gestellt wird, was natürlich auch ein großes Zeichen von Toleranz und Großzügigkeit ist, und dass man, meine Damen und Herren, einer Veranstaltung, die letztes Jahr einen Überschuss von 2,4 Millionen EUR erwirtschaftet hat, dann noch 800 000 EUR an Subvention gibt. Genau das ist der Punkt, den niemand versteht. Warum wird das noch subventioniert, wenn es sogar 2,4 Millionen an Überschuss gibt? Das ist genau der Punkt. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Was ich auch anführen möchte, sind die Personen, wie zum Beispiel der ehemalige Präsident Clinton. Es ist natürlich ganz wichtig, dass diese Person nach Wien eingeladen wird, aber ich glaube, viele wissen ja gar nicht, was der Mann bezahlt bekommt. Das ist natürlich für seine Stiftung, aber der Mann kriegt über 700 000 EUR, nur damit er nach Wien kommt. Das muss man sich einmal vorstellen! (*GR Dr Kurt Stürzenbecher: Aber das wird doch für die Aids-Kranken verwendet!*) Ja, das

habe ich auch gesagt, Herr Stürzenbecher, aber der Punkt ist ja genau der: Warum muss man dann noch bitte mit 800 000 EUR subventionieren? Der kriegt ja eh schon vom Reingewinn 700 000 und mehr, ich glaube, 725 000 EUR. Dann der Herr Elton John, so gerne ich seine Lieder höre: Bitte, der kriegt über 250 000 EUR, wenn er hierher kommt. Und wenn Sie sich ansehen, was die einzelnen anderen Stars noch bekommen, nur damit sie nach Wien kommen, dann frage ich: Ja, wo bleibt das Herz für den Life Ball? Ich hätte eigentlich geglaubt, dass viele kommen aus Initiative gegen Aids, gegen alles, aber die Herrschaften kriegen ja alle tausende Euros bezahlt, damit sie nach Wien kommen.

Noch einmal: Nichts gegen den Life Ball. Das ist wirklich eine gute Sache, auch für Wien. Das ist international ganz wichtig. Ja, aber muss man das bitte – noch einmal – mit 800 000 EUR subventionieren? *(Beifall bei der FPÖ.)*

Allein die Tatsache, meine Damen und Herren, dass hier beträchtliche Überschüsse erwirtschaftet werden, sollte doch an und für sich sinnvollerweise ein Ausschlussgrund für Subventionen aus öffentlicher Hand sein. Ich meine, da könnte ja jetzt jeder kommen um eine Subvention, der Opernball, oder ich weiß nicht, wer noch. Da kann man dann alles subventionieren. Aber das kann es ja bitte nicht sein.

Dieser Ball ist eine gute Sache, er ist wichtig für Wien, und wir haben ihn auch nicht abgelehnt, wir haben nur, wie gesagt, die Subvention an diesen Verein Aids-Life abgelehnt, wo der Aufschrei war in den Tageszeitungen.

Wenn ich jetzt auf die Bevölkerung von Wien eingehe, so muss die Wiener Bevölkerung Einsparungen hinnehmen. Wir haben es ja heute schon gehört, alles wird teurer. Im Gesundheitsbereich haben wir kein Geld, da fehlt es an allen Ecken und Enden. Oder im Bereich der Bildungspolitik. Womit rechtfertigt man es, irgendeine Subvention von 800 000 zu zahlen, während wir in Wien über 222 Containerklassen an den Schulen haben. An das denkt niemand? Eine bessere Unterstützung für alleinerziehende Mütter wäre einmal wichtig oder die Wiedereinführung des Heizkostenzuschusses in der alten Form, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Kurz gesagt: Man könnte das auch gleich in die Aids-Stiftung oder in die Aids-Forschung investieren, denn da weiß ich nämlich, dass das dort auch sicher ankommt. Das ist nämlich der Punkt, und dazu werden wir heute auch noch einen Antrag stellen.

Aber kurz gesagt, meine Damen und Herren: Es krankt in Wien an allem, aber bei Ihnen muss ich wahrscheinlich annehmen, dass Geld für Sie an sich keine Rolle spielen dürfte. Manchmal glaubt man, das ist wie in Amerika, wo das Geld irgendwo gedruckt wird. Ich glaube schon, das wird hier im Rathaus gedruckt, denn so gehen Sie mit Subventionsförderungen um.

Auf „krone.at“ ist ja ganz schlecht darüber geschrieben worden, und ich nehme an, einige haben die Postings gelesen. Also das gibt uns ja wieder einmal recht. Wir haben Anrufe bekommen, wir haben Mails bekom-

men, dass wir hier richtig liegen, dass wir so eine Subvention ablehnen. Sie können es noch immer, glaube ich, nachlesen auf „krone.at“. Ich kann mich nicht erinnern, dass auch nur vielleicht 5 Prozent dagegen waren, die gesagt haben, nein, wir müssen das subventionieren. Also ich kann mich nicht an solche Postings erinnern, meine Damen und Herren.

Ein sinnvoller Beitrag im Kampf gegen Aids oder für Sensibilisierung würde doch am besten dadurch geleistet, dass wir das direkt investieren, aber nicht in einen Ball investieren, der sowieso Überschüsse macht. Das, meine Damen und Herren, ist jetzt genau der Punkt, denn ich möchte nämlich auf diesen Subventionsakt eingehen. Das muss man sich ja vorstellen: ein Subventionsakt über 800 000, eine viertel Seite. Andere müssen, damit sie überhaupt zu einem Geld kommen, eine ganze Dissertation schreiben, wenn sie begründen, dass sie eine Subvention wollen, aber hier reicht eine viertel Seite.

Ich möchte daraus zitieren, denn dieser Antrag ist ja ein Widerspruch in sich, meine Damen und Herren. Das ist einmal ganz wichtig, denn viele kennen ja diesen Subventionsakt gar nicht, den kennt ja nur der Finanzausschuss. Also ich möchte daraus etwas zitieren. Da heißt es: „Durch den Erfolg der Veranstaltung wird es immer schwieriger bis teils unmöglich, diverse Leistungen durch Sponsoren gratis zu bekommen.“ So, jetzt frage ich Sie wirklich, das ist so ein Riesenerfolg. Normal kommen ja nur Sponsoren, wenn es auch etwas bringt. Wenn die Veranstaltung gut ist, wenn hier wirklich honorarige Personen kommen, dann kommen auch die Sponsoren. Also was soll das?

Das ist ja genau der Punkt. Können Sie mir das bitte erklären? Wenn ich so eine gute Veranstaltung mache in Wien, die ganze Welt sieht das, die ganze Welt weiß, Clinton reist an, und da steht drinnen, sie kriegen keine Sponsoren mehr. Also das ist ja ein Armutszeugnis für den Verein, wenn er so etwas sagt. Oder ist das gewollt, weil man gar nicht weiß, was man noch hineinschreiben soll, weil das ist ja eh nur eine viertel Seite?

Und dann geht es ja weiter: Der Verein hat sich nunmehr an die Stadt Wien mit dem Ersuchen um teilweise Finanzierung seiner Infrastrukturkosten – in Klammer: Organisationsbüro – mit dem heurigen Gesamtbedarf von 1,8 Millionen EUR gewandt. Da ist ja klar ersichtlich, meine Damen und Herren, da geht nicht ein Cent in die Aids-Stiftung oder in die Aids-Forschung hinein, aber Sie geben 800 000 EUR aus.

Und noch etwas: Wie sich der Herr Keszler dann noch dazu geäußert hat, das muss man ja auch einmal sehen. Da hat er in einem Interview gesagt, er weiß ja gar nicht mehr, ob das Rathaus noch der geeignete Veranstaltungsort ist. Na, habt ihr den jetzt wieder auf eure Seite ziehen müssen mit 800 000, damit er ja im Rathaus bleibt? Also bitte, nicht böse sein, wenn mir der Herr Keszler so etwas sagt, sage ich: Bitte, guter Mann, dann such dir eine andere Stätte. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich möchte das jetzt nicht überdimensionieren, aus dem Akt ist eigentlich nicht viel mehr herauszulesen. Wie gesagt, eine viertel Seite für 800 000. Andere müssen oft

eine Dissertation schreiben, einen ganz dicken Antrag, damit sie überhaupt was bekommen. (*GR Dipl-Ing Rudi Schicker: Das haben wir schon gehört!*) Ja, ich weiß, es tut weh, Herr Schicker. Ich weiß, es tut weh, ganz einfach. (*GR Dipl-Ing Rudi Schicker: Nein, aber das haben wir schon gehört!*) Ja, ich weiß es tut weh, wenn man die Wahrheit sagt.

Aber noch einmal: Zusätzlich so einen Ball mit 800 000 EUR zu subventionieren, finde ich nicht richtig, und das findet auch unsere Fraktion nicht richtig. Darum, meine Damen und Herren, werden wir so einer Steuergeldverschwendung mit Sicherheit nicht zustimmen. – Danke. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau GRin Dr Kickert. Ich erteile es ihr.

GRin Dr Jennifer **Kickert** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Berichterstatter! Sehr geehrte Damen und Herren!

Der Abg Lasar hat jetzt über die Subvention für Aids-Life gesprochen und mindestens drei Mal gesagt, er versteht es nicht, warum die Stadt Wien eine Veranstaltung unterstützt, die sowieso Überschüsse macht. Das wesentlichste Wort ist: sowieso. Diese Veranstaltung gibt es genau deswegen, um sogenannte Überschüsse zu machen. Das Ziel des Life Balls ist es, möglichst viel Reinerlös zu gewinnen, weil all diese Gelder dann in Projekte fließen können, vor allem in internationale Projekte.

Sehen wir jetzt aber einmal kurz von der rein monetären Betrachtung dieser Veranstaltung ab und sagen, wozu es diese Subvention auch geben soll, um diese international beachtete Veranstaltung garantieren zu können. Der Life Ball schafft eine Öffentlichkeit, und diese weltweite Öffentlichkeit ist vor allem für zwei Dinge wichtig, nämlich einerseits für ein Bewusstsein hinsichtlich der Krankheit HIV und Aids, aber vor allem zur Prävention und zum Schutz vor Ansteckung mit dieser Krankheit. Der zweite wesentliche Aspekt des Bewusstseins richtet sich gegen die soziale und gesellschaftliche Stigmatisierung und Ächtung von infizierten und erkrankten Personen. Dafür findet alljährlich in Wien ein Ball statt, der internationale Beachtung erfährt.

Zusätzlich zu dieser internationalen Beachtung, jetzt auf der rein ideellen Ebene, noch ein paar Worte zur monetären Ebene, damit Sie einen, sage ich jetzt, rein finanziellen Vergleich dafür erhalten, wie sinnvoll diese 800 000 EUR angelegt sind. Nebst dem schon vom Herrn Lasar erwähnten Reinerlös von 2,4 Millionen EUR – 2,1 waren es jedenfalls im Jahr 2011 – erwirtschaftet dieser Ball errechnetermaßen eine Gesamtwertschöpfung von 9,7 Millionen EUR; 4,2 Millionen allein in Wien. Da sind außerdem auch noch ausgewiesene 91 Vollarbeitsplätze über das gesamte Jahr; während des Aufbaus und des Abbaus der Veranstaltung sind es wesentlich mehr.

Wenn man jetzt von dieser Gesamtwertschöpfung von 9,7 Millionen EUR die Steuern und Sozialversicherungsabgaben errechnet, kommt man auf 2,6 Millionen EUR an die öffentliche Hand. Davon kann man dann die wahrscheinlich 7 Prozent, vielleicht auch mehr, für die

Stadt Wien errechnen. Das heißt, diese Subvention ist eine Investition, eine Investition in eine Gesamtwertschöpfung, aber auch eine Investition in ein Zeichen für Menschlichkeit, ein Zeichen für Toleranz, ein Zeichen gegen soziale Stigmatisierung.

Sie können tausend Mal sagen, dass Sie nichts gegen Life Ball haben, in dem Moment, in dem Sie die Subventionierung und sozusagen die finanzielle Grundlage für die Durchführung dieses Balls nicht garantieren, garantieren Sie auch, dass Sie einen wesentlichen Teil der Bedeutung dieser Veranstaltung mindern. Und das wollen wir nicht, und das werden wir nicht zulassen.

Ich weiß, dass es keine Ausfallhaftung ist, trotzdem braucht man, wie Sie wissen, für die Veranstaltung so großer Events auch eine gewisse Basis, auf die man sich jedes Jahr verlassen kann. Diese Basis gibt es, sie wird auch nicht erhöht, sie ist da. Sie zahlt sich für die Stadt Wien aus, sie zahlt sich für Österreich aus, und sie ist wichtig im sozialen, im gesundheitlichen und im gesellschaftlichen Kontext.

Daher werden wir diesem Subventionsantrag selbstverständlich zustimmen. Dafür steht die rot-grüne Stadtregierung heuer und auch in den nächsten Jahren. – Danke. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Mag Maresch. Ich erteile es ihm.

GR Mag Rüdiger **Maresch** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

An sich kommen wir natürlich jetzt zur klassischen Life-Ball-Debatte. Ich möchte aber den Tagesordnungspunkt nutzen, um zu einem ganz anderen Aspekt, nämlich zur Energieabgabenbefreiung, einen Antrag einzubringen. Und zwar geht es darum, dass selbsterzeugte PV-Energie, also aus Fotovoltaik erzeugte elektrische Energie, besteuert werden soll.

Wir wollen dazu einen gemeinsamen Antrag stellen, und zwar zur Energieabgabenbefreiung für den Eigenverbrauch von anerkannten Ökostromanlagen. Es geht darum, dass der Erlass beziehungsweise das zugrundeliegende Elektrizitätsabgabegesetz den Notwendigkeiten der Energiewende und des Klimaschutzes angepasst und dafür Sorge getragen wird, dass selbsterzeugte und dem Eigenverbrauch zugeführte Energie aus Ökostromanlagen generell von der Energieabgabe befreit werden soll. Dazu gibt es einen Passus im § 2, den wir einfügen wollen.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung des Antrages beantragt. – Vielen Dank. (*Beifall bei den GRÜNEN und von GR Dipl-Ing Rudi Schicker.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zu Wort gemeldet ist GR Mag Ebinger. Ich erteile es ihm.

GR Mag Gerald **Ebinger** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Ich muss jetzt noch ganz kurz doch auf die Subvention vom Life Ball zurückkommen. Es ist ja durchaus richtig, was die Kollegin Kickert gesagt hat, aber es ist ja ein vielschichtiges Problem. Das erste Problem ist einmal

die Art und Weise, wie in der Stadt Subventionen der Opposition vermittelt werden. Dann haben wir noch diesen Antrag dazu, und wenn man sich diesen Antrag anschaut, dann ist das an sich schon ein Affront gegenüber der Opposition, eine Farce. Auch wenn man das alles genau begründet, warum das so ist – ich werde das dann gleich noch sagen, denn wir haben uns auch die Abrechnungen von Aids-Life 2012 angeschaut, das ist das Letzte, was ich auf der Homepage gefunden habe –, so ist es für mich nicht klar, warum das so ist, aber ich komme noch dazu. Aber nur allein dieser Antrag hier! Da steht zum Beispiel: Speziell die Balleröffnung am Rathausplatz führt, bedingt durch den großen Andrang der Bevölkerung und auch von Wien-Touristen sowie durch die Life-Übertragung, zu hohen Organisationskosten.

Das verstehe ich nicht ganz, denn erstens einmal ist der ORF ein Sponsor, das heißt, er müsste eigentlich die Life-Übertragung auf seine Kappe nehmen, zweitens wird es von anderen Fernsehstationen auch übertragen, da müsste es ja sogar Einnahmen geben. Keine Ahnung. Ich kann es ja nicht nachvollziehen. Ich gehe ja jetzt nicht hin zum Herrn Keszler und sage, bitte, erklären Sie mir das alles. Ich gehe davon aus, dass man uns als Opposition, wenn man will, dass wir hier zustimmen, irgendeine Erklärung gibt, wie die Mittel verwendet werden.

Und dann steht ein noch kuriose Satz drinnen – also mehrere kuriose Sätze in einer halben Seite –, da steht drinnen: Wegen des Erfolges der Veranstaltung wird es immer schwieriger bis teils unmöglich, diverse Leistungen durch Sponsoren gratis zu bekommen. Sei mir nicht böse, das ist ja schon ein Widersinn im Wort. Sponsor ist ja der, der etwas gratis hergibt. Wie kann ich eine Leistung von einem Sponsor nicht gratis kriegen? Noch dazu, wenn etwas erfolgreich ist? Ein Sponsor gibt dann mehr Geld her, wenn er mehr Werbewirkung hat. Also gibt er sogar eher mehr her als weniger. Also der Satz ist so unlogisch. Irgendein Beamter oder irgendjemand hat das hingeschrieben, damit halt irgendeine Begründung dort steht. Und das ist einfach nicht genug.

Und wenn wir uns die Sponsoren anschauen, dann ist natürlich die Stadt Wien Hauptsponsor, aber natürlich auch der Tourismusverband. Das finde ich zum Beispiel in Ordnung, das ist völlig richtig, denn das hat eine Werbewirkung, und so weiter. Also das ist okay.

Dann Telekom. Da habe ich mir nur am Rande angemerkt, dass wir jetzt schon wieder 280 Millionen von unserem Budget, bei dem wir nur Einsparungen haben, für die Telekom ausgeben müssen, weil ein Mexikaner sich da beteiligt, aber genug Geld, um zu sponsern, hat die Telekom schon, denn in Wirklichkeit zahlt das Ganze ja eh nur der Steuerzahler.

Die Wiener Städtische, das ist auch einer der großen Sponsoren von allem. Man fragt sich, wie günstig die Tarife wären, wenn die nicht überall sponsern müssten. Dann die Wiener Linien. Okay. Dann gibt es auch noch viele Sachspensoren. Wenn wir sagen, wir sind gegen eine Geldsubvention oder Sponsoring aus dem speziellen Grund, dass sich unserer Meinung nach der Ball – seit 2011 übrigens – von alleine trägt, so dürfen wir nicht

vergessen, dass auch das zur Verfügung Stellen des Rathauses ein Sponsoring ist. Ebenso ist die Bezahlung der Überstunden der Leute ein Sponsoring, meinetwegen die Feuerwehr, das Wiener Wasser, die Elektrizität. Das ist alles Sponsoring. Das ist okay, das ist gut so, da hat kein Mensch etwas dagegen. Es geht uns um das Sponsoring von zusätzlichen 800 000 EUR in bar. Die Wien Holding ist übrigens auch Sponsor. Das geht schon wieder in einen undurchsichtigeren Bereich.

Ich habe hier vom Wirkungsbericht 2012 die Einnahmen und Erträge. Da gibt es einmal Spenden in Höhe von 1,061 Millionen EUR, gewidmete Spenden 17 000 EUR, betriebliche Einnahmen 2,741 Millionen EUR, Subventionen und Zuschüsse 800 000 EUR. Die Argumentation, die in dem kurzgefassten Antrag steht, dass man jetzt, weil das immer berühmter wird, schwerer zu Geld kommt und man deswegen jetzt eine Subvention braucht, kann schon nicht stimmen, denn diese Subvention hat es schon vor 2 Jahren auch gegeben. Wir haben auch vor 2 Jahren dagegen gestimmt. Das heißt, wir kommen auf 2,7 Millionen EUR betriebliche Einnahmen plus 1,06 Millionen EUR Spenden.

Und dann steht bei den Aufwendungen: Aufwendungen für Life Ball 2012 - inklusive AIDS Solidarity Gala und Red Ribbon Celebration Concert: frei zugängliche Eröffnung am Rathausplatz und Benefizveranstaltung im Wiener Rathaus, Hofburg und Burgtheater 1,629 Millionen EUR. Dann gibt es einen allgemeinen Verwaltungsaufwand von 249 000 EUR – was immer das sein soll –, einen Verwaltungsaufwand im Zusammenhang mit Spenden von 13 000 EUR. Der Aufwand kann nicht sehr hoch sein, aber ich weiß nicht, was damit gemeint ist. Ich meine, das ist das, was ich mir aus dem Internet hole, denn vom Subventionsgeber kriege ich keine Informationen.

Rücklagen gibt es übrigens auch. Da gibt es auch eine Begründung dafür. Für den Fall, dass ein Ball nicht stattfinden kann, hat der Verein Aids-Life bis jetzt – den Zettel habe ich jetzt nicht hier – auf jeden Fall eine Rücklage gebildet, dass er auch Spenden geben kann, ohne dass ein Ball stattfindet für ein Jahr. Das ist okay.

Und dann gibt es einen sogenannten Organisationsaufwand von 746 000 EUR. Ich weiß nicht, wenn die Organisation zu den Aufwendungen des Balls dazugehört, warum das extra ausgewiesen wird. Ich hätte es gerne gewusst. Als Opposition habe ich auch eine gewisse Kontrollfunktion und bin ein bisschen misstrauisch, weil ich ja durchaus auch gewohnt bin, dass man uns da vielleicht etwas unterjubelt.

Und noch etwas. Es soll zwar ein Fest sein, wo gezeigt wird, dass wir alle gleich sind, und das ist auch okay. Es soll aufmerksam machen gegen die Stigmatisierung dieser Krankheit, da hat niemand was dagegen. Nur so gleich sind wir auf dem Fest auch nicht. Da gibt es ja unzählige Bänder, und je nach Band darf man dann irgendwo hinein und irgendwo nicht hinein. Letztes Jahr gab es da ja ein bisschen eine Auseinandersetzung, wo der Herr Keszler dann gesagt hat, man wird sich überlegen, ob man es überhaupt noch im Rathaus macht, weil die Feuerpolizei wegen Überfüllung der Gänge manche

Leute dann eine Zeitlang in den Hof ausgesperrt hat und es zu kalt war. Da war zum Beispiel der Festsaal nur für die VIP-Gäste. Also ein Ball, wo in dem Sinn alle gleich sind, aber wo dann nur die wirklich größeren Zahler, die wahrscheinlich bei der Gala auch dabei sind – ich weiß es ja nicht, wie auch immer –, den Festsaal haben und die anderen können am Gang herumgehen, das ist ja auch kein Symbol für die völlige Gleichheit.

Die Reinerlöse hat er übrigens auch aufgelistet. Die sind schon 2011 höher gewesen als die Kosten des Balls.

Dann gibt es ein Argument – ich will das ja nicht so hinauszögern –, an dem man nicht vorübergehen soll. Ich habe mir natürlich angesehen: Wie schaut denn das aus, wann vergibt denn die Stadt Wien eine Subvention? In Wirklichkeit ist es ja eine Subvention, also eine Förderung. Ich habe natürlich nur die von der Kulturabteilung gefunden, beziehungsweise kommt man auf das, wenn man das eingibt, und da steht drinnen: Wien-Bezug. – Keine Frage. Die Förderungen erfolgen nach dem Subsidiaritätsprinzip im Sinne des Bundes-Kunstförderungsgesetzes: Eine Förderung darf nur erfolgen – darf nur erfolgen! –, wenn das Vorhaben - Klammer: Projekt - ohne sie nicht oder nicht zur Gänze in Angriff genommen oder durchgeführt werden kann und bei Gewährung der Förderung finanziell gesichert ist.

Das heißt, wenn es jetzt nach diesen Subventionsrichtlinien ginge, dürfte die Stadt Wien meines Erachtens die Förderung gar nicht hergeben. Aber die Frau Vizebürgermeisterin hat sicher ein anderes Pouvoir und andere Richtlinien, vielleicht gibt es da etwas anderes. Aber dann verstehe ich, ehrlich gesagt, auch nicht, wenn der Herr Kollege Juraczka sagt, wir verlassen den Grundkonsens. Na, wenn das der Grundkonsens ist, dass ich meine eigenen Förderrichtlinien durchbreche. Theoretisch müsste ich ja alle Sachförderungen, die ich gebe, auch hineinrechnen. Tun wir eh nicht, soll stattfinden. Alles richtig, was du sagst. Aber wenn Gewinne erwirtschaftet werden, dürfte man meinem Gefühl nach dann gar keine Förderung geben. Noch dazu, wenn, wie schon gesagt wurde, das Geld hinten und vorne fehlt.

Damit das nicht im Raum stehen bleibt, dass wir die Aids-Forschung oder die HIV-Positiven lächerlich machen und nicht fördern wollen, wird, glaube ich, mein Nachredner einen Antrag einbringen, und wir sind interessiert, ob Sie da zustimmen werden. – Danke schön. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Univ-Prof Dr Eisenstein. Ich erteile es ihm.

GR Univ-Prof Dr Herbert **Eisenstein** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Berichterstatter! Meine Damen und Herren!

Subvention für Aids-Life 800 000 EUR zur Abhaltung des Life Balls. Ich war ein bisschen überrascht, gebe ich zu, als ich in den Medien gelesen habe, meine Fraktion hätte in den letzten zugestimmt, immer wäre das alles einstimmig über die Bühne gegangen.

Das war natürlich nicht so, aber wir alle wissen, was

in der Zeitung steht, muss nicht richtig sein und es muss schon gar nicht wahr sein. Manchmal werden von Journalisten, ohne dass ich jetzt jemandem etwas unterstelle, Dinge vielleicht auch unkritisch übernommen, die irgendwer erzählt, aber es ist natürlich nicht so. Wir haben in den letzten Jahren immer gegen diese Subvention für Aids-Life zur Abhaltung des Life Balls gestimmt.

Ich habe ohnehin schon in früheren Wortmeldungen und in einer sehr ausführlichen vor einigen Jahren zum Life Ball Stellung genommen. Alles damals Gesagte bleibt aufrecht. Ich werde mich heute sehr kurz halten im Sinne aller.

Die Subvention empfinden wir als nicht nötig. Es gibt ohnehin eine sehr hohe Spendenbereitschaft, die Erlöse sind hoch. Wir haben die Zahl schon gehört: 2013 waren es 2,43 Millionen EUR, die an Gewinn erzielt wurden, und damit erhält sich der Life Ball von selbst.

In der Bevölkerung gibt es, soweit ich das höre, nur wenig Verständnis für immer neue Belastungen einerseits und für Ausgaben wie diese für den Life Ball andererseits. Jedenfalls ist es keine Veranstaltung, die eine Priorität der Förderung haben sollte. Noch dazu unterstützt der Verein bekanntlich Organisationen, die nicht wirklich auf Aids-Life angewiesen sind. An internationalen Organisationen – auch das ist schon genannt worden – die Elton John Foundation zum Beispiel oder die CHAI – wie immer man das dann ausspricht – des ehemaligen Präsidenten Clinton oder die amfAR und andere.

Ganz so mittellos ist der Verein nicht, denn er hat ja eine Menge Sponsoren – davon kann man sich auf der einschlägigen Homepage überzeugen –, und es steht dem Verein frei, noch weitere Sponsoren zu werben. Wenn es schon einmal viele gibt, dann werden sicherlich auch noch etliche nachstoßen.

Wie gesagt, ich habe ohnehin schon früher zum Life Ball und zur Subvention Stellung genommen. Ich lasse es damit bewenden.

Wenn man nämlich HIV-positive Menschen oder an Aids erkrankte Personen gerne unterstützen möchte, dann ist der Life Ball ein Möglichkeit, aber nicht unabdingbar erforderlich, dann kann man das auch direkt tun. Ich werde daher jetzt einen Antrag einbringen gemeinsam mit meinem Kollegen Klubobmann Gudenus, Kollegen Frigo und Kollegen Ebinger betreffend Umschichtung von Subventionen.

„Die zuständige Stadträtin für Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke wird aufgefordert, die jährliche Subvention von 800 000 EUR, nämlich diese für Aids-Life, künftig direkt der Aids-Hilfe beziehungsweise Aids-Forschung zur Verfügung zu stellen.“

Sie, meine Damen und Herren von den Regierungsparteien, haben jetzt die Möglichkeit – und die gebe ich Ihnen gerne –, diesen Antrag zu unterstützen und damit auch der Aids-Hilfe und der Aids-Forschung wirklich Genüge zu tun.

In formeller Hinsicht verlange ich die sofortige Abstimmung des Antrages. – Danke schön. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Mir liegt noch eine Wortmeldung vor. Zu Wort gemeldet hat sich Ing

Guggenbichler.

GR Ing Udo **Guggenbichler**, MSc (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ganz kurz. Kollege Maresch hat heute schon einen Antrag eingebracht, und das war ein kleines Zeichen, wie diese Stadtregierung arbeitet und wie wichtig es auch ist, dass wir hier eine starke Opposition haben, denn wir haben gestern schon einen Antrag eingereicht zu dem Thema, dass die zusätzliche Besteuerung der Fotovoltaikanlagen, die seit 24. Februar per Erlass des Finanzministeriums vorgeschrieben wurde, abzusetzen ist.

Was machen wir in der Stadt? Wir versuchen – und haben auch schon viele Anträge gestellt –, Flächen für Fotovoltaikanlagen auszubauen und genau diese erneuerbaren Energien zu fördern, damit wir eben nicht von den fossilen Energien abhängig sind. Das, was da passiert vom Finanzministerium, ist, dass die Lebensdauer beziehungsweise auch die Rechnungsmöglichkeit von Fotovoltaikanlagen viel länger hinausgezögert wird. Das macht keinen Sinn, und ich gratuliere der Stadtregierung insofern, dass sie es geschafft hat, innerhalb der heutigen Nacht die Kopiermaschinen anzuwerfen und doch einen Antrag einzubringen.

Frau StRin Matiassek hat kurz von kindlicher Politik gesprochen. Ich bitte Sie wirklich darum – wir hatten das ja schon einmal –, bei Sachen, wo es um die Grundversorgung geht, wo es wirklich um die Menschen in dieser Stadt geht, diese kindische Politik hintanzustellen und nicht, wenn die Opposition einen guten Antrag bringt, diesen niederzustimmen und dann einfach selbst einen Antrag zu stellen und zu sagen, wir haben es eh gemacht. Das ist keine kindliche Politik, das ist kindische Politik.

Ich ersuche die Stadtregierung von Rot-Grün, aus der Sandkiste herauszukommen und unserem Antrag zur Streichung der Steuern für Strom aus Solaranlagen zuzustimmen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Wir sind nicht in Ihre Sandkiste hineingestiegen. Wir werden Ihrem Antrag natürlich zustimmen, weil er Sinn macht. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Es liegen mir noch zwei Wortmeldungen vor. Die erste Wortmeldung kam von GR Nepp. Bitte schön.

GR Dominik **Nepp** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Meine sehr geehrte Damen und Herren!

Es ist sehr interessant, dass bei der 22. Auflage des Wiener Life Balls bereits oft in den Medien zu lesen ist, dass das schon eine Traditionsveranstaltung ist. Da möchte ich anknüpfen und eine Traditionsveranstaltung nennen, die nicht so viel Geld bekommt beziehungsweise gar kein Geld bekommt. Die findet schon seit 1753 statt, und das ist der jährliche Neustifter Kirtag. Also dieser Neustifter Kirtag hat eine lange Tradition. Das Problem ist aber – deswegen ist auch der Weinbauverein an uns herangetreten –, dass natürlich immer mehr Leute zu diesem wunderschönen Fest kommen und die Veranstalter damit konfrontiert sind, dass sie sehr viel Geld in die Hand nehmen müssen, um die Sicherheit dort zu gewährleisten. Die Polizei wälzt nämlich diese

Sicherheitskosten auf diesen Verein ab. Diese Kosten steigen jährlich. 2011 waren das 6 600 EUR, im Jahr 2013 kostete das schon 16 000 EUR, obwohl damals 2 Tage Schlechtwetter war und dadurch weniger Publikumsaufkommen.

Jedenfalls sind sie konfrontiert mit diesen enormen Zahlungen und können das nicht leisten. Es wäre wirklich schade, wenn die Gemeinde Wien hier nicht einspringt und dadurch dieser Neustifter Kirtag nicht mehr stattfinden könnte. Deshalb plädiere ich dafür und bringe auch einen Antrag ein, diese Sicherheitskosten zu übernehmen. Ich stelle hiermit den Antrag:

„Die zuständige Stadträtin für Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke möge dafür sorgen, dass die Kosten der Überwachungsgebühren des Neustifter Kirtags durch das Zentralbudget übernommen werden.

Es wird die sofortige Abstimmung verlangt.“ (*Beifall bei der FPÖ. – GR Dipl.-Ing Martin Margulies: Gilt das nur für den Neustifter Kirtag oder für alle?*)

Beim Stammersdorfer Kirtag müsst ihr eure roten Freunde fragen, die dort schon sind. Vielleicht bekommt der Weinbauverein Neustift, weil er nicht unter roter Kuratel steht, kein Geld und die dort schon. Aber ich mag mir nicht anmaßen, das zu sagen. Sie können sich aber, wie gesagt, gerne bei der SPÖ erkundigen, wie das dort in Stammersdorf gehandhabt wird.

Und was ich auch noch komisch finde, ist, dass die Wiener Linien diesem Weinbauverein auch immer eine enorme Rechnung aufbrummen, obwohl die Wiener Linien eigentlich mehr einnehmen müssten, weil viel mehr Leute dort hinfahren. Das heißt, es wäre eigentlich super für die Wiener Linien, aber die sagen, die Leute fahren alle mit der Wochenkarte oder mit der Jahreskarte, somit haben sie keine Mehreinnahmen und dadurch kostet es sie mehr. Das stellen sie diesem Weinbauverein – im letzten Jahr waren es 4 000 EUR – in Rechnung. Hier sage ich, das muss nicht sein, die sollten sich einmal freuen, dass jemand diese Linien benutzt. Daher stelle ich folgenden Antrag:

„Die zuständige Stadträtin für Finanzen soll dem Weinbauverein eine Subvention in Höhe der jeweils in Rechnung gestellten Kosten der Wiener Linien für die Linie 35A beim Neustifter Kirtag gewähren.“ - Auch hier wird die sofortige Abstimmung verlangt. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Da ja auch StR Ludwig oder Bgm Häupl immer zu dem Neustifter Kirtag kommen und auch die Eröffnung vornehmen, bin ich mir ziemlich sicher, dass die SPÖ diesen Neustifter Kirtag nicht im Stich lässt, und sehe daher der jetzigen Abstimmung positiv entgegen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich nun GR Dr Stürzenbecher. Ich erteile es ihm.

GR Dr Kurt **Stürzenbecher** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Geschätzter Herr Berichterstatter! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich schätze den Neustifter Kirtag auch sehr, aber ich möchte, wie der Großteil meiner Vorredner, jetzt doch

auch zum Life Ball reden, weil die FPÖ anscheinend jetzt draufgekommen ist, dass sie in ihrem Populismus – aber eigentlich war es ein Pseudopopulismus – einmal ordentlich danebengehaut hat.

Sie haben geglaubt, es ist immer irgendwie populär, wenn man sagt, man ist gegen eine Subvention, mit 800 000 könnten wir das und das und das und das machen. Und dann dieses Desaster! Ich will jetzt nicht alles zitieren, weil ich ja nicht zu sehr verlängern will, aber nur die „Kronen Zeitung“. Die „Kronen Zeitung“ schreibt am 25. April, also vor vier Tagen: „Das Nein der FPÖ zur Life Ball-Förderung in der Höhe von 800 000 EUR kann in Wien niemand verstehen. Genauso geschlossen, wie sonst im Stadtsenat für das Event gestimmt wird, schießen sich die Parteien jetzt auf die Freiheitlichen und ihre Haltung ein. Die FPÖ will das Geld lieber in die Bildung stecken, statt in einen Ball, der im Kampf gegen HIV jährlich Weltstars und Millionen Euro nach Wien holt. Ein Robin-Hood-Gedanke, der ordentlich in die Hose gegangen ist.“

Ich glaube, diesem Kommentar kann man wirklich nur zustimmen. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*) Wie gesagt, das ist in der „Kronen Zeitung“ gestanden. Falls da irgendwie ein Ordnungsruf oder was verlangt wird, ist das, glaube ich, nicht gerechtfertigt, denn ich habe nur die „Kronen Zeitung“ zitiert. (*Zwischenrufe und Heiterkeit bei den GRÜNEN.*)

Aber jetzt noch zu den Argumenten der FPÖ. Erstens einmal: „Trägt sich selbst.“ Das kann schon nicht sein, denn der Life Ball ist eine Charity-Veranstaltung. Er kann sich nicht selber tragen, denn der Zweck ist es, ein Maximum an Spenden zu lukrieren, und alles, was da reinkommt, geht möglichst, außer für den Aufwand, den man hat, in die Spenden.

Die Life-Ball-Subventionswerber werden auch – weil Sie schreiben, die werden nicht geprüft – genauso streng geprüft und behandelt wie alle Subventionswerber bei der Stadt. Also sie müssen genauso Berechnungen anstellen, Rechnungen bringen. Es geht alles korrekt vor sich. Das muss auch der Klarheit halber festgestellt werden.

Außerdem hat Kollegin Kickert dankenswerterweise schon die wichtigen Zahlen genannt, die dafür sprechen, dass man eben den Ball selbst subventioniert. Nämlich deshalb, weil der Mehrwert für die Wiener Wirtschaft – und zwar laut Studie der Wirtschaftskammerpräsidentin, damals noch Jank – pro Jahr 9 Millionen EUR beträgt. Das ist einfach der Mehrwert laut Wirtschaftskammer. Die Ausgaben eines Life-Ball-Gastes in Wien pro Tag betragen immerhin 350 EUR, und da kommen sehr viele Menschen aus den Bundesländern und sehr, sehr viele aus dem Ausland. Das bedeutet, dass der Wettbewerb nur in Österreich 5,2 Millionen EUR beträgt und der Gesamtumsatz aller Bälle überhaupt in Wien 18 Millionen EUR. Das habe ich mir da ausgehoben, und ich glaube, es ist damit eindeutig erwiesen, auch wirtschaftlich ist dieser Ball ein ganz, ganz großer Erfolg und sehr positiv für die Stadt Wien.

Aber noch wichtiger ist mir natürlich das Menschliche, dass er einen ungeheuer wichtigen Beitrag leistet

gegen die soziale Ausgrenzung von Menschen, die HIV-positiv sind oder die Aids haben. Auch hier leistet er also ungeheuer viel. Dadurch, dass das im Fernsehen übertragen wird, kriegt man in ganz Österreich den Ball mit. Die Leute freuen sich darüber und denken darüber nach.

Auf diese Weise hat man durch diesen Life Ball doch sehr viel zur Entstigmatisierung von Aids beigetragen, was ich für außerordentlich wichtig und positiv halte. Und schon deshalb kann ich den Initiatoren dieses Balles gratulieren, dass sie das schon so lange und so erfolgreich machen. (*Zwischenrufe bei der FPÖ.*) Der Strache geht eh immer hin. Also das ist ja auch eine gewisse Doppelbödigkeit, aber es ist schon okay, wenn er hingeht. (*Zwischenruf von StR David Lasar.*) Nein, Sie haben ja gesagt, Sie sind nicht gegen den Life Ball an sich. Es ist okay, wenn er hingeht, ja. Das kritisiere ich gar nicht, nur die „Kronen Zeitung“ hat gemeint, das ist ein bisschen doppelbödig. – Gut.

Aber Folgendes ist schon auch noch zu erwähnen: Natürlich geben wir als Stadt Wien auch sehr, sehr viel Geld direkt zur Bekämpfung von Aids aus. Es ist ja nicht so, dass wir nur den Life Ball machen. Wir haben Spezialambulanzen im KAV, OWS und AKH, Spezialisierungen, Abteilungen für stationäre Aufenthalte, zum Beispiel die über Österreich hinaus bekannte 2. Lungenabteilung am OWS unter Leitung von Primarius Vetter. Der Fonds Soziales Wien fördert Projekte und Einrichtungen, die sich mit HIV und Aids befassen, unter anderem ein Verein HIVmobil, der auf medizinische Hauskrankenpflege für Menschen spezialisiert ist. Es gibt eine jährlich Förderung, die zum Beispiel im Jahr 2013 760 000 EUR betrug.

Zusätzlich versuchen wir natürlich über unser Land hinaus auch in anderen Ländern Aids zu bekämpfen. Das ist ja ein internationales Problem. Wir haben Projekte zur Bekämpfung von HIV und Aids in der Ukraine, in Moldawien und in Simbabwe. Wer übrigens immer gegen alle diese Projekte gestimmt hat, ist die FPÖ. Und das ist wirklich zu verurteilen. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*) Es ist ja unglaublich, dass die FPÖ da immer dagegen stimmt. Also noch nie hat die FPÖ diesen Hilfsprojekten zugestimmt.

So gesehen kann ich abschließend wirklich nur sagen: Der Life Ball ist ein in jeder Hinsicht positives Aushängeschild für Wien. Es ist ein Ball, der zum Nachdenken zwingt, aber auch ein Ball der Freude, beides. Es ist ein Ball, der schon unendlich viel Positives für Menschen in größter Not geleistet hat. Es ist ein Ball, der wirklich etwas Außergewöhnliches für die Stadt Wien ist, der in der ganzen Welt bewundert wird, und er wird weiter von uns subventioniert werden. – Danke schön. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Zu Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Berichterstatter hat das Schlusswort.

Berichterstatter GR Friedrich **Strobl**: Meine sehr geehrten Damen und Herren!

In aller Kürze möchte ich noch einmal daran erinnern, dass es sich hier um die Subventionsliste handelt, wo noch drei andere Subventionsbegehren draufstehen. Der

Ordnung halber möchte ich, da der Herr Kollege Ebinger in seiner Wortmeldung gemeint hat, dass er die Art und Weise, wie der Antrag der Opposition übermittelt wurde, eigentlich für skandalös befindet, schon auch noch darauf hinweisen: Dieser Antrag auf diese Subvention wurde genauso übermittelt wie alle anderen Anträge auch. Nur das Komische ist schon, ich kann mich nicht erinnern, dass es im Finanzausschuss eine Wortmeldung gegeben hätte, dass irgendwer von eurer Fraktion irgendwann einmal nachgefragt hätte. Also es hat ein bisschen länger gedauert, bis Sie sozusagen draufgekommen sind, dass es die eine oder andere Frage gibt, die man hier stellen könnte. Vielleicht könnten Sie das in Zukunft auch direkt im Finanzausschuss machen. Wir geben Ihnen gerne Auskunft. *(GR Prof Harry Kopietz: Da müssten sie sich vorher damit befassen!)*

Ich bitte um Zustimmung. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Wir kommen nun zur Abstimmung, wobei die getrennte Abstimmung verlangt wurde.

Ich stimme zuerst ab über die Subvention an Aids-Life. Wer dieser Subvention zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Das wird von ÖVP, SPÖ und GRÜNEN unterstützt und hat damit die ausreichende Mehrheit.

Ich stimme nun die restlichen drei Subventionen ab, und zwar Auslandsösterreicher-Fonds, Wiener Psychoanalytische Vereinigung und Österreichisches Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum. Wer diesen drei Subventionen die Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Ich danke für die Einstimmigkeit.

Bei der Diskussion zur Postnummer 3 wurden Beschluss- und Resolutionsanträge eingebracht.

Der erste Antrag, eingebracht von den GRÜNEN und der SPÖ, betrifft Energieabgabenbefreiung für den Eigenverbrauch von anerkannten Ökostromanlagen. Die sofortige Abstimmung wurde verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Ich danke für die Einstimmigkeit.

Der zweite Antrag, eingebracht von der FPÖ, betrifft Umschichtung von Subventionen. Die sofortige Abstimmung wurde verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Das wird vom Antragsteller und dem klubunabhängigen Mandatar unterstützt und hat damit keine Mehrheit.

Der dritte Antrag, eingebracht von der FPÖ, betrifft Rücknahme des Erlasses des Finanzministeriums zur Abgabe auf Eigenverbrauch von selbsterzeugtem Sonnenstrom. Die sofortige Abstimmung wurde verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Wird von ÖVP, FPÖ und Klubunabhängigem unterstützt und hat keine Mehrheit.

Der nächste Antrag, der eingebracht wurde, betrifft die Kostenübernahme der Überwachungsgebühren durch die Gemeinde Wien beim Neustifter Kirtag. Die sofortige Abstimmung wurde verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Wird von den Oppositionsparteien und dem Klubunabhängigen unterstützt und hat keine Mehrheit.

Der nächste Antrag, der eingebracht wurde, betrifft Übernahme der Kosten der Wiener Linien beim Neustifter Kirtag durch die Gemeinde Wien. Auch hier wurde die sofortige Abstimmung verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Dieser Antrag wird von den Oppositionsparteien und dem Klubunabhängigen unterstützt und hat keine Mehrheit.

Es gelangt nunmehr die Postnummer 6 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft die Neufestsetzung der Tarife für die Benützung der städtischen Bäder. Ich bitte den Berichterstatter, Herrn GR Vettermann, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter GR Heinz **Vettermann**: Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bitte um Zustimmung zum eben einreferierten Poststück.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke und eröffne die Debatte. Zum Wort gemeldet ist Frau GR Ingrid Leeb. Ich erteile es ihr.

GR Ingrid Isabella **Leeb** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Herr Berichterstatter! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es geht beim vorliegenden Geschäftsstück um die Erhöhung der Bädergebühren und Bäderpreise, interessanterweise in diesem Jahr bereits zum zweiten Mal. Ich weiß nicht, warum das zum zweiten Mal passiert. Vielleicht ist das das Geschenk der Wiener Stadregierung an die Wienerinnen und Wiener anlässlich des vierten Schließungsjahrestages des Wiener Stadthallenbades.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, im März hat es eine Klausur, die berühmte Klausur der SPÖ-Wien in Rust, gegeben. Diese ist sehr bekannt dafür, dass man sich dort sehr generös gibt. Es hat auch heuer wieder einen Geschenkreigen gegeben, der sich dann in sogenannter Gratisnachhilfe ausgedrückt hat. Die Wienerinnen und Wiener sind recht schnell nach dieser Klausur wieder auf den Boden der Realität zurückgeholt worden. Wenige Tage später hatten wir den Akt über die Erhöhung der Bäderpreise am Tisch.

In Wien gibt es bekanntlich nichts gratis. Denn weder Gratisnachhilfe noch sonstige als gratis dargestellte Maßnahmen und Aktivitäten werden aus dem bürgermeisterlichen oder stadträtlichen Portemonnaie bezahlt. Wir zahlen das selbst.

Die Monatskarte wird nun empfindlich teurer. So kostet diese für Erwachsene künftig 22 EUR statt 19,60 EUR, für Jugendliche 12 EUR statt 11,50 EUR. Verkauft wird das Ganze mit dem Schmah, dass sich der Preis der Monatskarte verringert, je länger man diese nimmt.

Es bleibt für mich schon die Frage, wie sich einkommensschwache Personen und Familien das noch leisten können, weil diese können sich keine Monatskarten für ihre Familien leisten. Für diese ist der Badbesuch etwas Besonderes, vielleicht ein Highlight in ihrem tristen Alltag.

Dass Sie in den letzten Jahren sehr viel dazu beigetragen haben, diesen Alltag noch trister zu gestalten, darf ich heute hier in Erinnerung rufen. Ich habe es einmal im Rahmen einer Aktuellen Stunde 2011 gesagt. Die Gebührenlawine, die damals losgetreten wurde, stand am

Anfang. Seitdem geht es hurtig Schlag auf Schlag. Vor Ostern haben Sie uns noch ein feines Ei ins Nest gelegt, der Kollege Mahdalik hat es heute eh schon ausgeführt, die Erhöhung der Fahrscheine, wieder einmal ein schwerer Schlag für die Wienerinnen und Wiener.

Aber schauen wir uns an, was da so alles auf uns niedergeprasselt ist:

Mit Beginn 2014 Gebührenerhöhung Kanal, Wasser und Müll. Diese sind mit Jahresbeginn um 4,1 Prozent gestiegen. Auch die Bädertarife wurden bereits mit 1.1. erhöht.

Im Jahr 2012 Wassergebühr plus 33 Prozent, Müllgebühr plus 6,3 Prozent, Abwassergebühr plus 6,2 Prozent, Hundeabgabe plus 65,1 Prozent, Parkgebühr plus 66,6 Prozent, Ortstaxe plus 15 Prozent, ORF-Landesabgabe plus 14,5 Prozent, Dienstgeberabgabe plus 177,7 Prozent. Auch damals eine Erhöhung der Wiener-Linien-Tarife.

So ist es auch im Jahr 2011 gewesen. Der Fernwärmetarif wurde um rund 8,2 Prozent oder um 36 EUR im Jahr mehr. Der Gaspreis für einen durchschnittlichen Haushalt hat sich im Jahr 2011 um 44,50 EUR pro Jahr erhöht. Auch das nicht unerwähnt, die Abschleppgebühren um 26 Prozent erhöht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wie schon vorab gesagt, gratis gibt es in Wien gar nichts! Wir zahlen dafür teuer! Wir zahlen dafür, dass Sie mit unserem Geld nicht haushalten können! Das ist leider Gottes Ihr Verdienst, das Verdienst von Rot-Grün! - Herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP sowie von GR Dr Wolfgang Aigner und GRin Uta Meyer.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, darf ich mitteilen, dass sich Frau GRin Anger-Koch ab jetzt ganzzeitig entschuldigt hat.

Zum Wort gemeldet ist nunmehr Herr GR Mag Kasal. Ich erteile ihm das Wort.

GR Mag Günter **Kasal** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Herr Berichterstatter! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Meine Damen und Herren!

Meine Vorrednerin hat bemerkt und angeführt, bereits am 1. Jänner wurden die Gebühren erhöht. Wie im Akt ersichtlich, wurden die Gebühren jetzt noch einmal erhöht von 5,30 EUR zum Beispiel bei der Tageskarte für Erwachsene auf 5,50 EUR. Das liest sich zwar nicht so schlimm, sind nur knapp 3,8 Prozent, wenn man es aber tatsächlich anschaut, was sich seit der rot-grünen Regierung ereignet hat, sieht das Ganze entscheidend anders aus, und zwar deutlich anders. Im Jahre 2010 konnte man als Erwachsener um 4,70 EUR eine Tageskarte in einem Sommerbad kaufen, ab 2. Mai sind es 5,50 EUR. Das heißt, das sind 80 Cent Unterschied, sind 17 Prozent, womit wir eigentlich gleich wieder im zweistelligen Bereich der Erhöhung wären, wie es unter Rot-Grün leider Gottes mittlerweile üblich ist. Genauso ist es natürlich auch bei den Nachmittagskarten ab 13 Uhr. Aber ich erspare Ihnen das, es steht eh alles im Akt.

Was mich besonders stört, sind aber die Erhöhungen für die Ermäßigungen für Senioren. Und zwar kommen

die Senioren ab 60 Jahre derzeit, noch bis 1. Mai, in den Genuss einer Ermäßigung. Künftig soll das Alterslimit schrittweise auf 65 Jahre angehoben werden. Ich halte das für eine sehr unglückliche Vorgangsweise, weil dadurch kommen zum Beispiel Seniorinnen und Senioren, die die Hacklerregelung nutzen und im Alter von 60 oder 61 oder 63 bereits in Pension sind, nicht in den Genuss der Seniorenermäßigung.

Gleichzeitig ist im Akt aber zu finden, dass es da eine Ausnahme gibt. Die Ausnahme ist zwar klein geschrieben, besonders klein gedruckt, aber trotzdem sehr bemerkenswert, und zwar Begünstigungen für Bedienstete der Stadt Wien. Da geht es um pensionierte Lehrerinnen und Lehrer des Landes Wien, pragmatisierte und vertragsbedienstete Pensionistinnen und Pensionisten des Magistrates der Stadt Wien sowie Pensionistinnen und Pensionisten der Wiener Stadtwerke. Für diese wird das Alterslimit nicht hinaufgesetzt.

Im Gegenteil, wenn diese in Frühpension sind - wir wissen, in der Stadt Wien wird monatlich eine Vielzahl von Menschen frühpensioniert -, können sie auch mit viel geringerem Alter als 60 Jahren in den Bereich der Vergünstigung kommen. Das finde ich ein ganz unsensibles Signal in der Stadt Wien. - Danke. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner zum Wort gemeldet ist Herr GR Ing Meidlinger. Ich erteile ihm das Wort.

GR Ing Christian **Meidlinger** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Herr Berichterstatter! Sehr geehrte Damen und Herren des Wiener Gemeinderates!

Bevor ich zur Gebührenordnung komme beziehungsweise bevor ich darauf eingehe, möchte ich zurückweisen, dass wir hier tatsächlich von einer Gebührenerhöhung sprechen, so wie es die Frau Leeb und mein Vorredner gemacht haben. Es handelt sich hier um eine Tarifreform. *(Heiterkeit bei FPÖ und ÖVP. - GRin Ing Isabella Leeb: Das ist situationslastig!)* - Das ist etwas anderes, als das, was Sie in Ihrer Regierungszeit immer unter Harmonisierung gemacht haben, weil Sie haben unter Harmonisierung ständig die Verschlechterung der Arbeitnehmerrechte verstanden, während wir eine tatsächliche Tarifreform gemacht haben. Ich werde Ihnen dann auch aus dem Akt zitieren, wo es tatsächlich eine Tarifreform ist und dass es hier in Wirklichkeit nicht um eine Einnahmensteigerung geht, sondern wenn wir davon ausgehen, wenn es gut geht, dass wir von einer schwarzen Null sprechen. *(GRin Ing Isabella Leeb: Super!)*

Die MA 44 betreibt an 38 Standorten ein flächendeckendes Angebot. Wie Sie wissen, Brausebad, fünf Saunabäder, fünf Hallenbäder, sieben Kombinationsbäder, zehn Sommerbäder sowie zehn Familienbäder. Im Vergleich zu anderen Städten, wo die ÖVP oder die FPÖ das Sagen hat, ist das ein tolles Angebot. *(GRin Ing Isabella Leeb: Die sind ein bisschen kleiner, Herr Meidlinger!)* - Auch wenn Sie es mit der Relation ausrechnen, geht es sich nie aus, Frau Leeb. Ich werde auch noch dazu kommen, dass die ein bisschen kleineren Städte

sogar noch mehr Geld für das bisschen weniger Angebot verlangen.

Aber, um bei der Sache zu bleiben, wir haben jetzt mit 1.5.2014 eine Adaptierung des seit 2007 geltenden Tarifs vorgelegt. Die Überlegungen gehen dahin, dass das eben im Interesse des Kundinnen- und Kundenservice in Verbindung mit zugkräftigen Dauerkartenpreisen im Vordergrund steht. Das Ziel ist auch, die Monatskarten noch attraktiver anzubieten, als das bisher der Fall war und dass man eventuell auch Wartezeiten im Sommer an besonders heißen Tagen tatsächlich verringern kann. Die Monatskartenpreise errechnen sich jetzt aus dem Vielfachen der Einzelkartenpreise. Die Vergünstigung, und das ist nicht ohne, ist im Vergleich mit dem Erwerb einer Jahreskarte immerhin 25 Prozent.

Wie bereits erwähnt wurde, soll es neben dem bisherigen Angebot der All-inclusive-Karten, Erwachsenenkarten, Karten für Jugendliche und Kinder, auch eine Karte für sozial Bedürftige geben, eine Monatskarte, die entsprechende Ermäßigungen anbietet. Davon sind immerhin Schülerinnen und Schüler betroffen, die mit der Reifeprüfung bis zum 20. Lebensjahr abschließen, SchülerInnen an Konservatorien, Krankenpflegeschulen, Fachhochschulen, Kollegs, Pädagogische Akademien und Studierende, ordentliche Hörerinnen und Hörer bis zum 27. Lebensjahr oder auch Präsenz-, Zivildienstler oder auch Menschen mit besonderen Bedürfnissen ab 70 Prozent Erwerbsminderung. Weil die Seniorinnen und Senioren angesprochen worden sind, auch diese erhalten jetzt Ermäßigungen in den Sommerbädern.

Vielleicht auch noch zur Leistungsschau der Wiener Bäder und was alles geleistet wurde im Jahr 2013: Die Wiener Bäder haben immerhin 5,154 Millionen Badegäste gehabt. Im Sommer bedeutet das zum Beispiel, 65 Schwimmbecken mit mehr als 30 000 m³ Badewasser hygienisch einwandfrei zu halten und 550 000 m² Rasenfläche zu pflegen. Auch nur zur Information, 26 000 Kästchen, 9 000 Kabinen sind ebenfalls den Badegästen zur Verfügung gestellt. Das alles wird von 470 Dauerbeschäftigten und 490 Saisonbeschäftigten ordentlich gewartet, bei denen ich mich hier ausdrücklich für die tolle Leistung, die sie dort erbringen, bedanken möchte. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Weil wir kommende Woche wieder Saisonöffnung haben, möchten wir schon noch darauf hinweisen, welche Zusatzleistungen hier angeboten werden, denn die Wiener Bäder zeichnen sich nicht nur durch die Badequalität, sondern auch durch Sport, Unterhaltung und das Angebot aus. Es wird Wireless-LAN entsprechend ausgebaut, im Gänsehäufel an weiteren fünf Zugangspunkten. In zehn weiteren Sommerbädern wird es ebenfalls installiert und in Betrieb genommen werden. Fünf weitere Standorte folgen dann noch 2015. Die Wiener Bäder zeichnen sich durch Freizeiteinrichtungen wie Fußballplätze, Kinderspielflächen, Volleyballplätze, aber auch Wasserrutschen aus. Das zeigt und bestätigt durchaus das Erfolgskonzept. Es gibt auch ein umfangreiches Animationsprogramm, Poolgames, Bäderanimationen. In Familienbädern wird an Schönewettertagen auch ein Kinderklub angeboten. Wir haben Wassergym-

nastikeinheiten, Beachvolleyballprogramm, und so weiter, und so fort. Das lässt sich alles im Internet nachvollziehen. Man kann in drei Familienbädern auch spielend die Englischkenntnisse verbessern. Auch das wird noch angeboten. Im Sommer wird in den Hallenbädern zusätzlich, wie bisher, Poolgymnastik ebenfalls angeboten. Dazu kommt noch ab 24.5. der Bäderbus, der alle zehn Minuten ins Gänsehäufel fährt.

Was hier auch vergessen wird, sind die Investitionen, die die Wiener Bäder vorgenommen haben. Wir haben in zwölf Bädern Energie-Contracting abgeschlossen. Auch dazu vielleicht noch ein paar Zahlen: Insgesamt werden dabei 24 600 Megawattstunden Fernwärme, 486 000 m³ Erdgas, 908 m³ Wasser und Abwasser eingespart und, was besonders erfreulich für die Umwelt ist, der CO₂-Ausstoß ist um rund 4 600 t pro Jahr reduziert worden, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates.

Nun noch zu den Tarifen und den Preisen, weil wir von einer Tarifreform sprechen: Sie haben hier zwar die Punkte hervorgehoben, wo die Tarife geringfügig angehoben werden, aber Sie kennen alle die Tabelle aus dem Akt. Von Tarifierhebungen in neun Bereichen wird dort gesprochen. Es gibt aber auch 13 Bereiche, wo die Tarife gleich bleiben. Es gibt sogar 24 Bereiche, wo die Tarife billiger werden. Daher ist es nicht angemessen, hier von einer Tarifierhöhung zu sprechen, sondern von einer echten Tarifreform. So bleiben zum Beispiel die Familienkarte, ein Erwachsener, ein Kind, weil das angesprochen wurde, gleich. Es wird bei den Seniorinnen und Senioren sogar, wie gesagt, ermäßigt. Jugendliche und Kinder bleiben ebenfalls gleich. Wenn man die neu eingeführte Jahreskarte hernimmt, erspart sich ein Betroffener mittlerweile 42 EUR im Jahr im Vergleich zum vorigen Tarif. *(GRin Ing Isabella Leeb: Das kann sich keiner leisten!)* Das ist alles dem Akt zu entnehmen. Sie können das alles nachlesen.

Zum Thema, was sich die Wienerinnen und Wiener leisten können, frage ich mich, wie Sie in den Städten, wo Sie das Sagen haben, umgehen. Wir haben in Wien einen Preis bei der Tageskarte von 5,50 EUR und einen Preis bei den Kindern, der übrigens gleich bleibt, von 1,80 EUR, ein sehr sozialer Tarif und der sozialste Tarif bei fast allen Bädern in Österreich. Wenn man zum Beispiel das Bad in Graz hernimmt, kostet dort die Kindertageskarte, im Vergleich zu unseren 1,80 EUR, 4,80 EUR, die Erwachsenenkarte 6,90 EUR. Wir haben in Mödling die Kinderkarte bei 3,40 EUR und die Erwachsenenkarte bei 7 EUR. Wir haben in Klagenfurt die Kinderkarte bei 5 EUR und die Erwachsenenkarte bei 7,80 EUR. Das ließe sich so fortsetzen. Dazu könnte man noch viel sagen. Ähnlich verhält es sich auch bei den Jahreskarten, wo wir zum Beispiel in Klagenfurt einen Jahreskartenpreis bei den Erwachsenen von 285 EUR haben.

Also, meine sehr geehrten Damen und Herren der Opposition, bitte sagen Sie es dort, wo es keine Sozialtarife gibt, wo Sie selbst das Sagen haben! Wir werden hier in Wien die soziale Tarifgestaltung so fortführen, wie wir es bisher gemacht haben! - Herzlichen Dank. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zum Wort

gemeldet ist Herr GR Ellensohn. - Ich erteile ihm das Wort.

GR David **Ellensohn** (*Grüner Klub im Rathaus*): Herr Vorsitzender! Herr Berichterstatter! Meine Damen und Herren!

Die Bädertarife, andere Tarife, klingen eigentlich wie ein kleines Thema, aber man kann große Politik damit machen.

Immer wieder bin ich fasziniert vom Erklärungsversuch, den ich in dem Haus hauptsächlich von der Opposition höre, nämlich wie der Staat es am Ende machen soll, denn die Leistungen sollen alle billiger werden, die Einnahmen dürfen auf keinen Fall auf der Steuerseite steigen, da muss auch gesenkt werden, und der Schuldenstand muss insgesamt auch noch gesenkt werden und die Reichen und die Superreichen dürfen auf keinen Fall mehr dazu beisteuern. (*GR Armin Blind: Wir sind bei Postnummer 6!*) Wie die Rechnung zusammengeht, weiß ich nicht. Ich vermute eher mehrere PISA-Opfer in Ihren Reihen. Anders kann ich es mir nicht gut erklären.

Herr GR Meidlinger hat jetzt sehr schön die Ausgestaltung der Tarife bei den Wiener Bädern in Zukunft ausgeführt. Er hat am Ende auch noch ganz kurz auf andere Städte Bezug genommen. Wir warten hier immer noch, die ganze Grüne Fraktion, aber ich glaube nicht nur die GRÜNEN, ganz gebannt darauf, wann wir das erste Beispiel bekommen. Wir haben letztes Jahr - das ist mittlerweile fast ein Jahr her - bei Ihnen angefragt. Bringen Sie uns doch bitte einen Bürgermeister, gerne auch eine Bürgermeisterin einer ÖVP-Stadt (*GRin Ing Isabella Leeb: Haben wir genug!*), mit, sagen wir einmal, 10 000 Leuten oder mehr, bei der die Gebühren niedriger sind als in Wien. Wir haben noch keine gefunden. Martin Margulies hat eine ganze Menge Städte durchforstet. Wir haben noch niemanden. Wir wären auch froh, wenn wir in den Top 3 sind, aber momentan sind wir in unserer Liste immer noch auf Platz 1. Das wäre günstig, weil Tatsache ist, überall dort, wo Sie in der Verantwortung sind, ist es viel schlechter. Die Frage ist: Um wie viel besser muss denn Wien sein, bis Sie sagen, es ist eh akzeptabel?

Der Antrag, den ich heute einbringe, hat ebenfalls etwas mit Familien, mit den Preisen und mit der Leistbarkeit zu tun, richtet sich aber in diesem Fall an die Bundesregierung. Da gibt es Änderungen bei der Familienkarte der ÖBB, die jetzt Familycard heißt. Das kann man auch unaufgeregt durchgehen. Jetzt könnte ich so tun, wie furchtbares Desaster. Es gibt Verbesserungen bei der neuen Familycard. So dürfen jetzt Erwachsene, also auch die Tante mit Neffen und Nichte fahren, was vorher nicht gegangen ist, weil sie quasi nicht engste Familie waren. Engste Familie waren dort im Begriff Mama und Papa. Jetzt dürfen auch andere Leute mit den Kindern fahren. Was nicht mehr geht, ist, eine größere Familie, also ein Erwachsener, eine Mama, ein Vater fährt mit drei oder mehr Kindern. Da muss das dritte und das vierte und allfällige, falls es noch eine größere Familie ist, Kind ganz zahlen und hat nicht mehr die Ermäßigung. Deswegen haben wir uns hier durchgerungen, dankenswerterweise nicht nur die SPÖ und die GRÜ-

NEN, sondern auch die Volkspartei, einen gemeinsamen Antrag betreffend Änderungen bei der ÖBB-Familienkarte vorzunehmen.

Der unaufgeregte Text lautet: „Wir ersuchen, von Seiten der Bundesregierung die ÖBB daraufhin zu drängen, die Vorteile der Änderungen, die es auch gibt, entsprechend zu kommunizieren und die Verschlechterungen, die es vor allem für größere Familien gibt, zu überdenken.“ - Der Antrag ist in formeller Hinsicht für die sofortige Abstimmung eingebracht.

Vielen Dank. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Berichterstatter verzichtet auf das Schlusswort.

Wir kommen nun zur Abstimmung. Ein Gegen- oder Abänderungsantrag wurde nicht gestellt. Ich bitte daher jene Damen und Herren des Gemeinderates, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen wollen, die Hand zu erheben. - Wie darf ich das von der ÖVP verstehen? (*GRin Ing Isabella Leeb: Die ÖVP ist dagegen!*) - Ich darf noch einmal bitten, die Hand zu erheben, wer zustimmen will. - Jetzt funktioniert es. Die SPÖ und die GRÜNEN stimmen zu. Damit ist es mehrheitlich angenommen. (*Amtsf StR Christian Oxonitsch: Wiederholungen von Abstimmungen sind nicht üblich!*) - Ich nehme zur Kenntnis, meine Damen und Herren, dass zuerst teilweise Abgeordnete der ÖVP aufgezeigt haben, offensichtlich aus einem Irrtum. Ich glaube, es spricht nichts dagegen, dass wir das noch einmal aufgeklärt haben. (*Amtsf StR Christian Oxonitsch: Ich bin eh dafür! Nur sollte es einer anderen Partei auch passieren, hoffe ich auf das gleiche Verständnis!*)

Meine Damen und Herren, es wurde ein Beschluss- und Resolutionsantrag von Gemeinderäten der GRÜNEN, der SPÖ und der ÖVP betreffend Änderungen bei der ÖBB-Familienkarte, nunmehr gerichtet ans zuständige Mitglied der Bundesregierung, eingebracht. Es wird die sofortige Abstimmung beantragt. Wer diesem Beschluss- und Resolutionsantrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist einstimmig angenommen.

Dann kommen wir zur Postnummer 7 der Tagesordnung. Sie betrifft Subventionen an Sportorganisationen und sonstige Institutionen aus den Sportförderungsmiteln 2014. Ich bitte den Berichterstatter, Herrn GR Mag Czernohorszky, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter GR Mag Jürgen **Czernohorszky**: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich bitte um Zustimmung.

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Ich eröffne die Debatte. Zum Wort gemeldet ist Frau GRin Ing Leeb. - Bitte sehr.

GRin Ing Isabella **Leeb** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Herr Vorsitzender! Herr Berichterstatter! Meine Damen und Herren!

Ich darf diesen Tagesordnungspunkt nutzen und einen Antrag einbringen, und zwar einen Antrag der GRin Leeb und Norbert Walter:

„Der zuständige Stadtrat für Bildung, Jugend, Information und Sport wird aufgefordert, raschest die Sanie-

zung des Sportklub-Platzes in Angriff zu nehmen beziehungsweise den Verein dahin gehend zu unterstützen, sollte eine Sanierung nicht mehr möglich sein, soll ein Neubau in Angriff genommen werden.

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung dieses Antrages an den Gemeinderatsausschuss der Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Information und Sport verlangt.“

Ich darf diesen Antrag heute im Namen meiner entschuldigten Kollegin und Sportsprecherin Ines Koch einbringen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wie bekannt ist, ist die Situation vieler Wiener Sportstätten nicht gerade rosig, ich würde sogar eher sagen, besorgniserregend. Ganz besonders traurig ist die Situation des Wiener Sportklubs. Obwohl es einen einstimmigen Beschlussantrag des Wiener Gemeinderates vom September 2013 gibt - das ist jetzt schon fast ein Jahr her - diese Sportstätte rasch zu sanieren, ist man untätig, und dies, obwohl zwei Gemeinderäte im Sportklub-Kuratorium sitzen.

Obwohl Bürgermeister und Stadtrat bereits ein Konzept für den Sportklub-Platz und das Nachwuchszentrum von Seiten der Führung des Wiener Sportklubs erhalten haben, wird offiziell auch in Aussendungen angegeben, dem sei nicht so. Fakt ist aber, dass Präsident und Vizepräsident des Sportklubs bereits vor Wochen mit Bgm Häupl und Sportstadtrat Oxonitsch gesprochen und dabei auch ein 20-seitiges Konzept vorgelegt haben. Herr StR Oxonitsch fand das Konzept im Rahmen der Gespräche gut, da er auch zugab, zu wenige Hallen in Wien zu haben. Die von der SPÖ für allfällige Bauten favorisierte ARWAG ist einzig an den Wohnflächen interessiert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, offensichtlich ist es so, dass man hier im Haus nur auf Druck bereit ist, sich zu bewegen. Die Situation der Sportstätten in Wien ist einer selbsternannten Sportstadt, und das ist Wien, das plakatiert man gerne, „Sportstadt Wien“, nicht würdig! Werden Sie tätig! Werden Sie sich Ihrer Aufgabe bewusst, für die Jugend, für die Sportler in Wien etwas zu tun! - Herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP und von GR Dr Wolfgang Aigner.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Berichterstatter hat das Schlusswort. - Bitte schön.

Berichterstatter GR Mag Jürgen **Czernohorszky**: Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren!

Zuallererst möchte ich um Zustimmung für die wichtigen Sportförderungsmittel, die der eigentliche Gegenstand des Aktes sind, bitten.

Zum Antrag möchte ich nur sagen, dass wir, wie die Kollegin Leeb schon ausgeführt hat, am 26. September hier im Haus einstimmig einen Antrag beschlossen haben, der sich für die rasche Sanierung ausspricht. Momentan finden Verhandlungen auf Basis dieses Antrages statt, deren Gegenstand es ist, eine bestmögliche Lösung zu finden. Ich finde daher, es ist nicht der Ort, ein paar Monate später politischen Aktionismus zu betreiben und das Gleiche noch einmal zu beschließen. Die Zeit

könnte man nutzen, um am Sportklub-Platz einmal vorbeizukommen, sich das eine oder andere Spiel anzuschauen. Ich selbst bin Hütteldorfer, aber meine Kolleginnen und Kollegen aus meinem Klub sagen mir, Kollegen aus der ÖVP sind dort nie gesehen worden. *(GR Mag Wolfgang Jung: Wieso sieht man das von außen?)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Wir kommen nun zur Abstimmung. Ich bitte jene Damen und Herren des Gemeinderates, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen wollen, die Hand zu erheben. - Ich stelle die Einstimmigkeit fest.

Wir kommen zur Abstimmung des Beschluss- und Resolutionsantrages der ÖVP betreffend Neubau, Sanierung des Sportklub-Platzes. Hier ist die Zuweisung verlangt. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist auch einstimmig.

Damit kommen wir zur Postnummer 8 der Tagesordnung. Sie betrifft eine Subvention an den Verein Kulturzentrum Spittelberg. Ich darf den Herrn Berichterstatter bitten, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter GR Mag Jürgen **Czernohorszky**: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich bitte auch hier um Zustimmung.

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Ich eröffne die Debatte. Zum Wort gemeldet ist Frau GRin Ing Leeb. - Bitte sehr.

GRin Ing Isabella **Leeb** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Herr Vorsitzender! Herr Berichterstatter! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es geht heute um das Kulturzentrum Spittelberg, besser bekannt unter Amerlinghaus, ein Gebäude, das uns seit 1978 in Wien sehr intensiv beschäftigt, wie ich heute von Herrn StR Oxonitsch gehört habe, ein Symbol der Hausbesetzerszene.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich weiß nicht, wie es Ihnen geht. Ich persönlich und meine Fraktion, wir können auf diese Art von Folklore in Wien sehr gerne verzichten! *(Beifall bei ÖVP, FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.)*

36 Jahre werden die Wiener Steuerzahlerinnen und Steuerzahler von einem Verein am Schmäh gehalten, dessen selbsternanntes Ziel es ist, Räume für alternative Lebensformen, in denen Konsum keine Rolle spielt, zu schaffen. Das ist vollkommen in Ordnung. Jeder kann sich Lebensziele setzen, wie er möchte, solange er damit nicht alle anderen belästigt.

Es gab verheerende Kontrollamtsberichte. Mit einem besonderen Schmäckerl möchte ich heute hier aufwarten. Das ist ein Raum, wo man möglichst konsumfrei agiert. Also, es wird dort sehr viel Gesellschaftskritik geübt, besonders eben am Kapitalismus. Aber Subventionsgelder zu verspekulieren, dafür war sich selbst dieser Verein nicht zu gut. Unsummen haben wir dort hineingesteckt. Bis dato mehr als 20 Millionen EUR. Das Ganze läuft unter Kulturförderung, wird aber aus dem Bildungstopf gezahlt. Wenn wir uns heute in der Früh gefragt haben, wie man sparen und Geld für die Bildung frei machen könnte, das Geld könnten Sie sofort nehmen.

Als ich den Akt bekommen habe, war ich ein bisschen erstaunt, weil ich mir gedacht habe, jetzt brennen

auch den Roten einmal die Sicherungen durch, weil erstens werden die Subventionen kräftig gekürzt und zweitens geht das Geld nicht mehr an den Verein, sondern an die Gesiba, weil offensichtlich, und das steht auch im Kontrollamtsbericht, sind die Herrschaften nicht einmal in der Lage, die laufenden Unkosten, wie Miete, zu decken. Und so ist es. (GR Dominik Nepp: *Besetzt, aber zahlt!*) Das Geld für die Miete geht an die Gesiba. Das heißt, wir spielen Taschl in Taschl, aus dem einen Taschl in das andere Taschl. Wie wäre es, wenn sich die Gesiba einen finanzkräftigen Mieter sucht und man das Geld, das man diesem Verein seit über 30 Jahren nachwirft, zeitgemäßerer Kultur-, Sozial- und Bildungseinrichtungen zukommen lässt? Deshalb stellen wir heute den Beschlussantrag:

„Der Wiener Gemeinderat spricht sich für die Streichung der Subventionsmittel des Kulturvereins Spittelberg im Amerlinghaus aus. Die Mittel sollen anderen, zeitgemäßerer Kultur-, Sozial- und Bildungsinstitutionen und Vereinen für ihre Arbeit zur Verfügung gestellt werden.“

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung beantragt.“ (Beifall bei ÖVP und FPÖ.)

Wir werden diesem Subventionsakt nicht zustimmen.

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächste Rednerin zum Wort gemeldet ist Frau GRin Hebein. Ich erteile ihr das Wort.

GRin Birgit **Hebein** (*Grüner Klub im Rathaus*): Werter Herr Vorsitzender! Herr Berichterstatter! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Amerlinghaus: Worum geht es konkret, meine sehr geehrten Damen und Herren? Ganz einfach, unsere Demokratie ist doch angewiesen auf starkes, engagiertes, zivilgesellschaftliches Umfeld. Dafür braucht es Räume. Deshalb ist das Amerlinghaus für die Stadt Wien ein sehr bedeutsamer Ort. Ganz einfach! (Beifall bei den GRÜNEN. - GR Dkfm Dr Fritz Aichinger: *Buh!*)

Weiters ist es so, dass natürlich Rot-Grün möchte (GR Mag Wolfgang Jung: *Der Kollege Schuster verkrampt sich schon!*), dass das Amerlinghaus bestehen bleibt. Heute beschließen wir hoffentlich gemeinsam eine Subvention, den ersten Teil, um das gesamte Haus aufrechtzuerhalten. Ich bin zuversichtlich, dass die Gespräche mit dem Kulturverein Amerlinghaus gemeinsam mit der MA 13 im Auftrag von StR Oxonitsch bald zu einem positiven Ende kommen. Es ist ganz wichtig, dass ausreichend finanzielle Grundausrüstung zur Verfügung gestellt wird.

Warum? Das Amerlinghaus ist ein Begegnungsort (GRin Uta Meyer: *Für Hausbesetzer!*), ein interkulturelles Zentrum, wo mehr als 60 Initiativen aktiv sind, und zwar zwischen Jung und Alt. Da geht es um Vielfalt. Da geht es um Interkulturalität. Es ist niederschwellig und leistbar für sehr viele Initiativen, für sehr viele Menschen, die sich dort begegnen. (GR Mag Wolfgang Jung: *Linksradikale!*) Da geht es um Kultur, um Musik, um Veranstaltungen, um Aktionismus, um Filmprojekte, um Workshops, eine Palette, eine Bandbreite.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, 50 000 Menschen gehen jährlich ein und aus im Amerlinghaus.

50 000 Menschen nützen das Amerlinghaus (GR Ing Udo Guggenbichler, MSc: *Wofür denn?*), und das generationsübergreifend. Ich muss ehrlich sagen, fast ist die Aufregung von ÖVP und FPÖ amüsant! Was Sie halt absolut nicht packen, ist, dass in einer Stadt wie Wien einfach nichtkommerzielle Räume zur Verfügung gestellt werden. Das können Sie in Ihrer Verwertungslogik nicht aushalten.

Natürlich finden im Amerlinghaus auch Initiativen statt, die systemkritisch sind. Willkommen in der Demokratie, werde Opposition! Halten wir das nicht aus? (GR Mag Wolfgang Jung: *Wir kritisieren nur, Frau Kollegin! Wir regen uns nicht auf!*) Halten Sie das in Ihrer Verwertungslogik nicht aus, dass alles kommerziell sein muss? In unserer Stadt ist so etwas ganz einfach möglich.

Natürlich braucht so ein riesiges Haus auch Angestellte, die den ganzen Betrieb koordinieren und aufrechterhalten. Vier Personen sind angestellt, eine Ganztagskraft, eine Reinigungskraft, und drei Teilzeitkräfte, die das Gesamte organisieren.

Schauen Sie, bei der FPÖ wundert es mich nicht. Natürlich passiert dort antirassistische, antifaschistische Arbeit. Dort begegnen sich Holocaust-Überlebende und erzählen Jugendlichen über ihre Erfahrungen. Dass das eine FPÖ nicht aushält, sobald Sie die Wörter Vielfalt, Antirassismus und Antifaschismus hört, ist kein Wunder! Von dieser Angst- und Hetzpolitik und dem Auseinanderdividieren von Menschen lebt die FPÖ ja. Aber dass sich die ÖVP hier süffisant hinstellt und diverseste Initiativen heruntermacht, nur weil es ihrer wirtschaftlichen Logik nicht entspricht, verwundert das ein Stück weit.

Außerdem bitte ich Sie, wenn Sie hier schon sprechen, sprechen Sie auch sachlich über den Kontrollamtsbericht! Es gibt inzwischen zwei davon. Ja, es gab eine Gebarungsprüfung des früheren Kontrollamts, jetzt Stadtrechnungshof, zwischen 2006 und 2009. Wie bei vielen Vereinen wurde natürlich auch dieser Verein angehalten, für Verbesserungen zu sparen und mehr Einnahmen zu lukrieren. (GR Mag Wolfgang Jung: *Das ist es ja! Weil Sie es nicht kontrollieren!*) Das ist der eine Punkt. Ja, es sind auch Fehler passiert, überhaupt keine Frage. Da gibt es nichts schönzureden. Aber nehmen Sie zur Kenntnis, aus dem Kontrollamtsbericht und auch aus der Nachprüfung 2011, dass das Kontrollamt eine positive Bereinigung festgehalten hat, dass das Kontrollamt ganz klar festgehalten hat, dass es keinen Schaden gegeben hat! Nehmen Sie dies sachlich zur Kenntnis! Das ist laut Kontrollamtsbericht. Ich habe ihn in der Nacht noch einmal durchgearbeitet. Also seien Sie wenigstens, wenn Sie es politisch nicht ertragen, dass es so etwas gibt, korrekt!

Aber was heißt das noch einmal konkret? Ich werde es jetzt an ein paar Beispielen aufzeigen, weil es mir wichtig erscheint.

Das eine ist, es gibt eine Person, das ist Ceija Stojka, die eine wahnsinnig klasse engagierte Frau war, eine Romni, eine Holocaust-Überlebende, die das KZ überlebt hat. Sie hat jahrelang im Amerlinghaus Jugendlichen ihr Wissen weitergegeben, Jugendliche gestärkt, alles zu hinterfragen, Jugendlichen vermittelt, dass es wichtig ist,

aus der Vergangenheit zu lernen. Das ist ein Punkt. So etwas war und ist im Amerlinghaus möglich.

Der zweite Punkt: Ich weiß, das ist ein Bereich, wo Sie gern drüberwischen. Armutsbetroffenen steigt man gern drauf. Da geht es ums Betteln. Ja, im Amerlinghaus macht die Bettelobby Wien juristische Beratung. (*GR Mag Wolfgang Jung: Die Bettler randalieren ja nicht!*)

Da kommen Familien mit Alltagsproblemen, mit bürokratischen Problemen, mit Problemen der Kinder in der Schule, Alltagsproblemen, wie Sie sie haben und wie sie auch Bettler und Bettlerinnen haben. So etwas ist auch im Amerlinghaus möglich.

Dann gibt es Jugendliche, die es aus den unterschiedlichsten Gründen nicht schaffen, an anderen Institutionen, bei anderen Einrichtungen anzudocken, Jugendliche, die dort eine Möglichkeit erhalten, durch Alternativen, wie Bewegung, Tanz, Akrobatik, einen Zugang zu finden, eine Perspektive zu finden, denn gleichzeitig erhalten sie Unterstützung im Schulbereich. Auch das ist das Amerlinghaus.

Jetzt komme ich noch zu einem Punkt, der die Künstler und Künstlerinnen betrifft. Es gibt eine freie Kunst- und Kulturszene, und Wien ist sehr stolz darauf. (*GR Mag Wolfgang: Ihr seid stolz darauf!*) Es gibt Künstler und Künstlerinnen, die ihre Wurzeln im Amerlinghaus haben. Ich zähle Ihnen ein paar auf:

Eine Frau ist Tina Leisch. Sie wurde sehr oft als Drehbuchautorin ausgezeichnet. Auch sie hat ihre Wurzeln im Amerlinghaus.

Julia Rabinovic, bekannt unter anderem durch ihre Theatererfolge, auch Wurzeln im Amerlinghaus.

Dann haben wir Ibrahim Amir, bekannt durch seine Theaterstücke, ausgezeichnet mit dem Nestroypreis, Wurzeln im Amerlinghaus. Ob es Ihnen gefällt oder nicht.

Dann haben wir Seher Cakir, eine Autorin, jung, die jetzt wirklich schon über Wien, über Länder hinaus bekannt wird, auch ihre Wurzeln im Amerlinghaus. (*GRin Uta Meyer: Was heißt Wurzeln?*)

Halmat Haci Begavanovic, auch eine bekannte Autorin. - Die Liste ließe sich fortsetzen.

Was ich damit sagen will, ist, es gibt Künstler und Künstlerinnen, die das Amerlinghaus als Begegnungsort genutzt haben und nach wie vor nützen, bekannte und nicht bekannte Künstler und Künstlerinnen. Es ist ein Ort, der Ihnen überhaupt nicht gefällt, das verstehe ich schon, aber es gibt ihn in der Stadt Wien, einen Ort, wo sich Initiativen treffen können, die wenig Geld haben. Tatsächlich gibt es Menschen, die wenig Geld haben und nicht ein tristes Leben, wie Frau GRin Leeb vorher theatralisch gesagt hat, führen. Das sind Menschen, die auch ein Recht auf Teilhabe haben. Für sie ist das Amerlinghaus genau so ein Ort. Und das ist gut so, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der nächste Punkt, weil es mich wahnsinnig ärgert, mit welcher Ignoranz und Präpotenz hier auch die ÖVP immer wieder argumentiert, wenn es um das Amerlinghaus geht: Ich habe bei einer Veranstaltung Heribert Steinbauer von der ÖVP kennen gelernt. Sie werden ihn hoffentlich kennen, Nationalrat, Generalsekretär. Er hat auch im 7. Bezirk begonnen, politisch aktiv zu werden,

war dort Bezirksvorsteher-Stellvertreter. Er hat im Zuge einer Veranstaltung im 7. Bezirk über sein Leben, sein politisches Wirken erzählt. Er hat das mit unglaublichem Humor und Gelassenheit gemacht. Er ist dort vor allen mit Wertschätzung zum Amerlinghaus gestanden und hat eines gesagt, was sehr beachtlich war, im Grunde brauchen wir mehrere Amerlinghäuser in Wien, mehr Gelassenheit, meine sehr geehrten Damen und Herren! (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ. - GR Armin Blind: Die Einzige, die nicht gelassen ist, sind Sie, Frau Hebein!*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zum Wort gemeldet ist GR Nepp. Ich erteile ihm das Wort.

GR Dominik **Nepp** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Herr Vorsitzender! Herr Berichterstatter! Meine Damen und Herren!

Frau Kollegin Hebein, wenn Sie sagen, dass dort nur systemkritische Vereine tätig sind, dann muss ich Ihnen sagen, diese Vereine sind nicht systemkritisch, sie sind demokratiefeindlich, sie sind verfassungsfeindlich und so etwas hat in Wien nicht gefördert zu werden! (*Beifall bei der FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.*)

Ich zähle Ihnen dann noch auf, welche Vereine dort alle tätig sind.

Aber, weil Sie das auch erwähnt haben, gab es bei diesem Verein im Kontrollamtsbericht nicht, wie Sie sagen, ein paar kleine Kritiken und das hat man dann ausgebessert, sondern dieser Verein wurde in diesem Kontrollamtsbericht zerlegt! Angefangen damit, die Frau Kollegin Leeb hat es schon erwähnt, dass man gedacht hat, als Antikapitalist kann man irgendwie kapitalistisch herumspielen. Das ist mächtig in die Hose gegangen. 70 000 EUR wurden investiert, 40 000 EUR sind herausgekommen. Das findet dort statt, Frau Kollegin Hebein! Man kann dieses Geld dort sicher anders verwenden. Ich gebe Ihnen später noch ein Beispiel, wofür.

Aber in diesem Kontrollamtsbericht stand noch viel mehr. Das Amerlinghaus oder dieser Kulturverein oder Unkulturverein, oder wie auch immer man das nennen will, hat das dann auch gemacht, weil wir immer gesagt haben, dass dort 50 000 Leute ein- und ausgehen, aber Mitglieder haben sie nicht so viele, weil früher in ihren Unterlagen ausgewiesen wurde, wie viel Mitgliedsbeiträge sie einnehmen. Ich kann es Ihnen sagen, für 50 000 Besucher wurden 250 EUR Mitgliedsbeiträge (*GR Armin Blind: Im Jahr!*) im Jahr eingenommen. Wenn man das hochrechnet, dass man eine Mitgliedsgebühr in einem Verein von durchschnittlich 25 EUR hat, hat dieser Verein also 10 Mitglieder. Neun davon sind im Vorstand. Das ist eine großartige Erfolgsbilanz, die dort anscheinend gelebt wird. (*Beifall bei der FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.*)

Der Kontrollamtsbericht hat auch bekrittelt, dass dort jährlich die Personalkosten steigen. Damals, 2006, 126 000 EUR bis 2009 153 000 EUR, et cetera. Das sind Steigerungen um bis zu 22 Prozent. Da kann man sagen, dass dort vielleicht auch der Umsatz hätte steigen können, aber der Umsatz ist für 22 Prozent Personalkosten genau um 3 Prozent gestiegen. Wenn man so in der Privatwirtschaft tätig sein würde, wäre man schon längst

im Konkurs, aber zum Glück schießt die rot-grüne Stadtregierung dort immer mehr Geld hinein.

Zu den Vereinen, die dort tätig sind, kann ich Ihnen auch noch etwas sagen:

Und zwar gibt es dort die „LSR“, das ist die „Sozialistische Revolution“, revolutionär-kommunistische Organisation. „Wir treten zusammen mit Genossen auf der Welt auf, um für die Interessen der Arbeiter und Unterdrückten einzutreten.“ - Gut, klingt nicht so schlecht. Es soll so sein, finde ich auch nicht so schlecht. – „So eine Gesellschaft kann nur international geschaffen werden. Darum brauchen wir eine Revolution, eine Schaffung von Staaten, wo die ArbeiterInnenklasse durch Räte wieder vertreten wird und wo das dort herrscht.“ - Diese Leute wollen eine Räterepublik hier in Österreich gründen, eine Sowjetrepublik. So etwas finden Sie förderungswürdig! Das ist wirklich interessant! *(Beifall bei der FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.)*

Wen haben wir noch drinnen? „Das Fröhliche Wohnzimmer“ - Das fröhliche Wohnzimmer habe ich zu Hause. Es kann sein, dass es jemand dort nicht so fröhlich hat, dann muss er halt ins Amerlinghaus gehen.

Dann gibt es dort - was haben wir noch? Hier, gegen Abschiebung. Das sind dann die „Familien und FreundInnen gegen Abschiebung“. Das sind diejenigen, die immer gewaltsam demonstrieren, wenn jemandem das Asylrecht aberkannt wird und er dann abgeschoben werden muss.

Das „Flüchtlingsprojekt Ute Bock“. Auch dort haben wir gesagt, das wollen wir nicht weiter fördern, nicht nur, weil Ute Bock früher anscheinend die Kinder in den ganzen Kinderheimen geschlagen hat *(GRin Birgit Hebein: Das darf doch nicht wahr sein!)*, wie sie selbst in einem Interview zugegeben hat - das sage nicht ich, Frau Kollegin Hebein, sondern die Frau Bock -, sondern auch weil es da Malversationen bezüglich Förderungen für Miete und Submieter et cetera gegeben hat. Auch das war alles den Medien zu entnehmen.

Was haben wir noch? Die „Sadomasochismus-Initiative“ mit Bondage, Hängespielen, Cutting und Erste-Hilfe-Kurs.

Die „Linkswende“. Anscheinend wollen Sie die „Linkswende“ fördern, weil das sind immer diejenigen, die als Radaubröder bei jeder FPÖ-Veranstaltung die Besucher und Gäste anpöbeln, Steine werfen, Batterien werfen. Anscheinend wollen Sie das auch fördern! Das sieht man, wie gewaltfrei Sie nämlich immer sind, wie die GRÜNEN behaupten!

Dann gibt es noch den „Revolutionären Aufbau“. Die möchten auch nur Revolution, lauter Revolution. *(GR Mag Wolfgang Jung. Aber subventioniert!)* Dort ist jedes zweite Wort „Revolution“, „Kampf gegen Kapital“, „Rebellion ist gerechtfertigt.“, „Wehrt euch und kämpft.“, et cetera.

Man sieht also, dass die Vereine, die dort tätig sind, bei Weitem nicht so sind, wie Sie das immer darstellen, als nettes Kaffeekränzchen, sondern dort wirklich demokratie- und verfassungsfeindliche Ideen geboren werden. So etwas muss man nicht unterstützen. Schlimm genug, wenn so etwas in irgendwelchen kleinen Kämmerchen

stattfindet, aber eine staatliche oder städtische oder Gemeindeförderung soll hier nicht stattfinden.

Wir haben auch einen Vorschlag, was wir mit dem Geld machen können. Und zwar darf ich einen Antrag einbringen, sofern ich ihn jetzt hier finde. Da ist er schon. Und zwar ist auch der Anstieg des Alkoholkonsums unter Jugendlichen und die Alkoholsucht und Alkoholkrankheit vieler Menschen erschreckend, die dann vielleicht dort in solchen Gruppen unterkommen. Jedenfalls gibt es diesbezüglich einen enormen Mangel in Wien für Planstellen für Kinder- und Jugendpsychiater und überhaupt für Informationen und Kampagnen gegen diese hohe Alkoholkrankheit bei Jugendlichen. Darum darf ich den Beschlussantrag stellen:

„Der zuständige Stadtrat wird aufgefordert, umgehend Maßnahmen in Form von Unterstützung weiterer Selbsthilfegruppen, Aufstockung der Planstellen von Kinder- und Jugendpsychiatern sowie Bereitstellung und Auflegen von Informationsmaterial zu Suchtverhalten in den Schulen zu treffen.

Hier wird die sofortige Abstimmung verlangt.“ *(Beifall bei der FPÖ.)*

Sie sehen also, wir wollen etwas für die Menschen tun! Sie wollen für Ihr gewaltbereites Klientel dort irgendetwas tun! Das bleibt Ihnen überlassen. Aber wir werden dieser Förderung sicher nicht zustimmen! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zum Wort gemeldet hat sich GR Dr Aigner. Wir haben noch zehn Minuten Zeit bis zur Unterbrechung.

GR Dr Wolfgang **Aigner** *(Klubungebundener Mandatar)*: Herr Vorsitzender! Herr Berichterstatter! Meine Damen und Herren!

Zur Zivilgesellschaft, die sich hier widerspiegelt, kann ich nur sagen, Gott sei Dank ist es nur ein ganz kleines Segment der Zivilgesellschaft, weil allzu viele solcher Revolutionäre würde unser ach so schlimmes System, von dem man sich aber dann sehr gerne füttern lässt, wahrscheinlich gar nicht aushalten. Es wäre auch gar nicht so problematisch, manche Segmente zu fördern, wenn Sie das nicht so einseitig machen würden. Es gibt auch andere Teile der Zivilgesellschaft, die vielleicht gesellschaftsbejahend sind, keinen Cent bekommen und gequält und gepiesackt werden, wenn sie ein bisschen Geld bekommen. Und da halten Sie sich Ihre Haus- und Hofrevolutionäre, die das Geld verludern dürfen, die quasi in Konkurs gehen dürfen, wo dann die Stadt Wien einen Verein vor dem Konkurs retten muss!

Dass Sie selbst großes Misstrauen gegenüber diesen Gruppierungen hegen, zeigt auch der Akt. Das Kulturzentrum Spittelberg hat der Stadt Wien Anfang des Jahres 2012 auf Grund überholter Strukturen eine Neukonzeptionierung vorgestellt und will dies in den kommenden Jahren umsetzen. Also, da gibt es keine überholte Struktur, da gibt es schlichtweg Misswirtschaft! Nichts anderes ist es! Was brauche ich da viele Strukturen? Es wird dort einfach das Geld verludert! Das Café Rosa war auch so ein Millionengrab! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Nichtkommerziell, und so weiter, soll alles sein. Aber was will man? Essen, Trinken und Spaß haben auf Kos-

ten der anderen! Das ist dann nicht kommerziell? Löhne zahlt man schon an die eigenen Leute, und so weiter! Das ist auch ein Ausdruck von Kapitalismus! Wenn man schon so kapitalismuskritisch ist, dann muss man halt mehr Idealismus haben! Ein richtiger Revolutionär ist idealistisch und nicht kapitalistisch und lässt sich aushalten! *(Beifall bei der FPÖ und von GRin Ing Isabella Leeb.)*

Also, es ist null Idealismus. Deswegen gibt es auch keine Mitgliedsbeiträge. Wenn ich bei einem Verein dabei bin, auch bei der Partei, und so weiter, dann zahle ich etwas, weil ich mich mit den Idealen identifiziere. Dort zahlt niemand etwas! Dort müssen wir zahlen, meine Damen und Herren! Das ist eigentlich das Arge! *(Beifall bei der FPÖ und von GRin Ing Isabella Leeb.)*

Dann wäre es schon einmal interessant zu sehen, was das Ganze wirklich kostet. Das ist keine echte Kürzung, kann ich mir gar nicht vorstellen, sondern das ist nur die erste Tranche.

Demokratiapolitisch bedenklich ist es auch, wenn Stadträte und der Gemeinderat unter Druck gesetzt werden. Ich meine, die Geschichte damals mit: „Ox, Ox, Oxo, kumm auß, wir wolln mit dir redn!“, ist zwar recht lustig, aber wenn das jeder Verein macht, der abgelehnt wird, haben wir da eine Besetzerszene. Dann ist nämlich das Rathaus besetzt. Da gibt es offenkundig schon ein Segment, das sich offenbar alles erlauben darf. Dann hat man Angst, dass die Gemeinderatsdebatte gestört werden könnte. Das werden wir aushalten! Dafür gibt es letztendlich auch Behörden!

Ich weiß wirklich nicht, was Sie an dem Amerlinghaus so Tolles finden. Das ist ein totales Retrokonzept. Man soll einmal die Geschichte dort belassen, wo sie hingehört, nämlich in der Schublade. Wie gesagt, hier ist einiges im Argen und es gibt meines Erachtens keine Basis, solche Projekte weiter mit viel Geld zu fördern! *(Beifall bei der FPÖ sowie von GRin Mag Karin Holdhaus und GRin Ing Isabella Leeb.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zum Wort gemeldet ist GR Vettermann. Ich erteile es ihm.

GR Heinz **Vettermann** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Herr Vorsitzender! Herr Berichterstatter! Sehr geehrte Damen und Herren!

Es muss aber schnell gehen.

Also, wir hatten keine Angst, wir haben keine Angst. Ich weiß nicht, wie Sie darauf kommen! *(GR Mag Wolfgang Jung: Was hat denn Ihr Klubobmann heute in der Früh gesagt?)* - Was schreien Sie so? Es regiert keine Angst! *(GR Mag Wolfgang Jung: Das sagen Sie!)* - Sie haben Angst gehabt? Ich weiß nicht, warum! Soll sein, es war auf alle Fälle nicht berechtigt.

Ich wollte nur sagen, es gibt dort viele Vereine, Kindervereine, Kunst- und Kulturvereine und, und, und. Ich glaube, das „SMS“ gibt es gar nicht mehr. Das wird seit Jahren gesagt. Die haben sich schon lange wieder aufgelöst oder entfalten gar keine Tätigkeit. Dass es zwei, drei, vier gesellschaftskritische Gruppen gibt, unbenommen. Aber es ist sicher nicht das Gros der Nutzergrup-

pen. Das sollte man auch einmal sagen, weil sie uns immer nur da drei oder vier des gesamten Potpourris vorlesen.

Wir haben sie vor zwei Jahren entschuldet. Es ist schon gesagt worden, es war nicht ganz in Ordnung, was vorgefallen ist. Jetzt gibt es ein neues Konzept. Aber es gibt zwei Stellschrauben, wo natürlich Gefahr droht. Wir wollen sie erhalten, deshalb schauen wir, dass die Miete bezahlt wird, weil das könnte gefährlich werden. Das Zweite sind natürlich die Personalkosten, wenn diese einmal nicht bezahlt werden können. Diese zwei Dinge plus Aktivitäten sicherzustellen, ist eine wichtige Sache. Das wird mit dem heutigen Beschluss einmal gegeben.

Es gibt natürlich weiterhin Gespräche für das neue Konzept, weil vermutlich wird es nicht reichen. Es ist schon angekündigt worden, dass man auch da, wenn es zu einer Einigung kommt, den langfristigen Bestand sicherstellen möchte. Auch das wird möglich sein.

Lustig war, dass der Kollege Nepp das mit dem Alkohol aufbringt. Ich meine, in der Sache hat er recht. Aber ich will nur sagen, Sie wissen genauso gut wie ich, wir sind gerade dabei, eine dritte kinder- und jugendpsychiatrische Abteilung. Das Drogenkonzept wurde auf Alkohol erweitert. Da gibt es besondere Angebote für Jugendliche. Man muss auch mit Jugendorganisationen reden, seien es Schüler, sei es vielleicht der Ring Freiheitlicher Jugend, aber auch allen anderen, um hier Aufklärung zu machen. Das heißt, es ist ein wichtiges Anliegen. Aber gerade das gehört dorthin, finde ich sozusagen nicht einmal mehr originell.

Ich selbst bin auf alle Fälle guten Mutes, wenn sich beide Seiten, nämlich sowohl die Stadt Wien als auch der Vereinsvorstand, entsprechend zusammenreden und guten Willens sind, dass auch eine langfristige positive Lösung möglich ist. Den ersten Schritt tun wir heute, wenn wir dieses Aktenstück beschließen und die Subvention geben. Ich glaube, Wien und das Amerlinghaus haben es verdient! - Vielen Dank. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Nachdem sich der letzte Redner nunmehr streichen hat lassen und herumsitzt, ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Berichterstatter hat auf das Schlusswort verzichtet.

Wir kommen daher zur Abstimmung. Ich bitte jene Damen und Herren des Gemeinderates, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist mit Zustimmung der SPÖ und der GRÜNEN mehrheitlich angenommen.

Es geht sich noch aus, dass wir die beiden Beschluss- und Resolutionsanträge abstimmen, die dazu eingebracht wurden.

Zuerst der Antrag der ÖVP betreffend Einstellung der Subventionsmittel für das Kulturzentrum Spittelberg. Die sofortige Abstimmung wurde verlangt. Wer diesem Antrag seine Zustimmung gibt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. - Zustimmung ÖVP, FPÖ. Das ist nicht mehrheitlich, also abgelehnt.

Und der Beschlussantrag der FPÖ betreffend Maß-

nahmenpaket zur Bekämpfung von Alkoholismus bei Jugendlichen. Auch hier wurde die sofortige Abstimmung verlangt. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. - Zustimmung ÖVP, FPÖ, damit keine Mehrheit.

Es ist jetzt 15.29 Uhr und 25 Sekunden, das heißt, wir kommen punktgenau zum Verlangen, das von den GRen Mag Gerald Ebinger, Dr Herbert Eisenstein und Christian Unger eingebracht wurde, und zwar an den Herrn amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Kultur und Wissenschaft, nämlich eine Dringliche Anfrage betreffend Missstände bei den Vereinigten Bühnen Wien. Es gibt das Verlangen, dass diese Anfrage vom Fragesteller mündlich begründet werde und hierauf eine Debatte über den Gegenstand stattfinde. Auf Verlesung der Dringlichen Anfrage wurde verzichtet. Für die Begründung der Dringlichen Anfrage sieht die Geschäftsordnung gemäß § 37 Abs 1 eine Redezeit von 20 Minuten vor. Zur Begründung erteile ich nunmehr Herrn GR Unger das Wort. Bitte schön.

GR Christian **Unger** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Zuseher, natürlich auch im Internet!

Wir beschäftigen uns heute in unserer Dringlichen Anfrage an den zuständigen Stadtrat für Kultur und Wissenschaft mit den Missständen bei den Vereinigten Bühnen Wien. Anlass dazu ist die Erhöhung der Subvention um 4,9 Millionen EUR.

Lassen Sie mich dazu ganz kurz in die Vergangenheit blicken. Im Jahr 2008 wurden die Vereinigten Bühnen aufgefordert, nachhaltige, wirklich nachhaltige Reformschritte zu setzen, und die Subventionen der Stadt wurden in mehreren Schritten auf 37,1 Millionen EUR gekürzt. Es wurde aber nicht, wie gescheitermaßen angedacht, Reformschritte gesetzt, sondern es wurden nur Rücklagen aufgebraucht. Und diese Rücklagen gab es, weil es früher erfolgreiche Produktionen gab, die auch ins Ausland an andere Spielstätten weiterverkauft wurden. Es wurde herumgewerkt, Bemühungen nach Reformen gab es augenscheinlich nicht, worüber man als Wiener nicht verwundert ist. Nur, was man wirklich ankreiden muss, ist, dass die zuständigen Damen und Herren von der Direktion, die sicher nicht unterbezahlt sind, sich nicht darum gekümmert haben, neue erfolgreiche Produktionen zu erfinden oder zu produzieren, sondern es wird auf seichteste Massenbelustigung gesetzt.

Die renommierte „Zeit“ schreibt in ihrer Online-Ausgabe vom 20. Februar wortwörtlich von „Tristesse mit Methode“: Das eingekaufte Tussical – so wird das Musical bezeichnet – „Natürlich blond“ ohne einen einzigen Ohrwurm, trivialer als trivial. Dieses US-Musical wurde vom Publikum naturgemäß nicht angenommen. Offiziell wurde von einer Auslastung von 63 Prozent gesprochen. Diese Zahl trügt allerdings. Sogar der Herr Woller hat gemeint, dass dadurch, dass etliche Vorstellungen abgesetzt worden sind, nur weniger wie 40 Prozent der möglichen Karteneinnahmen erzielt wurden. Daran sieht man, dass sich die Wienerinnen und Wiener halt einfach nicht alles verkaufen lassen.

Und es geht so weiter. Jetzt mit „Der Besuch der alten Dame“, eine Musikshow nach Friedrich Dürrenmatt. Sie besticht zwar ehrlich durch zwei Publikumsliebhaber – Pia Douwes und Uwe Kröger –, ist aber halt auch nicht unbedingt eine Uraufführung, sondern entstanden als Auftragswerk von den Seefestspielen im schweizerischen Thun. Ich wünsche dem Stück das Beste, gebe aber zu bedenken, dass das Stück auch in Thun bei den Seefestspielen 10 bis 15 Prozent unter den Erwartungen geblieben ist.

Der Herr Stadtrat hat ja ehrlicherweise selbst einmal gesagt, ein Musical muss nicht immer erfolgreich sein. Es ist die Frage, ob man jetzt schon mit einem Misserfolg spekuliert.

Was ist noch auf dem Programm? „Mamma Mia!“ Auch das ist keine Eigenproduktion, sondern eine Revue aus alten und erfolgreichen Liedern der bekannten schwedischen Erfolgsband ABBA.

Und damit sind wir bei einer der Hauptursachen der Misere der Vereinigten Bühnen: Es gibt eine strukturelle Ideenkrise unter dieser Führung, und es ist auch weiterhin ehrlicherweise keine erfolgreiche Eigenproduktion in Sicht.

Es gibt ein neues Projekt, „Schikaneder“, das 2016 kommen soll. Ich glaube nicht – ich kenne es nicht, habe auch nichts davon gehört, aber schon vom Namen her –, dass die Massen in China und Korea davon begeistert sind, also die werden das Stück auch nicht kaufen. Ich hoffe, dass es zumindest bei uns einen Erfolg hat.

Wie gesagt, es ist eine Verwaltung der Misere durch diese Direktion, und jetzt kommen wir schon ganz kurz auch auf die Direktion zu sprechen, nämlich auf die Person des Generaldirektors. Der Herr Generaldirektor Drozda, bekannt geworden in den 90er Jahren, war im Kabinett Klima, war dort bei einigen Firmen, was ich jetzt nicht näher ausführen möchte, danach war er kaufmännischer Direktor im Burgtheater. Was schreibt „Die Zeit – online“ im Zusammenhang mit dieser Tätigkeit, vor allem auch mit der Vermietung des Burgtheaters an die Telekom im Rahmen der Europameisterschaft in Wien? Ich zitiere: „In der Sache ermittelt die Staatsanwaltschaft bis heute. Drozda, für den die Unschuldsumutung gilt, zählt zu den Beschuldigten.“ – Zitat Ende.

Und da wird man schon fragen dürfen, eigentlich sogar fragen müssen, ob diese Behauptungen stimmen. Denn wenn diese Vorwürfe stimmen, dann ist es für uns unverständlich und absolut verantwortungslos, wenn jemand, gegen den Ermittlungen laufen, zum Generaldirektor der Vereinigten Bühnen Wien bestellt wird. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Aber noch ein Nebensatz zum Herrn Generaldirektor Drozda. Er ist ja auch Präsident des Wiener Bühnenvereins. Also vielleicht ist er so etwas – wie kann man das nett ausdrücken? – wie eine sozialdemokratische Allzweckwaffe – klingt schöner als Wunderwuzzi – in den Bereichen Medien und Kultur, denn der ist ja wirklich überall dabei. Was man aber nicht weiß: Wie hoch ist das Jahresgehalt des Herrn Generaldirektors? Das ist irgendwo verschwommen. Datenschutz, Wien Holding. Sie schaue ich an (*Der Redner schaut in Richtung Stadt-*

rat.), Sie schauen mich nicht an, Sie wissen es vielleicht auch nicht oder Sie wollen es mir nicht sagen. Auch bei den Gehältern der Intendanten: Datenschutz. Oder man könnte auch sagen, die Nebelkanone der Vereinigten Bühnen ist aufgestellt worden. Die kennt man auch nicht.

Dann gibt es den Intendanten Struppeck. Der Intendant Struppeck hat für seine Tätigkeit als Librettist neben seinem Gehalt angeblich Tantiemen bezogen. Da würden wir gerne wissen, wie hoch die waren, wenn das stimmt. Der Intendant Struppeck hat gemeinsam mit dem Operndirektor des Salzburger Landestheaters, mit dem Herrn Andreas Gergen, auch die Creative Agency Berlin gegründet und war dort bis 2012 Mitgeschäftsführer. Seit 2012 hat der Herr Gergen bei drei Aufführungen der Vereinigten Bühnen auch Regie geführt – Welch ein Zufall –, nämlich bei „Phantom der Oper“, bei „Love Never Dies“ und beim „Besuch der alten Dame“. Von der Optik wollen wir nicht sprechen. Wenn Sie glauben, dass diese Optik in Ordnung ist – okay.

Daher wollen wir natürlich auch im Rahmen der Dringlichen Anfrage wissen, ob und an wen es Prämienzahlungen gegeben hat, wie hoch diese waren und ob das irgendwie an einen wirtschaftlichen Erfolg gekoppelt war, denn wenn sie an einen wirtschaftlichen Erfolg gekoppelt waren, hätten sie ja eigentlich nicht ausgezahlt werden dürfen. Also wir sehen, so wie auch sonst überall in Wien: Das Geld wird mit beiden Händen zum Fenster hinausgeworfen.

Ein kleines Beispiel: Wir haben zwei Häuser, wo Musicals gespielt werden, pro Jahr maximal vier Produktionen. Das heißt, pro Jahr gibt es maximal vier Castings, und für diese zwei Häuser brauchen wir eine eigene Casting-Abteilung. Es muss eine eigene Abteilung mit Direktor et cetera gegründet werden. Warum? Das wollen wir auch wissen.

Das heißt, es ist für alles Geld vorhanden, nur für die Mitarbeiter nicht. Denn die Kulturschaffenden haben die niedrigsten Kollektivverträge in Österreich, und immer wieder und immer öfter geistert in den Medien der Begriff der neuen Kultursklaven herum, was sich übrigens auch mit einer Grundintention von uns deckt, denn wir wollen freie Kunstschaffende und nicht Kunstschaffende am Gängelband der Stadt und im Wiener Fall halt hauptsächlich der SPÖ. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Und dann gibt es kritische Töne von Mitarbeitern, die es vielleicht wagen, einmal etwas dagegen zu sagen. Und wie heißt es da sofort? Na ja, wenn man da nicht wirklich aufpasst, wird man gekündigt. Darüber verlangen wir Aufklärung. Gibt es Kündigungen? In welchen Abteilungen soll es Kündigungen geben?

Es hat auch eine externe Evaluierung der Kosten gegeben. Das Ergebnis dieser Evaluierung wollen wir wissen. Welche Einsparungsziele wurden aufgezeigt? Denn trotz aller Subventionen haben die Vereinigten Bühnen Wien im Jahr 2012 ein Defizit von 4,3 Millionen EUR geschrieben. Vom Jahr 2013 habe ich keine Zahlen, aber ich bin mir sicher, dass es noch trauriger ausgesehen hat.

Ich habe vorher die Reformschritte erwähnt. Wie haben die ausgesehen? Welche Erfolge hat man damit

erzielt? Oder hat man einfach gesagt, sie sind nicht vorgelegt worden, weil es eh nichts gebracht hat? Okay.

Bis dato hat alles nichts gebracht, sage ich jetzt einmal, aber es wurde ein neuer Weg gefunden. Für das 1. Quartal 2014 wurde ein Zukunftskonzept angekündigt. Jetzt haben wir bald Mai, meines Wissens nach ist das schon das 2. Quartal. Wo ist das Konzept, Herr Stadtrat? Heraus damit aus der Schublade! Wir wollen darüber diskutieren, auch die Opposition will es wissen und hat vielleicht die eine oder andere gute Idee, die man einbringen könnte. Oder es gibt das Konzept noch nicht, dann stellt sich die Frage nach dem Warum. Der Herr Lobo von den GRÜNEN hat ja auch gesagt, dieses Papier wird angekündigt, aber was von den GRÜNEN in Bezug auf die Vereinigten Bühnen Wien zu halten ist, wissen wir: Einmal dafür, einmal dagegen, am Schluss haben sie dann doch dafür gestimmt.

Also das wären Informationen – deswegen auch heute die Dringliche Anfrage –, die wahrscheinlich alle kulturbegeisterten Menschen in dieser Stadt interessieren.

Der Kultursprecher Woller fordert ja eine fundamentale Neuausrichtung der Musical-Sparte. Es gibt das Gerücht eines neuen Musical-Hauses in der Nähe vom Hauptbahnhof, Platz für 1 800 Besucher, von privaten Investoren errichtet. Das ist nicht so schlecht. Nur: Wer betreibt es? Betreibt das dann ein Privater mit Orchester et cetera von den Vereinigten Bühnen oder machen das die Vereinigten Bühnen wieder selbst?

So, jetzt haben wir dann ein weiteres Musical-Haus. Was passiert mit den beiden bestehenden Häusern? Wird eines ausgegliedert? Bleiben beide drinnen? Wir haben eine Idee. Die ist nicht neu, die gibt es schon lange, ich möchte sie nur wiederholen. Es gibt einen kulturellen Aspekt, der in Wien in der ganzen öffentlichen Diskussion, auch bezüglich Amerlinghaus und so weiter und der hochtrabenden Kultur dort, überhaupt nicht erwähnt wird, das ist der Wiener Walzer und das ist die Wiener Operette. Es kommen aber sehr viele Touristen aus dem In- und Ausland, auch um Operette zu sehen et cetera, was leider sehr, sehr selten geworden ist. Daher stellen wir auch die Frage, ob es angedacht ist, aus einem dieser beiden Häuser, zum Beispiel dem Raimund Theater, eine spezielle Operettenbühne zu machen, was wir durchaus begrüßen würden.

Ich habe es vorher schon gesagt, die Subventionen werden um 4,9 Millionen erhöht, insgesamt sind es 42 Millionen EUR. Begründung: das Orchester. Das Orchester, gegründet 1964, ist sehr gut, hat immer an allen großen Erfolgen teilgehabt und dazu beigetragen. Also das Orchester ist gut, Sie brauchen es nicht zu verstecken, aber wenn ich mir denke, dass bei dem Stück „Mamma Mia!“ von dem ganzen Orchester nur acht Personen spielen, dann finde ich das eigentlich schade. Auf der anderen Seite hört man, dass 13 Musiker dastehen und glauben, dass sie angeblich reduziert werden. Und das beim 50-Jahr-Jubiläum! Das ist ein Skandal.

Daher noch einmal: Wir wollen wissen, gibt es Kündigungen bei den Vereinigten Bühnen? Wenn ja, welche Sparten und welche Personen? Ist mit diesen Personen schon gesprochen worden?

Ich habe gesagt, das sind 42 Millionen und somit 18 Prozent des kompletten Kulturbudgets der Stadt Wien. Das heißt, wenn man es dort erhöht, muss man es woanders senken, auch wenn das immer wieder anders verkauft wird. Wir wissen es nicht, aber die Kulturschaffenden wissen es, und ich möchte da noch ein paar erwähnen.

Der Hubsi Kramar, sicher kein Parteimitglied der FPÖ, spricht von einem Schlag ins Gesicht eines Großteils der Kunst- und Kulturschaffenden, die seit Jahren immer weniger bekommen. Das heißt, der Hubsi Kramar sagt ja selbst, hallo, es stimmt eigentlich, was ihr sagt, denn wir bekommen weniger. Das ist klar, der Topf wird ja nicht größer.

Die IG Freie Theaterarbeit vermisst erstens den Dialog mit der freien Szene – ihrer Meinung nach ist der Stadtrat schuld, aber das kann ich so nicht beurteilen –, und sie sagt, dass zehn Jahre nach der Theaterreform prekäre Bedingungen immer häufiger werden und der Kunstsektor – und das in der Stadt Wien – schlittert immer tiefer in juristische Graubereiche. Das finde ich eigentlich in einer Kulturstadt sehr, sehr tragisch.

Daher muss man, wie gesagt, in dem Zusammenhang die Förderpolitik und die Erhöhung der Subvention genauer hinterfragen. Wir müssen uns anschauen – und da bieten wir natürlich auch die Zusammenarbeit an –: Was ist an Sparpotenzial da, wie kann man es umsetzen? Wir sind dafür, dass nicht mehr weiter – sagen wir mal so – halblustige Produktionen zugekauft werden, sondern wieder eigene Produktionen produziert werden, die so viel Publikumsinteresse erwecken, dass man sie auch wieder verkaufen kann. Das wäre unserer Meinung nach der Kunst- und Kulturstadt Wien würdig.

Ich danke für die Aufmerksamkeit und ich freue mich schon auf die interessanten Antworten vom Herrn Stadtrat. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zur Beantwortung der Dringlichen Anfrage hat sich der Herr amtsführende Stadtrat der Geschäftsgruppe Kultur und Wissenschaft zu Wort gemeldet.

Amtsf StR Dr Andreas **Mailath-Pokorny**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Herr Gemeinderat!

Ich freue mich, dass Sie sich freuen auf meine Antwort. Offen gestanden, ganz kann ich die Dringlichkeit dieser Anfrage nicht erkennen, denn das Budget haben wir schon vor Weihnachten beschlossen. Ich nütze aber gerne die Gelegenheit, Ihnen eine Antwort darauf zu geben. Bevor ich jedoch zur Beantwortung der einzelnen Fragen komme, lassen Sie mich einige grundlegende Bemerkungen machen, damit auch klar ist, worüber wir hier sprechen.

Die Vereinigten Bühnen Wien sind ein erfolgreicher und etablierter Wiener Kulturbetrieb, ein wichtiger Arbeitgeber, ein Tourismusmagnet und ein Global Player am internationalen Musiktheatermarkt. 2014 finden in Wien insgesamt 574 erstklassige Veranstaltungen an den 3 Spielstätten der Vereinigten Bühnen Wien statt, und zwar im Theater an der Wien 111, im Raimund Theater 244, im Ronacher 219. Die Veranstaltungen der Kammeroper, die dank der Vereinigten Bühnen zu einem neuen Juwel

der Oper mit einem neuen jungen Ensemble erwachsen ist, wären dabei noch zu ergänzen.

Dazu eine sehr erfreuliche wirtschaftliche Nachricht. Die Produktionen der Vereinigten Bühnen, sprich, der beiden Musical-Häuser Raimund Theater und Ronacher sowie des Opernhauses Theater an der Wien werden ausgezeichnet angenommen. Die Ticketvorverkäufe liegen weit über Budget. Insbesondere die beiden Musical-Produktionen „Der Besuch der alten Dame“ und „Mamma Mia!“ finden große Zustimmung beim Publikum. Die Auslastung liegt bei rund 96 Prozent, im Theater an der Wien sogar bei 99 Prozent. Aber die härteste Währung zur Bewertung der Effizienz der Vereinigten Bühnen ist, wie bei jedem anderen Musiktheater, das mit öffentlichen Zuschüssen arbeitet, der Zuschuss je BesucherIn. In anderen Worten: Wie viele Zuschauer erreichen die Vereinigten Bühnen Wien mit den ihnen übertragenen Geldern? Und hier liegen die Vereinigten Bühnen im Vergleich mit ähnlichen Bühnen in Österreich ganz ausgezeichnet. Während die Quote Subvention je Zuschauer in der Saison 2011/2012 bei der Volksoper bei 125,87 EUR oder bei den Bundestheatern gesamt bei 108,11 EUR lag, kamen die Vereinigten Bühnen je Zuschauer mit 60,92 EUR aus; allein auf den Bereich Musical bezogen sogar nur mit 26,19 EUR Zuschuss pro Musical-BesucherIn.

Apropos Zuschauer: In den vergangenen 3 Jahren haben 1 649 715 ZuschauerInnen in Österreich die Produktionen der Vereinigten Bühnen Wien gesehen, 1,4 Millionen davon allein die Musicals. Dazu kommen die vielen Zuschauer im Ausland. In den vergangenen 3 Jahren waren es 2 863 037, um genau zu sein, also zusammen zirka 4,5 Millionen BesucherInnen. 4,5 Millionen, das ist keine schlechte Zahl.

Diese Erfolgsserie verspricht, sich aktuell insofern fortzusetzen, als neue Kooperationen in Ostasien eingeleitet werden und die Vereinigten Bühnen sich somit langfristig im internationalen Musical-Markt etablieren. Das ist ein wichtiger Schritt zur Konsolidierung dieses großen Musiktheaterkonzerns.

Die alleinige Frage nach den Musicals lenkt aber vom Gesamtbild ab. Die Vereinigten Bühnen betreiben aus einer Hand zwei sehr unterschiedliche, aber für Wien sehr wichtige Formen des Musiktheaters und bespielen drei Bühnen sehr erfolgreich und auf höchstem internationalen Niveau. Eigentlich sind es vier, wenn man die Kammeroper dazu nimmt. Die Vereinigten Bühnen bespielen diese 3 beziehungsweise 4 Theater ganzjährig und beschäftigen heute um die 780 MitarbeiterInnen.

Das Unternehmen zählt mit dem Raimund Theater und dem Ronacher zu den erfolgreichsten Musical-Produzenten Europas und hat mit dem Theater an der Wien ein international führendes Stagione-Opernhaus etabliert. Und das mit äußerst positiven Auswirkungen auf die wirtschaftliche Situation der Stadt. Eine Studie des Instituts für Höhere Studien aus dem Jahr 2009 belegt, dass jeder Subventionseuro 2,3 Mal in das Stadtbudget zurückfließt und die Subvention Arbeit für 1 500 WienerInnen bringt. Von den gewährten Subventionen fließen etwa 130 Prozent wieder in das öffentliche

Budget zurück. Zudem liegt die Gesamtwertschöpfung der Vereinigten Bühnen bei 100 Millionen für Österreich, davon entfallen 87,4 Millionen auf Wien.

Die zentrale Aufgabe der Vereinigten Bühnen bleibt aber eine künstlerische: für Wien einen erstklassigen Opernbetrieb zu ermöglichen und ein ebenso qualitativvolles wie unterhaltsames Musical-Programm für sein Publikum zu gestalten.

Damit zu den konkreten Fragen.

Zu den Fragen 1, 3, 6, 7, 19 und 20: Die zukünftige strategische Ausrichtung der Vereinigten Bühnen wird derzeit intensiv diskutiert und geprüft. Alle Szenarien für die Zukunft basieren selbstverständlich auf der Vorgabe, ab 2016 mit einer Jahressubvention von 37,1 Millionen EUR auszukommen. Eine zeitliche Vorgabe, also das 1. Quartal 2014, gibt es im entsprechenden Gemeinderatsbeschluss bekanntlich nicht. Dennoch wird mit Hochdruck an einem Ergebnis gearbeitet, welches rechtzeitig dem Gemeinderat vorgelegt und der Öffentlichkeit präsentiert wird.

Zu den Fragen 2 und 18: Die Vereinigten Bühnen haben zahlreiche Reformschritte erfolgreich umgesetzt. Dies wurde auch durch einen Prüfbericht der ICG Infora bestätigt. Demnach haben die Vereinigten Bühnen seit 2008 eine Reihe von Einsparungsmaßnahmen nachhaltig realisiert, darunter die Reduktion der geplanten Personalkosten im Ronacher, Neuverhandlungen mit Lieferanten, den zentralen Einkauf über BBG und die Reorganisation der EDV.

Insgesamt bringen diese Maßnahmen eine nachhaltige Einsparung von mindestens 2,5 Millionen EUR pro Jahr. Zudem konnten die Vereinigten Bühnen Wien seit 2008 mehr als 30 neue Sponsoren akquirieren und auch durch Änderung im Ticketing-System Mehreinnahmen in der Höhe von jährlich insgesamt 1,7 Millionen EUR erzielen. Also wenn ich nur die 2 Zahlen addiere, komme ich auf eine Budgetentlastung von über 4 Millionen EUR.

Zur Frage 4: Nach meinen Informationen nicht. Die VBW weisen dies im Übrigen auch ausdrücklich zurück.

Zu Frage 5: Laut Vereinigten Bühnen Wien besteht die Casting-Abteilung aus nur einer Person und wickelt sämtliche mehrstufige Auditions ab und koordiniert dabei Leading Teams und Künstler. Abhängig von der Zahl an Premieren pro Jahr müssen zwischen 2 000 bis 3 000 BewerberInnen gesichtet werden.

Zur Frage 8: Die vorübergehende Rückführung der Förderung der Vereinigten Bühnen auf das Niveau von 2008 wurde durch Zusatzmittel der Finanz ermöglicht. Gleichwohl konnten aus dem laufenden Kulturbudget auch Zuwendungen für die freien Gruppen und Theater erhöht werden.

Zur Frage 9: Wie mir die Vereinigten Bühnen Wien berichten, gibt und gab es bei Gehältern und Honoraren bei den Vereinigten Bühnen keine Barauszahlungen.

Zur Frage 10: Laut Auskunft der Vereinigten Bühnen werden keine derartigen Zahlungen erwartet.

Zur Frage 11: Der Geschäftsführer der Vereinigten Bühnen hat wegen des zitierten Artikels bereits rechtliche Schritte gegen das Medium eingeleitet.

Zu den Fragen 12, 13, 14, 15 und 16: Die Beantwor-

tung von Anfragen ist an den Datenschutz gebunden. Vor diesem Hintergrund wäre eine Beantwortung im gewünschten Detaillierungsgrad datenschutzrechtlich bedenklich, zumal damit zwangsläufig die Bekanntgabe personenbezogener Daten gegeben wäre.

Zur Frage 17: Künstlerische Entscheidungen fallen ausschließlich in die Kompetenz der künstlerischen Leitung.

Ich danke für ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Ich eröffne die Debatte, wobei ich bemerke, dass die Dauer der Diskussion maximal 180 Minuten beträgt. Zur Debatte über die Beantwortung der Dringlichen Anfrage hat sich Herr GR Mag Ebinger zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm, wobei ich bemerke, dass die Redezeit mit 20 Minuten begrenzt ist. – Bitte sehr.

GR Mag Gerald **Ebinger** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Herr Stadtrat! Meine Damen und Herren!

Also eigentlich habe ich mir mehr erwartet. *(Heiterkeit und Beifall bei FPÖ und ÖVP.)* Nein, ich muss sagen, das untertrifft alle meine Erwartungen. Gelangweilt lesen Sie das ab, was Sie in Wirklichkeit ohnehin nicht beantworten. Das ist, wie es immer schon war: völlige Intransparenz, Ignoranz. Es ist eh wurscht sozusagen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Und vorab lesen Sie mir von der Homepage der Vereinigten Bühnen vor: eine erfolgreiche etablierte Kultur, Global Player, und so weiter. Ja, für den Global Player zahlen wir 42 Millionen Steuergeld pro Jahr. 42 Millionen! *(Beifall bei der FPÖ.)* Wenn der wirklich so erfolgreich wäre, dann hätten wir das ja vielleicht schon reduzieren können, aber leider wird es in letzter Zeit ja wieder schlimmer.

Dann sagen Sie, 96 Prozent Auslastung. Okay, bei den jetzigen Stücken kann ich das jetzt nicht sagen. „Mamma Mia!“, das ja zum dritten Mal wieder aufgewärmt wird, ist einfach auf Grund der Melodien ein gewisser Selbstläufer. Aber dann gibt es ja andere Aussagen auch. Zum Beispiel bei „Natürlich Blond“ liegt die offizielle Auslastung bei 60 Prozent, aber Ihr Kultursprecher Ernst Woller sagt, er glaubt, es ist zum Teil nur 40 Prozent.

Und ich bin deswegen so enttäuscht, Herr Stadtrat, weil ich ja da auch einen Artikel von den Kultursprechern der hiesigen Regierung aus SPÖ und GRÜNEN habe, die eine fundamentale Neuausrichtung der Musical-Sparte verlangen. Ich werde ein paar Dinge daraus vorlesen, aber ich sage das jetzt nicht, um die beiden schlecht zu machen, sondern man muss alles hinterfragen. Es genügt nicht mehr, einfach zu sagen, na ja, die machen das, und wir lesen irgendetwas ab: Das ist erfolgreich, das ist etabliert, das ist ein Global Player, das ist alles super. Alles ist super. Überhaupt wenn die FPÖ irgendwas dagegen sagt, wird abgeblockt und alles ist super.

Wir haben zum Teil in der Kultur auch eine Diskussion auf Augenhöhe, und es ist nicht so, dass wir jetzt alles zudrehen wollen oder sonst irgendein Unsinn, son-

dern es geht uns um die Sache: Und da muss ich mich einfach fragen: Was kann ich dort ändern? Ist es wirklich so super? Denn wenn es so super wäre, warum wurde 2008 schon ein Konzept verlangt? Was ist denn aus diesem Konzept geworden? Ja, vielleicht war es zwischenzeitlich besser, aber in Wirklichkeit ist das strukturelle Problem geblieben und wurde nicht in Angriff genommen, als noch sozusagen tantiemenreiche Jahre da waren durch die Vereinigten Bühnen International, sondern jetzt stehen wir da, und vor einem Jahr hat der Herr Drozda gesagt, entweder mehr Geld oder es gibt drastische Einschnitte. Büßen muss es dann das Personal. Da kann ich ja nicht einfach sagen, es ist alles super. Dazu kommen wir später noch.

Und der Datenschutz bei den Gehältern, das ist wirklich unerträglich. Ich weiß schon, die FPÖ hat nicht die Macht, dass die Medien etwas übernehmen, da gibt es andere, die können das alles sofort abdrehen, damit ja nichts rüberkommt. Aber das ist einfach unerträglich in Zeiten, wo es auf Bundesebene einen Skandal gibt im Burgtheater. Ich unterstelle keinen Skandal, ich will nur Transparenz.

Es gibt ja durchaus Leute im Wiener Kulturbetrieb, die das auch gesagt haben. Da gibt es zum Beispiel den Dietmar Steiner, Leiter des Wiener Architekturzentrums, der – ich glaube, dieser Artikel ist vor zwei Jahren erschienen – gesagt hat – ich zitiere: „Da wir alle von Mitteln der öffentlichen Hand leben, halte ich diese verschämte Zurückhaltung der geschätzten Kollegen für eine Unverschämtheit.“

Auch der Viennale-Chef Hans Hurch spürt einen gewissen Ekel aufsteigen, wenn er von den Kulturführungskräften der Stadt spricht: „Ich fühle mich der eigenen kulturellen Kaste nicht zwangsläufig verpflichtet. Einige davon leben tatsächlich in der Watte und nicht in dieser Gesellschaft.“

Das war ein Artikel vom 6.2.2010, und da hat sich ja nichts geändert. Damals meinte Marie Ringler: „Das Versteckspiel müsse ein Ende haben, fordert Marie Ringler, Kultursprecherin der GRÜNEN: ‚Sich bei der Bekanntgabe der Zahlen hinter dem Datenschutz zu verstecken, erscheint mir als eine reine Schutzbehauptung. Wer von der öffentlichen Hand mit viel Geld entlohnt wird, sollte nicht all zu wehleidig und zimperlich sein.‘ Die Stadtregierung schalte, was diese Fragen betreffe, ‚auf Totalblockade‘, klagt Ringler. Seit neun Jahren“ – das war 2010 – „versuche sie ‚vergebens, an die Zahlen zu gelangen.““

Meine Damen und Herren! Es hat sich 2014 nichts geändert. Das ist eine Stadt, die Transparency International beigetreten ist. Das ist alles privat. Wir zahlen zwar 42 Millionen EUR Steuergeld, haben aber nicht einmal das Recht, zu erfahren, was die Intendanten verdienen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

So kann die Politik in Zukunft nicht ausschauen, und ich weiß, dass viele hier das genau so empfinden wie ich, wurscht, von welcher Partei sie sind. Diese Reformschritte, die hier angeordnet wurden, sind sehr wohl bis Ende März angeordnet worden. Ich habe auch irgendwo einen Artikel, worin der Herr Drozda sagt, in vier bis

sechs Wochen, also jetzt irgendwann im Mai, wird er das haben, aber es wird keine Ausgliederung geben und auch sonst nichts geben. Und dann gibt es die besagte Äußerung der geschätzten Kultursprecher, die sagen, eine Erweiterung des Geschäftsbereiches können sie sich nicht vorstellen. Man muss vielmehr nachdenken darüber, was man alles ändern könnte, wo wirkliche Synergien wären. Ob es denn zum Beispiel ein neues Musical-Haus am Hauptbahnhof geben soll mit 1 600, 1 800 Plätzen, wo man vielleicht subventionsfrei – ich glaube, du hast subventionsfrei gesagt – Musical produzieren kann, durchaus unter Verwendung des Orchesters.

Dann ist von den Kultursprechern der SPÖ und der GRÜNEN auch die Idee aufgekommen, im Raimund Theater die kritischeren Dinge wie „Schikaneder“ und „Lumpazivagabundus“ aufzuführen und das Ronacher überhaupt auszugliedern, eine neue Intendanz auszusuchen und hier, ähnlich wie im Rabenhof, ein gemischtes Programm zu machen. Was auch immer. Darüber können jetzt vielleicht die Meinungen auseinandergehen.

Wir hatten die Idee, dass man vielleicht das Raimund Theater als Operettenbühne nehmen kann. Das ist zwar kitschig, das kann man vielleicht aber auch subventionsfrei betreiben. Denn, ehrlich gesagt, wir sind die Hauptstadt der Kultur für viele Länder, der Wiener Walzer ist ein Aushängeschild von uns, und viele Touristen kommen hierher und wollen sich gern das, was du vielleicht – unter Führungszeichen – als Kitsch bezeichnest, anschauen. Eine Musical-Hauptstadt der Welt sind wir sicher nicht. Das ist einmal ganz klar. Außerdem gibt es andere Häuser wie die Volksoper, die durchaus Musicals in vergleichbarer Qualität – übrigens mit Teilen des Orchesters vom Ronacher – produzieren.

Also auf diese Änderungen warten wir. Ich fürchte nur, dass diese Änderungen nichts bringen werden.

Dass es noch keine Kündigungen gegeben hat, dass nur keine Verträge verlängert wurden, so ist das auch nicht. Es gibt das „art but fair“ – das kann man auch in Facebook und so nachlesen –, da gibt es eine große Unzufriedenheit. Wir wollen auch verhindern, dass, wenn es hier Einschnitte gibt, sozusagen auf Kosten der Kleinen gespart wird. Das Orchester kann man durchaus verwenden. Man kann andere Synergien finden. Man könnte sogar die These in den Raum stellen: Wofür brauchen wir eigentlich Vereinigte Bühnen? Ich meine, wenn wir eine Musical-Bühne haben. Synergieeffekte zwischen Theater an der Wien und Volksoper oder von mir aus Kammeroper, ja, das lasse ich mir schon einreden, aber die Synergieeffekte zwischen Oper, Barockoper und Musical herzustellen, ist schon ein bisschen schwieriger.

Man muss über alles nachdenken, das will ich damit sagen. Man muss einfach nachdenken und keine Tabus haben. Man muss alles evaluieren, laufend evaluieren: Bin ich wirklich so gut? Könnte ich irgendetwas verbessern? Ist das notwendig? Doch das passiert nicht. Insofern ist diese Beantwortung echt eine Enttäuschung.

Und es ist auch eine Dringlichkeit gegeben. Die

Dringlichkeit ist, wenn man es hart formuliert, schon seit vielen Jahren gegeben. In den Medien ist gestanden, bis März wird es dieses Zukunftskonzept geben. Uns ist das zumindest noch nicht bekannt gegeben worden, und das ist auch der Anlass, warum wir das ganz konkret jetzt eingebracht haben. Nachzudenken über alle Arten von Möglichkeiten, ist ein legitimes Recht, und ich sehe das eigentlich als Opposition als eine konstruktive Dringliche an, denn ich will ja nichts zerstören, ich will ja nur was verbessern. Wir haben erstens einmal nicht endlos viel Geld. Das Geld, das hier zusätzlich hineinläuft – und so wie das momentan aussieht, gibt es ja gar keine Reduzierungen; jetzt sind wir für nächstes Jahr einmal bei 42 Millionen, dann sollte sich das reduzieren, aber es ist keine Reduktion in Sicht –, das geht alles auf Kosten der anderen. Und das sehe ich nicht ein. Mehr wird es nicht werden in der nächsten Zeit, und wenn die ganzen Kleinen, die sowieso sparsam sind und für die die Kunst im Mittelpunkt steht und vielleicht nicht ihre Gehälter im Mittelpunkt stehen, darunter leiden sollen, weil hier ein Moloch ist, der 18 Prozent des Kulturbudgets verschlingt und der reformunfähig ist, dann muss man irgendetwas tun.

Wir sind gerne zu einer Mitarbeit bereit, und so sind auch alle unsere Fragen zu verstehen. Beispielsweise die Frage zum Hauptbahnhof. Das haben wir schon gesagt, das wurde angedeutet, das steht im Raum. Ich halte es für keine schlechte Idee. Es hat geheißen, der Investor prüft es, und es wird dann irgendwann jetzt vor dem Sommer feststehen. Der Herr Drozda hat zwar, als das bekannt geworden ist, sofort gesagt, ja, das werden wir bespielen. Dann hat es von euch geheißen, eine Ausweitung des Wirkungsbereiches wird es nicht geben, sondern eher eine Verkleinerung. Aber die Idee einer Musical-Bühne am Hauptbahnhof gibt es. Ich glaube, diese Idee hast sogar du einmal gehabt. *(GR Mag Klaus Werner-Lobo: Was sagst du dazu?)* Na gut, man kann ja zu gleichen Lösungen kommen.

Wir sind in gewisser Weise nicht bei der gleichen Lösung, was zum Beispiel die Operette anbelangt. Aber das mit der Operette habe ich ja nur deswegen gesagt, weil ich will, dass die Stadt Wien irgendwas macht, was vielleicht auch einmal subventionsfrei Geld bringt. Es ist aber offenbar auch schon ein Ding der Unmöglichkeit, irgendwas in dieser Richtung auf die Beine zu stellen.

Eines wollte ich noch sagen. Ich habe gesagt, wir sollten darüber nachdenken, ob wir nicht andere Synergien finden, wo man wirklich einsparen kann. Ich weiß es ja nicht, denn wir haben, wie man uns jetzt vor Augen geführt hat, keinerlei Einblick. Es wird ja eigentlich mit einer Kaltschnäuzigkeit gesagt: Da gibt es einen Datenschutz, geht nicht, bei dieser Frage nein, ja, die Reformen sind durchgeführt, alles ist super. Wir sind ein Global Player, alles ist im grünen Bereich. Im rot-grünen Bereich. Entschuldigung.

Und dann sehe ich hier beim Rechnungshof, dem Generaldirektor direkt untersteht: Human Resources, Legal Affairs, Controlling, Finance – also Finanzen und Kontrolle –, Development and Marketing, Sales Department, Corporate Communications, Technics, Facility

Management, Assistenz und Empfang. – Wahrscheinlich ist alles englisch, damit man höhere Gehälter auszahlen kann, denn das ist ja der Kopf, nicht die Künstler. *(GR Ernst Woller: Er befasst sich mit allen Themen!)* Ja, ich weiß, das ist der moderne Schmäh. Das klingt wichtiger.

Die haben ja, glaube ich, sogar Zielvereinbarungen, wenn ich den auch ein bisschen kryptisch formulierten Landesrechnungshofbericht ansehe. Kryptisch insofern, dass da steht, Prämie ausgezahlt, aber keiner schreibt, wie viel es war. Prämie zu teuer, wird reduziert, aber keiner schreibt, wie viel es war. Und da passt es schon rein. Die haben Zielvereinbarungen, die allerdings, laut Rechnungshof, manchmal so sind, dass sie eh da waren, also dass sie zum Dienst gekommen sind. Ja, bravo! Und da hat der Rechnungshof moniert, dass das vielleicht ein bisschen zu locker gehandhabt wird.

Wo es keine Zielvereinbarungen gibt und wo es dringend welche geben sollte – da stimme ich mit der Isabella überein; nicht nur mischen, wischen, Strategy, Zielvereinbarungen –, das ist mit dem Haus selber. Das gibt es nicht. Dafür gab es ganz etwas anderes, und das hat der Herr Stadtrat ja unglaublicherweise überhaupt nicht beantwortet. Da ist ja das Lustige, im Rechnungshofbericht liest man etwas, und wenn man dann nachfragt, heißt es, Datenschutz, da dürfen wir leider nichts sagen.

Der Herr Generaldirektor Drozda ist Mitte 2008 gekommen und hat eine Ganzjahresprämie gekriegt, aber die hat er nicht einfach so bekommen. Da steht nämlich drinnen, auf Vorschlag der Mehrheitseigentümer wurde vereinbart, er kriegt die Ganzjahresprämie, und wenn er ausscheidet, soll er auf eine halbe Prämie verzichten.

Der Mehrheitseigentümer, meine Damen und Herren, ist die Stadt Wien, also die Wien Holding und somit die Stadt Wien. Minderheitseigentümer ist der Rudi Klausnitzer mit 2,66 Prozent. Der kassiert noch immer sechsstellige Tantiemenbeträge. Das muss man auch einmal diskutieren. Wie hoch sie sind, kann man wieder einmal nur mutmaßen. *(GRin Ing Isabella Leeb: Datenschutz!)* Damals haben wir das alles schon gehabt. Ja, das wird dann die Kollegin Leeb noch weiter ausführen. Ich habe nur mehr fünf Minuten. Ich rede zu viel. *(Heiterkeit.)*

Aber dann fragt man sich doch – wir sind ja verantwortlich für 42 Millionen Steuergeld, das ist viel Geld –, wenn da drinnen steht, man soll ihm eine Ganzjahresprämie geben, wie hoch ist die Prämie, wofür ist die Prämie. Das kann ja schwerlich eine Leistungsprämie sein, wenn er gerade erst gekommen ist. Er kann ja nicht schon eine Leistung fürs ganze Jahr erbracht haben, wenn er gerade erst anfängt.

Also da sind so viel Dinge, die einfach haarsträubend sind, und meine Hoffnung ist, dass das auch einmal in der Öffentlichkeit diskutiert wird, denn – und da bin ich auch eins mit vielen Kulturschaffenden und auch kulturell denkenden Menschen aller Parteien in dieser Stadt – so kann das nicht weitergehen. Es ist wirklich schade, denn mit so einer Politik – kriminalisiert ist vielleicht das falsche Wort, aber man weiß, was ich meine – macht man sich selber verdächtig, obwohl es vielleicht gar keinen Grund dafür gibt. Ich weiß es ja nicht.

Lustig ist ja auch der zitierte Wiener Bühnenverein.

Das ist so ein Verein, dessen Ehrenpräsident ist der frühere VBW-Chef, Präsident ist der Herr Drozda, Vizepräsident ist der Herr Springer, dann ein Herr Götz von der Josefstadt, glaube ich, und vom Volkstheater der Herr (*GR Heinz Hufnagl: Michael Schottenberg!*) Schottenberg. Danke. Die geben wöchentlich einen Planer heraus, welche Vorstellungen es gibt in Wien, und auch ein Magazin namens „Bühne“ mit 100 000 Auflage. Ich konnte leider nicht feststellen, wer das subventioniert, wer das alles nimmt, was dahintersteht. Ich glaube, die Stadt Wien nicht. Ich weiß es nicht, ich habe es jetzt nicht so schnell feststellen können. Lustig fand ich nur – gestern nachgeschaut –, dass die Frau Stantejsky noch immer die Rechnungsprüferin ist dort in dem Verein. Vielleicht könnte man es berichtigen, vielleicht ist sie es ja noch wirklich, was weiß man schon, wie das alles läuft hier.

Meine Zeit läuft mir davon, aber das mit den Intendanten muss ich unbedingt noch sagen, weil das auch unter Datenschutz steht. Das entscheidet der Intendant selber. Der Intendant Struppeck hat eine gemeinsame Firma in Berlin mit dem Herrn Gergen, Operndirektor des Landestheaters Salzburg, und auf der Homepage sieht man auch jetzt noch als Gründer Struppeck und Gergen. Er ist dann 2012 ausgeschieden. Seit 2012 hat der Herr Gergen drei Mal Regie geführt. Schlechte Optik, meine Damen und Herren. Ich sage nicht, dass es illegal ist, aber es ist eine schlechte Optik.

Jetzt bei dem berühmten Stück „Der Besuch der alten Damen“, wo die Rechte wahrscheinlich die Festspiele Thun haben, hat das Libretto der Herr Struppeck gemacht – das ist auch einmal in einem Pressedienst gestanden – und die Regie der Herr Gergen. Schlechte Optik. Ich würde mich nicht rühmen und sagen, es ist alles so erfolgreich und Global Player. Bei so einer Optik würde ich mich nicht trauen, das zu tun, meine Damen und Herren. Und wird es da wieder der Fall sein, dass die Tantiemen kriegen? Die Lindner haben Sie abgsagelt und da ist das gang und gäbe. Und dann wird man auch noch mehr oder weniger abgeschasselt, wenn man dazu eine Frage stellt. So kann das nicht weitergehen, und das ist der eigentliche Grund, warum wir ein bisschen sensibilisieren wollen mit dieser Dringlichen Anfrage und warum wir das heute zum Thema gemacht haben.

Die Jahresgehälter: keine Antwort. Prämien: keine Antwort. Gerüchtweise gehören sie zu den Bestverdienenden in der Stadt. Das erfährt man gerüchtweise aus Artikeln von anderen Kulturschaffenden, die alle sagen, das sind die, die am meisten kriegen. Wenn sie allerdings am meisten kriegen, müssen sie auch die meiste Leistung bringen. Und da ist ein großer Verbesserungsbedarf.

Meine Damen und Herren! Wir sind für konstruktive Gespräche immer offen, und die Kultursprecher der anderen Parteien wissen das. Wir sind für konstruktive Lösungen offen, wir wollen alle gemeinsam, glaube ich – beim Herrn Stadtrat weiß ich es nicht, denn er sagt, es alles ist super –, dass die Stadt weniger zahlen muss. Es kann ja auch nicht sein, dass etwas, was woanders nicht subventioniert wird, bei uns Millionen verschlingt. Das

kann es auch nicht geben. Und das gab es ja auch schon in der Vergangenheit. Es hat Musicals gegeben, die man sogar verkaufen hat können. Aber wo sind die? Die sind schon seit der Ära Zechner nicht mehr in Sicht. Seither zehrt man von dem Musical, wo wahrscheinlich die Hälfte der Klausnitzer verdient. Aber es ist wurscht.

Wir sind für Lösungen offen, wir haben Lösungsvorschläge gebracht. Wir würden uns wünschen, dass alles ernsthaft diskutiert und hinterfragt wird, auch mit der Opposition, und dass wir solche Antworten nicht mehr kriegen. Datenschutz her oder hin – keine Intransparenz. 42 Millionen EUR Steuergeld, und dann sagt man, das unterliegt alles dem Datenschutz, da dürfen wir keine Auskunft geben. Das ist ein Affront in meinen Augen, meine Damen und Herren. Das sind Menschen von öffentlichem Interesse, die mit Steuergeldern erhalten werden. Die Verweigerung der Aussage, was die verdienen und wie die wirtschaften, das nehmen wir nicht länger hin. – Danke. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Zu Wort gemeldet ist Frau GRin Ing Leeb. Ich erteile es ihr.

GRin Ing Isabella **Leeb** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Zuerst möchte ich einmal meinem Vorredner gratulieren. Das war eine wirklich hervorragende Rede. Du hast einen sehr breiten Bogen gespannt, und es fällt mir schwer, da jetzt noch etwas Neues hineinzubringen.

Die Dringlichkeit ist allein schon durch die 42 Millionen gegeben, Herr Stadtrat. Das ist nicht wenig Geld. Ich meine, ich weiß jetzt nicht, wie Ihre Jahres- oder Lebensverdienstkurve ausschaut, ich werde es in meinem Leben nicht schaffen, auf 42 Millionen zu kommen. Das ist aber ein Betrag, der alljährlich an die Vereinigten Bühnen wandert.

Was ich besonders schade finde, ist, dass Herr Drozda nicht da ist, denn der ist ja eigentlich einer der Hauptbeteiligten. Auch den Herrn Hanke hätte ich ganz gerne gesehen in diesem Zusammenhang, denn sehr viele der Dinge, die in den Vereinigten Bühnen beschlossen werden, werden zuerst mit der Wien Holding besprochen. Zahlen dürfen wir, ausgemacht wird es dort. Aber gut.

Dass Sie nicht besonders auskunftsfreudig sind seitens der Stadtregierung, das wissen wir schon länger, und deswegen wundert es mich, lieber Gerald, dass du irgendwie enttäuscht warst. Also enttäuscht war ich nicht. Vielleicht ist meine Enttäuschung auch nur deswegen nicht so groß, denn ich habe zirka eine Stunde vor dir eine Anfragebeantwortung einer schriftlichen Anfrage bekommen, auch die Vereinigten Bühnen betreffend. Wir haben 15 Fragen gestellt, die Beantwortung kommt dann auf einer A4-Seite. Auch sehr bemerkenswert. Bei den Auslastungszahlen bezieht man sich – Sie haben es später noch einmal gesagt, Herr Stadtrat – auf die offiziellen Zahlen. Sie haben 96 Prozent genannt. Bei „Mamma Mia!“ kann ich es mir vorstellen, aber ich kann es mir bei der „Dame“ nicht vorstellen, denn als ich in den letzten Tagen durch Wien gefahren bin, habe ich gesehen, dass auf den Plakaten von „Der Besuch der alten Dame“ schon daraufpickt: Sichern Sie sich die letzten Karten! Nur noch bis Juni. Das heißt, wir haben

jetzt ein sündhaft teures Musical in Wien auf die Beine gestellt – nicht einmal eine Produktion aus Wien, wir haben es aus der Schweiz übernommen –, und das Ganze haben wir gespielt, glaube ich, März, April, Mai, Juni. Vier Monate. Supererfolg!

Ganz besonders bemerkenswert ist das Thema Datenschutz. Du hast es vorher angeführt, es ist eigentlich unverfroren. Das hat nichts mehr mit Datenschutz zu tun. Und in dem Zusammenhang – ich darf es Ihnen dann auch vorlesen –, wo der Herr Stadtrat meint, die Beantwortung der Fragen ist durch das verfassungsrechtlich geschützte Grundrecht auf Datenschutz determiniert, verstehe ich es doppelt nicht, denn ich habe Sie in den Fragen um Ihre persönliche Einschätzung gebeten. (*GR Mag Wolfgang Jung: Datenschutz!*) Dass die jetzt schon unter Datenschutz steht, bitte, das nehme ich sicher nicht zur Kenntnis, aber ich stelle mit Verwunderung fest, wie weit der Datenschutz in Österreich mittlerweile geht. (*Heiterkeit und Beifall bei ÖVP und FPÖ.*)

Ich darf Ihnen da aber nur die Fragen vorlesen, damit Sie wissen, worum es geht. Ich habe mich auch auf diesen „Zeit“-Artikel bezogen, der sich auf die Kontrollamtsberichte und auf die Jahresprämie für den Generaldirektor bezieht, und habe Sie gefragt, ob Sie die Vorgehensweise für korrekt halten. Im selben Artikel ist auch auf die Gehälter der zweiten Führungsebene eingegangen worden, und ich habe auch wieder Sie gefragt, ob in Anbetracht des Vergleiches mit den Bezahlungen von Leitungsfunktionen in Klein- und Mittelbühnen, deren Verantwortung gegenüber den Arbeitnehmern ungleich höher ist, eine derartige Bezahlung angemessen und förderungswürdig erscheint. Ich habe Sie gefragt.

Dann geht es weiter mit der Geschichte Klausnitzer. Halten Sie in Anbetracht der erst kürzlich notwendig gewordenen gewährten Subventionserhöhungen die Auszahlungen an Rudi Klausnitzer für vertretbar? Also das steht in Österreich unter Datenschutz.

Wie gesagt, die Dringlichkeit besteht seit Jahren, die Dringlichkeit besteht, seit Sie Stadtrat sind. Und es ist eigentlich alles gesagt, es ist alles verschriftlicht, es gibt Kontrollamtsberichte, es gibt dutzende Gemeinderatsreden, es gibt Dringliche Anfragen, es hat selbst Misstrauensanträge gegeben, auch von der zitierten grünen Kollegin Ringler gemeinsam mit meinem Vorgänger Franz Ferdinand Wolf. Darin besteht die Dringlichkeit, dass Sie seit Jahren untätig sind.

Es hat bis dato nichts bewirkt, aber ich hoffe sehr, dass sich das ändert – und ich bin hier auch ein bisschen dankbar, dass du die Initiative ergriffen hast –, weil steter Tropfen doch den Stein höhlt, wie wir in den vergangenen Jahren bei den Vorgängen rund um die Kunsthalle gesehen haben. Da war es ja auch nur deswegen möglich, eine Veränderung herbeizuführen, weil wir einfach nicht lockergelassen haben. Das ist halt auch die Aufgabe der Opposition, und daher besteht auch die Dringlichkeit in dieser Causa.

Ich weiß schon, wir können uns den Mund fusselig reden – wir werden es aber weiter machen, denn dafür werden wir gewählt und auch bezahlt –, Sie werden als rot-grüne Regierung den Teufel tun, hier und heute und

überhaupt irgendwann zuzugeben, dass Sie bei den Vereinigten Bühnen Jahre, wenn nicht Jahrzehnte verschlafen haben. Die GRÜNEN haben zwar immer betont, dass unser Konzept der Transparenz und der Zielvereinbarungen – wir werden diese Anträge weiterhin stellen – zwar super sind, aber zugestimmt haben sie nicht. Das ist es, was die Leute draußen einfach auch zornig macht, was den Menschen an der Politik auf die Nerven geht. Sie wollen sich nicht weiter für blöd verkaufen lassen. Wenn Sie so viel ausgeben, wollen sie auch wissen, wofür.

Es ist ein bisschen so eine Krankheit, die sich hier eingeschlichen hat in die rot-grüne Regierung, die Verschleppungs-, die Nichtentscheidungs-, und die Schönredungskrankheit. Es ist ja nicht nur bei den Vereinigten Bühnen Wien so, dass hier nicht entschieden wird und dass nichts passiert, schauen wir uns doch den Kulturbereich in Wien an.

Wir haben das Konzerthaus. Seit 17 Jahren – seit 17 Jahren! – gab es keine Valorisierung einer Subvention. Das bedeutet einen Realverlust von 50 Prozent an Subventionsmitteln.

Der Neubau des Wien Museums, oftmals angekündigt, vier Jahre Standortsuche. Der Standort fällt jetzt zufälligerweise, eigentlich beschämenderweise, dorthin, wo das Museum ohnehin jetzt schon steht.

Dass die Wiener Symphoniker ein Pensionsproblem haben, ist bekannt. Dass es nicht gelöst ist, ist auch bekannt.

Dass sich das Musikschulwesen in Wien, in einer angeblichen Musikwelthauptstadt, im Vergleich zu allen anderen Bundesländern in einem dramatischen Zustand befindet, ist auch bekannt.

Dass sämtliche Klein- und Mittelbühnen vollkommen unterdotiert sind, weil nämlich die Vereinigten Bühnen – und da komme ich wieder auf die Dringlichkeit zurück – 18 Prozent des gesamten Kulturbudgets erhalten und mehr als 50 Prozent des Budgets für darstellende Kunst, ist auch kein Geheimnis.

Dass das Volkstheater sanierungsbedürftig ist – da müssten Sie nur einmal kommen, ich habe Sie schon lange nicht mehr dort gesehen – und dringend ein Depot benötigt, ist auch kein Geheimnis.

Das sind nur einige Beispiele, was dringend und sanierungsbedürftig ist, einige Beispiele, wo Sie seit Jahren, eigentlich seit Sie Kulturstadtrat in Wien sind, wegsehen.

Der Zustand der Vereinigten Bühnen Wien ist nur ein sehr teures Symptom dieser Krankheit, denn Sie haben ja auch seit Jahren kein wirkliches kulturpolitisches Konzept. Es gibt keine fundamentale Analyse, lediglich Absichtserklärungen, aber keine Entscheidungen und auch absolut keinen Willen, daran etwas zu ändern. Man ist mit etwas zufrieden, was da ist, und Sie haben ja noch ein Glück dabei. Wien als Kulturhauptstadt bezieht ja sehr viel von seinem Ruf dadurch, dass viele Kultureinrichtungen vom Bund finanziert werden. Die Bürger unterscheiden nicht, welches Museum, welches Theater von wem finanziert wird. Darauf beruht der Ruf der Kulturhauptstadt und nicht auf Ihren grandiosen Lösungen.

Im rot-grünen Regierungsübereinkommen – da habe ich nämlich jetzt nachgeschaut – findet sich zum Thema Vereinigte Bühnen auch ein Kapitel, und das liest sich dann so: „Der Betrieb wird langfristig durch angemessene und ressortübergreifende zuordenbare Subventionen gesichert. Mittelfristig sollen Einsparungs- und Synergiepotenziale auch durch angepasste Beispielungskonzepte in allen Bereichen genutzt werden. Angestrebt wird eine schrittweise Kostenreduktion. Frei werdende Mittel werden zur Finanzierung neuer kulturpolitischer Schwerpunkte genützt.“

Meine sehr geehrte Damen und Herren, urteilen sie selbst! Es sind vier Jahre vergangen seit der Unterfertigung des Regierungsübereinkommens. Wo stehen wir, wo stehen die Vereinigten Bühnen heute? Was wurde umgesetzt? Wie peinlich ist eigentlich die Performance, die Sie am Kulturstandort Wien abliefern?

Für mich stellt sich abschließend einzig und allein eine Frage: Wollen Sie nicht? Können Sie nicht? Beides ist schlimm, und beides ist keine Empfehlung für die Zukunft. – Herzlichen Dank. *(Beifall bei ÖVP und FPÖ.)*

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Mag Werner-Lobo. Ich erteile es ihm.

GR Mag Klaus **Werner-Lobo** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ja, vieles, was ich normalerweise hier schon gesagt habe, ist heute auch schon gesagt worden. Also es gibt ja vieles auch an Ideen, und so weiter, was jetzt vor allem der Gerald Ebinger auch gesagt hat, Dinge, die ich auch schon öfter hier gesagt habe, die ich in den Medien gesagt habe. Ja, es ist tatsächlich so, dass es ein Bekenntnis zur fundamentalen Neuorientierung der Vereinigten Bühnen Wien gibt, und ich freue mich, wenn da alle Fraktionen und auch die gesamte Öffentlichkeit sich mit Ideen beteiligen.

Wenn das alles ist, was Sie bis jetzt an Ideen bringen, dass Sie ein Operettenhaus machen wollen, dann ist das ein bisschen wenig *(Zwischenrufe bei FPÖ und ÖVP.)*, aber reden wir einmal über diese Fakten, reden wir einmal über diese Geschichte mit der Gehaltstransparenz. Die GRÜNEN sind immer dafür eingetreten, dass in diesen Institutionen und bei hohen Gehältern überhaupt insgesamt eine Gehaltstransparenz herrscht. Jetzt regieren wir ja nicht allein, aber wir regieren in mehreren Bundesländern mit der ÖVP. In den Bundesländern, wo wir mit der ÖVP regieren, wo die GRÜNEN das fordern, scheitert es lustigerweise auch dort am Mehrheitspartner, nämlich an der ÖVP, dass man das durchführt. Helfen Sie von der Wiener ÖVP uns, in den schwarz-grün regierten Bundesländern diese Dinge durchzubringen. *(GRin Ing Isabella Leeb: Aber wir sind hier in Wien!)* Die GRÜNEN, egal, wo sie mitregieren, in Wien, in allen anderen Bundesländern – es sind mittlerweile insgesamt fünf –, treten für höhere Transparenz ein. *(GR Mag Wolfgang Jung: Lobo fordert Transparenz ein!)*

Allein können wir das nicht machen. Das heißt, ich würde Sie sehr bitten um Ihre Mithilfe, sowohl in der Bundesregierung als auch in den Bundesländern, wo Sie

mitregieren, nicht nur Wasser zu predigen und dann Wein zu trinken, sondern das auch zu machen. Immer, wenn Sie in der Opposition sind, fordern Sie Transparenz, wenn Sie in der Regierung sind, ist es Ihnen egal. *(GR Mag Wolfgang Jung: Wie bei Ihnen!)* Wir fordern sowohl in der Opposition als auch in der Regierung Transparenz. Wir regieren halt nicht allein. Überall, wo es in unserem Einflussbereich steht, garantieren wir für größtmögliche Transparenz.

Das betrifft zum Beispiel auch die Gehälter, das betrifft auch diese Spitzengehälter. Das ist eine langjährige grüne Forderung, von der rücken wir nicht ab und dafür werden wir weiter eintreten. Das kann ich Ihnen garantieren.

Eine ebenso lange grüne Forderung ist natürlich, dass wir den Kulturauftrag für die Vereinigten Bühnen beziehungsweise die eingesetzten Kulturmittel, die jetzt in die Vereinigten Bühnen fließen, sicherstellen. Ich habe dazu mehrere Vorschläge gemacht. Ich habe immer gesagt – ich kann es hier nur wiederholen –, ich glaube nicht, dass kommerzielle Produktionen öffentliche Subventionen brauchen. Kommerzielle Mainstreammusicals brauchen keine öffentliche Subvention. So wie wir nicht die Cineplex, die Multiplexcenter mit öffentlichen Subventionen finanzieren, aber aus sehr, sehr guten Gründen das Gartenbaukino oder das Stadtkino und andere Kinos, die eben einen Kulturauftrag haben, so sind wird auch der Meinung, dass kommerzielle Musicals keine öffentlichen Subventionen brauchen, damit man eben das Geld übrig hat für Dinge, die kulturpolitisch legitimierbar sind.

Dazu haben wir ja zahlreiche Vorschläge eingebracht, und die meisten Sachen, die der Gerald Ebinger hier irgendwie vorgetragen hat, sind ja Dinge, die er entweder hier irgendwann von mir gehört hat oder in den Medien von mir gelesen hat.

Dazu gehört zum Beispiel der Vorschlag, dass das, was eigentlich nach privatwirtschaftlichen Kriterien geführt wird und wo nach privatwirtschaftlichen Kriterien Musical gemacht wird, dann auch im privatwirtschaftlichen Bereich stattfinden soll und nicht im Einflussbereich der Stadt. Deswegen sehen wir auch wohlwollend die Idee, möglicherweise den Bau oder den Betrieb einer kommerziellen Musical-Halle in dieser Stadt zuzulassen, aber ohne einen einzigen Cent öffentliches Geld hineinzustecken. Die Idee kommt eh von mir.

Es stellt sich auch die Frage, ob es tatsächlich die effizienteste und effektivste Form ist, wie die Vereinigten Bühnen derzeit betrieben werden. Da kommt auch von mir der Vorschlag, dass man doch darüber nachdenken möge, ob es nicht mehr Sinn macht, das Theater an der Wien als eigenständiges Opernhaus zu betreiben, und ob man da nicht mit geringeren Overhead-Kosten auskommt. Wenn man es vergleicht mit anderen gleich großen Häusern, liegt der Verdacht nahe. Wenn man sich die – übrigens auch nur für mich – nur gerüchtweise kursierende Leitungsgehälter in diesem Konzern anschaut, nährt das den Verdacht noch weiter. Also wenn man hier irgendwie draufkommt, dass offenbar eine gut ausgestattete zweite Führungsebene mit Gehäl-

tern ausgestattet ist, die in gleich großen anderen Kulturbetrieben dieser Stadt allenfalls die Leitung hat, also eine Person oder maximal zwei Personen, während es hier große Teams sind, dann liegt der Verdacht nahe, dass man sich das anschauen muss, ob es sich nicht rentiert, das Theater an der Wien als eigenständigen Betrieb zu führen und eines der beiden Musical-Häuser als etwas anspruchsvolleres breitenwirksames Musiktheater oder Musical-Haus zu führen, und zwar mit einem höheren Anteil an Eigenproduktionen, also nicht nur die Übernahme von Lizenzproduktionen, von wo auch immer, die normalerweise kommerziell geführt werden, sondern durchaus – und da fällt so etwas wie „Der Besuch der alten Dame“ durchaus darunter, ebenso „Schikaneder“ oder was auch immer – zeitgemäßes, modernes, breitenwirksames Musiktheater, sprich, Musical, aber eben nicht das, was der kommerzielle Mainstream ist, sondern das, wo es einen gewissen kreativen Einsatz auch der Wiener Kulturszene gibt.

Und dann muss man nachdenken, was man mit einer der beiden verbleibenden Musical-Bühnen macht. Bei aller Wertschätzung für uns alle, aber ich halte nichts davon, dass wir jetzt am Reißbrett sagen, welches Haus wir für was betreiben, sondern wir sind gerade dabei und haben den Geschäftsführer der Vereinigten Bühnen gebeten, uns dafür die nötigen Daten und Informationen zu liefern - ich sage auch, ich habe sie nicht in einem mir ausreichend erscheinenden Maße -, damit man auf Grundlage dieses Datenmaterials einmal in einer öffentlichen Diskussion und gemeinsam mit Experten und Expertinnen darüber nachdenken kann, was man dann machen kann. Ich habe dazu auch Ideen eingebracht. Ich und andere haben diese Idee gehabt, möglicherweise ein Mehrspartenhaus zu führen, wo man mit dem System arbeiten könnte, dass möglicherweise Produktionen, die Geld abwerfen wie „Cabaret“ und so was wie „Die Staatskünstler“, so was wie Musikproduktionen, was auch immer, andere Produktionen, die künstlerisch sperriger sind, querfinanzieren können. All diese Dinge haben wir als Ideen eingebracht. Nur, ich glaube nicht, dass wir das jetzt über den Zaun brechen können.

Es ist jetzt die Situation eingekehrt, dass es offenbar ein allgemeines Bekenntnis oder eine Erkenntnis gibt, dass es tatsächlich diese fundamentale Neuordnung braucht. Ich meine, Ungeduld als Emotion kann ich verstehen, weil es ein Gefühl ist, das mir selbst sehr zu eigen ist. Auch ich hätte gerne, dass ein Quartal ein Quartal dauert, aber wenn man dann länger nachdenkt, dann dauert halt ein Quartal länger, wenn dafür die Qualität des Nachdenkens steigt. Wichtig ist, dass es qualitativ ist. Und was ich auch immer gesagt habe, ist, wir müssen mit dieser Grenze, auf die wir uns geeinigt haben, auf die wir uns auch festgelegt haben, nämlich nicht mehr als 37 Milliarden EUR ab 2016 für die Bespielung von drei Häusern, auskommen, das heißt, wenn man unter Umständen eines der drei Häuser anderweitig verwendet, dann muss es auch entsprechend weniger sein, sodass Geld für eine anderweitige Verwendung, und so weiter, übrig bleibt. Auf das haben wir uns alle geeinigt, da gibt es einen Konsens darüber, offenbar eh

unter allen Parteien. Auf Basis dessen muss man sich jetzt anschauen, was ist das Beste, was man daraus machen kann.

Wie gesagt, es ist gutes Recht einer Oppositionspartei, der eigenen Ungeduld noch mehr Äußerung zu verleihen, das ist normal, das würde ich auch hier machen. Als Regierungspartei muss man die eigene Ungeduld dann mehr zähmen als einem möglicherweise lieb ist. Insofern geht alles seine normale Dynamik. Ich hoffe, dass wir endlich konstruktiv darüber weiter diskutieren können und bin guten Mutes, dass wir eben diese fundamentale Neuausrichtung zuwege bringen und sie jetzt endlich auch tatsächlich passiert. Es wird insgesamt zum Wohle der Wiener Kulturlandschaft sein. Danke schön. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzende GRin Dr. Monika **Vana**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Woller. Ich erteile es ihm.

GR Ernst **Woller** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir diskutieren heute wieder einmal das Thema Vereinigten Bühnen Wien. Das machen wir nicht ein Mal im Jahr, sondern mehrmals, zuletzt im November 2013, als wir die Subvention für das Jahr 2014 beschlossen haben. Seither gibt es eigentlich keine neuen Fakten und es gibt schon gar keine Argumente, die eine Dringliche Anfrage rechtfertigen würden. Es gibt jedenfalls keine Missstände bei den Vereinigten Bühnen Wien, wie es im Titel der Anfrage ausgeführt worden ist.

Zur Begründung von Kollegen Unger muss ich jedoch einiges richtigstellen. Die Vorwürfe gegen den Herrn Generaldirektor Drozda sind sehr alt, sie sind aber vor allem sehr falsch. Es gab nie eine Ermittlung und schon gar kein Verfahren durch die Staatsanwaltschaft gegen ihn und diese Behauptungen werden nicht besser, wenn sie immer wieder wiederholt werden. Die Zeitschrift „Die Zeit“ hat diese Vorwürfe wiederholt. Es gab daraufhin rechtliche Schritte seitens des Herrn Generaldirektors Drozda. Vielleicht auch zu Ihrer Information: Der Artikel wurde vor wenigen Tagen vom Netz genommen. Die Zeitschrift „Die Zeit“ hat ein großzügiges Vergleichsangebot an den Herrn Generaldirektor persönlich gemacht, eine Zahlung in nicht zu geringem Ausmaß. Er hat gesagt, er wird sie persönlich auch nicht annehmen, möchte aber, dass es „Journalisten im Krieg“ zur Verfügung gestellt wird. Das nur zu Ihren Vorwürfen und zu diesen Begründungen dieser Anfrage.

Es stimmt auch nicht, dass Herr Intendant Struppeck für die Eigenproduktion „Besuch der alten Dame“ Tantiemen erhält. Es ist eine Eigenproduktion. Die Rechte liegen ausschließlich bei den Vereinigten Bühnen Wien, auch die Verwertungsrechte. Daher wären ihm im Prinzip als Autor Tantiemen zugestanden. Er hat darauf verzichtet.

Es stimmt auch nicht, dass die Kollektivverträge im Kulturbereich die schlechtesten sind, die es in diesem Land gibt. Ganz im Gegenteil. Die Kollektivverträge für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Vereinigten Bühnen Wien sind sehr gut, das werden Ihnen auch die Betriebsräte bestätigen. Das könnte Ihnen aber auch der

Herr Generaldirektor Drozda ausführen.

Wenn die Frau Kollegin Leeb hier wörtlich gesagt hat, dass es seit Jahrzehnten Missstände und Katastrophen bei den Vereinigten Bühnen Wien gibt, dann kann das nicht ganz stimmen, liebe Isabella Leeb, weil von 1996 bis 2001 gab es offensichtlich keine Katastrophen, da war Peter Marboe von der ÖVP Kulturstadtrat. Interessanterweise hat er damals alles mitgetragen, was die Entwicklung der Vereinigten Bühnen Wien betrifft, insbesondere auch die Förderung des Musicals. Und interessanterweise, ich habe es an dieser Stelle schon gesagt, war die Förderung des Musicals bei den Vereinigten Bühnen Wien noch nie so hoch wie in diesen fünf Jahren, wo Peter Marboe als Kulturstadtrat verantwortlich war. *(GRin Ing Isabella Leeb: Das ist nicht wahr!)* Das stimmt nicht stimmen, da können wir nachschauen, die Zahlen sind ganz eindeutig. Ich war damals, im Gegensatz zu Ihnen, auch schon dabei.

Wenn wir heute, vier Monate nach der Beschlussfassung der Jahresförderung für 2014, wieder die Vereinigten Bühnen Wien diskutieren, dann deshalb, weil es ein gutes Thema für eine Dringliche Anfrage ist. Es gibt - ganz im Gegenteil - in diesen vier Monaten seit Dezember eine durchaus positive Entwicklung, zu der man tatsächlich gut stehen kann. Es gibt beispielsweise höhere Einnahmen als für diese vier Monate im Budget geplant waren.

Man sollte aber auch über die Kunst reden, wenn man schon über die Vereinigten Bühnen Wien spricht, und insbesondere über das, was auch die Vereinigten Bühnen Wien sind, nämlich das Theater an der Wien. Das Theater an der Wien hat in diesen letzten Monaten wieder einige Kapitel in seiner Erfolgsgeschichte weitergeschrieben. Es gab besondere künstlerische Erfolge. Ich erwähne zum Beispiel: Der Da Ponte-Zyklus von Nikolaus Harnoncourt in konzertanter Aufführung war ein singuläres künstlerisches Ereignis, was nicht so alle Jahre und Jahrzehnte in Wien stattfindet. Die Auslastung lag über 99 Prozent.

Die Erfolgsproduktion „Messiah“ aus dem Händel-Jahr 2009 wurde dieser Tage mit großem Erfolg wieder aufgenommen. Das Oratorium von Georg Friedrich Händel in einer szenischen Umsetzung von Claus Guth war so ein Erfolg, dass es in diesen Jahren seit 2009, seit der Uraufführung, mehrfach von vielen namhaften Opernhäusern Europas übernommen worden ist.

Der nächste Erfolg ist die Kooperation mit der Kammeroper. Die Kammeroper war gefährdet. Die Vereinigten Bühnen Wien haben ohne zusätzliches Geld die Kammeroper übernommen und dort in den letzten zwei Jahren ein ganz großartiges Programm mit einem jungen Ensemble abgeliefert. Sieben junge Ensemblemitglieder, die auf zwei Jahre verpflichtet wurden, haben großartige Kammeroper geliefert. Es gibt Kooperationen mit der freien Szene, jetzt mit der Neuen Oper Wien. In den kommenden Wochen gibt es von der Neuen Oper Wien die Premiere einer zeitgenössischen Oper von Harrison Birtwistle. Das junge Ensemble ist nicht nur in der Kammeroper engagiert, sondern es ist auch ein besonderer Erfolg, dass zum Ende der ersten Periode nun vier Mit-

glieder dieses jungen Ensembles bei der regulären Aufführung von „La Traviata“ im Theater an der Wien im Juli 2014 singen werden, also den Schritt vom jungen Ensemble zu quasi Vollmitgliedern des Theater an der Wien machen. Es gibt im Theater an der Wien kein fixes Ensemble, aber es ist so, dass Mitglieder des Jungen Ensembles jetzt auch im Haupthaus immer wieder Rollen übernehmen.

Das Theater an der Wien leistet seit 2007 ein Jugendprojekt, an dem Wiener Schulen teilnehmen, seit 2007 250 Schulklassen mit über 6 000 SchülerInnen, ein mustergültiges Vermittlungsprojekt. Sie reden nur von Katastrophen, wenn Sie über die Vereinigten Bühnen Wien reden. Seit 2009 gibt es das Projekt „Jugend macht Oper“, wo eine Produktion des Theater an der Wien immer mehrere Monate lang von jungen Künstlerinnen und Künstlern bearbeitet wird und eine neue Jugendoper geschaffen wird, heuer „Messiah“, ein neues Musiktheater von und für Jugendliche auf der Basis des Oratoriums von Georg Friedrich Händel. Es war eine besondere Freude, dass ich letzte Woche eine der Aufführungen dieser Jugendoper „Jugend an der Wien“ gesehen habe, eine großartige Aufführung, nur Jugendliche auf der Bühne, nur Jugendliche im Orchestergraben, nur Jugendliche im Publikum, und das im Theater an der Wien mit einer sehr anspruchsvollen Produktion, nämlich „Messiah“. Es war beeindruckend zu sehen, wie ein junger Sänger in türkischer Sprache gesungen hat. Und es war wirklich beeindruckend, dass eine junge Sängerin mit Kopftuch auf der Bühne gestanden ist und den berühmten Chor „Halleluja“ gesungen hat. Also wenn das nicht auch ein Zeichen für Weltoffenheit und Integration ist, das hier das Theater an der Wien leistet, dann weiß ich nicht, was überhaupt Integration sein kann!

Wir kommen aber zu Ihrem Lieblingsthema Musical. Ich rede auch gerne über Musical, es laufen derzeit zwei Musicals, beide sehr erfolgreich, „Mamma Mia!“ im Raimund Theater, „Besuch der alten Dame“ noch bis Ende Juni im Ronacher. Ich betone extra, es ist eine Eigenproduktion der Vereinigten Bühnen Wien. Es liegen alle Rechte bei den Vereinigten Bühnen Wien, was die Wiederverwertung betrifft. Es ist großes Theater, großes Musiktheater, das hier gezeigt wird, mit einem doch sehr sperrigen Thema von Friedrich Dürrenmatt. Nun, beide haben derzeit eine Auslastung von 96 Prozent, das wurde schon gesagt.

Es gibt seit Dezember 2013, und das ist, ehrlich gesagt, auch nichts Neues, das hätte auch keiner Dringlichen Anfrage bedurft, hier den Beschluss des Wiener Gemeinderates, dass die Vereinigten Bühnen Wien beauftragt werden, ein Konzept zu machen, wie sie die Musical-Sparte anlegen wollen, da ab 2016 wieder mit einer Förderung von 37,1 Millionen das Auslangen zu finden ist. Diese Diskussion läuft derzeit. Es gibt wider Ihre Aussagen keine Frist, weder im Antrag des Gemeinderates noch in einer Aussage des Herrn Kulturstadtrates oder der Frau Vizebürgermeisterin. Es gab ein paar Pressemeldungen, wo gesagt wurde, das macht man in drei Monaten. Aber es gab keine Festlegung unsererseits, dass wir gesagt haben, das muss in drei

Monaten passieren. Ehrlich gesagt, hier ist das Ergebnis, die Qualität des Ergebnisses, natürlich deutlich wichtiger als der Zeitpunkt der Bekanntgabe. Wir sagen, lieber gescheit diskutieren und gut nachdenken und dann das richtige Ergebnis finden und präsentieren als zu früh, nur damit man vielleicht drei Monate früher eine Entscheidung trifft. Tatsächlich haben wir Herrn Generaldirektor Drozda, als er im Juli 2008 begonnen hat, beauftragt, Reformmaßnahmen zu setzen. Diese sind erfolgt, wir haben es mehrfach hier auch schon diskutiert. Es wurden in diesen Jahren Einsparungen im Umfang von 2,5 Millionen durch Synergieeffekte erzielt. Es wurden die Sponsoringeinnahmen deutlich erhöht. Es wurden 30 neue Kooperationspartner im Sponsoringbereich gefunden. Es wurden zwei Jahre lang auch sehr viel höhere Einnahmen erzielt, als damals geplant war. Das war der Grund, warum wir gesagt haben, wir sind der Meinung, dass, wenn es so gut läuft und wenn solche Einsparungspotenziale möglich sind und gehoben werden, wir die Subvention reduzieren können.

Auch wenn es Ihnen jetzt vielleicht fad ist, ich sage noch einmal die Zahlen, und die sind, über einen langen Zeitraum betrachtet, doch einigermaßen beachtlich: In den Jahren 2007 und 2008 hatten wir eine Förderung für die VBW in der Höhe von 40 Millionen EUR, im Jahr 2008 hat die VBW zusätzlich das Ronacher in Vollbetrieb übernommen, das heißt, ein Theater zusätzlich übernommen, und ist damals auf 40 Millionen gestanden. Wir haben die Subvention dann auf 37,3 reduziert, nochmals von 37,3 auf 37,1 im Jahr 2011, auf 36,35 im Jahr 2012, da wurde dann die Kammeroper mitübernommen, und im Jahr 2013 wieder auf 37,1. Wir haben uns nach sehr, sehr intensiver Prüfung entschlossen, die Subvention für 2014 und 2015 wieder auf das Niveau der Zeit vor 2008 anzuheben, weil es einfach aus finanziellen Gründen notwendig war, weil eben die Musical-Einnahmen und der Publikumszuspruch insbesondere beim Long-run-Musical besonders volatil sind. Da gibt es ein sehr starkes Auf und Ab und dieses Auf und Ab ist, ich habe den Begriff hier schon einmal gewählt, wie eine Hochschiene. Das geht entweder ganz schnell rauf oder ganz schnell runter. Die Vereinigten Bühnen Wien budgetieren im Musical mit einer Auslastung von 68,5 Prozent. Das wird manchmal weit übertroffen, manchmal erreicht man es nicht, wobei das die Finanzauslastung ist. Wenn es hier nur um 20 Prozent raufgeht oder 10 Prozent runtergeht, dann machen diese 30 Prozent Differenz an Einnahmen jeden Tag 20 000 EUR aus. Bei 200 Aufführungen im Jahr sind das pro Theater 4 Millionen EUR, wo die Einnahmen rauf- oder runtergehen. Bei 2 Häusern geht es also um 8 Millionen rauf oder um 8 Millionen runter im Jahr. Also da ist es nun tatsächlich so, dass es nicht ganz leicht ist zu sagen: Wie legt man es an? 68,5 Prozent ist wahrscheinlich ganz gut in der Mitte, aber es ist so, dass es halt manchmal bessere Produktionen und manchmal schlechtere gibt. Jetzt sage ich gar nicht, die Produktionen sind gut oder schlecht. Es gibt manchmal Produktionen, die besser angenommen werden wie zum Beispiel „Ich war noch niemals in New York“ oder „Tanz der Vampire“. Und es gibt Produktionen, die werden

schlechter angenommen wie zum Beispiel „Natürlich blond“. Wenn man das vorher wissen würde, dann wäre es eigentlich relativ einfach, weil man dann die, die schlecht gehen, nicht ansetzen würde. Aber das weiß man nicht. Wenn jetzt unter Generaldirektor Drozda seit 2008 sechs Produktionen im Musical long run angesetzt wurden, wovon fünf sehr gut gegangen sind und eine zugegebenermaßen schlecht, dann muss man sagen, wir stehen zu den Vereinigten Bühnen Wien und insbesondere zu ihren 700 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in guten wie in schlechten Zeiten. Und wenn es gute Zeiten gibt, dann sagen wir, okay, reduzieren wir die Subvention von 40 auf 36 Millionen. Wenn wir dann draufkommen, es gibt jetzt besonders schlechte Zeiten, weil halt ein Mal eine Produktion schlecht gegangen ist, dann kann man schwer sagen, jetzt wird das alles zugesperrt und die Leute werden gekündigt oder der Generaldirektor wird rausg'haut. Also wir stehen hier zu den VBW in guten wie in schlechten Zeiten. Das unterscheidet eben die Regierung von der Opposition. Wir haben uns daher entschlossen, die Subventionshöhe in den Jahren 2014 und 2015 wieder auf 42 Millionen, also knapp auf über 40 Millionen zurückzuführen. Wir haben diese Mittel niemandem sonst in der Kulturszene weggenommen. Das waren zusätzliche Mittel, die wir von der Finanzstadträtin erhalten haben, und es wurden kein einziger Euro und kein einziger Cent irgendeiner anderen Kulturinstitution weggenommen.

Die Vereinigten Bühnen Wien bringen insgesamt großen Nutzen für die Stadt. 600 000 Besucherinnen und Besucher besuchen jährlich die Aufführungen in diesen 3 Häusern. Wenn wir sehr glücklich darüber sind, dass 97 Prozent der Wienerinnen und Wiener sagen, sie sind mit dem Kulturangebot in dieser Stadt sehr zufrieden, dann sind diese 600 000 ein wichtiger Teil von denen, die mit dem Angebot zufrieden sind. Die Vereinigten Bühnen Wien sind ein wichtiger Faktor im Tourismus, insbesondere im Kongresstourismus, weil man sich auf die Vereinigten Bühnen Wien langfristig sehr gut verlassen kann. Es gibt einen hohen wirtschaftlichen Nutzen. Das IHS hat erhoben, dass 100 eingesetzte Euro 230 EUR zurückbringen. Es gibt in den Vereinigten Bühnen Wien 700 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, hochwertigstes künstlerisches, technisches und administratives Personal, 80 OrchestermusikerInnen, die nicht nur im Musical großartige Leistungen erbringen, sondern auch in anderen Ensembles von Jazz bis Klassik. Die Produktionen der Vereinigten Bühnen Wien erreichen jedes Jahr 1 Million Besucherinnen und Besucher in anderen Ländern dieser Welt. Die VBW sind daher ein wichtiger Botschafter der Musikstadt Wien in aller Welt. Die Oper macht das durch vielfältige Koproduktionen ihrer Spitzenproduktionen mit führenden Opernhäusern in ganz Europa. Das Musical macht das durch Export von vielen ihrer Eigenproduktionen.

Das Musical „Tanz der Vampire“ lief in Deutschland durchgehend 15 Jahre. Es wird heuer noch die französischsprachige Erstaufführung von „Tanz der Vampire“ in Paris geben. Die Eigenproduktionen „Mozart“, „Rudolf“ und „Rebecca“ werden derzeit in Korea gerade wieder

aufgenommen, „Elisabeth“ wird in Japan wieder aufgenommen. Die Vereinigten Bühnen Wien befinden sich derzeit gerade in Endverhandlungen für ein Gastspiel von „Elisabeth“ in Shanghai, womit erstmalig die Vereinigten Bühnen Wien am sehr umkämpften chinesischen Markt gemeinsam mit anderen großen Playern wie beispielsweise die Musical-Häuser vom Westend und vom Broadway präsent sein werden. Es gibt auch Gespräche mit den chinesischen Partnern für eine Erstaufführung von „Elisabeth“ in Mandarin. Das wäre erstmals, dass ein großes Musical der Vereinigten Bühnen Wien in China am Markt ist, nämlich konkret in Shanghai. Die Premiere ist noch für heuer in Aussicht gestellt.

Es gibt jedenfalls viele Erfolge und eine positive Entwicklung seit Dezember 2013. Alles ist gut im Laufen, die Kennzahlen sind gut, auch die Kennzahlen was die Subventionen pro Besucher betrifft, der Herr Kulturstadtrat hat es schon gesagt, im Vergleich mit anderen Häusern.

Wenn die Frau Kollegin Leeb sagt, 42 Millionen EUR sind viel Geld, nun, auch für mich ist das wahnsinnig viel. Aber ich sage nur, die Staatsoper hat 54 Millionen EUR für ein Haus, das Burgtheater hat für 2 Häuser 46 Millionen EUR. Die Subvention pro Besucher ist in der Staatsoper 92 EUR, im Burgtheater 105 EUR und bei den Vereinigten Bühnen Wien inklusive Theater an der Wien, das ist das eigentlich teure, 60 EUR, beim Musical 29 EUR. Das schaut international ähnlich aus. Ich sage jetzt einmal, in Linz ist die Subvention für das Landestheater Linz 98 EUR pro Besucher, in Graz bei den Vereinigten Bühnen Graz 123 EUR, und in Dortmund, Köln, Frankfurt, Stuttgart zwischen 167 EUR und 177 EUR. Die Vereinigten Bühnen Wien sind da sehr gut unterwegs, haben hervorragende Kennzahlen. Und es gibt jedenfalls keinen Grund für eine Dringliche Anfrage und keine Missstände bei den Vereinigten Bühnen Wien. Die Produktionen sind künstlerisch und wirtschaftlich gut im Laufen. Die Diskussion über die Neuausrichtung der Musical-Sparte ab 2016 wird geführt, sie wird sehr ernsthaft, höchst professionell und mit großer Energie geführt. Wir werden diese Diskussion rechtzeitig beenden, sicher heuer, und dann werden wir das Ergebnis dem Wiener Gemeinderat vorlegen und mit Ihnen diese Frage diskutieren. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Univ-Prof Dr Eisenstein. Ich erteile es ihm.

GR Univ-Prof Dr Herbert **Eisenstein** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Danke schön.

Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Sehr geehrter Herr Ausschussvorsitzender!

Subvention für die Vereinigten Bühnen Wien, darum geht es ja, zusätzlich 4,9 Millionen EUR, um 4,9 Millionen EUR angehoben, das haben wir heute alles schon gehört. Das, meine Damen und Herren, ist ein weiterer Ausdruck einer völlig verfehlten sozialistischen Kulturpolitik in unserer Stadt, die sich äußert in:

Erstens: Einsetzung von Managern, die Karrieren bei Politikern gemacht haben und über die Politik ins Geschäft gekommen sind. Ein gutes Beispiel ist der heute schon vielfach genannte Herr Generaldirektor Drozda,

der ein Studium der Betriebs- und Volkswirtschaft hinter sich hat, dann auch einschlägig tätig war, zum Beispiel in der Nationalbank, dann aber als wirtschaftspolitischer Berater eines glücklosen Ex-Bundeskanzlers gewirkt hat und jetzt einem Konzern vorsteht, wir haben die Zahl gerade gehört, der etwa so viele Beschäftigte hat wie Wiener Wohnen. Da war jetzt kein einziger Vorwurf dabei und ich weise auch zurück, dass der Kollege Ebinger irgendeinen Vorwurf gegenüber dem Herrn Generaldirektor gemacht hätte. Er hat nur aus der Presse zitiert.

Zweitens: Flops, die es beim Theater durchaus geben kann, werden in Wien weitergeführt, statt solche Produktionen abzusetzen. Es ist kein Wunder, wenn dann gelegentlich, ich sage, gelegentlich, bei einem Musical nur ein Drittel der Sitzplätze besetzt ist. Das ist ein Armutszeugnis, meine Damen und Herren, denn Musicals müssen sich ganz einfach selbst erhalten können. Und ich muss jetzt zitieren: „So wird Wien nicht die richtungsweisende Spiel- und Produktionsstadt für international erfolgreiche Stoffe“, Zitat der Vereinigten Bühnen Wien in ihrer Selbstdarstellung.

Drittens: Reformschritte werden angekündigt, bleiben aber schon am Beginn stecken oder gelangen niemals zu irgendeiner Form der Realisierung, was leider ein typisches Kennzeichen für alle Bereiche der Wiener Stadtverwaltung ist.

So, meine Damen und Herren, und jetzt kommt auch der Herr Stadtrat ins Spiel, der letztlich ja das alles zu verantworten hat. Der Herr StR Mailath-Pokorny hat in der Zeitschrift „Zukunft“ 2/2010 - ich gebe zu, das ist schon vier Jahre her, aber es ist meiner Meinung nach noch sehr gültig - ein sehr interessantes Zitat zum Thema „Was soll Kulturpolitik“ wiedergeben lassen. Das ist übrigens der Aufsatz oder der Artikel, in dem der Herr Stadtrat im Zusammenhang mit der Kulturpolitik auch Che Guevara zitiert, offenbar so, wie man halt früher im Ostblock ständig Marx, Engels und Lenin in Interviews und Publikationen als Ausdruck strammer sozialistischer Gesinnung zitiert hat, und an der zweifeln wir nicht. Also dieses Zitat, ich meine jetzt nicht das Che Guevara-Zitat, sondern das Zitat vom Wiener Stadtrat, das meiner Meinung nach immer noch Gültigkeit hat, lautet: „Kulturpolitik kann sich heute nicht mehr nur auf die Subventionierung öffentlicher Kulturinstitutionen und -programme durch staatliche Instanzen beschränken.“ Jawohl, das sehe ich genauso. Jetzt frage ich aber: Wenn Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, das schon so richtig erkannt haben, warum handeln Sie denn dann nicht danach? Warum lassen Sie dann Millionen Euro zuschießen, anstatt Ihrer eigenen Maxime zu folgen? *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wenn ich schon in der glücklichen Lage bin, hier Fragen zu stellen, sehr geehrter Herr Stadtrat, dann frage ich auch: Warum forcieren Sie denn nicht den „Kreativpakt für Österreich“, den Sie selber Ende des vorigen Jahres, Zitat aus dem „Standard“, vorgeschlagen haben? Vielleicht deshalb, weil Sie nicht einmal in Ihrem eigenen Zuständigkeitsbereich, nämlich in Wien, den Kulturbetrieb sowohl kostengünstig als auch erfolgreich zugleich bewerkstelligen können? Ich halte den Herrn Stadtrat, das ist keine Beschimpfung oder so etwas,

ausdrücklich für einen sehr intelligenten Menschen und ich bitte ihn, darüber einmal nachzudenken.

Zu den Antworten auf die Fragen, die dem Herrn Stadtrat vorgelegt wurden – das war zum Teil ja wirklich rudimentär und der Kollege Ebinger hat ja schon weitgehend dazu Stellung genommen -, möchte ich noch sagen: Die Auslastung der Theater alleine, sehr geehrter Herr Stadtrat, ist nicht relevant. Relevant ist auch, wieviel bezahlte Karten dabei vergeben wurden. Ich habe vom Herrn Ausschussvorsitzenden Woller gehört, dass der Herr Intendant Struppeck auf die ihm zustehenden Tantiemen verzichtet. Das sagt mir der Kultursprecher der SPÖ. Ich danke ihm auch dafür. Der Herr Stadtrat hat sich hier hinter dem Datenschutz versteckt. Das hätte uns der Herr Stadtrat auch sagen können. Und dann, bitte, es kommt auch nicht nur auf die Inszenierungen an, es kommt dabei schon auch auf ein gutes Wirtschaften an. Nebenbemerkung: Das ist auch nur in einem Nebensatz gefallen.

Die Kammeroper in die Vereinigten Bühnen einzugliedern, halte ich für eine nicht so gute Idee. Aber vielleicht haben wir ja einmal die Gelegenheit, hier separat darüber zu diskutieren.

Sehr geehrter Herr Stadtrat! Sie haben mich mit Ihren Beantwortungen nicht überzeugt. Ich sehe es nach wie

vor so, dass die Lage bei den Vereinigten Bühnen trist ist. Ich sehe, dass Produktionen trotz Ihrer, Herr Stadtrat, Zusicherungen zu teuer sind, dafür zum Teil - und ich sage ausdrücklich: „zum Teil“ und nicht: „zur Gänze“ - erfolglos. Ich sehe, dass es kein schlagendes Konzept gibt. Es gibt eigentlich überhaupt kein Konzept, zumindest keines, das uns in irgendeiner Form vorgestellt worden wäre. Ich sehe auch keine Neuordnung, die in Sicht sein könnte.

Das alles, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist nicht die Schuld der Künstlerinnen und Künstler, auch nicht die Schuld der Angestellten des hier angesprochenen Betriebs. Es ist eine Schuld, wenn es so eine gibt, der Geschäftsführung. Ich denke schon, dass der Herr Stadtrat hier gefordert ist, die Direktion einmal auch wirklich nachdrücklich zur Verantwortung zu ziehen. Danke schön. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzende GRin Dr. Monika **Vana**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte über die Beantwortung der Dringlichen Anfrage ist somit beendet. Die Sitzung ist geschlossen.

Ich wünsche einen schönen Abend.

(Schluss um 17.29 Uhr.)